

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

44. Sitzung vom 26. und 27. November 2018 (2. Sitzungstag vom 27. November 2018)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 3	GR Mag. Gerald Ebinger	S. 59
Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal		GR Petr Baxant, BA	S. 61
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 63
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 3	GR Dr. Wolfgang Ulm	S. 64
GRin Sabine Schwarz	S. 4	GRin Mag. Barbara Huemer	S. 65
GR David Ellensohn	S. 6	GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 66
StR Maximilian Krauss	S. 7	GR Mag. Thomas Reindl	S. 68
GR Heinz Vettermann	S. 8	GR Stefan Berger	S. 69
GR Christoph Wiederkehr, MA	S. 10	GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	
GRin Mag. Caroline Hungerländer	S. 11	(tatsächliche Berichtigung)	S. 72
GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 12	GR Dr. Gerhard Schmid	S. 72
GRin Mag. Caroline Hungerländer (tatsächliche Berichtigung)	S. 14	GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA	S. 73
GR Armin Blind	S. 14	Amtsf. StRin Mag. Veronica Kaup-Hasler	S. 75
GRin Mag. Nicole Berger-Krotsch	S. 16	Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke	
GR Peter Kraus, BSc	S. 18	Rednerinnen bzw. Redner:	
GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 19	GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 77
GRin Marina Hanke, BA	S. 22	GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 79
GR Gerhard Haslinger	S. 24	GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 79
GR Christian Hursky	S. 25	GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	S. 81
GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely	S. 26	GR Ernst Holzmann	S. 83
Amtsf. StR Mag. Jürgen Czernohorsky	S. 27	GRin Mag. Caroline Hungerländer	S. 84
Beratung der Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung		GR Michael Eischer	S. 84
Rednerinnen bzw. Redner:		GRin Mag. Nina Abrahamczik	S. 86
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 29	GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	
GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 30	(tatsächliche Berichtigung)	S. 88
GR Mag. Christoph Chorherr	S. 32	GR Nikolaus Amhof	S. 88
GR Georg Fürnkranz	S. 34	GR Erich Valentin	S. 90
GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi	S. 35	GR Nikolaus Amhof	
GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc	S. 36	(tatsächliche Berichtigung)	S. 92
GR Mag. Manfred Juraczka	S. 38	GR Markus Ornig, MBA	S. 92
GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 39	Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima	S. 93
GR Wolfgang Irschik	S. 41	GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc	S. 95
GRin Luise Däger-Gregori, MSc	S. 44	Berichterstatter	
GRin Dr. Jennifer Kickert	S. 45	Amtsf. StR KommR Peter Hanke	S. 95
GR Michael Niegl	S. 46	(Schlusswort)	
GR Christian Oxonitsch	S. 49	Abstimmung	S. 95
GR Ernst Holzmann	S. 50	5. 867296-2018-GFW; MA 5, P 3:	
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 51	Feststellung der Wertgrenzen 2019	
GR Wolfgang Irschik		Abstimmung	S. 100
(tatsächliche Berichtigung)	S. 52	6. 901326-2018-GGS; KAV, P 4:	
VBgm.in Mag. Maria Vassilakou	S. 52	Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund; Wirtschaftsplan 2019; Mehrjahresplanung, strategische Ziele 2019 - 2023	
Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft		Abstimmung	S. 100
Rednerinnen bzw. Redner:		7. 808713-2018-GGU; WKN, P 5:	
GR Thomas Weber	S. 54	Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien	
GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger	S. 56	Kanal 2019	
GR Dipl.-Ing. Martin Margulies	S. 58	Abstimmung	S. 100

8. 815558-2018-GWS; WRW, P 6:
Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt

Wien - Wiener Wohnen 2019
Abstimmung

S. 100

(Wiederaufnahme der Sitzung um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Schönen guten Morgen!

Ich darf alle bitten, die Plätze einzunehmen. *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Beifall bei der ÖVP.)* - Das ist nicht Rudi, the Red-nosed Reindeer, sondern meine Wenigkeit.

Recht herzlich willkommen zur Fortsetzung der gestern unterbrochenen Gemeinderatssitzung! Wir diskutieren das Budget 2019 und den Voranschlag der Stadt Wien.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind GR Handler, krank, GR Hofbauer, erkrankt, GRin Hebein, dienstlich verhindert, GRin Bluma bis 17 Uhr, GRin Dr. Kickert von 16.30 bis 18.30 Uhr, GRin Schinner bis 15 Uhr, GR Strobl bis 15 Uhr, GR Dr. Stürzenbecher bis 12 Uhr, alle dienstlich verhindert.

Bevor wir die Beratungen des Voranschlagentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2019 und des Gebührenprüfungsantrages fortsetzen, freue ich mich noch, bei uns im Gemeinderat Herrn Oberst im Generalstab Daniel Bader begrüßen zu dürfen. Er ist Verteidigungsattaché der Schweizer Botschaft. Recht herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat! *(Allgemeiner Beifall.)*

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal. Der Herr Stadtrat hat schon Platz genommen.

Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher!

Ich darf hier die Debatte um die Bildung und Integration eröffnen. Es geht vor allem um die Transparenz in der Bildung, aber auch schon am gestrigen Tag. Das ist zu einem beliebten Schlagwort geworden. Ich glaube aber, dass wir sowohl im Schulbereich als auch in der Elementarpädagogik in der derzeitigen Lage dringend transparente Reformen brauchen. Ich bin in meiner Arbeit schon fast täglich damit konfrontiert, dass Bürgerinnen, Bürger zu mir kommen und über die mangelnde Transparenz berichten beziehungsweise darunter leiden, die ein willkürliches Agieren der Behörden, des Magistrats, der Stadtverwaltung, sehen, seien es Kindergartenbetreiber - ich habe das letzte Woche im Landtag bereits angesprochen -, die gerade an einem scheinbar sehr schwammig ausgeführten Bildungsplan und Kindergartenengesetz scheitern, die hier die Nachvollziehbarkeit in der Bewertung nicht mehr erkennen. Da braucht es einfach schlüssige Kriterienkataloge. *(Beifall bei den NEOS.)*

Aber gehen wir weiter zum Bildungssystem. Die OECD hat kürzlich angemerkt, dass im Bildungsbereich die bessere Nutzung der Ressourcen im Vordergrund stehen muss. Das betrifft insbesondere die Verteilungsmechanismen. Auch der Bundesminister hat schon impliziert gesagt, dass es im Schulbereich intransparente

Verteilungsmechanismen gibt. Das muss einen schon aufhorchen lassen. Die Frage nach den Finanzen ist immer zentrales Thema in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen. Wer bekommt wie viel? Wohin geht das Geld? Da gab es auch eine sehr amüsante Aussage des Bildungsministers. Aber da braucht es eben, um dem entgegenzustehen, eine transparente Berichterstattung hinsichtlich der Verteilung. Denn nur ein transparentes Monitoring kann auch aufzeigen, inwieweit Bildungsziele erreicht werden, wo es zusätzliche finanzielle Mittel braucht und wie diese verwendet werden.

Wir fordern schon lange den Chancenindex für Schulen. Beruhend auf einem sozialökonomischen Index soll das Geld an die Schulen verteilt werden. Das heißt, jene, die hier besondere Herausforderungen haben, sollen mehr bekommen. Unser Plan ist auch, dass die Schulen dann autonom über die Mittelverwendung entscheiden. Dieser Chancenindex ist auch etwas, wo die Stadt hin will. Momentan gibt es darüber wenige Informationen, wie und nach welchen Kriterien diese Mittelverteilung erfolgen soll.

Ich möchte daher heute einen Antrag einbringen, dass wir den zuständigen Stadtrat auffordern, einen transparenten Kriterienkatalog zu erstellen, anhand dessen vor allem für uns, aber auch für die Betroffenen im Bildungssystem die Mittelverteilung nachvollziehbar ist und transparent offengelegt wird. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich komme jetzt zum Thema Schulbildung in der Stadt ganz allgemein. Sie kennen alle die Zahlen, die Ergebnisse der Bildungsstandards in den Wiener Pflichtschulen. Diese belegen schon, dass man hier eigentlich dem Bildungsauftrag nicht mehr oder nicht mehr zur Gänze nachkommt. 61 Prozent der allgemeinen Pflichtschüler der 8. Schulstufe erreichen die Bildungsstandards in Deutsch nicht oder teilweise nicht. Auch in Mathematik erreicht mehr als die Hälfte der Pflichtschülerinnen und Pflichtschüler der 8. Schulstufe die Bildungsstandards teilweise nicht. Ich finde, das ist ein Zustand, der eigentlich wirklich untragbar ist, weil es war nicht immer so. Aber da haben wir uns mittlerweile hinbegeben. Da ist Handlungsbedarf ganz dringend gegeben.

Das bringt auch mit sich, dass wir Kinder in der Volksschule haben, die unter einem enormen Druck leiden, dass sie jetzt wieder Noten bringen, dass sie dann eben den Sprung aufs Gymnasium schaffen. Wir bringen die Eltern unter Druck, die ihre Kinder schon im Alter von sechs Jahren versuchen, auf Spur zu bringen, Leistung zu erbringen, damit man eben diesen Weg in die NMS, wo es beim Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner in Wien kein Vertrauen mehr gibt, einfach nicht einschlagen muss. Das ist ein untragbarer Zustand.

Es gibt viele Lösungsvorschläge, die hier zur Verbesserung beitragen. Man kann sich andere Städte anschauen. Aber es gibt auch in der Wissenschaft eine Fülle an evidenzbasierten Strategien, wie man erfolgreich mit sprachlicher und sozialer Heterogenität im Schulalltag umgehen kann. Die bestmögliche Förderung zur Entfaltung der Kinder und für einen erfolgreichen Bildungsweg ist einfach unerlässlich. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich würde mir deswegen wünschen, und ich hatte die Gelegenheit, auch gestern mit dem Stadtrat darüber zu sprechen, dass wir wirklich alle bildungspolitischen Akteure, alle Expertinnen und Experten, aber auch alle Parteien, wie wir hier sitzen, mit unseren unterschiedlichsten Vorstellungen, zusammenkommen, so wie wir es beim Runden Tisch zum Thema Gewalt gemacht haben, dass wir einen Bildungsgipfel arrangieren, um offen und ehrlich über die Herausforderung zu sprechen, die Probleme anzusprechen und wie wir dazu kommen, dass wieder jede Pflichtschule in Wien zur besten Schule wird. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich glaube, das muss uns allen parteiübergreifend ein Anliegen sein, indem wir auch ideologische Grabenkämpfe hinter uns lassen. Deswegen bringe ich hier meinen zweiten Antrag zur Einberufung eines Bildungsgipfels ein. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sprechen heute über das Bildungs-, Integrations- und Jugendbudget in der Höhe von 3,35 Milliarden EUR.

Ich möchte mir zum Anfang gerne die Zeit nehmen und über eine Gruppe von Menschen sprechen, die eine enorme Leistung für unsere Gesellschaft bringen, eine enorme Stütze für unsere Gesellschaft bringen. Das sind die Krisenpflegeeltern. Die Krisenpflegeeltern kümmern sich kurzfristig und zeitlich begrenzt um gefährdete Kinder, bieten ihnen Halt und Sicherheit. Bis zu zehn Wochen haben Krisenpflegeeltern junge Kinder, die Opfer von Vernachlässigung oder auch Gewalt geworden sind. Krisenpflegeeltern springen sofort auf, wenn sie einen Anruf bekommen, dass ein Kind Ruhe und Sicherheit braucht. Oft bleibt ihnen nicht einmal eine Stunde, zu reagieren und das Kind zu holen. In der Zeit, in der die Kinder bei den Krisenpflegeeltern sind, wird vom Jugendamt beziehungsweise, wie es jetzt korrekt heißt, von der Wiener Kinder- und Jugendhilfe geprüft, ob das Kind zurück zu seinen leiblichen Eltern kommen kann oder in eine Langzeitpflegefamilie kommt. Diese Krisenpflegeeltern gehen einer Berufung nach, die man nicht genug wertschätzen kann.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie bitte. - Sie wissen genau, ich möchte nicht, dass Nichtabgeordnete erstens in den Reihen unseres Hauses sind und zweitens dann noch fotografieren. Ich habe mehrfach in der Präsidiale und auch während der Sitzung bereits darauf hingewiesen. Den Nächsten, der das macht, werde ich nicht mehr in den Saal lassen, damit das ein für alle Mal klar ist.

Entschuldigung für die Unterbrechung. Bitte fortsetzen.

GRin Sabine **Schwarz** *(fortsetzend)*: Danke schön. - Also Krisenpflegeeltern gehen eben einer Berufung nach. Krisenpflegeeltern können nicht genug wertschätzt werden. Es ist so, dass diese Krisenpflegeeltern,

und ich hatte die Ehre, mit einigen zu sprechen, zum Beispiel nicht auf lange Zeit hinaus einen Urlaub planen können, oder es kann sein, dass die Alltagsplanung sofort wieder irgendwie umgestoßen wird, weil sie eben wieder ein Kind aufnehmen.

In Wien gibt es zur Zeit an die 40 Krisenpflegeeltern. Vor eineinhalb Jahren haben wir im Ausschuss einstimmig beschlossen, dass man ein Anstellungsverhältnis für diese Krisenpflegeeltern, auch für Langzeitpflegeeltern, entwirft, beziehungsweise haben wir dieses auch beschlossen, da das Ziel war, die Anzahl der Krisenpflegeeltern zu erhöhen, zumindest für 2018 auf 18 Krisenpflegeeltern. Wir wissen, dass es zur Zeit 6 sind. Wir wissen auch, dass der OGH ein Urteil gefällt hat, dass das Kinderbetreuungsgeld für Krisenpflegeeltern gestrichen wird. Wir haben jetzt die Situation in Wien, dass wir Menschen haben, die dieser Berufung wahrscheinlich nicht mehr nachkommen können, weil sie es sich einfach nicht mehr leisten können, Krisenpflegeeltern zu sein. Ich denke, dass hier unsere Aufgabe ist, wirklich ein Sicherheitsnetz zu spannen und genau hinzusehen, warum dieses Anstellungsverhältnis nicht angenommen wird. In einigen Gesprächen hat man mir einige Punkte genannt, woran es hapert oder warum sich Krisenpflegeeltern nicht dazu entscheiden, dieses Anstellungsverhältnis anzunehmen. Ein Punkt ist zum Beispiel, dass man nicht in dieses Anstellungsverhältnis darf, wenn man sagt, man ist nur bereit, ein Kind zu nehmen, man schafft es aus kapazitären Gründen nicht.

Hier werden wir einen Antrag einbringen, dass dieses Modell des Anstellungsverhältnisses evaluiert werden soll, und zwar in Zusammenarbeit mit den Krisenpflegeeltern, weil diese am besten wissen, was sie brauchen, um weiterhin eine große Stütze sein zu können. Vielleicht schaffen wir es auch, mehr Krisenpflegeeltern zu gewinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt zum Thema Bildung wechseln. Hier bremsen mich sozusagen gleich wieder bei den Kindergärten und Kindergruppen ein. 2017 wurde hier das Kindergartengesetz mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN beschlossen. Wir hatten da sehr viele Kritikpunkte. Ich möchte nur den Herrn Stadtrat zitieren, der gemeint hat, unser Ziel mit dem Kindergartengesetz bleibt und ist, ausschließlich mit qualitativ einwandfreien und wirtschaftlich abgesicherten Kindergartenbetreibern zusammenzuarbeiten. Aber, und das muss man auch ganz klar sagen, das hat man mit dem Gesetz nicht geschafft.

Da muss man jetzt ein bisschen weiter ausholen. Der Kindergarten ist für uns von der ÖVP die erste Bildungstätte. Was braucht es da? Es braucht ein klares Bekenntnis, was der Kindergarten können muss, um Kinder altersadäquat auf die Volksschule vorzubereiten, mit genügend Zeit, auch Kind bleiben zu dürfen, und mit liebevoller Förderung und Forderung, genügend gut ausgebildetes Personal, klare Qualitätsregeln, wie zum Beispiel mehr Platz für jedes Kind, einen Plan, wie man einen besseren Betreuungsschlüssel schaffen kann, genügend Vorbereitungszeiten für die Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen, damit wirklich

jedes Kind möglichst gut gefördert wird. Dieses neue Gesetz hat keine Verbesserung in einem dieser Bereiche gebracht. Viele private kleinere Kindergartenbetreiber, die seriös arbeiten, haben schon am Anfang das Gesetz kritisiert. Die Einsprüche waren Rot-Grün egal. Man muss aber sagen, dass die privaten Kindergartenträger eine sehr große Stütze sind. Sie werden mit 375 Millionen EUR budgetiert. Diese Kindergartenbetreiber, die diese seriöse Arbeit machen, sagen oft, sie haben jetzt das Gefühl, dass sie dafür bestraft werden, was die Thematik islamische Kindergärten in Wien und bei der MA 10 und der MA 11 ausgelöst hat. Das kann es nicht sein.

Also ich denke, dass wir hier schon einen Spagat schaffen müssen und die Stadt Wien einen Spagat schaffen muss, dass sie zum einen ein Partner für private Kindergartenträger bei Kontrollen wird, dass es auch keine Willkür bei Kontrollen gibt - ich möchte dann noch ein Beispiel erzählen - und dass sie sozusagen dann aber auch die Spreu vom Weizen trennen kann. Dieser Spagat muss wirklich funktionieren, weil wir haben viele private Kindergartenbetreiber, die sagen, sie können es sich bald nicht mehr leisten, auf Grund des neuen Gesetzes auch wirklich arbeiten zu können. Da müssen wir genau hinschauen. Dazu bringen wir auch einige Anträge ein. *(Beifall bei der ÖVP:)*

Ich möchte Ihnen, weil es mir wirklich ein Anliegen ist, erzählen, was mir ein privater Kindergartenbetreiber erzählt hat, was überprüft worden ist und wie diese Überprüfung war. Der Kindergarten ist überprüft worden. Das ist eine Kindergruppe in einer Altbauwohnung, wunderschön neu saniert. Es geht darum, welcher Verschluss an der Tür angebracht werden muss, damit die Kinder nicht einfach hinauslaufen können. Da war dann eine Kontrollorin, die sich das angeschaut und gesagt hat, dort muss ein Schloss mit einer Vorhangkette hin. Die Kindergartenbetreiber haben ein Schloss mit einer Vorhangkette hingegeben, haben alles andere ebenfalls umgesetzt. Es kam eine neue Kontrolle, die sagt, das Schloss ist das falsche, es muss abmontiert werden, sie brauchen ein anderes Schloss - ich weiß gar nicht, wie man es nennt, ich glaube, Birnverschluss oder so, dass man einfach dreht -, weil das ist sicherer als die Vorhangkette. Dann sagt die Kindergartenbetreiberin, was macht sie denn jetzt, weil das war eine Urlaubsvertretung, wenn wieder die andere Vertreterin kommt und sagt, sie will das Vorhangschloss mit der Kette wieder haben. Das ist dann ihr Problem. Das geht nicht! Also das geht wirklich nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Thema, das uns immer wieder beschäftigt, ist die Situation der Eltern, wenn sie plötzlich vor einem Kindergarten stehen, der geschlossen hat. Diese Situation hatten wir. Die Förderung wird gestrichen. Die Eltern haben es nicht erfahren, weder vom Kindergartenbetreiber noch von der Stadt Wien, wollen das Kind zum Kindergarten bringen, der aber geschlossen ist. Was tun? Da hatten wir einige im 7. Bezirk, die zum Beispiel vor dieser Situation standen.

Auch hier bringen wir einen Antrag ein, dass es in Wirklichkeit eine Art Frühwarnsystem braucht, um die

Eltern zu informieren. Hier braucht es Transparenz. Es ist das Steuergeld, das für Förderungen verwendet wird. Wenn es einen Kritikpunkt der Stadt Wien für einen Kindergartenbetreiber gibt, dann haben die Eltern das Recht, dies zu erfahren. Dann braucht es auch einen Plan B, dass die Kinder so schnell wie möglich wieder einen Kindergartenplatz bekommen. Auch hier bringen wir dann einen Antrag dazu ein.

Wir haben noch einen Antrag zum Thema Kostentransparenz. Da geht es um das Missverhältnis der finanziellen Situation von privaten Kindergartenträgern zu städtischen Kindergartenträgern. Wir wissen, dass der private Kindergartenplatz günstiger ist, oder dass Kindergartenbetreiber weniger Geld für einen Kindergartenplatz als die Stadt Wien bekommen. Hier bedarf es wirklich einmal einer Transparenz und einer Aufklärung, warum das denn so ist. Denn von der Qualität her kann es teilweise nicht sein, weil wir wissen zum Beispiel, bei privaten Kindergartenträgern dürfen Kinder schon einen Kindergartenplatz haben, obwohl vielleicht Vater oder Mutter noch nicht im Job sind, damit es genug Eingewöhnungsphase gibt. Wir wissen, dass bei privaten Kindergartenträgern ein Kind nicht das Recht auf einen Ganztagesplatz verliert, wenn ein Geschwisterkind unterwegs ist, was in der Stadt Wien der Fall ist. Da gibt es noch mehrere Punkte. Jetzt ist die Frage: Warum kostet der Platz eines Kindergartens der Stadt Wien den Steuerzahler mehr als in einem privaten Kindergarten? Auch hier bringen wir einen Antrag ein, dass wir Kostentransparenz fordern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Punkt im Kindergarten ist natürlich das Deutschniveau des Personals, welches Bildung vermittelt. Der Hauptgrund für das verpflichtende Kindergartenjahr war auch die Vermittlung der deutschen Sprache, damit es die Kinder leichter haben, in die Volksschulen umzusteigen und dem Unterricht folgen zu können. Was es hier braucht, und was wir in Wien nicht überall haben, ist Personal, das nicht nur der deutschen Sprache mächtig ist, sondern sehr gut Deutsch sprechen kann. Denn nur so können Kinder wirklich vorbereitet werden. Nur so gelingt es, unsere gemeinsame Sprache zu erlernen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier bringen wir einen Antrag ein, dass wir C1-Niveau für Menschen verlangen, die im Kindergarten Bildung vermitteln, und bitten hier auch um Zustimmung.

Jetzt habe ich nur noch kurz Zeit, springe kurz zu den Pflichtschulen und komme gleich, weil ich auch den Herrn Bildungsdirektor sehe, auf den Chancenindex zu sprechen. Der Herr Bildungsdirektor hat die Vision, einen Chancenindex für Wien einzusetzen. Aber hier wird nicht aufgestockt, sondern hier wird das Geld, das zur Zeit zur Verfügung steht, sozusagen umgeschichtet. Das ist etwas, was wir ablehnen. Wir haben schon seit Jahren immer gesagt, wir verlangen eine Aufstockung. Wo sind die 100 Sozialarbeiter, die versprochen wurden? Wir verlangen die Aufstockung des Support-Personals. Wir möchten, dass die Schulsozialpädagogen eingeführt werden, und so weiter, und so weiter.

Wir wissen natürlich, dass Wien Brennpunktschulen hat. Wir haben bei den Bildungsstandards die Zahlen. 35

Prozent der Volksschulen in Wien haben eine hohe soziale Benachteiligung, zwei Drittel der Neuen Mittelschulen, 12 Prozent der Wiener Gymnasien. Aber was nicht sein kann, ist, dass man jetzt eine Schule bestraft, die gut performt, indem man ihr Ressourcen wegnimmt und diese dann zu einer anderen Schule gibt. Weil wie soll denn diese Schule weiterhin gut performen? Das lehnen wir ab und bringen hier auch einen diesbezüglichen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worauf ich noch kurz zu sprechen kommen möchte, ist die Problematik der Lehrerinnen und Lehrer in Wien. Wir haben die Problematik, dass uns Lehrerinnen und Lehrer fehlen. An die 300 Lehrerinnen und Lehrer haben Wien während des Schuljahres verlassen, um in einem anderen Bundesland zu arbeiten, weil ihnen die Herausforderung, in unserer Stadt zu arbeiten, zu schwierig erscheint. Da hilft auch all die Wertschätzung nicht, die wir ihnen entgegenbringen. Wir haben jetzt sogar angeblich die Situation, dass 70 Planstellen nicht einmal besetzt werden können. Das heißt, 70 Volksschulklassen, zum Beispiel, haben keine Stammlehrerin und keinen Stammlehrer. Das kann nicht sein! Der Bedarf ist wirklich hoch, und schneller Handlungsbedarf ist gegeben.

Hier bringen wir einen Antrag ein, dass man ein Anreizsystem für die Lehrerinnen und Lehrer schafft, damit sie gerne bei uns arbeiten und damit sie sozusagen einen Wettbewerbsvorteil haben. Da brauchen wir einen Wettbewerbsvorteil zu den Bundesländern rund um uns. Deswegen bringen wir auch hier einen Antrag ein.

Zum Schluss möchten ich und meine Fraktion, die ÖVP-Wien, uns bei allen Menschen bedanken, die sich beruflich, ehrenamtlich für Kinder und Familien engagieren. Sie sind eine riesengroße Stütze für unsere Stadt, für unser Land! Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Ellensohn.

Vorher muss ich aber noch bekannt geben, dass GR Damjanovic ab jetzt erkrankt entschuldigt ist.

Bitte, David. Selbstgewählte Redezeit ist 7 Minuten.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wien, eine dynamische Stadt, Wachstum 19.000 Geburten pro Jahr, neuer Rekord seit langer Zeit. Dafür müssen natürlich Plätze in Kindergärten, in Schulen geschaffen werden. Das ist eine große Herausforderung. Im Budget schlägt sich das nächste Jahr mit 2.500 Kindergartenplätzen nieder. Da müssen Sie mehrere Bundesländer zusammenzählen, um auf die gleiche Leistung zu kommen. Da braucht es die Örtlichkeiten dazu. Es braucht aber auch die PädagogInnen dazu, um das zu machen. Wir haben etwas mehr als 100 neue Schulklassen, noch einmal der Aufwand. Wir haben insgesamt 390.000 Menschen in dieser Stadt, die jünger als 19 Jahre sind. Deswegen ist Wien auch das jüngste Bundesland und bleibt es zumindest noch eine Weile lang. Das ändert sich in ein paar Jahrzehnten wieder. Aber so ist es jetzt.

Was würden wir dringend für die ganzen Herausforderungen in Wien brauchen? Diese sind ja bei allen

unbestritten. Wien hat mehr Herausforderungen. Alle Städte haben andere Aufgaben, nicht nur Wien, als die einzelnen kleineren Dörfer. Da fällt immer das Stichwort Chancenindex. Das ist jetzt bei der Vorrednerin auch gewesen, mit der Idee, dorthin mehr Geld, mehr Personal, mehr Unterstützung zu bringen, wo mehr Bedarf ist. Die Frage ist nur: Wird es insgesamt mehr? Oder muss man es irgendwo wegnehmen, um es irgendwo hinzubringen? Nachdem in den Schulen niemand im Überfluss lebt, wäre es natürlich idealerweise nur mehr. Die Bundesregierung hat uns aber gerade heuer wieder 200 Stellen komplett weggekürzt. Da kommen immer Anträge für SozialarbeiterInnen. Der Bund kürzt aber immer SozialarbeiterInnen, ich glaube, 44 wieder bei der letzten Kürzung. Dann kommt immer noch der Schrei, das müssen wir reparieren, am besten noch mit dem, was gestern gekommen ist, aber Geld darf es keines kosten. Das ist immer diese Quadratur des Kreises. Man macht es Wien schwer. Ich verstehe immer noch nicht, warum Parteien, die zumindest in Wiener Gemeinderat sitzen, aktiv gegen Wien vorgehen und das auch noch gut finden. Was die Bundesregierung macht, ist ein anderer Kaffee. Aber als Wiener Abgeordnete hätte man doch die Aufgabe, sich um alle Wiener Kinder zu kümmern.

Wir haben wenig Zeit in dieser Budgetwoche, weil der umfangreiche Bereich von StR Czernohorszky bei uns drei RednerInnen auf den Plan ruft. Eine schöne Sache, die wir nächstes Jahr groß machen, für 6.000 Pflichtschulkinder gibt es im Sommer die Summer Camps. Das ist vor allem für Familien, wo beide berufstätig sind, oder für Alleinerzieher sehr wichtig. 6.000 Pflichtschulkinder für 50 EUR in der Woche, Essen inklusive. Jetzt kann man suchen gehen. Gibt es das in Vorarlberg? Oder gibt es das in Oberösterreich? Oder gibt es das irgendwo? Nein, gibt es natürlich nicht! Ein Wahnsinnsangebot, das an sehr vielen Standorten ausgebaut wird! Das kostet natürlich wieder etwas, 6 Millionen EUR. Diejenigen, die immer sparen wollen, können wieder sagen: „Spart es doch ein! Schaut, dass die Kinder alle neun Wochen im Sommer zu Hause sind! Die Eltern werden es schon irgendwie einrichten!“ Das funktioniert halt nicht überall. Das ist übrigens nicht nur ein Sommerspiel, sondern das ist auch mit Lernen verbunden und soll den Kindern auch in diesem Bereich helfen.

Wir haben ein eigenes Fördersystem 2.0 mit 200 zusätzlichen PädagogInnen. Auch das kostet wieder Geld. Sollen wir das abschaffen? Sollen wir das machen? Das macht übrigens auch kein anderes Bundesland in dem Ausmaß.

Wir haben SozialarbeiterInnen aufgestockt. In der Koalitionsvereinbarung ist von 100 neuen die Rede. Dort sind wir noch nicht. Aber das ist das Ziel in dieser Legislaturperiode. Wir stocken das sukzessive auf, im Gegensatz zu dem, was gekürzt wird. Es nützt nur natürlich weniger, wenn wir einen Bestand haben und glauben, wir stocken auf, aber gleichzeitig greifen ÖVP und FPÖ von Bundeseite herein und nehmen immer wieder welche heraus. Dann sind am Schluss leider nur gleich viele Leute da. Jetzt muss man sagen, auf Bundesebene gibt es immerhin ein paar, die schon merken, dass der Zug in

die falsche Richtung fährt. Der Herr Faßmann als zuständiger Minister beginnt schon, herumzueiern, was jetzt richtig und falsch ist, und ist sich nicht mehr so sicher, nicht nur nicht mehr so sicher. Zum Beispiel zurück ins Notensystem der 60er Jahre. Die ganzen Bildungsvorstellungen der Bundesregierung führen in die 60er, 70er Jahre zurück. Aber er ist sich plötzlich nicht mehr so sicher. Es ist halt schade, weil er der zuständige Minister wäre und vielleicht etwas mehr Gewicht in die Waagschale werfen könnte, hat er aber offensichtlich innerhalb der Fraktion nicht.

Es ist nicht nur das, sondern es ist insgesamt der ganze Zugang, den Sie haben. Dieser passt einfach nicht ins 21. Jahrhundert. Es wird quasi die Einsprachigkeit zum Leitprinzip von allen erhoben. Das wird nichts nützen. Da wird die Wirtschaft keine Freude haben, die einzelnen Kinder, wenn sie Erwachsene sind, auch nicht. Insgesamt trauen sich Rot und Grün in der Stadt nicht nur mehr als die Bundesregierung, sondern an der Bildungspolitik kann man es am deutlichsten sehen, wie weit die Vorschläge auseinandergehen können. Es hat natürlich etwas damit zu tun, was uns ein Kind wert ist. Ist es gleich viel wert, wenn die Eltern, die Großeltern und die Urgroßeltern nicht im 21. Bezirk oder irgendwo an der Wiener Landesgrenze geboren sind, oder machen wir dort die Unterschiede, wie wir es gerade aktuell bei der Mindestsicherung sehen? Wenn ein Elternteil nicht in diesem Land geboren ist, aufgewachsen vielleicht schon, aber ein Elternteil nicht in dem Land geboren ist, gehört es schon nicht mehr richtig dazu. Das dauert also bei meinen Kindern natürlich verdammt lang, weil das dauert dann noch einmal eine Generation hinaus. Ich bedanke mich aber. Das ist wichtiger. Auf die Bundesregierung können wir nicht zählen. Das wird nichts. Wir müssen das in Wien so gut, wie wir können, machen und zusätzlich darauf hinarbeiten, dass im Bund irgendwann neue Rahmenbedingungen kommen, aber nicht mit der aktuellen Bundesregierung. Das wird schwierig. Das ist ein längerfristiges Projekt. Kürzer ist das, was wir in Wien machen. Deswegen die steigenden Ausgaben in dem Bereich.

Ich bedanke mich bei allen Dienststellen, die sich für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt einsetzen, und bei allen PädagogInnen, die im Kindergarten und in den Schulen enorme Arbeit leisten. Ich weiß, dass die Bedingungen dort nicht für alle so ideal sind, wie sie es gerne hätten. Aber der Einsatz der einzelnen LehrerInnen und KindergartenpädagogInnen ist großartig. Ich bedanke mich noch einmal herzlich im Namen aller 19.000 Kinder, die jedes Jahr in dieser Stadt dazukommen! Vielen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr StR Maximilian Krauss. Ich erteile es ihm.

StR Maximilian **Krauss**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Ellensohn, ich glaube, wir haben jetzt sogar bestätigt, dass Sie vielleicht am wenigstens geeignet sind, gute Ratschläge zu geben. Aber ich verstehe,

dass Sie einen schwierigen Tag haben. Deswegen möchte ich viel Unwahres, das Sie gerade in Richtung Bundesregierung gesagt haben, einmal so stehen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte mich stattdessen zu Beginn bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 35 bedanken, die in den letzten Wochen und Monaten ausgezeichnete Arbeit gemacht haben, wenn es darum gegangen ist, im Bereich der Scheinstaatsbürger Verfahren einzuleiten, wo jetzt auch höchstgerichtlich durch den Verwaltungsgerichtshof festgestellt wurde, dass diese Aberkennungen beziehungsweise Feststellungen von Scheinstaatsbürgern rechtens waren und dass hier ausgezeichnete Arbeit geleistet wird. Vielen Dank! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn wenn wir uns die Vergangenheit und die Geschichte dieses Themas anschauen, dann haben wir Freiheitliche und unser jetziger Vizekanzler Heinz-Christian Strache vor einigen Jahren eine Liste mit sehr vielen Namen übermittelt, allein 18.000 in Wien, wo es konkrete Verdachtsmomente gegeben hat, dass es sich hier um illegale Staatsbürger handelt, weil es Scheinstaatsbürger sind, sie in Wahrheit wieder die türkische Staatsbürgerschaft angenommen haben und dadurch die österreichische verloren haben. Seitens der SPÖ hat man damals schon gesagt, das glaubt man nicht, diese Liste könnte gefälscht sein, und wenn es so ist, so schlimm ist es eh nicht. Nein, wir haben diesen Staatsbürgerschaftsbetrug aufgedeckt! Wir haben die Liste eingereicht! Und die Gerichte haben uns recht gegeben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir uns bildungspolitisch anschauen, was in den vergangenen Monaten in Wien und in Österreich passiert ist, dann muss man natürlich hier eine klare Unterscheidung treffen, was einerseits auf der Bundesebene an guten Maßnahmen eingeleitet wurde und was andererseits leider in Wien passiert ist. Wenn wir uns anschauen, und das wurde gestern schon angesprochen, aber es war das wichtigste bildungspolitische Thema der vergangenen Monate, dann geht es natürlich um das Buch der Gewerkschafterin Wiesinger, das sie geschrieben hat, wo sie die Zustände an den Wiener Schulen beschreibt, wo sie die Zustände, von denen wir immer schon gewusst haben, wie sie sind, genau beschreibt und auch aufgezeigt hat, was in den vergangenen Jahren falsch gelaufen ist, was in der Bildungspolitik speziell in Wien falsch gelaufen ist, was in der Integrationspolitik falsch gelaufen ist und wo man seitens der SPÖ immer nur weggeschaut hat, solange man konnte, Probleme geleugnet hat, solange man konnte, aber jetzt nicht mehr wegsehen konnte, weil es eine SPÖ-Gewerkschafterin war, die diesen Skandal aufgezeigt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Genauso, wie man seitens der SPÖ immer gesagt hat, es gibt gar keine islamischen Kindergärten in Wien, bis es von uns und in der Folge auch vom Rechnungshof aufgezeigt, bestätigt wurde, sehr wohl gibt es islamische Kindergärten, genauso lang hat man natürlich auch seitens der SPÖ gesagt, es gibt keine Integrationsprobleme an Wiener Schulen, die irgendwie nennenswert wären.

Nein, die Frau Wiesinger hat genau das bestätigt, was wir immer gesagt haben, nämlich, dass es dazu kommt, dass es Bekleidungszwänge gibt, dass Mädchen sich nicht mehr so anziehen können, wie sie wollen, dass es zu einem Kopftuchzwang kommt, zu dem ich gleich auch noch mehr sagen werde. Das sind alles Zustände, wo es Sittenpolizeien in Wiener Schulen gibt, wo sich Lehrer teilweise nicht mehr trauen, den Schülern etwas zu sagen! Das sind Zustände, die die SPÖ in Wien zu verantworten hat und wo wir jetzt versuchen, bestmöglich gegenzusteuern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Letzte Woche wurde hier auch schon darüber gesprochen, aber natürlich ist das Kopftuchproblem an Wiener Schulen ein eklatantes, weil wenn wir die Situation haben, dass wir jetzt im Kindergarten ein Kopftuchverbot haben, seitens der Bundesregierung über die 15a-Vereinbarung geregelt, dann ist das natürlich eine hervorragende Maßnahme, weil es längst überfällig war. Wenn das jetzt auf die Volksschulen ausgeweitet wurde, dann ist das natürlich auch eine hervorragende Maßnahme. Und wenn Sie, Herr Ellensohn, vorher sagen, der Herr Faßmann weiß gar nicht so genau, ob er noch zu dieser Bundesregierung gehören möchte, dann sage ich Ihnen nur, es war der Herr Faßmann, der am Wochenende gefordert hat, dass man das Kopftuchverbot bis 14 Jahre ausweitet! Ich sage Ihnen, das wird eine gute Maßnahme sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das Problem mit dem Kopftuchverbot ist kein religiöses für uns. Es ist für uns ein politisches, weil wir uns sicher sind und weil es einfach Tatsache ist, dass kein kleines Mädchen freiwillig aus religiösen Motiven ein Kopftuch aufsetzt, sondern weil es hier dazu kommt, dass Druck seitens der Familie, seitens Vereinsstrukturen, seitens vielleicht Moscheevereinen, et cetera ausgeübt wird und Kinder zu einer Sache gezwungen werden, die nichts mit freier Religionsausübung zu tun hat, sondern wo es nur um ein politisches Symbol geht und kleine Mädchen stigmatisiert werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ein Problem, das Sie hier natürlich haben, ist, dass Sie, so wie in vielen anderen Bereichen, einfach Integrationsmaßnahmen nicht einfordern wollen. Das Problem beginnt natürlich damit, dass Sie die eigenen Werte, die eigenen Traditionen und die eigene Kultur nicht besonders schätzen und nicht besonders hochhalten. Wenn man Anpassung und Integration verlangen will, dann wäre das natürlich Voraussetzung. Aber wenn man sich in der Debatte ständig nur darüber befindet, ob man das Kreuz eh schon überall abgenommen hat, ob eh alle Kopftuch tragen dürfen, egal, warum, ob sie es wollen oder nicht, oder ob sich Schweinefleisch noch am Speiseplan befinden darf, dann kann man natürlich nicht Integration und Anpassung einfordern, wenn man selbst nichts davon hält, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ein Letztes wollte ich noch ansprechen, weil die Kollegin Wehsely gestern gar so in Richtung FPÖ und in Richtung Bundesregierung geschimpft und gesagt hat, wie gut es nicht war, dass es keine echten Überprüfungen gegeben hat, wer 2015 nach Wien und nach Öster-

reich gekommen ist. Ganz in der Nähe von hier, vor dem Café Einstein, hat unlängst, vor 2 Tagen, ein 15-jähriger Syrer einen 24-Jährigen mit einem Schraubenzieher niedergestochen. Ich weiß nicht, ich finde es nicht gut, dass solche Leute nach Wien kommen. Hier hätte man differenzieren müssen. Hier hätte man schauen müssen. Hier muss man auch in Zukunft genau schauen, wer hier bleiben darf und wer nicht. Ich bin froh, dass wir einen Innenminister Kickl haben, der sich dieser Thematik ganz genau annimmt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist klar, in Wien gibt es im Bildungsbereich, gibt es im Integrationsbereich, wenn es Maßnahmen gibt, die falschen! Gott sei Dank haben wir eine Bundesregierung, die hier aktiv und wirksam gegensteuert! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Herr Stadtrat! Lieber Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne vielleicht gleich mit dem Kollegen Krauss, der immerhin ein bisschen Leben in die Debatte hineingebracht hat. Ich meine, ich habe es das letzte Mal schon gesagt, ich wiederhole es aber, weil ich nicht weiß, ob Sie da im Saal waren. Wenn man sich immer zur Kollegin Wiesinger äußert, bin ich der Meinung, wir haben die Zustände soweit auch gekannt. *(GR Armin Blind: Sie haben sie gelehnet! Das ist keine Geschichte!)* Ich meine, die Frage ist: Wie transportieren wir sie? Wie haben wir dagegen gearbeitet? Und verwenden wir diese Zustände, die wir als Herausforderung begreifen, dazu, um zu spalten, zu hetzen oder um sie auch entsprechend zu beheben und die Kinder weiterzubringen? Wir haben uns eben für die Förderung und fürs Kindeswohl entschieden! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber sie gibt auch einiges an Empfehlungen ab. Ich hoffe, Sie haben das Buch überhaupt gelesen und nicht nur den Klappentext. *(GR Armin Blind: Herr Kollege, Hochmut kommt vor dem Fall!)* Denn wenn man sich das anschaut, was sie eigentlich fordert, damit das dann ein bisschen besser durchmischt ist, fordert sie zum Beispiel eine gemeinsame Schule bis 14. Sie könnten sich anschließen. Sie fordert einen Ethikunterricht, verpflichtend für alle. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, eine Maßnahme, die sie fordert. Sie könnten sich anschließen. Also wenn man schon sagt, ein super Buch und eine wunderbare Darstellung, dann sollte man auch darauf hören, was sie sich eigentlich denkt, wie man davon wieder herauskommen könnte. Da höre ich aber weniger, weil Ihnen geht es eigentlich nicht um die Lösung! Sie wollen eine Problemdarstellung, um daraus politisches Kapital schlagen zu können! Das ist die Wahrheit! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Armin Blind: Das ist ganz billige Polemik von Ihnen!)*

Wenn Sie sagen, das Kopftuch ist für sie politisch, glaube ich das aus dem Grund auf alle Fälle, dass das für Sie sozusagen keine Religionsdebatte, sondern eine politische Debatte ist, weil Sie das eben politisch instrumentalisieren wollen. Das ist genau Ihr Ziel. Wir sind alle dagegen, dass ein Mädchen hier einem Zwang ausge-

setzt ist, dass sie zwangsweise ein Kopftuch tragen muss. Wir haben auch viele Erfolge, indem man mit den Eltern arbeitet, indem man in den Schulen mit den Eltern, natürlich auch mit den Kindern und mit den Jugendlichen, arbeitet. Die Frage ist eben, ob man Zwang gegen Zwang, Verbot durch Verbot bringt.

Weil Sie sagen, sie mögen unsere Werte gar nicht. Da sage ich auch ein bisschen etwas zu meinen persönlichen Werten, weil ich fühle mich dem Humanismus verpflichtet, der Aufklärung, allgemein hin auch bürgerliche Revolution - es wäre vielleicht auch nicht das Schlechteste, wenn Sie einmal ein bisschen in Ihrer eigenen Geschichte nachgraben und zu diesen Werten einmal stehen könnten -, und natürlich auch der religiösen Toleranz, dass Religion Privatsache ist. Das sage ich auch als Buddhist. Also in dem Sinn haben wir schon Werte, zu denen wir stehen. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Aber vermitteln haben Sie sie nicht können, weil sonst hätten wir die Probleme nicht!*) Was das aber mit einer entsprechenden Hetze zu tun hat, erschließt sich mir nicht! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zur Kollegin Emmerling und auch zur Kollegin Schwarz möchte ich das gleich nebeneinander legen, damit ich das vielleicht gemeinsam beantworten oder einige Punkte aufbringen kann. Wenn man sagt: Wie läuft es eigentlich im Kindergarten oder auch in den Kindergruppen, gibt es einen Plan? Klar, es gibt den Bildungsplan. Dieser ist sogar sehr gut. Er ist absolut transparent. Er ist gemeinsam beschlossen worden. Dann sagt man, wir kontrollieren nie, es sind überall islamische Kindergärten und wir sollen hineingehen und kontrollieren. Aber wenn du dort bist und kontrollierst, musst du natürlich alles kontrollieren. Wenn kontrolliert wird und entsprechend streng kontrolliert wird, regt man sich auch wieder auf. Das ist natürlich ein maximaler Aufwand, aber wir haben das durchgesetzt. Wir kontrollieren jetzt engmaschig und natürlich von der finanziellen Gebarung bis zur Pädagogik, bis zur Ausstattung.

Wenn man jetzt sagt, sie reden da über den Verschluss, ist aber eines klar, dass Kinder nicht einfach auf die Straße hinauslaufen können, ist ein sozusagen von uns allen geteilter Wert. Ich werde jetzt nicht darauf eingehen, welches Schloss wirklich das Beste ist. Aber dass darauf geschaut wird, ist doch eine gute Sache. Das sollte uns sozusagen mit froher Zuversicht erfüllen.

Wenn man sagt, worauf der Chancenindex basiert, als wäre das sozusagen ein Geheimnis, meine ich, erstens hat es der Bund schon bei der vorigen Regierung vorgegeben, aber natürlich geht es da um einen sozialen Hintergrund. Es geht um Muttersprache oder um die Sprache, die zu Hause hauptsächlich gesprochen wird. Es geht um den Bildungshintergrund der Eltern. Diese Parameter werden dort bewertet. Dann kommt man entsprechend dazu, ob man hier besondere Mittel hineingeben will. Wenn man dann sagt, macht es auch wirklich, haben wir nur die Möglichkeit, das in Wien sozusagen mäßig umzuverteilen. Dann werden wir das tun, was aber nicht heißt, dass wir nicht zusätzliche Mittel vom Bund fordern. Das weiß eh jeder. Nur, ÖVP

und FPÖ unterstützen uns da einfach nicht. Daher ist das aus meiner Sicht auch doppelzünftig!

Die Standards werden nicht erreicht. Ja, das muss besser werden. Sie werden tatsächlich teilweise nicht erreicht. Aber es war schon ärger, muss man sagen. Also unsere Maßnahmen greifen in dem Sinn, aber sie greifen nicht so, wie wir wollen. Das Ende der Fahnenstange ist hier nicht erreicht.

Weil die Kollegin Emmerling auch die Noten angesprochen hat, da fordern wir, dass das schulautonom geregelt werden kann. Wer hat denn der Schulautonomie, den Eltern, den Lehrern das Mitspracherecht weggenommen? Wieder die Bundesregierung, die zumindest von ÖVP und FPÖ hier entsprechend gelobt wird!

Wie ist es mit den zusätzlichen Mitteln? Dann komme ich schon ein bisschen zu dem, was wir in Wien machen. Wir haben gesagt, es sollten 100 Personen mehr werden, 100 Personen mehr an Unterstützungspersonal ist natürlich, dividiert durch 5, wenn man es ganz schematisch sieht, 5 mal 20. Wir sind noch nicht am Ende angekommen. Aber wir werden das Jahr für Jahr entsprechend auffüllen. Wir haben sogar ein Angebot gemacht, als uns der Bund die Sozialarbeiter und die Unterstützungspersonen bei den Integrationsklassen gestrichen hat, und haben gesagt, okay, dann einigen wir uns, wir zahlen die Hälfte und der Bund zahlt die Hälfte. Da ist aber vom Bund auch nichts gekommen. Dass man aber einfach sagt, man streicht uns ohne jede Konsultation und dann darauf hofft, dass Wien zur Gänze diese Aufgaben des Bundes übernimmt, ist eigentlich, muss ich sagen, verwerflich und kann natürlich auch nicht eine entsprechend gute Sache für die Kinder sein!

Denn, und jetzt komme ich dazu, was steht im Budget überhaupt abgebildet? Wir werden, das wurde schon gestern gesagt, 1,75 Milliarden in den Bildungsbereich investieren, eine große, riesige Summe. Mit 120 Millionen werden über 100 Klassen gebildet. Das ist nicht nur Raum. Ich meine, wir wollen auch Raum schaffen, aber es geht dann um die Inhalte. Was gibt es hier für Inhalte, die damit geschaffen werden? Es werden die Summer Camps neu kommen. Das ist eine Möglichkeit, wenn die Eltern arbeiten, dass die Kinder wie in einem Ferienklub Spiel, Spaß, Sport, aber natürlich auch Unterricht, unter anderem auch Deutschunterricht, bekommen werden, wo eine qualitätsvolle Betreuung ist. Es werden die Bildungsgrätzl ausgebaut, wo eben Schulen, aber auch in außerschulischer Arbeit Kindergärten zusammenarbeiten, also wie im Bildungscampus, wo eben Kindergarten, Volksschule, NMS, andere Einrichtungen noch sind. In der Josefstadt gibt es zum Beispiel auch die Möglichkeit, dass man vielleicht auch mit dem musischen Zentrum, mit der Musikschule der Stadt Wien, einfach mit verschiedensten Playern zusammenarbeitet. Dass die Campusschulen wirklich toll sind und alle Stücke spielen, auch für eine neue Pädagogik, eine aufgelockerte Pädagogik, ist bekannt, dass wir sanieren, ganz genauso. Dass wir die ganztägige Betreuung in der Schulzeit neben den Summer Camps ausbauen, ist auch bekannt und wird da sogar öfters kritisch diskutiert. Aber auf alle Fälle stehen wir dazu und das kostet uns etwas.

Das sollte auch einmal gesagt werden. Es werden dort auch FreizeitpädagogInnen angestellt, weil dort muss wer arbeiten. Es gibt den Wiener Warenkorb, 9 Millionen 300.000, 60 EUR pro Kind. Alle anderen Dinge lass ich jetzt schon weg. Ich habe da noch ein paar stehen. Aber irgendwie beginnt es schon zu blinken. Ich rede also jetzt meiner Fraktion eine halbe Minute weg.

Zum Schluss kommend, möchte ich sagen, wenn man immer sagt, wenn man für die Bildung arbeitet, geht es um die Zukunft der Kinder. Es geht darum, dass die Wirtschaft entsprechend Fachkräfte hat. Es geht darum, dass sich auch ambitionierte Eltern sicher sein können. Ist das wichtig? Ja. Ist das richtig? Ja. Ist es das Wichtigste? Nein. Bei uns steht eben das Kind im Mittelpunkt. Dafür werden diese riesigen Aufwendungen gegeben, wo man eben mit Liebe und Empathie, mit Forderung und Förderung diesem Kind begegnet. Dafür werden diese Mittel eingesetzt. So gesehen ist das Budget eine gute Nachricht für alle Wiener Kinder und für alle, die an der Bildung interessiert sind, und würde schon allein deshalb eine Zustimmung rechtfertigen. - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit war 8 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Wiederkehr. Selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

An den zwei Rednern vor mir sieht man, woran das Bildungssystem krankt. Peter Krauss von der FPÖ sagt ... *(GR Mag. Wolfgang Jung: Peter Krauss von der FPÖ? - GR Maximilian Krauss: Maximilian!)* - Maximilian Krauss! Ich habe in letzter Zeit zu oft Peter Kraus gelesen. Tut mir leid! Maximilian Krauss sagt, die Bundesregierung macht alles richtig, die Stadt Wien macht alles falsch. Die SPÖ sagt, die Stadt Wien macht alles richtig, die Bundesregierung macht alles falsch, und das exemplarisch an den Sozialarbeitern. Wer ist jetzt schuld *(GR Mag. Wolfgang Jung: Die NEOS rein gar nicht!)*, dass es zu wenige in Wien gibt, der Bund oder die Stadt? Ich glaube, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern ist es eigentlich egal! *(Beifall bei den NEOS.)*

Halb-halb-verantwortlich kann man auch sagen. Aber dann muss man diese Verantwortung auch tragen. Hier gibt es eine gemeinsame Verantwortung, auch im bildungspolitischen Bereich zu arbeiten und nicht immer nur die Verantwortung zu delegieren!

Maximilian Krauss, du hast gesprochen, dass die Bundesregierung die tollste Integrationspolitik im Bildungsbereich macht, nach eurer Definition, der freiheitlichen, dass Integrationspolitik dann ist, wenn man politisches Kapital ausschlagen kann, wenn man es als Brandbeschleuniger verwendet. Dann ist die bundespolitische Position der FPÖ sicher erfolgreich, weil die Integrationspolitik der FPÖ dient als Brandbeschleuniger! *(Beifall bei den NEOS.)*

Es ist nicht verantwortlich, Mittel zu kürzen, die wir in Wien im integrationspolitischen Bereich dringend brau-

chen. Das ist nicht die Verantwortung, die ich mir vorstelle.

Wenn die Frau Wiesinger immer wieder als Beispiel genannt wird, ich fand das Buch von ihr auch sehr wichtig, um endlich eine offene Diskussion über die Probleme entstehen zu lassen, weil diese Probleme natürlich lange schönegeredet worden sind. Aber aus diesem Buch einen Kulturkampf aus dem Kreuz gegen das Kopftuch zu machen, ist vollkommen verfehlt. Das ist eine Themenverfehlung, weil Frau Wiesinger viel mehr Probleme anspricht, als nur diese oberflächliche Diskussion um den Kulturkampf an Wiener Schulen.

Wenn man wirklich an Integrationspolitik an den Schulen interessiert ist, dann stimmen Sie doch endlich dem Ethikunterricht zu! Es steht auch im Koalitionsübereinkommen auf Bundesebene, dass man so etwas einmal einführt. Warum kommen wir da nicht voran? Das wären wirkliche Lösungen, um im Bereich der Integration an den Schulen etwas voranzubringen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Aber eigentlich wollte ich meine Redezeit einem anderen Thema widmen, nämlich dem Personalbereich des Budgets. Wenn man sich den Personalbereich ganz nüchtern ansieht, sehen wir im nächsten Jahr eine Kostenerhöhung beim aktiven Personal um 78 Millionen EUR und bei den Ruhebezügen um 42 Millionen EUR. Ich merke von der Stadt hier eine große Zurückhaltung, über Personal und Probleme im Personalbereich zu sprechen. Wir haben als NEOS die letzten Jahre sehr viele Missstände aufgezeigt, Missstände im Bereich Frühpensionierungen, Missstände im Bereich von zu hohen Krankenständen, Missstände in einigen anderen Bereichen, und haben immer Anfragen gestellt, mit denen wir dann auch der Öffentlichkeit zeigen konnten, dass vieles nicht richtig funktioniert. Was hat dann der Stadtrat zu tun begonnen, nachdem wir immer wieder hier auch Probleme aufgezeigt haben? Es war, einfach die Anfragen nicht mehr zu beantworten, auch nicht schlecht zu beantworten. Wir fragen an, wie viele Frühpensionierungen es von Jänner bis Juli gab. Die Antwort ist: „Es wird einen Personalbericht geben.“ Wenn ich als Abgeordneter eine Anfrage stelle, ist es mein gutes Recht, hier auch die Stadtregierung zu kontrollieren. Wenn ich dann als Antwort bekomme, es wird eh irgendwann in Zukunft einen Personalbericht geben, dann ist das eine Verhöhnung unserer Rechte als Oppositionsabgeordnete! *(Beifall bei den NEOS sowie von StR Maximilian Krauss, GR Armin Blind und GR Mag. Wolfgang Jung.)*

Das war kein Einzelfall, sondern das hatte System. Das war das ganze Jahr 2018 der Fall, bei über fünf Anfragen meinerseits, aber auch bei Anfragen von anderen Oppositionsparteien. Da ist die Frage: Was hat man denn zu verstecken? Es wurde immer auf den Personalbericht verwiesen, der dann eh kommen wird. Jetzt ist er endlich erschienen. Es war eine harte Arbeit. Oftmalig wurden wir vertröstet. Jetzt ist endlich einer da, als halbwegs vergleichbare Grundlage zum Bund. Aber sehr wichtige Bereiche fehlen darin. Es fehlen zum Beispiel die Stadtwerke. Es fehlen andere Betriebe, wo es wichtig wäre, auch Zahlen zu haben. Dieser Personalbericht

kann kein Ersatz zu unseren Kontrollrechten als Opposition sein. Es kann nicht sein, wenn ich als Abgeordneter mein Kontrollrecht ausübe, dass ich dann auf irgendeinen Bericht verwiesen werde, der in Zukunft erscheinen wird. Das heißt, hier erwarte ich mir in Zukunft eine Antwort auf unsere Anfragen im Bereich Personalwesen.

Wo man auch merkt, dass vieles zu verstecken ist, ist, dass die Personalkommission ausgehöhlt wird, dass die Abgeordneten der Personalkommission auch nicht mehr über Frühpensionierungen entscheiden können und noch weniger Informationen bekommen. Hier ist es wichtig, offen damit umzugehen, wo es Verbesserungspotenzial im Bereich des Magistrats, im Bereich der Personalverwaltung, gibt. Als ein paar Beispiele wäre es meines Erachtens nach wichtig, dass man den Ruhestand aus organisatorischen Gründen abschafft oder auch bei Luxuspensionen von ehemaligen Politikern ansetzt, vor allem denjenigen, die hier teilweise über 10.000 EUR Ruhebezüge bekommen, was auch im Sinne der Fairness für mich nicht nachvollziehbar ist.

Ich möchte eine offene Diskussion zum Personalwesen der Stadt und auch eine offene Bereitschaft zu Reformen in diesem Bereich. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, teile ich mit, dass GR Stumpf von 12 bis 14 Uhr dienstlich verhindert ist.

Die Redezeit des Kollegen Wiederkehr war 6 Minuten. Nächste Rednerin GRin Mag. Hungerländer. Ich erteile ihr das Wort. Bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Geschätzte Kollegen! Und ein ganz herzliches Grüezi wohl in Richtung der Schweiz!

Ich habe vor genau einem Jahr hier meine erste Rede zum Thema Integration gehalten. Es war damals eine Rede aus einer quasi Außenperspektive, aus der Perspektive einer Bürgerin, die immer nur beobachtet hat, nämlich ein bisschen über 20 Jahre lang beobachtet hat, wie sich unsere Stadt verändert, wie Integrationsprobleme immer größer werden, und die 20 Jahre lang von der Stadtregierung dazu nur Schweigen gehört hat. Vor diesem Hintergrund habe ich mich dieses eine Jahr sehr intensiv mit der Wiener Integrationspolitik beschäftigt. Denn ich wollte eine Sache herausfinden, nämlich, wie es sein kann, dass die Stadt zwar Millionen für Integration ausgibt, aber die Probleme immer schlimmer werden.

Ich war unlängst bei einem Bürgerstammtisch in der Donaustadt. Dort haben wir ähnliche Themen besprochen. Dort waren Lehrer, dort waren Polizisten, dort waren Wienerinnen und Wiener. Ich habe immer dieselben Themen gehört. Ich habe gehört, die Probleme an Schulen. Ich habe gehört, die steigende Kriminalität. Ich habe gehört, keine Deutschkenntnisse. Ich habe gehört, Parallelgesellschaft. Und ich habe gehört, die Mindestsicherung. Dieses ganze Unverständnis der Bürger ließ sich tatsächlich auf eine einzige Frage subsumieren, nämlich: Wie kann es sein, dass diese Stadt Millionen für Integration ausgibt, es aber null Effekt hat und die Integ-

rationsprobleme immer größer werden? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Antwort war eine ganz klare, weil ich glaube wirklich, dass das die Wurzel des Problems ist. Das ist die Ideologie dieser Stadtregierung. Sie differenzieren nicht zwischen jenen Menschen, die Integrationsleistung erbringen und jenen, die das nicht tun. Sie fördern alles, aber Sie fordern überhaupt nichts. Sie sind nicht bereit, klare Spielregeln aufzustellen und diese konsequent durchzusetzen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich sage Ihnen, das ist ein Zeichen einer ganz schwachen Politik, nämlich dort stark aufzutreten, wo es eh einfach geht, aber zu schweigen und wegzusehen, wo es nicht einfach geht und wo Widerstand herrscht. Diese Ideologie haben Sie in das blumige Wort Willkommenskultur gekleidet. Aber ich sage Ihnen, drei Jahre nach 2015 wissen wir es besser. Drei Jahre nach 2015 wissen wir, dass Integration eine Leistung ist, die eingebracht werden muss. Drei Jahre nach 2015 wissen wir, dass Integration Angebot und Verpflichtung ist. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wir wissen inzwischen, dass Sanktionen notwendig sind, wenn keine Integrationsleistung erbracht wird. Wir wissen drei Jahre nach 2015, dass das Konzeptbild Willkommenskultur schlichtweg gescheitert ist! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich bringe ihnen ein gutes Beispiel von Bundesebene, nämlich das Integrationsgesetz 2017. Mit diesem wurden klare Verbindlichkeiten geschaffen. Es wurde genau festgelegt, welche Integrationsleistungen erbracht werden müssen. Werden diese Leistungen nicht erbracht, was passiert dann? Dann wird die Mindestsicherung gekürzt. Siehe da, was ist passiert? Ab dem Moment, da auch in Wien die Mindestsicherung gekürzt wurde, hat sich die Teilnahme an Wert- und Orientierungskursen des ÖIF nahezu verdoppelt. Wir sehen also einen ganz klaren Zusammenhang zwischen einer Sanktion und einem positiven Effekt für die Integration. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Lehren haben wir in Wien leider noch nicht gezogen.

Ich komme jetzt zu dem „Start Wien“-Programm, das Ihr Aushängeschild der Wiener Integrationspolitik ist. Das basiert nämlich immer noch auf Freiwilligkeit, ganz nach dem Motto: „Wer will, der kann, aber wer nicht will, der halt nicht.“ Das ist unser erster Kritikpunkt. Es gibt keine Verpflichtung zur Teilnahme.

Unser zweiter Kritikpunkt, zwischen diesen Integrationsangeboten, die die Stadt Wien da mannigfach hat, und den Integrationsmaßnahmen des ÖIF gibt es zahlreiche Überschneidungen. Diese Parallelstrukturen müssen dringend abgebaut werden. Die Stadt Wien sollte endlich bereit sein, mit dem ÖIF konstruktiv zusammenzuarbeiten. Es ist Wien tatsächlich das einzige Bundesland, das immer noch nicht an die Datenschnittstelle des Bundes angeknüpft ist. Da gehen natürlich sehr viele Daten verloren und es passieren Überschneidungen. Es passiert zum Beispiel, dass ein Asylberechtigter in Wien alphabetisiert wird und dann vom ÖIF noch einmal alphabetisiert wird, weil der Datenaustausch nicht funktio-

niert. Das ist völlig unnötige Intransparenz, die da herrscht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser dritter Kritikpunkt ist, dass das „Start Wien“-Programm nicht evaluiert wird. Das heißt, wir haben überhaupt keine Dokumentation über eine Kosten-Wirkung-Relation. Das wurde im Übrigen auch in dieser OECD-Studie kritisch angemerkt, und gegen diesen Mangel an Transparenz bringe ich meinen ersten Antrag ein, nämlich einen Antrag auf Evaluierung des „Start Wien“-Programms. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme jetzt zu den Förderungen, die an sich Gegenstand der Debatte sind: Wir haben in Wien einen unfassbaren Wildwuchs an verschiedensten Förderungen, vom Amerlinghaus bis zur Gesellschaft für türkisch österreichische Freundschaft. Daher sagen wir: In diese Förderungen gehört eine klare Struktur! Unser Vorschlag ist, dass im kommenden Jahr drei klare Förderschwerpunkte gelegt werden.

Der erste Förderschwerpunkt muss dort sein, wo das größte Problem besteht, nämlich beim Aufbrechen der Wiener Parallelgesellschaften. Soeben wurde eine Studie von Nina Scholz und Heiko Heinisch im Auftrag des ÖIF veröffentlicht, und diese zeigt ganz klar, dass in Wien Parallelgesellschaften bestehen. - Ich bringe daher den Antrag ein, dass das Aufbrechen der geschlossenen Parallelgesellschaften in den Fokus der Integrationsförderungen zu stellen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Den zweiten Förderschwerpunkt würden wir auf die zweite Generation legen. Das besteht ja eine unfassbare Lücke! Genau bei der zweiten Generation treten nämlich die Verfehlungen der bisherigen Jahrzehnte zutage. Es gibt keine Integrationsmaßnahmen für die zweite Generation, und das ist deswegen dramatisch, denn es sind die Menschen der zweiten Generation, die ihre Kinder in salafistische Kindergärten schicken. - Wir beantragen daher, diese Versäumnisse schleunigst wiedergutzumachen und den Förderschwerpunkt auf Integrationsmaßnahmen für die zweite Generation zu legen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme zu unserem dritten Förderschwerpunkt: Wir würden vorschlagen, diesen auf die Frauen zu legen. - Es liegt mir tatsächlich fern, zu sagen, dass Sie pauschal zu wenig für Frauen tun, ich habe allerdings den Eindruck, dass Ihre Frauenpolitik dasselbe Problem hat und derselben Ideologie folgt wie Ihre Integrationspolitik, nämlich dort stark aufzutreten, wo es einfach geht, aber dort, wo es nicht einfach geht, wo es eben patriarchale Strukturen gibt, zu schweigen und wegzusehen. Es ist eben Teil der Konfrontation mit anderen Kulturen: Dort, wo der politische Islam herrscht, würden wir Courage und Mut benötigen, das vermissen wir aber leider! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich beantrage daher verpflichtende Rechtsschulungen für asyl- und subsidiär schutzberechtigte Frauen.

Wenn Sie mich jetzt wieder fragen, warum diese Rechtsschulungen verpflichtend sein müssen, dann sage ich: Deswegen, weil wir auf Grund des Integrationsgesetzes 2017 gesehen haben, dass sich durch diese Verpflichtung der Anteil an Frauen in den Kursen nahezu verdoppelt hat, und das ist ein ganz großer Erfolg, denn

das hilft Frauen, die sonst nicht an den Kursen teilnehmen dürften, weil es ihnen vielleicht nicht erlaubt wird.

Wir halten das für eine ganz wichtige Sache! Wir sind nicht pauschal Freunde von Verpflichtungen, aber ab und zu ist eine Verpflichtung einfach notwendig, wenn es darum geht, einem starken System - wir haben schon einmal über den politischen Islam gesprochen - mutig entgegenzutreten. Dann sind Verpflichtungen durchaus notwendig, und deswegen beantragen wir auch diese verpflichtenden Rechtsschulungen für asylberechtigte Frauen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zusammengefasst gesagt, sind wir als ÖVP-Wien der Ansicht, dass die Wiener Integrationspolitik neu aufgestellt werden muss. Wir müssen weg von diesem Ansatz der Willkommenskultur, und wir müssen hin zu einem Ansatz der Integration durch Leistung. Wir schlagen drei explizite Förderschwerpunkte vor, nämlich erstens das Aufbrechen der Wiener Parallelgesellschaften, zweitens Integrationsmaßnahmen für die zweite Generation und drittens verpflichtende Rechtsschulungen für Frauen.

Ich möchte abschließend noch etwas sagen: Ich habe mich dieses Jahr nicht nur mit dem System beschäftigt, sondern ich war auch ganz viel bei Migranten und war mit ihnen auch unterwegs. Dabei habe ich viele großartige Menschen kennen gelernt, die gerne in Österreich leben, die die Sprache gut sprechen, die Arbeit gefunden haben, die ihre Kinder als Wiener erziehen, die unsere Freiheit schätzen und ein großer und wertvoller Beitrag für unsere Stadt sind. Im Hinblick darauf bin ich der Ansicht, dass Sie es diesen Menschen schuldig sind, zwischen jenen, die sich integrieren wollen, und jenen, die sich nicht integrieren wollen, zu differenzieren. - Danke schön.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. El-Nagashi. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten. - Bitte.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (GRÜNE): Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich sehr darüber, als eine Angehörige der von Ihnen angesprochenen zweiten Generation hier stehen zu können und heute eine ganz andere Perspektive zu den Reden, die bisher zum Bereich der Integrationspolitik stattgefunden haben, einbringen zu können. Die Integrationspolitik der Stadt Wien ist vorbildhaft, und zwar ist sie in vielerlei Hinsicht tatsächlich vorbildhaft. *(Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.)*

Wir können darauf zu Recht stolz sein, und auch Sie können darauf stolz sein! Sie können ja versuchen, einmal für etwas zu sein und nicht immer dagegen, zum Beispiel für die Arbeit der Stadt Wien, und zwar nicht nur direkt im Bereich Integration, sondern im Querschnittsbereich Integration, denn das ist es, was Integrationspolitik wirklich ist: Das ist nicht nur, aber auch in der Geschäftsgruppe organisiert, und zwar als ein Zusammenspiel von Bildungs- und Jugendarbeit. Seien Sie stolz darauf, denn es sind tolle und wichtige Projekte, die wir hier umsetzen! - Auf eines davon werde ich heute noch besonders eingehen.

Wenn Sie jedoch nicht stolz sein können auf die Arbeit, die die Stadt Wien hier leistet, dann liegt das vielleicht daran, dass Sie die Arbeit der Stadt Wien in diesem Bereich nicht kennen, vielleicht nicht verstehen beziehungsweise nicht richtig verstehen. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Man kann eine andere Meinung haben, auch wenn Sie sich das nicht vorstellen können!)*

Deswegen habe ich auch eine kleine Übersetzungshilfe mitgebracht, nämlich den sogenannten Migrationskompass. Ich habe davon ein Exemplar für Sie mitgebracht. Keine Sorge: Das ist nichts Links-linkes oder Grünes, sondern das ist eine Unterlage des Instituts für Praktische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien! *(GR Mag. Wolfgang Jung: Also doch links-links!)*

Wenn das für Sie Link-links ist, dann weiß ich nicht, wohin Sie sich gesellschaftlich positionieren möchten beziehungsweise machen Sie es ganz deutlich damit! *(Zwischenrufe bei der FPÖ. - GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Wir wissen es eh!)* Ja, wir wissen es eh, aber ich möchte es hier nicht gleich schon vorweg sagen.

Dieser Migrationskompass greift von A bis Z - von A wie Angst bis Z wie Zuversicht - Schlüsselbegriffe aus der Diskussion um Flucht und Migration auf, bringt sie näher und macht sie verständlich. Ich habe nämlich im Laufe des Jahres bemerkt, dass Ihnen manche Begriffe und Konzepte einfach nicht geläufig sind. Manchmal sind das Fremdwörter, und diese sind Ihnen eben fremd, wie zum Beispiel der Begriff „Safe space“: Das ist aber nicht das, was Kickl jetzt mit den Waffenverbotszonen meint oder macht, das heißt anders, nämlich „Arbitrary frisking“.

Sie finden hier auch erklärt, was „Othering“ bedeutet: Das ist das Phänomen, immer wieder zu behaupten, dass Menschen nicht dazugehören, weil sie nicht so sind, wie Sie selbst, oder weil sie nicht so ausschauen, wie Sie selbst, weil sie zum Beispiel ein Kopftuch tragen oder eine andere Hautfarbe haben. Und dann wird ihnen auch noch abgesprochen, die gleichen Rechte zu haben oder gleich viel wert zu sein.

Das ist dann aber schon Rechtspopulismus, und auch diesen finden Sie in diesem Migrationskompass als Begriff, ebenso die benachbarten Begriffspaare Rassismus und Antisemitismus.

Es finden sich darin aber auch Begriffe, die Sie vielleicht einfach nicht in Ihrem Sprachgebrauch haben: Anerkennung, Geschlechtergerechtigkeit, Integration. - Ich kann diese Unterlage wirklich allen empfehlen, vielleicht trägt deren Lektüre auch zum besseren Verständnis dieser Integrationsdebatte und unserer Integrationsarbeit in der Stadt Wien bei!

Ich möchte jetzt, wie gesagt, ein Beispiel aufgreifen und ein Projekt vorstellen, und zwar ein EU-gefördertes Projekt, das wir in Wien in einer bereichsübergreifenden Partnerschaft umsetzen, nämlich das Projekt CORE, Center of Refugee Empowerment. Zu Deutsch handelt es sich dabei um das Haus der Flüchtlingsintegration, das ich selbst vor einiger Zeit besuchen durfte.

Das Projekt CORE ist ein Gemeinschaftsprojekt der MA 17, des Fonds Soziales Wien, des WAFF, der Wirt-

schaftsagentur Wien und des Europabüros des Stadtschulrates für Wien. Und Center of Refugee Empowerment ist gar nicht übertrieben als Name für diesen Ort, der tatsächlich ein Integrationsort ist. Mit Räumlichkeiten im 15. Bezirk bietet CORE nicht nur tatsächlich Platz zum Zusammenkommen, sondern auch eine organisatorische Infrastruktur, damit Organisationen, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen, aber vor allen Geflüchtete selbst Projekte umsetzen können, selbst Integrationsangebote entwickeln und stattfinden lassen können. Es ist dies eine Hilfe zur Selbsthilfe und die Unterstützung von Partizipation und von Selbstorganisation mit der Vermittlung von Werkzeugen, damit Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können.

Abseits dieser Möglichkeiten findet auch eine Reihe von Veranstaltungen statt, und diese bieten Gelegenheit, sich mit verschiedenen, oft auch schwer greifbaren Aspekten des sehr großen Bereichs Integration auseinanderzusetzen. - Zwei davon möchte ich besonders hervorheben.

Latifa Nabizada wurde 1970 in Kabul geboren. Sie las im Oktober im CORE-Zentrum aus ihrem Buch „Greif nach den Sternen, Schwester! Mein Kampf gegen die Taliban“ vor. Das Buch ist 2014 auf Deutsch erschienen, und die Autorin erzählt darin ihre Lebensgeschichte.

Mit 17 Jahren bewarb sich Latifa Nabizada gemeinsam mit ihrer Schwester als Pilotin bei der Militärakademie. Sie waren damals die ersten Frauen und, als sie ihre Ausbildung abgeschlossen hatten, auch die ersten Pilotinnen, die bei der afghanischen Airforce geflogen sind. Allem Widerstand zum Trotz wurden sie Hubschrauberpilotinnen, und sie flogen vor allem Hilfsmissionen gegen die Taliban im Bürgerkrieg.

Frau Nabizada wechselte später ins Verteidigungsministerium und wurde dort tatsächlich Direktorin der Abteilung für Menschenrechte und Genderfragen. Sie hat sich für die Rechte von Frauen eingesetzt und musste deswegen schließlich ihr Land verlassen. Im Dezember 2015 kam sie mit ihrer Tochter nach Österreich, im Juli 2017 erhielten sie hier Asyl, und die Tochter wächst hier als Wienerin mit Migrationsbiographie auf. Diese starken Frauen sind Vorbilder, Kämpferinnen für Frauenrechte, und sie sind Wienerinnen, und seien wir mit ihnen stolz darauf! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte jetzt noch eine weitere Veranstaltung hervorheben, nämlich die Veranstaltung, bei der die OECD-Studie „Wiens Integration im internationalen Vergleich“ beziehungsweise der österreichische oder lokale Teil der internationalen Studie präsentiert wurde. Es ist nämlich auch gut und wichtig, immer über den eigenen Tellerrand zu blicken und sich die Frage zu stellen: Wo und wie gelingt Integration?

Das ist im Rahmen dieses Forschungsprojekts der OECD geschehen. Bei dieser Studie hat man sich in einem zweijährigen Forschungsprojekt Integrationspolitiken und Integrationsmaßnahmen in verschiedenen Städten angesehen, darunter Städte wie Amsterdam, Athen, Barcelona, Glasgow, Göteborg, Paris, Rom und eben auch Wien.

Es wurde aber nicht die Integrationspolitik alleine beforscht, sondern auch das untersucht, was aus den bisherigen Erfahrungen gelernt wurde, es gab also auch eine Evaluation dessen, wie die Integrationspolitik an die lokalen Realitäten der Städte angepasst wird. Es ging dabei um die Orte, wo Integration tatsächlich stattfindet, am Arbeitsort, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in den Schulen und am Wohnort allgemein, im Supermarkt, auf öffentlichen Plätzen, und zwar so, wie wir das auch vorleben, ab dem Tag 1, also ab dem Tag der Ankunft.

Darum haben Städte eine so wichtige Rolle bei dem Thema Integration, und das Zeugnis - wenn man es so bezeichnen möchte - für Wien fiel dabei gut aus. Das Angebot „Start Wien“, das Sie erwähnt haben, wird als ein Best-Practice-Beispiel genannt, und es wird auch positiv hervorgehoben, dass in Wien weniger Segregation stattfindet, weil MigrantInnen nach einer gewissen Zeit Zugang zum sozialen Wohnungsmarkt haben und weil damit Begegnungen zwischen bereits länger ansässigen und neu zugezogenen Wienerinnen und Wienern ermöglicht werden.

Die Studie verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Wiener Charta, das Projekt zum besseren Zusammenleben in der Stadt, und auf das Projekt Wohnpartner, welches auch die Nachbarschaft im Gemeindebau fördert, ebenso auf die Magistratsabteilung 17, die eigene Abteilung der Stadt Wien für Integration und Diversität, und auf den Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor.

Selbstverständlich gibt es auch Herausforderungen, es gibt noch viel, was wir besser machen können, zum Beispiel in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, das wurde hervorgehoben, und auch im Bildungsbereich, wo es mehr Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer und auch mehr Ressourcen braucht.

Diese Ergebnisse basieren auf einer ernsthaften Studie, und das ist eine ernsthafte Evaluation. Diese zweijährige Studie wurde komparativ in mehreren Städten durchgeführt. Das hingegen, was Sie für Ihren Antrag heranziehen - das möchte ich auch ganz deutlich sagen - ist nicht einmal laut ÖIF selbst eine Studie. Laut Sprecherin des Österreichischen Integrationsfonds ist das nicht nur keine Studie, sondern nicht einmal eine repräsentative Vorerhebung. - Ich zitiere die Sprecherin, die sagte, dass es „für die Gesamtstudie noch weitere belastbare Daten brauche“. Und sogar die Autorin und der Autor selbst sprechen auf Nachfrage von keiner systematischen Erhebung, sondern von einem Versuch, das Feld für eventuelle Studien abzustecken.

Verwischen Sie also bitte nicht auch noch den Bereich der Wissenschaftlichkeit und Empirie, der Validität und Reliabilität mit strichprobenartigen O-Tönen! Darauf lassen sich nämlich weder sinnvolle Anträge aufbauen und schon gar keine Integrationspolitik! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

In der Zwischenzeit empfehle ich Ihnen wirklich die Lektüre der substanziellen Studie der OECD und auch das Studium der Web-Seite des CORE-Projektes! Ich bin sehr stolz darauf, und das können Sie beruhigt auch sein.

Mein wirklich sehr herzlicher Dank gilt an dieser Stelle allen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des CORE-Projektes, der MA 17 und der gesamten Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal, aber auch all jenen, die an den großen und kleinen Schnittstellen sitzen, die Diversität in die Verwaltung tragen, die Integration in ihrem Bereich fördern, die sich nicht von der Rhetorik des Suderns runterziehen lassen, die sich Wien nicht schlechtreden lassen und die jeden Tag mit voller Überzeugung für den Zusammenhalt in dieser Stadt arbeiten. - Vielen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 11 Minuten. Die Restredezeit für die GRÜNEN beträgt 7 Minuten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Kollegin Hungerländer gemeldet. - Bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ich habe schon gehofft, dass wir einmal auch auf diese OECD-Studie zu sprechen kommen, die Sie ja so groß präsentiert haben!

Ich würde die Studie nicht als Evaluierung bezeichnen. Warum? - Weil die Studie völlig ohne Zahlen auskommt. Aus der Studie geht überhaupt nicht hervor, wo die Kosten-Nutzen-Relation im „Start Wien“-Programm liegt, und es steht auch nicht drinnen, wie viele Teilnehmer und Absolventen dieses Programm hatte, es steht nicht drinnen, wie viele Bildungspassinhaber es gibt, es steht nicht drinnen, wie viele Teilnehmer die „Start Wien“-Info-Module hatten und wie viele Leute dann ihre Sprachgutscheine eingelöst haben.

Es ist also sehr interessant, dass Sie etwas als Evaluierung bezeichnen, das überhaupt nicht mit Zahlen operiert. Vielmehr vergleicht man in dieser Studie die verschiedenen Integrationsprogramme einzelner Städte und sagt dann, dass „Start Wien“ ein interessantes Programm ist. - Das gestehe ich Ihnen durchaus zu! Es heißt aber nicht, dass das ein effektives Programm ist. Aber darum geht es ja! Es geht ja darum, dass das, was Sie machen, effektiv ist und eine Wirkung hat. Das geht jedoch aus dieser Studie leider nicht hervor, und ich bin froh, das an dieser Stelle auch einmal klarstellen zu können.

Im Übrigen steht auch in der Studie - das werden Sie sicherlich wissen -, dass das ganze „Start Wien“-Programm nicht für Migranten konzipiert ist, die schon länger in Wien sind. Und auch deswegen haben wir gesagt, dass es für die zweite Generation Maßnahmen braucht, weil dieser Bereich durch das „Start Wien“-Programm überhaupt nicht abgedeckt wird. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Blind, und ich erteile es ihm.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Werte Kollegen!

Eingangs einige Worte zu Kollegen Vettermann, der die Frage in den Raum gestellt hat, ob wir beziehungsweise Kollege Krauss das Buch von Frau Wiesinger tatsächlich gelesen haben. - Ja, das hat er, und ich habe es auch gelesen.

Darüber hinaus muss man eingangs auch feststellen, dass nicht alles, was Frau Wiesinger in diesem Buch schreibt, unsere Zustimmung findet. Allerdings ist genau das, was Frau Wiesinger als Situationsbeschreibung und als Tatsachenbeschreibung einer Lehrerin liefert, die tagtäglich mit diesen Problemen und Herausforderungen im Wiener Schulwesen konfrontiert ist, etwas, was Sie von den Sozialdemokraten jahrelang, jahrzehntelang zugedeckt haben. Dafür tragen Sie die Verantwortung! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das wurde durch dieses Buch aufgebrochen.

Wenn die ehemalige Integrationsstadträtin Frauenberger davon gesprochen hat, dass es keine islamischen Kindergärten gibt - und von islamischen Schulen oder Schulklassen wollte man schon gar nicht reden -, dann war das ein Leugnen, das war wie die Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern. (*Zwischenruf von GR Heinz Vettermann.*) Herr Kollege! Jeder hat das gewusst, und keiner von Ihnen hat es gesagt, und das ist besonders verwerflich, wenn man in der Politik ist! Das sollte man nicht tun, gerade wenn man in Wien Verantwortung trägt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich kann es nur wiederholen und nicht oft genug sagen: Es kann nicht sein, dass in Kindergärten und in Schulklassen etwas einreißt, dass es dort etwas gibt wie eine Generation Haram. Sie werden vielleicht auch den Artikel im „Biber“ kennen. Es kann nicht sein, dass junge Mädchen von sehr radikalen, indoktrinierten Gruppen dazu gezwungen werden, sich äußerlich anzupassen. Das hat in einer liberalen, westlichen, aufgeklärten Gesellschaft nichts verloren, Herr Kollege, Sie aber bereiten mit Ihrer Politik genau dieser Entwicklung den Weg! Das ist das Problem. (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR Heinz Vettermann.*)

Es geht nämlich nicht darum, Herr Kollege, was man will. Wenn Sie davon sprechen, dass Sie ein Anhänger der Aufklärung sind, dann sage ich: Ja, das bin ich auch! Das Problem ist nur, was man mit dieser Einstellung macht und was am Schluss herauskommt. Und damit sind wir gleich bei den „Start Wien“-Programmen.

Die „Start Wien“-Programme sind, wie Kollegin El-Nagashi angesprochen hat, in Studien sicherlich als interessantes Projekt bezeichnet worden. Als Mitglied des Stadtrechnungshofausschusses sage ich Ihnen aber: Genau das ist der Fehler in Ihrer Annahme: Wir brauchen keine interessanten Programme, sondern wir brauchen evidenzbasierte Programme, die eine Wirkungsorientierung haben, und wir brauchen vor allem Programme, die eine Wirkungsüberprüfung haben! Wir können nicht Geld in die Hand nehmen, das Sie regelmäßig verbrennen, und dann die Ergebnisse vollkommen negieren beziehungsweise nicht einmal sehen wollen!

Aber man sagt: Man hat etwas getan. Das ist so wie der Spruch: Ich weiß zwar nicht, wohin ich will, aber ich gebe Gas, dann bin ich schneller dort. - Auch das ist vom Ansatz her vollkommen falsch. Stattdessen muss man einen gewissen Betrag in die Hand nehmen und sich nach einiger Zeit anschauen, was durch diese Maßnahme zum Positiven verändert wurde, und dann kann man

entweder weitermachen oder es bleiben lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Permanent - wie wir heute wieder gehört haben - heißt es: Wir wollen keine Integration, wir wollen Diversität! - Dann schauen wir uns doch einmal an, was Ihre Diversität bewirkt! In Ihrem Streben nach Diversität sagen Sie den Leuten: Macht es so, wie ihr es daheim auch macht! Damit kommen wir aber genau dorthin, dass in Veranstaltungen dann zum Beispiel die Schlacht von Gallipoli gefeiert wird, weil die Leute dann eben genau das machen, was sie daheim auch machen. Unsere Ansicht ist jedoch, dass sie das nicht hier machen sollten, sondern wenn, dann in dem Land, wo das üblich ist, aber bei uns eben nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kurz noch zum Kollegen Wiederkehr, der gemeint hat, dass wir nur Dinge wollen, aus denen wir politisches Kapital schlagen können. - Ich sage Ihnen als Mitglied einer etwas größeren Fraktion, als es Ihre ist: Wir machen das nicht, weil wie Sie meinen, wir der Brandbeschleuniger sind, sondern wir haben politisches Kapital, weil uns die Leute unterstützen, weil sie unsere Ideen gut finden. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied! Auch das ist politisches Kapital, aber es ist auch die Aufgabe der Politik, das zu machen, was die Menschen wollen. Wenn Sie das als politisches Kapital bezeichnen, dann haben wir es gerne! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Letzte Replik zur Frau Kollegin El-Nagashi: Sie haben uns vorgeworfen, dass sich in Ihrem Wörterbuch, das Sie hergezeigt haben (*GRin Mag. Faika El-Nagashi: Migrationskompass!*), Worte finden, die wir nicht kennen würden, wie etwa Anerkennung oder Geschlechtergerechtigkeit. - Ich weiß nicht, ob Sie bei der Landtagssitzung bei meiner Rede aufgepasst haben, als uns auch vorgeworfen wurde, wir seien nicht für Frauengleichberechtigung. - Ich sage das immer wieder, und stetige Wiederholung steigert möglicherweise den Lernerfolg: Natürlich sind wir für Geschlechtergerechtigkeit. Wir sind auch für Anerkennung. Diese Worte fehlen uns nicht in unserem Vokabular! Wenn ich mir aber manche Reden anhöre, die teilweise von der SPÖ kommen, in denen despektierlich mit freiheitlichen Abgeordneten umgegangen wird, dann muss ich sagen: Da mangelt es möglicherweise tatsächlich ein bisschen an Anerkennung! (*Zwischenruf von GRin Mag. Faika El-Nagashi.*)

Sie können uns glauben: Die Worte sind uns wohlbekannt. Aber Sie könnten Ihr Wörterbuch vielleicht ein bisschen erweitern, zum Beispiel um Worte, die in letzter Zeit virulent geworden sind, wie Haram, Ehrenmord, Sittenwächter oder Scheinstaatbürger. Das könnten Sie auch in Ihr Wörterbuch aufnehmen, dann wäre es vielleicht in einiger Ausgewogenheit aufgestellt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt noch kurz zu StR Czernohorszky und der Ausschussarbeit, wie wir sie kennen lernen durften beziehungsweise kennen lernen mussten. In diesem Zusammenhang kann ich Kollegen Wiederkehr nur vollkommen recht geben. Teilweise oder leider größtenteils ist das, was uns als Mandataren zugemutet wird, wenn wir Anfragen stellen, schlichtweg grenzwertig; als mehr als das würde ich es nicht bezeichnen: Wir stellen Anfragen mit über

zehn Punkten, und de facto wird ein Punkt beantwortet, nämlich nur der leichteste, und alles andere fällt in einem Amalgam von einigen Absätzen in sich zusammen. Wir stellen Anfragen, die gegliedert sind, weil wir etwas wissen wollen und uns bemühen, auch konstruktiv zu sein. Daher, Herr Stadtrat, wünsche ich mir wirklich von Ihnen, dass sich das in der nächsten Periode verbessert! Das kann nicht so bleiben!

Wir waren vor Kurzem mit dem Stadtrechnungshof in Dresden und in Leipzig und durften den Landtagspräsidenten von Sachsen kennen lernen. Und dieser hat wahre Worte gesprochen, dass nämlich die Interpellation die Basis der demokratischen Arbeit in einem Parlament ist, weil so die Opposition ihr Wissen sammeln kann und auch das Recht hat, dieses Wissen zu sammeln. Wenn Sie dann aber derart mit der Opposition umgehen, Herr Stadtrat, dann stelle ich fest: Das gehört sich nicht, und wir bitten da wirklich um Verbesserung! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Schluss noch einige Worte zu den Kindergärten, weil mir das auch ein Anliegen ist. Mir wurde in letzter Zeit vermehrt zugetragen, und wir haben es heute schon gehört, dass durch die Novelle des Kindergartengesetzes gerade für die privaten Träger enorme Schwierigkeiten entstanden sind, und zwar für Kindergärten, die teilweise seit 40 bis 45 Jahren existieren und in dieser Zeit hervorragende Arbeit geleistet haben. Von diesen Kindergärten wurden Kinder in die Schule gebracht, die dort exzellent reüssiert haben. Plötzlich werden diese Kindergärten aber mit Kontrollen konfrontiert, bei denen nichts mehr passt, gar nichts mehr passt!

Im Hinblick darauf fragt man sich schon: Was kann der Auslöser für so etwas sein? Was kann der Auslöser dafür sein, dass in einem Kindergarten nichts mehr passt, dessen pädagogisches Konzept 40 Jahre lang gute Ergebnisse gebracht hat? Nun sind wir wieder bei der Wirkungsorientierung: In Kindergärten, die exzellente Ergebnisse gebracht haben, wo Kinder in Mathematikwettbewerben in frühester Volksschulzeit ganz an der Spitze waren, regelmäßig an der Spitze waren, passt plötzlich nichts mehr, und diese Kindergärten werden mit Forderungen konfrontiert.

Ich nenne jetzt nur drei Punkte, denn die Liste ist zu lang: Beispielsweise muss beim Mittagessen eine Suppe für Kleinkinder auf dem Tisch stehen, die nach dem Lebensmittelrecht eine gewisse Temperatur haben muss, nämlich 72 Grad, und die Kinder - im Kleinkinderalter! - sollen sich die Suppe selber nehmen. Das wird unter dem Titel der Selbstwirksamkeit proklamiert, wie ich gelernt habe. - Wenn sich da ein Kind verbrennt, dann haftet natürlich der Kindergarten.

Nun könnte man sagen: Okay. Jemand schaut zu und führt die Hand. Aber das Mittagessen soll ja nicht sozusagen auf einmal stattfinden, sondern das soll ja plötzlich ein freies Mittagessen sein, eine Art Gleitzeitbuffet. Das heißt, der Kindergarten darf dann eineinhalb Stunden lang neben eine 72 Grad heiße Suppe jemanden hinstellen, der darauf achtet, dass sich die Kinder nicht verbrühen! Und das soll ein kleiner Träger zahlen! Damit bringen Sie jeden kleinen Träger um!

Manchmal hat man das Gefühl - ich unterstelle Ihnen das jetzt nicht, wir werden diesbezüglich aber weiter nachforschen -, dass das möglicherweise auch nicht ganz unbeabsichtigt ist, weil der Pädagogenmangel in Wien recht groß ist und Sie natürlich ausreichend Pädagogen brauchen.

Zweitens wird kritisiert, wenn Kinder Bitte und Danke sagen. Wenn sie Bitte und Danke sagen, würden sie nämlich einen verschüchterten Eindruck machen. - Also: Meine Kinder sagen Bitte und Danke, und ich bin, ehrlich gesagt, recht froh darüber, dass uns das ohne größere Probleme gelungen ist!

Ich glaube, dass die Kindergärten in Wien als Bildungseinrichtung einen ganz wesentlichen Beitrag zum gedeihlichen Miteinander in dieser Stadt liefern können, und gerade die privaten Träger leisten, sofern die Kindergärten gut geführt sind, auch einen wichtigen Beitrag. Daher kann ich mich, Herr Stadtrat, der Forderung nur anschließen, dieses Kindergartengesetz wirklich zu überprüfen, zu evaluieren und diese Härten, die Sie in dieses Gesetz eingebaut haben, die teilweise wirklich an Schikane grenzen, herauszunehmen, um auch guten, soliden, langjährig geführten Kindergärten das Überleben im Sinne unserer Kinder zu ermöglichen. - Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Nicole **Berger-Krotsch** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal, auf der Galerie und via Livestream!

Wenn ich mir die Redebeiträge der FPÖ hier anhöre und knapp ein Jahr schwarz-blaue Bundesregierung Revue passieren lasse, dann muss ich sagen, dass ich sehr froh bin, dass Sie hier in Wien nichts zu entscheiden haben und dass wir hier in Wien ein Hort des Miteinanders, der Diversität und des Zusammenhalts sind. (*Beifall von GR Mag. Josef Taucher.*)

Das fußt auch auf den tollen Anstrengungen, die die rot-grüne Koalition gemeinsam leistet und für die uns unser Bildungs- und Integrationsstadtrat Czernohorszky den gemeinsamen Weg vorgibt. Wir reden heute aber auch über das Budget, das Finanzstadtrat Hanke mit den notwendigen Geldern bereitet. (*GR Mag. Dietbert Kowarik: Eins, zwei, drei, Jubel!*) Wenn man das Budget 2019 betrachtet, dann sieht man an den Schwerpunkten, wohin die Reise geht. Man sieht, dass der Wiener Weg nicht nur fortgesetzt, sondern auch ausgebaut wird.

Wie gesagt: Unsere Stadt ist ein Gegenpol zu der schwarz-blauen Kälte in unserem Land, und zwar ein solidarischer Gegenpol. Wir treten für die Menschen ein, und wir treten gegen die soziale Kälte und den rauen Wind auf, der den Menschen in diesem Land entgegenbläst. Auch und vor allem deshalb wird Wien in puncto Bildungspolitik im kommenden Budgetjahr seinen Kurs fortsetzen, um den Wienerinnen und Wienern, egal, woher sie kommen, ob sie hier geboren wurden oder ob sie zugewandert sind, alle Chancen zu eröffnen.

Erlauben Sie mir, als Frauensprecherin meiner Fraktion festzuhalten, dass speziell auch dafür gesorgt wird, dass Mädchen und Frauen in unserer Stadt ein selbstständiges und unabhängiges Leben führen können, und ein ganz entscheidender Grundstein dafür wird in dieser jetzt debattierten Geschäftsgruppe gelegt. Es ist nämlich einfach essenziell für das Weiterkommen, eine gute Ausbildung zu haben, Abschlüsse zu haben und gefördert zu werden, und das von Kindesbeinen an.

Wie wir schon gehört haben, machen die Investitionen in dem Bildungsbereich einen der Hauptbudgetposten im kommenden Jahr aus: Mit insgesamt 1,75 Milliarden EUR investiert Wien in Bildung und damit in die Zukunft der Menschen hier, in das Miteinander und den Zusammenhalt. Bildung eröffnet Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit, und es ist mir eben auch als Frauenpolitikerin ein besonders großes Anliegen, dass Mädchen und Frauen sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Es geht uns um Gleichstellung, welche einfach die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist.

Vor allem wollen wir weg von den überkommenen gesellschaftlichen Mustern. Es geht uns um das Aufbrechen der stereotypen Rollenbilder und Beseitigung der Fragestellung: Was können Mädchen? Was können Mädchen nicht? Was können Buben? Was können Buben nicht? - Das möchten wir aufbrechen.

Wir wollen allen Menschen und vor allem allen jungen Menschen Entscheidungsfreiheit ermöglichen, und ich bin unserem Bildungsstadtrat und Jugendstadtrat Czernohorszky sehr dankbar, dass er auch das Thema Burschenarbeit von Beginn an in den Fokus seiner Arbeit gestellt hat. Die Zielgruppe sind junge Männer, die oft auf Identitätssuche sind, die in ihrer Geschlechterrolle verunsichert sind und daher oft auch leicht empfänglich für stereotype, radikale Ideologien sind. Hier wirken wir entgegen und setzen bereits viele Schwerpunkte.

Wir werden das aber auch noch ausbauen. So haben wir zum Beispiel im Sportbereich in Zusammenarbeit mit Sportvereinen Projekte laufen, in denen Trainer auch als positive männliche Vorbilder fungieren. Das gilt auch für das Kooperationsprojekt „Burschen.Leben.Vielfalt“, auf welches meine Gemeinderatskollegin Marina Hanke noch zu sprechen kommen wird. Burschen in Wien sollen emanzipatorische, gleichberechtigte und egalitäre Männerbilder nähergebracht werden. Das ist einfach ein wichtiger, richtiger Weg, den Wien forciert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das wurde an dieser Stelle auch schon angesprochen, und es ist uns durchaus bewusst - und das bildet auch einen Teil unserer Arbeit -, dass in vielen Familien stereotype Rollenmuster immer noch gang und gäbe sind, unabhängig von der Herkunft und dem sozialen Status die Familie. Diesbezüglich gibt es starken Handlungsbedarf, und wir sind hier dran und überzeugt, dass wir auch in dieser Hinsicht entsprechende positive Veränderungen bewirken können. Das verpflichtende Kindergartenjahr sowie die regelmäßige Schulung unserer Pädagoginnen und Pädagogen und die enge Zusam-

menarbeit mit entsprechenden MultiplikatorInnen sind dabei erste wichtige Schritte.

Zur Kopftuchdebatte möchte ich mich gar nicht lange verbreitern, denn das wurde ja schon bei den letzten Sitzungen hier in diesem Raum und auch gestern und heute immer wieder von FPÖ hervorgezaubert. - Ja. Mit Einzelmaßnahmen ist nicht viel zu tun, und die gesetzlichen Zwänge sind viel zu einseitig. Es geht um mehr. Ich meine, es ist eigentlich sehr durchsichtig und auch sehr einfältig, Integrationspolitik von Ihrer Seite aus nur auf das Thema Kopftuch, auf das Stück Stoff auf dem Kopf von Mädchen und jungen Frauen, zu beschränken. Es geht, wie gesagt, um viel, viel mehr als nur um diese Symbolpolitik. Es geht um die Mädchen und Frauen, und diese dürfen hier nicht instrumentalisiert werden, um Ihre populistische Politik durchzupeitschen!

Das Wort Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen von FPÖ und ÖVP, bedeutet, dass man jemanden in seiner Gänze eingliedert und aufnimmt. Was Sie hier betreiben, ist aber genau das Gegenteil davon, nämlich Trennung und Ausgrenzung!

Uns geht es um Prävention statt um Verbote. Uns geht es ums Hinschauen statt ums Verboten. Uns geht es um Empowerment. Es gibt in dieser Hinsicht - und jetzt möchte ich im Detail zur MA 17 kommen - wirklich ernsthafte, faktenbasierte und faktenorientierte Politik statt Symbolpolitik. Wir haben heute schon vom Integrations- und Diversitätsmonitor gehört, der auch 2019 verstärkt Fakten, Daten und Hintergrundwissen zu Migration, Integration und Diversität liefern wird. - Arbeiten wir doch gemeinsam mit diesen Zahlen!

Auch erwähnen möchte ich das „forum wien.welt.offen“, das 2019 mit dem Schwerpunktthema Partizipation aufwarten wird. Wir wissen, dass rund 29 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Wien einen fremden Pass haben und an einem demokratischen Gefüge nicht teilhaben können. Wir müssen uns hier wirklich sehr explizit gemeinsam mit den ExpertInnen überlegen, wie ein Mittun und Mitwirken möglich sind. Wer schon einmal dabei war, hat das erlebt. Ich bin davon begeistert! Es ist das ein tolles Treffen, und wir können hier viel mitnehmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Integration ab dem Tag 1 ist auch 2019 unser Schwerpunkt. Vieles wurde schon gesagt, das tolle CORE-Projekt, das Jugendcollege und Interspace wurden schon erwähnt. Es sind also bereits viele Maßnahmen für neu zugewanderte Jugendliche gut angelaufen, die die Lücke schließen und eine Brücke in das Regelsystem, in eine weiterführende Schule beziehungsweise in eine Lehre und in den Arbeitsmarkt darstellen. Das Thema Brückenbauen und das Thema, dass man die Leute an der Hand nimmt und sie weiterbringt, sind hier unsere Prämissen.

Es wird aber auch neue Projekte wie Deutschkurse mit fächerübergreifendem Lernen für SchülerInnen insbesondere in Polytechnischen Schulen, die die MA 17 auch in Kooperation mit dem Stadtschulrat entwickelt und umsetzt, geben. Ebenso geht es aber auch um die Fortsetzung von Basisbildung im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt sagen: Kaum eine europäische Hauptstadt ist so stark gewachsen wie Wien in den letzten 15 Jahren. Wien ist um 17,3 Prozent gewachsen. Das entspricht einem Wachstum um die Größe der Stadt Graz. Der MitarbeiterInnenstand ist in demselben Zeitraum aber stabil geblieben, und anhand dieser Tatsache kann man sich genau ausmalen, was das bedeutet: Das ist wirklich eine großartige Arbeit! Das ist eine großartige Leistung unserer MitarbeiterInnen!

Lassen Sie mich ganz explizit auch die MA 35 erwähnen, die sich auf einem guten Weg befindet. Trotz der stark steigenden Antragszahlen wurde der Output immer wieder massiv gesteigert, und auch die Zahlen der offenen Verfahren sind trotz steigender Antragszahlen seit letztem Jahr rückläufig. Die Magistratsabteilung hat massiv an Qualität gewonnen, es wurden zahlreiche Veränderungen durchgeführt, sei es strukturell, organisatorisch oder fachlich. Ich kann nur sagen: Chapeau, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Das betrifft auch die Abwicklung der Verfahren im Rahmen der Schwerpunktgruppe DoppelstaatsbürgerInnenschaft. - Wirklich ein großes Dankeschön dafür! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Last but not least richte ich ein großes Dankeschön auch an die MA 44. Die Bäder sind ein Hort des Miteinanders, der Integration und des sozialen Zusammensins. Sie bilden einen Teil des Bildungsangebotes, des Sportangebotes und des Gesundheitsangebotes. Deshalb investieren wir hier auch weiter, nämlich 5,7 Millionen im nächsten Jahr.

Mit diesem großen Dankeschön auch dafür bitte ich um Zustimmung zum Budget. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die Redezeit betrug 10 Minuten. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Peter Kraus. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten. - Bitte.

GR Peter **Kraus**, BSc (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne jetzt bei den Redebeiträgen von GR Blind und GRin Hungerländer, die sehr viel über das Buch von Susanne Wiesinger gesprochen haben, die ich übrigens auch schon mehrmals getroffen habe. Ich finde, sie ist eine sehr spannende Frau. Außerdem haben Sie auch die Generation Haram angesprochen.

Ich sage Ihnen jetzt, wo wir nie zusammenfinden werden: Der Grund dafür ist Ihr Verständnis von Gesellschaft, das ein sehr statisches Verständnis ist. Es gibt dabei zwar richtige Momentbeschreibungen, die eigentlich eine Aufforderung an die Politik sein sollten, Veränderungen in Gang zu setzen. Bei Ihnen bewirkt das aber nie Veränderungen, sondern es geht immer um das Perpetuieren und Wiederholen von statischen Zustandsbeschreibungen. Niemand negiert die Probleme, die tatsächlich da sind, aber von Ihnen gibt es nie eine Antwort, wie man damit umgeht! *(GR Mag. Wolfgang Jung: Das wäre euer Geschäft, aber ihr tut es nicht!)*

Mein Gesellschafts- und Politikverständnis ist ein ganz ein anderes. Ich meine, dass es aktive Politik braucht, die eingreift, gerade um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stabilisieren und um unser Zusammenleben gut zu gestalten. Und ich bin sehr froh, dass Rot-Grün in dieser Stadt das tut, und dass nicht Schwarz-Blau in dieser Stadt das tut, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte in meinem Redebeitrag aber eigentlich über das Thema Jugend in Wien sprechen. - Ich erwähne es wieder einmal, weil ich glaube, dass das nicht allen in diesem Haus wirklich präsent ist: 50 Prozent der Wienerinnen und Wiener sind unter 39. Das Medianalter in der Stadt beträgt also 39 Jahre. Man kann sich jetzt fragen, zu welchem Median man gehört, ob man älter oder jünger ist. Das kann jetzt jeder für sich selbst beantworten. Jedenfalls stimmt es aber, dass Wien in den letzten Jahren eine extrem junge Stadt geworden ist. Wir sind mittlerweile das jüngste Bundesland, und der geburtenstärkste Jahrgang sind jetzt die 32-Jährigen, zu denen ich seit heute auch gehöre. *(GR David Ellensohn: Herzlichen Glückwunsch!)* Danke, lieber David Ellensohn!

Bewirkt wird das durch Bildungsmigration, wie man es nennt: Es haben also vor allem Leute aus den Bundesländern, die nach Wien gekommen sind, die Stadt sehr verändert. Ich bin auch einer davon. Ich bin vor 13 Jahren zum Studieren nach Wien gekommen. Ich habe hier eine Wohnung gefunden, und diese Stadt hat mir sehr, sehr viele Chancen und Möglichkeiten gegeben.

Jetzt mache ich mir allerdings doch Sorgen, dass viele junge Menschen diese Chancen und Möglichkeiten heute nicht mehr haben. Schauen wir uns einmal an, wie es heute ist, auf die Uni studieren zu gehen! - Das war für mich einfacher, als es heute ist. Schauen wir uns an, wie es ist, ein WG-Zimmer zu finden! Ich kann mich erinnern, dass ich mein erstes WG-Zimmer im 20. Bezirk gehabt habe, wo ich dann auch Bezirksrat war. Ich habe für ein WG-Zimmer von 8 m² mit Betriebskosten ein bisschen über 200 EUR bezahlt. Das ist heute nicht mehr denkbar! Reden Sie einmal mit Studentinnen und Studenten, die nach Wien kommen und versuchen, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung oder nach dem Studium einen Job zu finden! All das ist heute schwieriger.

Darum ist es mir so wichtig, dass wir die Perspektiven von jungen Menschen in die politische Debatte auch immer wieder einbringen. Schauen wir uns einmal um, und seien wir ehrlich: Geschieht das in der Politik immer? - Nein! Daher sage ich über alle Parteigrenzen hinweg - und ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen meiner Generationen wissen es auch -, dass es immer wieder ein Zusatzkampf ist, in der Politik auch die Perspektiven der Jungen einzubringen. Das ist aber sehr wichtig, denn das fällt nicht vom Himmel!

In Anbetracht dessen möchte ich jetzt ein Projekt beziehungsweise ein Vorhaben herausgreifen, das wir auch im Regierungsübereinkommen festgeschrieben haben, das 2019 in die Umsetzung geht und jetzt schon in Vorbereitung ist. Ich meine, es ist dies eines der spannendsten

ten Projekte, die diese Stadtregierung im nächsten Jahr angeht, nämlich die „Werkstadt Junges Wien“. Viele von Ihnen kennen es wahrscheinlich. Dabei geht es darum, dass tausende junge Wienerinnen und Wiener in einem partizipativen Prozess, also in einem demokratischen Austausch miteinander, die Grundlagen für eine neue Kinder- und Jugendstrategie erarbeiten.

So. Nun kann man sagen: Das Ergebnis ist eine Kinder- und Jugendstrategie, die anhand verschiedener Fragestellungen erarbeitet wird. Als viel spannender empfinde ich aber eigentlich den Prozess, der dort hinführt! Dabei tun Kinder und Jugendliche nämlich das, was Demokratie und ein Miteinander ausmacht: Sie debattieren, sie erfahren, wie es ist, wenn man eine andere Meinung hat als andere, und wie man sich dann austauscht. Sie erleben, wie es ist, wenn man in der Mehrheit ist, wie es ist, wenn man in der Minderheit ist, und wie sich das über die Zeit ändert. Die jungen Leute erfahren, wie Demokratie funktioniert. Und ich bin fest davon überzeugt, dass man Demokratie im Tun lernt, indem man lernt, wie es ist zu verlieren, indem man lernt, wie es ist zu gewinnen, und indem man lernt, wie man sich gemeinsam auf Ziele, Regeln, Pläne oder eben, wie in diesem Fall, auf eine Kinder- und Jugendstrategie einigt.

Ich glaube, dass es eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren angesichts von Fake News, von Entdemokratisierung, von illiberalen Tendenzen in unserer Gesellschaft in Europa, von zunehmenden Nationalismen, die unseren offenen und freien Kontinent gefährden, ist, die junge Generation zu stärken. Ich bin in einem Europa aufgewachsen, in dem es eine Selbstverständlichkeit ist, dass man durch Europa reist, dass wir alle frei reisen können, dass wir unsere Freunde in Portugal und in Norwegen genauso anrufen können wie die im Burgenland und in Vorarlberg.

Diese Selbstverständlichkeit ist aber heute bedroht. Daher glaube ich, dass es unsere Aufgabe ist, diese gesellschaftliche und zivilisatorische Schicht, die garantiert, dass diese Freiheiten auf soliden Beinen stehen, zu stärken, und ich meine, es können auch kleine Projekte wie die „Werkstadt Junges Wien“ dazu beitragen, dass junge Menschen schon sehr früh gegen Fake News und Entdemokratisierung immun werden. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte mich abschließend, weil ich auch in unterschiedlichen Vereinen und Steuerungsgruppen hier mitbekomme, wie viel Arbeit und wie viel Leidenschaft da drinnen steckt, noch bei den Trägerinnen und Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit bedanken, bei den freien Wiener Jugendzentren, bei wienXtra und all den anderen Vereinen, aber natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtratsbüros, die mit ganz viel Leidenschaft und Liebe für diese Stadt arbeiten, und wenn ich jetzt gerade nach hinten schaue, bedanke ich mich natürlich auch bei der MA 13. Es ist dies keine Selbstverständlichkeit! Ich weiß, mit wie viel Herzblut Sie alle das machen! Daher möchte ich Ihnen jetzt, quasi stellvertretend für die junge Generation, ein großes

Dankeschön ausrichten. - Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr. Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kraus!

Auch ich bin in einer Stadt aufgewachsen, wo man bis vor Kurzem nicht tagtäglich mit Messerattacken von sogenannten Schutzsuchenden konfrontiert wurde. Und die Einschläge kommen immer näher! Das geschieht nicht irgendwo, sondern im Einstein, also einem Studentenbeisl gleich nebenan: Man konnte in der Zeitung lesen, dass ein 15-Jähriger weit nach Mitternacht - ich frage mich, was der um diese Zeit in diesem Alter überhaupt auf der Straße verloren hat! - mit einem Schraubenzieher zusticht. Und jetzt haben wir eine solche Geschichte auch in Innsbruck, und so weiter.

Die offenen Grenzen sind wichtig, aber sie sind kein Wert an sich. Wenn wir die Außengrenzen geschlossen und nicht Hunderttausende in unser Land hereingelassen hätten, dann müsste man jetzt nicht auf dem Walserberg den Pass herzeigen, und das ist ja nur eine unzulängliche Reparaturmaßnahme, weil man eben auf unsere Grenzen nicht rechtzeitig geschaut hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich weiß nicht, im Zusammenhang mit wem Sie jetzt immer von Nationalismus reden! Ich brauche den Nationalismus überhaupt nicht. Ich rede aber in Österreich vom türkischen Nationalismus. Schauen Sie sich einmal an, wie es in den türkischen Vereinen aussieht: Überall sind türkische Fahnen! Und schauen Sie sich an, welche Bilder dort projiziert werden! Warum lässt man in Wien lebende türkische Kinder irgendeine türkische Schlacht nachspielen?! - Das ist eine Form von Nationalismus, die abzulehnen ist, die bei uns nichts verloren hat! Wer türkischer Nationalist ist, der soll diesen Nationalismus bitte in der Türkei ausüben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Grauen Wölfe, die Milli Görüs, und so weiter sind allesamt durchstrukturierte, vom Ausland ferngesteuerte Organisationen, die ihre Heimatkonflikte in unser Land hereinbringen. Und das kann und darf doch nicht wahr sein!

Bisher haben Sie Tatsachen gelehnet. Bis vor Kurzem hat es geheißt, wenn man gesagt hat, dass es in den Schulen und in den Kindergärten so aussieht, dass das Fake News sind. Heute sagen Sie aber auf einmal, dass der Bericht von Frau Wiesinger eine Zustandsbeschreibung ist. - Dazu sage ich: Das sind ja wirklich Zustände! Und die Existenz dieser Zustände haben Sie bis vor Kurzem gelehnet. Da kann man doch nicht von erfolgreicher Integration sprechen, wenn Lehrer und Lehrerinnen, die tagtäglich damit konfrontiert sind, sagen, dass der Islam unsere Pflichtschulen übernimmt! Und insofern ist das Kopftuchverbot eine Symbolpolitik, aber eine Symbolpolitik in des Wortes doppelter Bedeutung, denn das Kopftuch ist nicht irgendein Stück Stoff, sondern das Kopftuch ist ein Symbol für den politischen und radikalen Islam, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann schauen Sie doch einmal in die islamische Welt! Das ist ja hochinteressant: Die Türkei entwickelt sich leider von einem säkularen und einigermaßen demokratischen Staat zu einer islamistischen Diktatur. Solange die Türkei säkular war, hat man natürlich die Gefahr des Kopftuches gesehen. Deswegen war, obwohl dort fast 100 Prozent Muslime leben, das Kopftuch in öffentlichen Einrichtungen, im öffentlichen Dienst und an den Schulen und Universitäten verboten, weil man eben genau gesehen hat, wie gefährlich das Kopftuch ist.

Und schauen Sie sich einmal die streng muslimischen Staaten an! Dort ist das Kopftuch ja fast noch die Light-Version. Dort gibt es die Burka, und so weiter. In diesem Zusammenhang nenne ich auch Saudi-Arabien: Dort ist es schon ein großer Fortschritt, dass Frauen überhaupt mit dem Auto fahren dürfen.

All das ist sehr wohl eine Geisteshaltung, das kann man nicht abtun und sagen, dass das nur ein Stück Stoff ist und jeder frei darüber entscheiden soll. Man muss in diesem Zusammenhang ganz ehrlich sagen: Mit drei oder vier Jahren entscheidet sich kein Kind freiwillig dafür! In diesem Alter weiß man mit dem Wort freiwillig vom Begriff her noch gar nichts anzufangen! Hier besteht selbstverständlich ein Zwang!

Es wurde auch sehr viel über Frauenthemen gesprochen, und deshalb stelle ich die Frage in den Raum, wie Lehrerinnen in Wien - in den Wiener Pflichtschulen sind ja großteils weibliche Lehrer tätig - dazu kommen, dass sie sich anhören müssen, dass eine Frau, die kein Kopftuch trägt, mehr oder weniger fast eine Schlampe ist! Oder dass sie mit Eltern konfrontiert sind, die den Handschlag verweigern? Wie kommen Ärztinnen in unseren Spitalsambulanzen dazu, dass, wenn sich dort Großfamilien breit machen und eine Ärztin kommt, die Leute sagen: Wir wollen keine Frau Doktor, wir wollen einen Herrn Doktor! - Ja! Das sind die Realitäten heute. Das sind keine Fake News. Das können Sie sich live anschauen!

In Anbetracht dessen kann man sich doch nicht herstellen und sagen, dass die Integration so erfolgreich ist! Das Einzige, was wirklich beängstigend erfolgreich ist, ist die Islamisierung! Diese ist wirklich erfolgreich, und dabei haben Sie tatenlos zugesehen! Und wenn man sich gewisse Vernetzungen zu den islamischen Vereinen anschaut, dann muss man zumindest den Verdacht haben, dass man nicht nur zugeschaut hat, sondern dass man diese Entwicklung zumindest billigend in Kauf genommen hat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich verwehre mich gegen dieses mechanistische Weltbild! Wenn man so manchen wie etwa auch Frau Kollegin El-Nagashi zuhört, die meint, dass dieses Wörterbuch dieser Kunstsprache herrlich ist, dann sieht man, wie weit Sie schon vom normalen Empfinden der Menschen und auch von der Sprache der Menschen entfernt sind! Da ist alles nur mehr ein Othing und ein Outing, und so weiter! - Das ist eine Kunstsprache, die zeigt, dass sich hier eine Blase gebildet hat, die eigentlich mit der Lebensrealität der Menschen überhaupt nichts zu tun hat! Das ist natürlich jetzt in erster Linie Ihr Problem,

aber das wird auch zu unserem Problem, denn Sie tragen hier ja die Verantwortung für diese Zustände! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat das Gefühl, dass Sie die Probleme, die da über uns hereinströmen, relativieren. - Ich meine: Zuwanderung per se ist nicht abzulehnen. Wir haben ja innerhalb des EU-Binnenmarktes auch Arbeitnehmerfreizügigkeit, und das ist eine Errungenschaft. Es kommt aber doch auch darauf an, von welchem kulturellen und auch religiösen Background die Menschen zu uns kommen. Menschen aus Europa machen bei Weitem weniger Probleme als Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Schauen Sie sich die Zustände in dieser Weltgegend an! - Es sind Menschen, die ihre Staaten gestalten und Politik machen. Aber warum schaut es denn dort so aus, wie es aussieht? Warum gibt es dort gefallene, kaputte Staaten, Bürgerkriege, Terrorismus, religiöse und sonstige Gewalt? Warum gelingt es, außer in diesen Ölscheichtümern, die halt die Bodenschätze haben, kaum in einem Land in dieser Weltgegend, auch Wohlstand zu erwirtschaften? - Das muss doch auch etwas mit der Mentalität der Menschen zu tun haben! Und nachdem dort die Religion so dominant ist, liegt ja der Schluss nahe, dass da auch die Religion irgendwie mit hinein spielt und ein bestimmender Faktor ist.

Das muss man auch sehen! Und da helfen Ihre 08/15-Standardantworten und funktionieren Ihre Lösungen für jedes Problem, einen Verein zu gründen, ihm Geld zu geben, einen SPÖ-Gemeinderat dort hineinzusetzen und zu sagen, dass es dann schon werden wird, halt überhaupt nicht!

Schauen Sie sich heute die Parkanlagen an, wo die 17-, 18- oder 19-jährigen Tschetschenen und Afghanen herumstehen! Glauben Sie wirklich, dass man da mit Parkbetreuung weit kommt? - Ich meine: Das ist ja lächerlich! So einfach geht das nicht! Da sind Probleme entstanden, die man jahrelang beziehungsweise jahrzehntelang geleugnet hat, und dabei wird man mit diesen herkömmlichen Methoden natürlich überhaupt nicht zu Rande kommen.

Es ist jetzt natürlich schon sehr spät. Ich hoffe, dass es erst fünf vor zwölf ist, aber mein Bauchgefühl sagt mir, dass es mindestens schon eine halbe Stunde nach zwölf ist. Und insofern ist es wirklich wohltuend, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen jetzt auch ein ganz klares Gegenkonzept entworfen hat und umsetzen möchte.

Wenn hier dauernd von Demokratie geredet wird, dann sage ich: Die Regierung hat eine satte Mehrheit, und auch die Zustimmungswerte zur Regierung sind ungebrochen hoch. Man kann daher in diesem Zusammenhang nicht von Populismus oder Symbolmaßnahmen sprechen. Vielmehr handelt es sich um wichtige Maßnahmen, einfach um zu zeigen, dass es einen Kurswechsel gegeben hat. Und diesen Kurswechsel sollte und muss es auch in Wien geben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser Kurswechsel betrifft natürlich auch kleine Maßnahmen. Es ist beispielsweise ganz wesentlich, dass man in der Schule wieder die Noten, ergänzt durch

verbale Beurteilungen, einführt. Wenn man nämlich die verbale Beurteilung nur zu einer Floskel macht und halt, anstatt einen Zweier zu geben, irgendetwas sagt, was vorgegeben ist, dann ist das auch nicht sonderlich sinnvoll. Im Endeffekt soll das Signal, dass es auch eine Bewertung gibt, ja auch eine Motivation sein! Im Vergleich dazu frage ich: Wer möchte sich ein Schirennen anschauen, wenn keine Zeit mitläuft? Dann interessiert das ja niemanden! Und auf dem Gehaltszettel hätten wir auch gerne eine Zahl und keine verbale Beurteilung!

Das sind Kleinigkeiten, aber das zeigt eben, dass man auch unsere Kinder langsam an den Ernst des Lebens heranführen sollte. Das hat jahrhundertlang so funktioniert, aber das stört Sie, weil Sie das Traditionelle und Klassische zutiefst ablehnen! Die Menschen haben aber genau danach eine gewisse Sehnsucht, und Sie werden sehen, dass es gut funktionieren wird! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass man unsere Unterrichts-, Staats- und Muttersprache Deutsch in diesem Zusammenhang natürlich entsprechend in den Mittelpunkt stellen muss, ist gerade vor dem Hintergrund auch der inhomogenen Schülerstruktur ganz wesentlich. Das muss man doch sagen! Ist es wirklich wünschenswert, dass man in Wien jahrzehntlang gut existieren kann, ohne ein Wort Deutsch zu können, weil es hier schon längst Parallelstrukturen gibt und weil wir letztendlich auch noch alles mehrsprachig anbieten? Ist das wirklich sinnvoll? Man kann heute in zweiter oder dritter Generation hier sein und immer noch nicht Deutsch können. Das macht offenkundig nichts aus, weil man Deutsch nicht braucht. Und das kann und darf es nicht geben! Auch das zeigt, dass hier in den letzten Jahrzehnten um sehr viel Geld sehr viel schiefgelaufen ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn uns die Frau Kollegin El-Nagashi fast so wie der Kommissionspräsident der EU, der uns gesagt hat, jeder, der den UN-Pakt ablehnt, hat ihn entweder nicht gelesen oder nicht verstanden, sozusagen mitteilt, jeder, der Kritik übt an der Integrationspolitik in Wien, der kennt sie nicht oder der versteht sie nicht, dann ist das einerseits ein bisschen überheblich. Aber schauen Sie sich jetzt nur die Geschichte beim Integrationspakt an. Da hat es immer geheißen, wir sind isoliert. Also in einer Gesellschaft mit USA, Australien, vielen europäischen Länder, jetzt auch Israel, und so weiter, also eigentlich sehr viele Länder - die natürlich insgesamt in der Minderheit sind, wo ja dann die Menschen hingeschickt werden oder zum dorthin Auswandern ermuntert und ermutigt werden -, sind wir eigentlich in einer sehr guten Gesellschaft. Auch das hat ja gezeigt, dass es wichtig ist, nicht einfach Dinge zu unterschreiben, wo man bei der Hälfte sagt, ja, das wollen wir eigentlich eh nicht, aber wir unterschreiben es, weil sonst ist irgendjemand böse auf uns und irgendwann fällt uns das auf den Kopf. Genauso ist es bei der Integrationspolitik, und ich hoffe, dass es bei der Art. 15a-Vereinbarung, wo Sie auch, wo wir einstimmig hier auch das Kopftuchverbot beschlossen haben, dass das nicht so ähnlich ist wie beim UN-Pakt: Wir unterschreiben es, holen uns die Subventionen, aber eigentlich stehen wir innerlich nicht dahinter.

Daher werde ich dann auch gleich einen Antrag einbringen, dass wir zeitnahe, das heißt, in einer der nächsten Landtagssitzungen - denn die Vereinbarung ist ja schon in Kraft getreten oder tritt ja dann rückwirkend in Kraft - auch ein Maßnahmenpaket vorgelegt bekommen haben wollen, wie dieses Kopftuchverbot in Wien umgesetzt wird. Und ganz wesentlich ist, dass hier auch die Trägerorganisationen in die Pflicht genommen werden. Die, die Fördergelder bekommen, haben solche Vorfälle zu melden, haben auch entsprechend einzuwirken auf die Erziehungsberechtigten. Das muss dann an die MA 10 und MA 11 weitergeleitet werden, dann haben wir nämlich entsprechend die Fakten. Und wenn Träger hier nicht mitspielen, dann muss man das auch bei der Verlängerung oder bei der Weitergewährung von Förderungen entsprechend zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und im Endeffekt muss es natürlich auch Verwaltungsstrafsanktionen geben. Wir haben gerade im Bereich der Tierhaltung gesehen, Sie haben ja überhaupt keine Hemmungen. Dort, wo es Ihnen in den Kram passt, da fährt man gleich hinein mit Mindeststrafen und mit ex lege und ohne irgendeinen Spielraum, und dort, wo man sozusagen nicht will, dann ist dann immer eine Strafe eine Ultima Ratio. Also da werden wir Sie dann auch entsprechend beim Wort nehmen und das, was für einen durchschnittlichen österreichischen und Wiener Hundehalter gilt, das muss dann bei einem gesellschaftspolitisch sehr brisanten Thema auch funktionieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es soll ja kein unvollendetes Kunstwerk entstehen. Damit das Kopftuchverbot im Kindergarten und dann natürlich im Weiteren auch in der Schule Sinn entfalten kann, muss natürlich auch das pädagogische Personal einbezogen werden. Eine Lehrerin oder eine Kindergartenpädagogin, die selbst Kopftuch trägt, wird sich schwer tun, die Mädchen davon zu überzeugen, dass das doch keine gute Idee ist. Also wenn, dann muss natürlich auch das pädagogische Personal hier entsprechend in die Pflicht genommen werden, denn wir wollen nicht, dass unsere Kindergärten ausschauen wie Koranschulen, und das tun sie teilweise. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie nach Deutschland schauen, da gibt es in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten, der da durchaus auch in seiner Diktion so ist, dass man sagen kann, bei den GRÜNEN gibt es schon auch - vielleicht nicht so sehr in Österreich, aber zumindest in Deutschland - Menschen, die sehen, dass hier ganz massive Bedrohungen unserer liberalen Demokratie schon längst Platz gegriffen haben. Und vielleicht ist dieser Pragmatismus, den offenkundig die deutschen GRÜNEN langsam entwickeln, auch ein Grund dafür, dass es den deutschen GRÜNEN sehr gut geht, während in Österreich, wo man das Ganze noch viel fundamentalistischer sieht, es den GRÜNEN jetzt nicht so gut geht. Was ja jetzt mich persönlich nicht übertrieben stört, aber es schadet auch nicht, wenn grüne Verantwortungs-träger auch die Dinge beim Namen nennen, und das hat der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmer vor Kurzem erst sehr schön getan.

Ich möchte noch auch ganz kurz auf Folgendes eingehen: Ich habe die Vereinsstrukturen schon angesprochen, da tut sich strukturell leider überhaupt nichts. Wir haben sowohl im Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit als auch im Integrationsbereich sehr viele stadtnahe Vereine. Ich bin selbst jemand, der sich gerne in Vereinen engagiert, aber ein Verein lebt eigentlich davon, dass sich hier die Zivilgesellschaft organisiert, sich aus idealistischen Motiven zusammenschließt, dass man hier einen Beitrag leistet, dass man ehrenamtlich sich auch entsprechend einbringt, und dass allenfalls bei großen Vereinen mit ein oder zwei Angestellten das Backoffice gemacht wird. Diese stadtnahen Vereine arbeiten zu 100 Prozent mit Steuergeld, sind überhaupt nicht in der Lage, private Spenden oder Mitgliedsbeiträge einzuheben, und der Stadtrechnungshof, der ja unverdächtig ist, dass er hier eine politische Agenda führt, hat gesagt, dieses Nebeneinander, diese Parallelitäten sowohl im Integrationsbereich als auch im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit müssen unter Effizienzgesichtspunkten entsprechend auch überprüft werden.

Es stellt sich wirklich die Frage, ob diese Vielzahl an Vereinen notwendig ist, noch dazu, wo diese Vereine krakenartig in sämtliche Fördertöpfe der Stadt Wien hineingreifen. Wenn man in mehreren Geschäftsgruppen in die Ausschüsse geht, dann sieht man, auf einmal kriegt der Verein, der da schon eine hohe Basissubvention bekommt, Geld aus dem Umweltausschuss. Wenn man dann im Umweltausschuss fragt, wisst ihr eigentlich, dass die eh so viel Geld kriegen, sagen die, auf das schauen wir gar nicht, denn die haben ein Umweltprojekt. Und dann gibt es halt wieder extra ein Geld, und so weiter. Das heißt, es ist ja kein Wunder, dass die österreichweite Transparenzdatenbank nicht funktioniert, wenn die eine Magistratsabteilung nicht weiß, oder nicht wissen will, weil es ja politisch gewollt ist, wo Vereine sonst noch Geld bekommen: Innerhalb des Magistrats aus mehreren Geschäftsgruppen, dann geht man noch in die Bezirke, klopft dort an. Der eine weiß aber oft nichts vom anderen, in unseren Subventionsakten steht so gut wie nie drinnen, ob da auch noch etwas von den Bezirken kommt. Da muss man dann erst nachtelefonieren, ob die dort auch etwas bekommen.

Und dann gibt es noch Extratöpfe, die für die wirklich kleinen Vereine gedacht sind, die keine Basissubvention bekommen. Wenn man dann aber schaut, wer aus diesen Extratöpfen etwas kriegt, aus dieser schnellen Eingreiftruppe, die da sozusagen ein paar Tausender locker machen kann, bekommen teilweise wieder Vereine wie der Verein Bassena Stuwerviertel oder der Verein JUUVIVO ein paar Hunderttausend Euro. Dann braucht es noch aus dem Lokaltopf, das haben wir dann morgen, weitere 1.600 EUR. Da muss ich dann schon sagen, das ist doch ein Pflanz, bei einem 700.000 EUR-Budget muss es doch möglich sein, 1.600 EUR irgendwie einzuplanen, ohne dass man da wieder hineingreift. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da hat sich leider trotz der Kritik des Stadtrechnungshofes nichts geändert. Ich bin ja schon sehr gespannt, wenn dann die Maßnahmenbekanntgaben kom-

men oder eine Nachprüfung ist. Man sagt ja immer, ja, wir nehmen das zur Kenntnis und wir machen das, und so weiter, aber an den Strukturen ändert sich eigentlich so gut wie gar nichts.

Insgesamt betrachtet ist die Geschäftsgruppe sehr umfangreich. Ich konnte nur auf ein paar einzelne Punkte hinweisen. Es heißt immer, wir kritisieren und sudern nur, aber das ist halt die Aufgabe der Oppositionen. Mit dem Unterschied zur SPÖ auf Bundesebene haben wir mit der Oppositionsrolle in Wien überhaupt kein Problem. Das ist wichtig und notwendig, und eine schwache Regierung braucht eine umso stärkere Opposition. Und wir sudern nicht und sagen, wie schlimm die Opposition ist, so wie Sie das auf Bundesebene tun, wir machen das sehr gerne.

Aber etwas, wo ich auch wirklich etwas Positives sagen muss: Es war sehr nett und sehr interessant ...

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, dass Sie es schnell sagen, die Redezeit ist abgelaufen.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: ... vom Herrn Stadtrat, der gemeinsame Termin bei der Bildungsdirektion, dieser Meinungsaustausch, denn die Bildungsdirektion ist ja jetzt auch eine Landesbehörde, und ich würde mich freuen, wenn dieser Austausch zwischen unserem Ausschuss und dem Bildungsdirektor auch in Zukunft vielleicht institutionalisiert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Herr Kollege, wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie noch Anträge, die Sie mir geben wollen. *(GR Dr. Wolfgang Aigner: Das macht dann der Hasi!)* - Ja, gut.

Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hanke. Ich erteile ihr das Wort, selbstgewählte Redezeit sind 7 Minuten.

GRin Marina **Hanke**, BA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde es schön, wenn sich mein Vorredner in der Oppositionsrolle so wohl fühlt, wie er uns gerade erklärt hat, da wird die FPÖ auch noch länger in Wien *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* bleiben, aber das nur einleitend gesagt.

Ich habe eigentlich wieder einmal darauf gehofft, dass wir bei dieser Voranschlagsdebatte in unserer Geschäftsgruppe eine etwas differenziertere Debatte führen können, aber ich bin erneut enttäuscht worden. Das wundert mich aber nicht so sehr, gerade die FPÖ macht das, was sie immer macht: Sie picken sich eine Gruppe von Menschen heraus, skandalisieren, haben die als Feindbild auserkoren und reden eigentlich über nichts anderes als über ein paar Schlagwörter.

Was ist der Unterschied zwischen Ihnen und den Regierungsparteien, was ist der Unterschied zwischen Ihnen und Rot-Grün? Wir haben auch ein Problem mit Radikalisierung, wir haben auch ein Problem mit Demokratiefreundlichkeit, der Unterschied ist, wir arbeiten gegen beides, und zwar egal, aus welcher Richtung das auch kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir wollen nicht Menschen hinausdrängen, sondern wir wollen sie mit einbeziehen.

Und das führt mich auch schon zum ersten Projekt, über das ich gerne sprechen würde. Mein Kollege Peter

Kraus hat es vorher schon angesprochen, zum Schwerpunkt Teilhabe, den wir im nächsten Jahr auch in der Jugendarbeit setzen werden, an dem alle Vereine beteiligt sein werden, wo wir einerseits die kommenden EU-Wahlen mit einbeziehen, ebenso andere Projekte, die an Teilhabe, an Mitbestimmung orientiert sind, mit einbeziehen. Das quasi Hauptprojekt von diesem Schwerpunkt wird die „Werkstadt Junges Wien“ sein. Warum starten wir in Wien den größten Beteiligungsprozess für Kinder und Jugendliche? - Wir machen das, weil wir nicht nur über Kinder und Jugendliche reden wollen, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass Kinder und Jugendliche, und zwar alle, die in unserer Stadt wohnen, ein Recht darauf haben, die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen müssen, den Raum, die Gelegenheit, dass sie mitbestimmen und mitreden können bei den Fragen, wie soll die Stadt eigentlich ausschauen, dass sie mitgestalten können bei dieser Stadt, die eine soziale, lebenswerte und auch eine weltoffene ist. Da dürfen unsere Kinder und Jugendlichen, müssen sie unserer Meinung nach eine Rolle spielen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Kinder und Jugendliche sollen sich in unserer Stadt wohl fühlen. Wir wollen sie stärken, wir wollen sie unterstützen, deswegen machen wir nicht nur Politik für junge Menschen, sondern mit ihnen, und zwar mit allen. Dazu müssen wir sie fragen, und das werden wir im nächsten Jahr sehr intensiv machen.

Ein zweiter Schwerpunkt, auf den meine Kollegin Berger-Krotsch schon kurz eingegangen ist, ist die Burschenarbeit und insgesamt die geschlechtersensible pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Die Kollegin Hungerländer hat gesagt, dass die Stadt Wien immer dort stark auftritt, wo es einfach geht, und dort, wo es nicht einfach geht, wegschaut. Ich würde mir von den Oppositionsparteien wünschen, dass man nicht einfach immer wegschaut bei all den Sachen, die die Stadt Wien macht, vor allem bei all den guten Projekten, die wir machen. Wenn da jetzt immer viel über Frauenrechte, über Geschlechtergerechtigkeit gesprochen wird, dann schauen wir hin, was die Stadt Wien da macht, dann schauen wir hin, dass wir uns der Probleme annehmen, dass wir mit den jungen Burschen arbeiten, dass wir im Projekt „Burschen.Leben.Vielfalt“ in Kooperation mit der Wiener Gesundheitsförderung, mit dem Fonds Gesundes Österreich daran arbeiten, insgesamt für mehr Gesundheitsbewusstsein bei den jungen Burschen zu sorgen, aber vor allem auch darauf, dass Sie abwertende Einstellungen abbauen können, dass Sie sich mit ihrem Männlichkeitsbild auseinandersetzen können, dass Sie lernen, wie Sie da gut aufwachsen in einer Gesellschaft, ihre Probleme nicht mit Gewalt lösen, sondern diese toxischen, schlechten Männlichkeitsbilder, die gesellschaftlich vorgegeben werden, auch ablegen können. Dieses Projekt hat schon gestartet, ist auch schon sehr erfolgreich, und wir werden es im nächsten Jahr auch mit einem Mädchenschwerpunkt ausweiten.

Warum machen wir das alles? - Wir machen das, weil wir einen Zugang haben, der nicht ausschließt, sondern weil wir einen Zugang haben, der fördert, der

unterstützt und der vor allem ganz viel auf Bildung aufbaut.

Was machen wir sonst noch im Bereich der Bildung? Ich möchte ein paar Beispielprojekte noch herausgreifen, die im nächsten Jahr kommen werden: Die Büchereien bauen ihre Online-Angebote aus, sodass Sie auch besser nutzbar sind für alle Wiener und Wienerinnen, mit dem Open-Library-Service, mit neuen E-Learning-Angeboten und damit auch mit einem Standort, wo es erweiterte Öffnungszeiten gibt, wo man auch per Selbstbedienung die Büchereien nutzen kann. Damit sorgen wir auch dafür, dass der Zugang zu Bildung erweitert wird und besser nutzbar ist für alle Wiener und Wienerinnen.

Wir bauen weiter aus im Bereich der Erwachsenenbildung, mit der Initiative Erwachsenenbildung, die in eine neue Periode geht, wo wir schauen, dass über 3.000 Jugendliche und junge Erwachsene ihren Schulabschluss nachmachen können und 3.000 weitere Menschen Basisbildungsangebote nachholen können. Wir bauen weiter aus und schauen, dass wir erfolgreiche Projekte weiterführen mit der Förderung 2.0, wo wir die erfolgreichen Effekte für die Wiener Schüler und Schülerinnen schon in den letzten Jahren gesehen haben. Wir haben in den neuen Campus-Plus-Modellen jetzt auch die Musikschulen dabei - in der Attemsgasse ist das schon in Betrieb - und können damit noch mehr Bildungsangebote zusammenbringen und einfach bessere Angebote für unsere Schüler und Schülerinnen schaffen. Und nicht zuletzt haben wir in der Modeschule, die mit der Modeschule Hetzendorf, die mit der Siebeneichen-gasse zusammengeführt wird, ein tolles neues Projekt, wo es tolle Effekte für beide Seiten gibt.

Ich möchte noch ganz kurz meine letzten Minuten nutzen, um auf ein anderes Thema einzugehen, das noch gar nicht angesprochen worden ist. Die WAST, die Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen hat vor Kurzem ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Es war ein sehr schöner Abend, und wir können sehr stolz darauf sein, dass wir österreichweit immer noch die einzige derartige Stelle in einer kommunalen Verantwortung haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Die Stadt Wien hat im rechtlichen Bereich alle Möglichkeiten zur Gleichbehandlung ausgeschöpft, wir bleiben aber trotzdem dran, die WAST führt jedes Jahr hunderte Beratungen in Diskriminierungsfällen durch, ist in ganz vielen Bereichen der Stadt aktiv, wenn es um Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen geht. Es ist auch notwendig, da wir von Gleichheit und von Akzeptanz immer noch recht weit entfernt sind und wir uns auch bei der Bundesregierung, die wir jetzt haben, auf Bundesebene keine großen Fortschritte erwarten können, wenn es nicht wie beim Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe vom Verfassungsgerichtshof angeordnet wird. Das ist auch nicht verwunderlich, LGBT-Personen kommen im Regierungsübereinkommen mit keinem Wort vor, und das Familienbild, das in diesem Regierungsübereinkommen festgeschrieben ist, ist auch eines, das viele Menschen einfach ausschließt. Als Stadt werden wir uns deswegen auch in den nächsten Jahren

noch lauter und noch stärker dafür einsetzen, dass es keine Rückschritte gibt, weil wir sagen, dass das kein politischer Nebenschauplatz ist, sondern dass es da um Menschenrechte geht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Noch ein paar Sätze dazu, was im nächsten Jahr kommt. Wir machen großartige weitere Schritte in der Frage des Denkmals für die im Nationalsozialismus wegen Homosexualität verfolgten Männer und Frauen. Gemeinsam mit dem KÖR werden wir es da schaffen, einer Opfergruppe, die ganz, ganz lange ausgeschlossen war, in der Geschichtsschreibung Raum zu geben, diese auch anzuerkennen und sichtbar zu machen. Und mit der Europaride - wir haben auch schon öfter darüber gesprochen - haben wir im nächsten Jahr, im Jahr der Europawahlen, ein riesengroßes Event in Wien, wo ganz Europa auf unsere Stadt schauen wird, wo wir zeigen können, dass Wien Regenbogenhauptstadt ist, wir das als Stadt natürlich auch inhaltlich, organisatorisch und finanziell unterstützen und damit ein starkes Zeichen in die ganze Welt schicken, nämlich: Egal, wen du liebst, Wien liebt dich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 8 Minuten Redezeit wurden verbraucht, Restredezeit der SPÖ wären noch 14 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Gerhard **Haslinger** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Budgetdebatte sprechen wir über budgetäre Mittel, die in den unterschiedlichsten Bereichen ausgegeben werden, so auch in der Integration. Wir stimmen diesen Ausgaben nicht zu, und ich werde versuchen, das auch zu begründen. Es ist schon sehr viel gesagt worden, was jetzt falsch läuft beziehungsweise was in der Integration gut läuft, schauen wir einmal.

Die Frau Kollegin El-Nagashi hat gesagt: vorbildhafte Integrationspolitik. Wenn ich mir jetzt die letzten Wahlen 2017 aufrufe, da haben alle Parteien, die verloren haben, sich bei der Nase genommen und gesagt, okay, bei der Integration haben wir vielleicht das Thema nicht richtig beleuchtet, haben es schlecht angegangen, haben vielleicht nicht wirklich eingegriffen, müssen etwas verbessern. Ich weiß jetzt nicht, wie Sie auf diese vorbildhafte Integrationspolitik kommen, wenn Sie es vor einem Jahr noch selbst kritisiert haben, nachdem Sie aus dem Parlament geflogen sind.

Der Kollege Kraus von den GRÜNEN hat gesagt: eine Politik, die eingreift. Ja leider, das würden wir fordern, eine Politik, die in die Integration eingreift, aber was haben wir - und das hat die Frau Kollegin Hungerländer schon angesprochen -, da basiert alles auf Freiwilligkeit: Es wird ein Angebot gestellt, es wird finanziert und dann kann man es in Anspruch nehmen oder nicht, und die Verantwortlichen der Stadt sagen, ja, wir haben diese Angebote im Programm und es ist jedem mehr oder weniger freigestellt, daran teilzunehmen oder nicht. Wir fordern, dass es hier ganz einfach Verpflichtungen gibt und - ich habe das schon ein paar Mal an dieser Stelle erwähnt - dass man nicht nur anbietet, sondern auch die Menschen verpflichtet, daran teilzunehmen. Und wenn sie sich an dem, was sie dort hören, nicht orientieren

wollen oder können, dann muss man andere Maßnahmen ergreifen.

Und das mit der Integration, das sagen Sie ja auch immer: Für uns sind alle Menschen gleich! Ich glaube, das ist eine Gleichmacherei und darin liegt auch der Fehler, denn es ist nicht jeder Mensch, der woanders herkommt, gleich integrierbar. Die haben unter Umständen ganz andere kulturelle Voraussetzungen. Denken Sie an sich selbst, jeder von uns hat Erlebnisse aus der Kindheit, und diese Erlebnisse sind sehr oft Kriterium dafür, etwas als richtig oder falsch zu bewerten. Natürlich kommen da Leute, Kinder, junge Menschen oder auch schon ältere, die ein Leben vor sich gehabt haben, bevor sie nach Wien kommen, und die sich daran orientieren. Und dann kommen Sie mit Ihren Integrationsmaßnahmen oder mit dem wissenschaftlichen Sprachbuch der Uni Wien und sagen: Regeln wir das mit dem. - Das funktioniert nicht. Und da sieht man die Oberflächlichkeit, die Sie in der Integrationspolitik an den Tag legen. Und wir versuchen, das ganz einfach nur anzusprechen und aufzuzeigen, und dann sagen Sie, wir sind dagegen. Ja, wir sind gegen diese Oberflächlichkeit, weil wir wissen, dass es da massive Probleme gibt und dass man von Menschen, die zu uns kommen, ganz einfach etwas verlangen muss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vor ein paar Tagen ist - ich glaube, auf einer Insel im Indischen Ozean - ein Besucher, der Ureinwohner besuchen oder missionieren wollte, zu Tode gekommen. Jetzt kann man nicht sagen, dass der einen Angriff gestartet hätte. Nein. Trotzdem haben die ihn eliminiert. Warum? - Offenbar wollen die unter sich bleiben und brauchen keine anderen. Die sind aber jetzt nicht falsch informiert worden oder waren sonst irritiert, nein, das war ihre ureigenste Einstellung: Abgrenzung. Identitätsbewahrung ist Abgrenzung und es ist nichts Schlechtes. Ich meine, es ist schlecht, wenn ich den anderen töte, das ist nicht in Ordnung und ich möchte auch hier nicht falsch verstanden werden, aber das zeigt, dass Menschen, die jetzt ganz einfach leben, einen Eindringling töten, weil sie ihn nicht haben wollen, weil sie unter sich bleiben wollen. Und wenn wir sagen, wir wollen unsere Identität bewahren und brauchen uns nicht in alle Richtungen hin öffnen, dann wird das von Ihnen kritisiert. Ich glaube, dass das hier ein wichtiger und notwendiger Punkt ist. Und das hat auch gar nichts damit zu tun, dass wir Arbeitskräfte brauchen, da das gestern erwähnt worden ist: Wir brauchen ja die Leute, weil wir selbst zu wenig Kinder haben, und, und. - Aber deshalb brauche ich ja nicht meine eigene Identität aufgeben, sondern der, der zu uns kommt, den suche ich mir aus und sage: So leben wir hier, so ist es üblich, und ich erwarte mir, wenn du mit mir und hier leben willst, dass du dich daran hältst! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Integrationsmaßnahmen sind Förderung von Vereinen, von NGOs. Gut. Wenn man sich die NGOs anschaut: Integration ist ein Geschäft, und Integration darf somit nicht funktionieren, da es hier viel, viel Geld zu lukrieren gilt. Wenn man sich das anschaut, alleine das Innenministerium stellt ungefähr 400 Millionen EUR für integrative Maßnahmen bereit. Ich habe jetzt nicht die

Zahl für den Ausschuss alleine parat, aber aus der Vergangenheit weiß ich, sind es so zwischen 15 und 20 Millionen, die hier in Vereinen versickern. Hier werden nur Angebote gemacht.

Integrationserschwerisse sind mangelnde oder keine Deutschkenntnisse, keine Regelkenntnisse, Ablehnung der Umgangsformen und Ähnliches gegenüber der österreichischen Bevölkerung, zu häufiges Zusammenleben in dem eigenen Kulturkreis. Und das weiß man ja, dort, wo aus einer gewissen Gegend die Menschen in Wien zusammenleben, wollen die anderen auch hinziehen. Das merkt man in der Brigittenau, das merkt man in Favoriten oder in Rudolfsheim-Fünfhaus. Das ist ja nichts Verwerfliches, aber ich brauche nicht sagen, dass Integrationsmaßnahmen hier greifen, wenn ich dann diese Menschen zu lange alleine lasse. Das hat der Kenan Güngör gesagt, dass man diese Immigranten viel zu lange alleine lässt und von ihnen nichts verlangen möchte, damit sie sich nicht bedroht oder verstoßen fühlen. Und das ist der große Fehler. Daher gehen wir da nicht mit und darum sprechen wir in der Integration eben dieses Thema an. Wir fürchten uns nicht vor fremden Leuten, aber wenn Fremde zu uns kommen, dann wollen wir ihnen schon sagen, was wir von ihnen verlangen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man kümmert sich jetzt um Burschen, es gibt jetzt Maßnahmen, um sie von ihren Männerbildern wegzubringen und nicht gewaltbereit werden zu lassen, denn es gibt junge Männer, die sterben lieber, bevor sie ihre Ehre verraten. Das wissen Sie und jetzt versuchen Sie, mit solchen Maßnahmen diese Burschen zu normalisieren - darf man das so sagen, normalisieren? -, nämlich an unsere üblichen Gegebenheiten heranzuführen, dass sie nicht gewalttätig werden, dass sie nicht gegen das Recht des österreichischen Staates verstoßen. Tanja Wehsely wird ja bei ihrer Abschiedstournee in jedem Ausschuss über den Mädchenkäfig sprechen. Da muss man eine eigene Veranstaltung machen, damit sich Mädchen in einem Park aufhalten können, ohne von Burschen gestört zu werden. Da sieht man ja schon den Widerspruch, dass die, die zu uns kommen, ein ganz ein anderes Verhältnis haben, nämlich zwischen Mann und Frau, zu den Werten von den Mädchen, von den Frauen, von den Müttern und Ähnlichem. Da macht man eine eigene Veranstaltung, das wird dann groß gefeiert und jubelt und in die Zeitung gebracht: Juhu, wir haben es geschafft. - Es wird doch normal sein, dass Mädchen und Burschen nebeneinander dieselbe Örtlichkeit frequentieren dürfen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das wird doch normal sein, aber ihr müsst eigene Veranstaltungen machen, damit das möglich ist, und verkauft es dann. *(GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Das hast du verstanden! Das soll normal sein! Es ist super, dass du dich an vor 14 Jahren erinnerst!)* - Ja eben, weil es nichts gebracht hat, da müssen wir heute über andere Dinge reden. Heute müssen wir uns an den Burschen orientieren, damit sie die Mädchen in Ruhe lassen, weil es nichts gebracht hat. Da sind wir aber jetzt wieder bei der vorbildhaften Integrationspolitik, die angeblich stattfindet. Also ihr widersprecht euch ja selbst. *(GR Mag. Josef*

Taucher: Ihr seid noch immer nicht in unserem Wertesystem integriert!) Da müsst ihr euch halt ein bisschen bemühen. Da müsst ihr euch mehr bemühen und was verlangen.

Die Sprachkurse: Da hat mir eine Bekannte gesagt - ich habe es, glaube ich, auch schon einmal erwähnt -, sie hat in der Volkshochschule Brigittenau einen Sprachkurs besucht, Koreanisch. Und da gab es ein Arbeitsblatt 6: 16 Begriffe. Der erste war Internet, der fünfte weiß ich nicht, Webmail, keine Ahnung. Der 15. war dann Nazi. Also das braucht man, am Arbeitsblatt 6 für Koreanisch ist der 15. Punkt Nazi. Jetzt weiß ich nicht, ob man das wahnsinnig braucht, aber es ist ein ganz eindeutiges Zeichen dafür, dass man bei diesen Sprachkursen natürlich mit Reizwörtern arbeitet, dass man relativ rasch die Leute in Stimmung bringt. Und das, finde ich, ist nicht richtig und unseriös hier in diesen Sprachkursen. Wir wissen ja nicht - es werden da wahnsinnig viele Sprachkurse angeboten -, was dort alles auf den Arbeitsblättern mit einer relativ niedrigen Nummer schon alles oben steht.

So weit so gut, dann werde ich jetzt diese Beschlusanträge einbringen. Für alle drei Beschlusanträge gilt dann in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung. Erstens, effektive Maßnahmen zur Durchführung des Kopftuchverbotes in elementaren Bildungseinrichtungen, betreffend Kopftuchverbot für Mädchen in Pflichtschulen und der dritte betrifft Kopftuchverbot für pädagogisches Personal in elementaren Bildungseinrichtungen. Wie gesagt, es wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ja, und wie gesagt, vielleicht noch ganz kurz zu den NGOs, die ich zuerst schon erwähnt habe. Die spielen ganz ein eigenes Spiel, weil sie eben das Geld brauchen. Sie nehmen die, die bei uns Schutz suchen, mehr oder weniger ein bisschen als Spielball, um sich bestätigt zu fühlen. Man sieht, die NGOs sind ja gerade in der Seerettung europaweit oder weltweit ein bisschen negativ aufgeschlagen, und das passiert natürlich bei uns auch. Und ich glaube, dass nicht jeder Asylwerber, der einen negativen Asylbescheid in der ersten Instanz bekommt, diesen auch tatsächlich anfechten möchte. Ich glaube nicht, sondern dann kommt der Herr Anwalt und die Verfahren werden verzogen. Und die NGOs und Sie, die diese unterstützen, sind dafür verantwortlich, dass Menschen Hoffnung gemacht wird, doch noch da bleiben zu können, die sie real gar nicht haben, weil es nicht möglich ist. Und da müssen wir einmal ansetzen und müssen sagen, hört zu, wenn ihr diese Integrationsmaßnahmen konterkariert, dann muss man sich etwas einfalten lassen, da muss man ihnen ganz einfach das Geld abziehen. Und da sind Sie auch gefordert, denn Sie geben ihnen das Geld, obwohl wir dagegen sind. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Hursky. Selbstgewählte Redezeit sind 7 Minuten, Sie haben das Wort.

GR Christian **Hursky** (SPÖ): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stadtrat! Herr Vorsitzender!

Das Budget der Stadt Wien und vor allem in dieser Geschäftsgruppe ist ja nicht immer nur eines, das von gesellschaftspolitischen Dingen geprägt ist, sondern in dieser Stadt gibt es auch natürlich vieles Organisatorisches, sprich, trockene Materie, die wir zu vollziehen haben. Und eine solche trockene Materie ist mit Sicherheit auch die MA 62, in der Richtung vielleicht in der Stadt und bei den Menschen vielfach nicht so bekannt, aber die MA 62 ist eigentlich das Herzstück unserer Demokratie in dieser Stadt. Sie organisiert für uns die Wahlen, sie ist dafür verantwortlich, wenn Petitionen eingebracht werden, dass das alles ordentlich abläuft, sie organisiert die Volksbefragungen, so wie wir sie jetzt in den letzten Monaten gehabt haben, die sehr, sehr erfolgreich abgehandelt wurden in Wien, wenn ich hier speziell an das Rauchervolksbegehren denken darf, das ja von der sogenannten Demokratiepartei schlichtweg negiert wurde. Aber, die MA 62 ist auch für die Menschen in Not da, und zwar dann, wenn sie in den Urlaub fahren und ihren Pass vielleicht verlegt oder verloren haben oder vielleicht keinen gelöst haben, gemeinsam mit der Rathauswache wird auch in diesen Bereichen ein Notpass organisiert. Auch das sind wichtige Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, und auf diese Serviceleistung in unserer Stadt können Sie sich hier verlassen. Ich glaube, das sind ganz wichtige Basics, die wir hier bei uns haben.

Eine andere Gruppe ist die MA 54. Auch ohne sie würde eine Wahl nicht funktionieren, denn ohne das Logistikzentrum und das Aufstellen der Wahlzellen würde es auch nicht so hervorragend die Möglichkeit geben, dass wir unser Kuvert letztendlich einwerfen. Sie hat aber als gewichtigste Aufgabe letztendlich den zentralen Einkauf. Hier sind sehr viele Verbesserungen in den Serviceleistungen in den nächsten Jahren geplant und vor allem auch im nächsten Jahr gewisse Schwerpunkte, die gesetzt werden: Beim elektronischen Vergabeprozess soll es Verbesserungen, Vereinfachungen für die Dienststellen geben, beispielsweise für die Wiener Kindergärten, damit wir hier eine stärkere Nutzung - und die Wiener Kindergärten sind ein großer Nutzer des Marktes - des virtuellen Marktes haben.

Das Herzstück dieser Stadt sind - Nicole Berger-Krotsch hat das schon erwähnt - unsere 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind letztendlich das Wichtigste, was wir haben, unser wichtigstes Gut, damit diese Stadt wunderbar funktioniert und für diese Menschen arbeiten kann. Ihnen gebührt der Dank (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), und daher haben wir uns als Politiker und Politikerinnen auch um sie zu kümmern. Das heißt, einer unserer Schwerpunkte in den nächsten Jahren wird Arbeitswelt und Gesundheit sein. Und hier möchte ich mich bereits im Vorhinein dafür bedanken, dass wir mit dem hervorragenden Team in der Personalabteilung um Martina Schmid, Sabine Rath, die im legistischen Bereich tätig sind, aber auch von Dr. Fichtner, der für den Arbeitsschutz zuständig ist, die optimalen Programme für die nächsten Jahre für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt aufstellen können. Das ist uns wichtig.

Uns ist auch wichtig, dass wir in der Stadt Wien die Gleichbehandlung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, und ein Schwerpunkt wird hier sein, die sexuelle Belästigung hintanzuhalten. Gestern sind alle Parteien mit dem White Ribbon draußen gestanden, alle Fraktionen, auch hier am Arbeitsplatz haben wir darauf zu schauen, dass es keine sexuellen Belästigungen gegen jegliche Person gibt - das kann manchmal auch in der umgekehrten Form stattfinden. Und das haben wir letztendlich in die Köpfe zu bringen.

Ich möchte mich für die hervorragende Arbeit in unserer Geschäftsgruppe recht herzlich bedanken. Ich glaube, wir können uns in dieser Geschäftsgruppe die gesellschaftspolitisch, aber auch in der Basis da ist, damit diese Stadt funktioniert, auf eine sehr, sehr gute Arbeit verlassen. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollege Hursky hat 5 Minuten Redezeit verwendet, damit ist Restredezeit 9 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Wehsely. Selbstgewählte Redezeit 7 Minuten, ich stelle aber gleich die 9 Minuten der Fraktion ein. - Bitte, Sie haben das Wort.

GRin Mag. (FH) Tanja **Wehsely** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, das ist ein schönes Wort, das (*in Richtung GR Dr. Wolfgang Aigner*) du da gefunden hast: Das ist jetzt der Schlusspunkt meiner Abschiedstournee! - Nicht schlecht eigentlich. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Das versprechen die Schauspieler auch immer!*) Und ich werde mich kurz fassen. Herr Jung, wie bitte? (*GR Mag. Wolfgang Jung: Das versprechen die Sänger auch immer mit der Abschiedstournee!*) - Das war jetzt ein Schmäh Marke Jung, also, wer lachen will, jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich kurz fassen, weil ich glaube, viel ist schon gesagt und auch entgegnet worden, von allen Kollegen der Regierungsfraktion. Man soll auch da nicht so lange darauf herumreiten, was da von Seiten der Opposition, insbesondere Türkis und Blau - ich bezeichne es als Absurditäten - von sich gegeben wird. Was ich machen möchte, ist, einfach als überzeugte Jugendarbeiterin mit Haltung mich ganz, ganz herzlich für die vielen, vielen Jahre der Zusammenarbeit mit diesem großartigen Ressort und den Abteilungen, die es da gibt, den Organisationen, den vielen, vielen Menschen, die für unsere Stadt und da ganz besonders für unsere jungen Menschen arbeiten, zu bedanken. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht behaupten, dass unser Weg der Offenheit und der Humanität und auch des parteiischen Eintretens für junge Leute in unserer Stadt absolut goldrichtig ist. Das hat zu tun mit Menschenrechten, mit Kinderrechten, mit Emanzipation, und damit, dass wir einfach unverbrüchliche Optimisten sind, an das Gute im Menschen glauben, und vor allem daran, dass alle Kinder gleich geboren sind, die gleichen Rechte haben und haben sollen und haben müssen, und dass unser Streben einfach danach trachtet, ihnen das zu Gute kommen zu lassen und diese Rechte mit ihnen und für sie einzufordern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es soll auch gesagt sein, dass es so schön ist, dass es einfach so viel Spaß macht, in dem Ressort zu arbeiten, das ganz besonders auch mit Kindern und Jugendlichen einfach Welten und Möglichkeiten eröffnet, für die, die dort arbeiten, und die, die dort tätig sind, die einfach ein Traum sind. Also, für Kinder und Jugendliche da zu sein, sie wachsen zu sehen, sie zu unterstützen, ihnen Rechte einzuräumen, sie einfach wachsen zu lassen und dabei zu begleiten, das ist, glaube ich, eines der - ich glaube es nicht, ich weiß es - schönsten Sachen, die man überhaupt in seinem Leben tun kann.

Ich bin sehr, sehr stolz darauf, dass die Stadt Wien in ganz vielen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Bildung, wo auch immer das ist, ein absolutes Best Practice ist. Ich sage euch auch, lasst euch das nicht nehmen und nicht ausreden von absurden und einseitigen, negativen und runterziehenden, papageienartig wiederholten (*GR Mag. Josef Taucher: Phrasen!*) - Phrasen, danke, Joe! Wir sind definitiv auf dem richtigen Weg, das Gute wird sich immer durchsetzen. Manchmal gibt es ein bisschen Jammertäler, schauen wir, dass wir es nicht bekommen in unserer wunderschönen Stadt, sondern da auf Kurs bleiben. Ihr seid ein Garant dafür, dass uns das gemeinsam gelingen wird. - Vielen, vielen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Nächster Redner ist der Herr Amtsf. StR Mag. Czernohorszky. Selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten, Sie haben das Wort.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank bei Ihnen allen für die engagierte Debatte. Ein besonderes Dankeschön an die Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen. Es ermöglicht mir, dass ich jetzt einfach ein paar Schwerpunkte, die mir besonders wichtig sind, herausgreifen kann, da hier vieles schon diskutiert wurde.

Ein besonders Dankeschön an Tanja Wehsely, mit ganz, ganz, ganz viel Erfolg, den ich dir für deine weiteren Tournéeen im Zeichen eines gesellschaftspolitischen Engagements wünsche. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Auf was möchte ich mich spezialisieren, wenn ich gesagt habe, ich möchte das mir Wichtigste herausnehmen? Nun, auf das Wertvollste, das die freie Welt hat, die Demokratie. Und ich möchte das in einer gewissen Dramatik sagen. Ich erlebe, wir erleben, dass die Demokratie, so wie wir sie kennen, so wie wir sie verteidigen, von verschiedenen Seiten in Gefahr gebracht wird, durch europaweit grassierenden Rechtspopulismus, durch Fake News und Manipulation, die sich durchaus mittlerweile auch in die politische Diskussion von etablierten Parteien gezogen haben, aber auch durch patriarchale Rollenbilder. Lieber Herr Kollege Aigner, lieber Herr Kollege Haslinger, was ich mit diesem Code meine, ist, dass wir uns dafür einsetzen, dass sich die Leute nicht aufführen wie Gfraster, und dass man ihnen, wenn sie das machen, alternative Zugänge, Vorbilder bietet, Halt und Unterstützung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unsere Demokratie ist natürlich auch durch eine stärker werdende Ungleichverteilung von Geld und Vermögen, aber besonders auch von Bildungschancen in Gefahr, und dagegen möchten wir ansetzen. Dagegen möchten wir im kommenden Jahr mit verschiedenen Schwerpunkten besonders ansetzen, die eine Sache zum Ziel und zum Kern haben: Teilhabemöglichkeiten, Empowerment, das zu tun, was notwendig ist, damit die Menschen in unserer Stadt, die Wienerinnen und Wiener auf eigenen Beinen stehen können und mitspielen können bei dem Spiel, das Gesellschaft heißt. Und das möchten wir besonders bei den Jungen in unserer Stadt machen.

Junge Leute, Kinder und Jugendliche, sagen Politiker oft, sind unsere Zukunft. Sie sind aber die Gegenwart und unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche sind da, in Wien leben über 360.000 Menschen unter 19 Jahren. Sie leben hier, sie machen unsere Stadt bunt, vielfältig, sie nutzen unsere Einrichtungen, lernen hier, kurz, sie prägen unsere Stadt und sie haben das Recht, eingebunden zu werden und mitzubestimmen bei dem, wie wir Politik gestalten wollen. Wien ist das jüngste Bundesland Österreichs. Das war nicht immer so, jetzt ist es dramatisch so geworden in den letzten Jahrzehnten. Das bedeutet aber für uns auch, dass wir mehr tun müssen, um junge Leute zu beteiligen. Ihre Potenziale sind das Potenzial Wiens, und ihre Mitsprache ist kein Privileg, das wir einräumen, sondern ihr Recht, das steht auch seit 2011 in der Österreichischen Verfassung, in die ein Teil der Kinderrechtskonvention aufgenommen wurde. Dort ist festgelegt, dass - ich zitiere - jedes Kind das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise hat.

Was möchten wir machen? Kollege Kraus und Kollege Hanke haben es bereits ausgeführt, es ist ein paar Mal gekommen, wir wollen mit dem bisher größten demokratiepolitischen Projekt für Kinder und Jugendliche, der „Werkstadt Junges Wien“ die Kinder und Jugendlichen als Auftraggeber und Auftraggeberinnen unserer Politik fragen, einbeziehen. 10.000 Kinder und Jugendliche sollen mit uns gemeinsam entscheiden, wie es weitergehen soll, was gut läuft, was schlecht läuft und was besser gehen kann. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Heraus kommt eine stadtweite Kinder- und Jugendstrategie, die die Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit uns geschrieben haben. Denn Mitbestimmung ist für mich nicht ein einzelnes Projekt, sondern tagtäglich gelebte junge Demokratie und unser Auftrag. Es ist auch der Schwerpunkt - auch das ist schon erwähnt worden - unserer Integrationsarbeit. Dort stehen besonders das nächste Jahr, auch als Auftrag an das „forum wien.welt.offen“ und viele Projekte, die wir machen, unter dem Motto Teilhabe und Empowerment.

Frau Kollegin Hungerländer, ich habe überhaupt nichts gegen den Slogan Integration durch Leistung. Im Gegenteil, ich glaube, es ist unsere Aufgabe, als Integrationspolitikerinnen und -politiker dafür zu sorgen, dass Menschen in unserer Stadt arbeiten können, Leistungen

erbringen können. Nur, das braucht auch Leistung von Integrationspolitik und das braucht nicht Arbeitsverweigerung. Wer war die letzten acht Jahre für Integrationspolitik in diesem Land zuständig? - Sebastian Kurz. Ich frage mich: Wo war seine Leistung? (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Damit Menschen in unserer Stadt arbeiten können, damit sie einen Zugang zum Bildungssystem haben können, da braucht es - und das wissen Kommunalpolitiker in ganz Österreich - konkrete politische Arbeit, Maßnahmen, und die kosten Geld. Ich darf Sie einfach dazu einladen, vielleicht in Zukunft das eine oder andere Mal zuzustimmen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zum Thema Teilhabe möchte ich noch auf einen anderen Aspekt kommen - ich habe es vorher schon gesagt -, den Aspekt der ungleich verteilten Bildungschancen. Man hat bei vielen Vorschlägen dieser Regierung den Eindruck, es herrscht das Bild, Bildung sei eine Gunst, die dem erteilt wird, der sich würdig erweist, die anderen können schauen, wie sie weiterkommen und werden rausgeprüft. Wir sind der Überzeugung, dass Bildung ein Recht ist, ein Recht, das jedes Kind hat, ein Recht darauf, seine Potenziale auszuschöpfen. Und dafür braucht es auch schon wieder politische Arbeit. Wir haben uns in diesem Zusammenhang Folgendes überlegt: Wie schaut eigentlich der Sommer der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt aus, was erzählen die, wenn sie zurückkommen im September von den neun Wochen? - Die erzählen völlig unterschiedliche Geschichten. Es sind Geschichten unterschiedlicher Chancen, es sind die Kinder, die von den wunderbaren Urlauben erzählen, es sind die Kinder, die von der großartigen Zeit mit den Eltern erzählen, es sind die Kinder, die davon erzählen, auch Neues gelernt zu haben, und es sind die Kinder, die vom Fernseher erzählen. Und daher setzen wir mit den Summer City Camps eine Alternative: Abenteuer, Lernen, großartige Betreuungsangebote für 6.000 Kinder in Wien mit den Summer City Camps. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und natürlich braucht es auch die Plätze, wo man lernen kann. Das ist ja schon genügend diskutiert worden, aber ich möchte es, denn bei einer Budgetdebatte ist das notwendig, dazusagen. Denn neben den 6 Millionen EUR für die Summer City Camps rollt geht dort wirklich ein großer Teil des Budgets hinein. Alleine in den Aufbau der Kindergartenplätze investieren wir einen der größten Brocken dieses Budgets. Und Kindergartenplätze sind Plätze in den ersten elementaren Bildungseinrichtungen und sind somit auch Orte der Teilhabe und des sozialen Zusammenhalts. Wir schaffen allein 2.500 Plätze neu in städtischen und privaten Trägerorganisationen und investieren in die Kinderbetreuung 870 Millionen EUR. Das ist das Doppelte als vor zehn Jahren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte an dieser Stelle aber allen voran denen danken, die das auf dem Boden rüberbringen, die den Kindern die Tore zur Welt aufstoßen. Es sind die Pädagoginnen und Pädagogen, es sind auch die vielen Partnerorganisationen der Stadt und die städtischen Kindergärten, und selbstverständlich bekenne ich mich dazu,

dass wir auch an einer laufenden Weiterentwicklung dieser Partnerschaft arbeiten. Selbstverständlich bekenne ich mich aber zu der Arbeit der Behörde und möchte dafür auch mein herzliches Dankeschön sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Von den Kindergärten geht es dann weiter zu den Schulen, und ja, wir arbeiten daran, dass dieser Übergang keine Mauer ist, sondern ein fließender Übergang, bei den Schulen, wo wir allein im nächsten Jahr 170 Millionen EUR in mehr als 100 neue Klassenräume für 116.000 Schülerinnen und Schüler investieren. Aber es geht uns ja eigentlich nicht um die Welt der Steine, obwohl das so viel Geld bedeutet, es geht uns um die Kinder, die im Mittelpunkt stehen, und darum, dass wir pädagogische Innovation auch tagtäglich leben und durch neue Ideen umsetzen wollen. Dafür spricht das Campusprojekt, ich lade jetzt schon alle ein, sich den Campus Berresgasse, der der Nächste sein wird, der eröffnet wird, anzuschauen oder mit unserem Ausschuss noch diese Woche in die Attemsgasse zu gehen. Dafür sprechen die Bildungsgrätzler, wir werden allein in den nächsten Monaten fast 20 erreichen, und dafür spricht unser starker Ausbau für die Ganztagschule.

Wenn ich zum Thema Teilhabe, zum Thema Demokratie zu sprechen komme, möchte ich vielleicht noch ganz kurz zwei Dinge besonders erwähnen, die uns in der Geschäftsgruppe sehr beschäftigen werden, aber uns als ganze Stadt beschäftigen. Ich möchte den Blick nach Europa lenken. Ein Europa, von dem ich mir wünsche, dass die Wiener Kinder von heute es als Ort erleben, der Freiheiten bietet, der Teilhabe bietet, der Lebenschancen bietet, und nicht als eine Union, die in Nationalstaaten zerfällt. Es steht die Wahl zum Europäischen Parlament an, und die MA 62 hütet die Demokratie und wird alles dafür tun, dass 1 Million 160.000 Wählerinnen und Wähler zu ihrem Recht kommen. - Danke schon dafür jetzt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und wenn wir zum Thema Europa sprechen, ich freue mich unglaublich auf die Europride, da wir damit ein Zeichen setzen können, was diese Stadt ausmacht. Diese Stadt macht aus, inmitten Europas eine Stadt zu sein, die sich dafür einsetzt, dass jeder und jede seinen Platz haben, Unterstützung haben und eben teilhaben können an der Gesellschaft, in der wir gemeinsam leben.

Aber ich wäre nicht Personalstadtrat, wenn ich nicht auf das hinweisen würde, was hinter allem steht. Das geht nicht ohne die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt. 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 250 Bedienstetengruppen, in 60 Abteilungen und 16 Magistratischen Bezirksämtern: Danke, danke für diese Leistung, danke für diese Arbeit für uns in der Stadt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die vier Minuten, die mir noch verbleiben, gehen sich aus, um besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Geschäftsgruppe ein Dankeschön zu sagen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Ressort, in der MA 2, in der MA 3, in der MA 10, in der MAG ELF, in der MA 13, der MA 17, der MA 35, der MA 44, der MA 54, der MA 56, der MA 62, danke für die großartige Arbeit an die MD-PR, danke auch an die

Personalvertretung und die Gewerkschaft, da Sozialpartnerschaft eine Sache ist, die wir in Wien leben und von der wir in Wien auch tagtäglich profitieren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Danke an die Gleichbehandlungsbeauftragte der Stadt, danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendanwaltschaft, danke an die WAST, die heuer 20 Jahre und kein bisschen leise geworden ist, danke an den Wiener Stadtschulrat. Jetzt kann man eigentlich schon sagen, danke an die Wiener Bildungsdirektion, und danke an die vielen Vereine, danke an die vielen Organisationen, danke an die vielen Partnerinnen und Partner der Stadt.

Zuletzt möchte ich noch ein Dankeschön an Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sagen, nichts passiert ohne Ihren Beschluss. Ich darf denen, die diese Beschlüsse mitgetragen haben, ein bisschen mehr danken als allen anderen, aber ich lade Sie dazu ein, dass es vielleicht ein bisschen öfter vorkommt, dass wir Dinge gemeinsam tragen können.

Besonders möchte ich aber auch meinem Büro danke sagen. Wir haben das Thema des Interpellationsrechts erwähnt, nur als Beispiel für die Arbeit, die in diesem Büro jeden Tag aufläuft. Das nehmen wir sehr, sehr ernst. Wir haben deutlich über 3 Anfragen pro Woche, wir haben alleine heuer deutlich über 150 Anfragen pro Jahr, Anfragen, die 2-seitig, 3-seitig, 4-seitig, 7-seitig, 15-seitig beantwortet werden, mit viel, viel Arbeit und Herzblut, dafür ein Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt noch ein Danke an den Herrn Amtsf. StR Hanke, der es ermöglicht, dass wir im nächsten Jahr so viel Neues auf den Weg bringen können, so viel neue große Projekte machen können. Gemeinsam werden wir Wien im nächsten Jahr ein Stück besser machen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe für Bildung, Integration, Jugend und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung.

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Gara. Selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, Sie haben das Wort.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Geschätzter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte heute im Rahmen dieser Budgetdebatte auf drei Punkte eingehen, die ich im Rahmen der Stadtplanung, Stadtentwicklung für sehr wichtig erachte. Das eine ist das Thema des Otto-Wagner-Areals, das zweite Thema ist ein organisatorisches Thema innerhalb der Stadtplanung und beim dritten Thema widme ich dem Klimaschutz, da ich das auch angesichts der Klimakonferenz in Katowice, die nächste Woche beginnt, für sehr, sehr wesentlich erachte, das habe ich gestern auch schon in der Generaldebatte zum Klimabudget entsprechend ausgeführt.

Ich weiß auf der einen Seite, dass das Thema der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Energie, Klimaschutz eine sehr breite Materie mit einem nicht wahnsinnig

großen Budget ist und dass dieses Thema extrem vernetzt ist in sehr viele Bereiche dieser Stadt. Wir haben gestern über Strukturveränderungen gesprochen, WiStA, et cetera, ich glaube, dass man hier auch zu anderen Ressorts noch eine sehr viel stärkere Vernetzung machen kann und sollte, denn alleine beim Thema Energie - ich habe das schon einmal im Detail angeführt -, das wirklich auf extrem viele Ressorts aufgeteilt ist, ist es schon notwendig, Energie und Klimaschutz auch entsprechend zu konsolidieren. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein Bereich, wo Sie allerdings sehr wohl Verantwortung in umfassender Art und Weise haben, ist das Otto-Wagner-Areal. Wir haben das Thema immer wieder hier gebracht und Gott sei Dank gibt es hier einen Bebauungsstopp, allerdings, was wir nach wie vor vermissen, ist ein umfangreiches Nachnutzungskonzept. Und ganz ehrlich, das verstehe ich noch immer nicht. Wir haben immer wieder eingefordert, dass dieses Jugendstiljuwel, das so groß ist wie der 8. Bezirk, tatsächlich umfassend betrachtet werden muss und man sich wirklich überlegen muss, wie das langfristig entwickelt wird.

Das Thema brennt. Das Thema brennt auch deswegen, weil die Central European University jetzt nach der endgültigen Absiedlung aus Budapest - und ich werde in der Budgetdebatte bei Kultur und Wissenschaft noch extra darauf eingehen - nach Wien kommen wird, jetzt einmal einen Ort für die Zwischennutzung sucht, aber dann langfristig wahrscheinlich auf diesem Areal eine neue Heimat finden wird. Das finden wir gut. Aber, was es nicht sein soll, ist eine monothematische Nutzung des Otto-Wagner-Areals. Denn es geht uns hier darum, dass wir das Jugendstiljuwel, dieses Areal wirklich mit vielen Themen bespielen können, und da ist die Bildung ein Teil davon. Es darf nicht sein - und dafür werden wir wirklich eintreten -, dass gewisse Pavillons nur monothematisch genutzt werden, auch gewisse Teile, die wunderbare Jugendstiljuwelen sind, aber in den letzten Jahren komplett verkommen sind. Und ich verstehe nicht, dass sich die Stadt darum überhaupt nicht gekümmert hat. Ein Beispiel ist das Jugendstiltheater, das damals renoviert wurde und in den letzten Jahren komplett verfallen ist. Das sind alle Bereiche, wo ich es absolut nicht verstehe, dass sich die Stadt hier nicht wirklich nachhaltig für die Nutzung dieses wunderbaren Areals eingesetzt hat.

Wir haben das gemacht, wir haben ja auch einen Wettbewerb ausgerufen, Otto-Wagner-Areal 2030, und hatten letzte Woche dazu die Sieger dieses Ideenwettbewerbes. Wir hatten hier 14 Einreichungen - die wir als NEOS initiiert haben - im NEOS Lab vorgestellt, hatten eine Podiumsdiskussion, die sehr, sehr spannend war, hier kamen durchaus sehr spannende Ideen und Vorschläge. Wir werden auch direkt auf Bgm Ludwig zugehen, um diese Ideen gemeinsam mit ihm zu diskutieren, ihm das vorzustellen, denn uns ist das Otto-Wagner-Areal wirklich wichtig. *(Beifall bei den NEOS.)* Das heißt, hier sehe ich nach wie vor ein absolutes Versäumnis, und hier wurde lange über verschiedene Nachnutzungskonzepte diskutiert. Die WSE war ja beauftragt, etwas zu

liefern, gekommen ist aber bis dato nichts, und das geht nicht.

Ein zweiter Aspekt, den ich hier auch schon einmal diskutiert habe, weil wir gestern über die Strukturveränderungen, Optimierungen der Abteilungen gesprochen haben: Was ich nach wie vor nicht verstehe, ist die Aufsplitterung der MA 21 in eine MA 21A und eine MA 21B. Ich habe dazu eine Anfrage gemacht und die Antwort lautete: Na ja, es ist jetzt so viel an Widmungen durchzuführen, es gibt so viele Projekte, die anstehen, dass man hier eigentlich eine Trennung vorsehen muss. - Ich bin nur verwundert, da ja diese beiden Abteilungen erst 2012 zusammengeführt wurden und eigentlich schon damals absehbar war, welcher Baudruck auf Wien zukommt. Das heißt, jetzt die Argumentation zu führen, dass man davon überrascht ist, verstehe ich eigentlich nicht. Und eigentlich ist es kontraproduktiv zu dem, was wir an Vereinfachungen in der Stadt haben wollen, jetzt hier extra diese beiden Abteilungen wieder zu trennen. Das heißt, das sehe ich sehr kritisch. *(Beifall bei den NEOS.)*

Der dritte Themenbereich - ich habe es gestern in der Generaldebatte ausgeführt - ist das Klimabudget. Ich hoffe, Sie werden dem heute zustimmen, denn ich glaube, es ist tatsächlich wichtig, über die vielen Maßnahmen, die wir tatsächlich haben, über dem Klimaschutzprogramm, über der Smart-City-Rahmenstrategie, über dem neuen Energierahmenprogramm und der Rahmenstrategie einfach ein Dach zu haben, wo klar ist, wie das Klimabudget dieser Stadt langfristig aussieht und wie der konkrete Weg zur Dekarbonisierung erfolgt. Und ich muss, wie gesagt, wie im Finanzbudget, einfach wissen, was habe ich an Budget zur Verfügung, wie setze ich es ein, denn ich will mich weder bei den Finanzen noch beim Klima auf Basis zukünftiger Generationen verschulden. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein Themenbereich, den ich für sehr wichtig erachte, ist das Thema der Urban Heat Islands. Wir haben gerade im heurigen Sommer gesehen, dass wir vor allem bei längerfristigen Warmzeitperioden massive Probleme auch in der Stadt bekommen. Wir haben diese Hitzeinseln, da wurde auch schon sehr viel gemacht von Seiten der Stadt, das möchte ich hier absolut sagen, es gibt ja hier eine eigene Strategie zu den Urban Heat Islands.

Was ich allerdings noch vermisste - und wir werden einen solchen Vorschlag in den nächsten Gemeinderatssitzungen einbringen -, ist, wir brauchen diese mikroklimatischen Simulationen bei allen Stadtentwicklungsgebieten. Ich glaube, dass es notwendig ist, das als verpflichtendes Kriterium bei der Auswahl zu machen. So wie wir auch ökonomische Kriterien anwenden, müssen wir diese mikroklimatischen Simulationen eigentlich verpflichtend machen, da das wesentlich bestimmt, wie gewisse Gebäude im Kontext der Stadt letztendlich wirken, wie natürliche Luftströmungen möglicherweise durch Gebäude unterbunden werden, wodurch es erst durch neue Gebäude auch zu extremen Hitzeinseln kommen kann. Das reine Thema, wir begrünen alles, funktioniert ja so nicht, denn man muss auch wissen, wo und in welcher Form begrünt wird, denn die Begrünung von Fassaden muss natürlich auch langfristig funktionie-

ren, und es ist ja heute schon schwierig, neue Bäume in der Stadt zu pflanzen, die langfristig auch überleben. Das ist also eine sehr schwierige Situation.

Das heißt, wir werden in diesem Bereich auch in Zukunft noch stärker darauf schauen und in einer der kommenden Gemeinderatssitzungen dazu auch einen Antrag einbringen, dass bei der Stadtplanung das Thema der mikroklimatischen Simulation ein verpflichtendes Kriterium in der Auswahl wird. Ich halte das für wichtig, wir sehen ja die Ergebnisse bei den ehemaligen Coca-Cola-Gründen bei der Triester Straße, dass es bei den verschiedenen Wettbewerbsbeiträgen, die hier eingereicht wurden, Unterschiede von 2 bis 3 Grad bei den Ergebnissen gibt. Ich halte es für extrem wesentlich, dass das ein wirklicher Bestandteil auch in der Stadtplanung und bei der Ausschreibung oder Auslobung von Wettbewerben wird.

Nochmals zusammengefasst: Ich wünsche mir neben der Klimaschutzthematik, aber vor allem auch bei den großen Gebieten, die wir ja jetzt schon haben, und da ist das Otto-Wagner-Areal einfach eine dieser Perlen, dass es hier endlich von der Stadt klare Vorstellungen bei der Nachnutzung gibt, die eben nicht nur monothematisch ist, sondern wo das Thema der Bildung, das Thema der Gesundheit, das Thema der Kultur auf diesem wunderbaren Areal auch in Zukunft möglich sein wird, sodass wir das auch in der Form erhalten, wie es ursprünglich von Otto Wagner angedacht war. Er hatte damals den Leitgedanken, das damals als Spital für die Krankenfürsorge mit Kunst, Kultur und Grünraum zu verbinden, heutzutage gedacht, sollte der Leitgedanke heißen, das zu verbinden zwischen Kunst, Kultur, Bildung und Gesundheit. Das ist das, was wir uns wünschen, und das ist das, wofür wir auch in Zukunft einstehen werden. - Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Der Kollege hat 11 Minuten gesprochen, daher ist die Restredezeit der NEOS 12 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar. Selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten, Sie haben das Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Transparente Zahlen für eine transparente Politik, diesen Satz haben Sie, wenn Sie aufmerksam zugehört haben, schon in den einzelnen Debattenbeiträgen unserer Redner gehört. Das ist für uns eine wichtige Basis, aber es geht nicht nur um die Zahlen, die wir im Zuge der Budgetdebatte diskutieren, sondern Transparenz ist auch eine Frage der Grundhaltung aus unserer Sicht. Eine Haltung, die, so wie wir beobachten, gerade die GRÜNEN seit ihrer Regierungsbeteiligung in Wien an der Garderobe abgegeben haben. Gerade im Bereich der Stadtplanung enttäuschen die GRÜNEN, und ihr Tun beziehungsweise Nicht-Tun geht mit grünen Aussagen, die wir von früher kennen, nicht zusammen. Transparenz und ehrliche Bürgerbeteiligung sucht man leider vergeblich, die grüne Politik, die wir mittlerweile kennen, spricht eine andere Sprache: drüberfahren, betonieren und

verschleiern. Und ich hoffe, dass mit der neuen Führung hier Änderung zu erwarten ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir als ÖVP-Wien haben einen anderen Zugang zur Stadtplanung. Wir stellen uns den Zugang anders vor und deswegen möchte ich meinen Beitrag heute auch unter das Motto stellen: Orientierung bietet Klarheit, Transparenz bietet Sicherheit, Miteinbeziehung bietet Zuspruch.

Zu Erstens: Orientierung braucht Klarheit, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll. - Herr Kollege Oxonitsch, von Ihnen habe ich diese zwei Tage noch gar nicht so viel gehört, aber ich bin überrascht, anscheinend waren Sie bei meinem gestrigen Debattenbeitrag gerade nicht im Haus. Sehr schade, dass Sie sich hier nicht anhören, was die Opposition zu sagen hat, aber das kennen wir ja bereits. *(Beifall bei der ÖVP.)* - Orientierung braucht Klarheit, ich weiß, das ist für Sie sehr schwierig zu akzeptieren. Für uns ist hier Verbindlichkeit ein wichtiges Stichwort, vielleicht auch nicht etwas, was in den eigenen Reihen immer gelebt wird. Und wir sehen diese Verbindlichkeit nicht gegeben. Seit Rot-Grün II sollen unter anderem knapp 2.700 Seiten an Konzepten für Orientierung sorgen, Konzepte, Masterpläne, Werkstättenberichte, die in den vergangenen Jahren verfasst wurden und wo beteuert wird, dass diese Konzepte als verbindlich gesehen werden. Aber in der Praxis sieht das leider oft anders aus. Die Idee ist prinzipiell nicht sehr schlecht, klare Leitlinien zu entwickeln, die langfristig denken, die Gültigkeit haben, an denen sich Beteiligte orientieren können, die Bevölkerung, Planer, Architekten, Projektentwickler, et cetera. Aber leider haben wir es immer wieder mit Konzepten zu tun, die sehr schwammig formuliert sind, die stark in verschiedene Richtungen interpretierbar sind, die sehr umfassend sind, wo man sich schon auch immer wieder fragt, wer denn der Adressat dieser Konzepte ist. Denn, wenn das die eigenen Beamten sind, dann würde ich Ihnen zutrauen, auch mit ein bisschen weniger Seitenanzahl und ein bisschen weniger Ausformulierung zurechtzukommen, wenn das die Planer und die Projektentwickler sind, dann können die, glaube ich, einen zusätzlichen Mitarbeiter anstellen, um diese Konzepte auch durchzuackern und dann auch in ihre Pläne zu implementieren.

Es sind leider auch oft keine klaren Ziele definiert und keine klaren Maßnahmen. Das heißt, man weiß nicht, in welche Richtung es gehen soll. Und am Schlimmsten ist es, wenn sich Leitlinien unvorhergesehen ändern. So haben wir das etwa beim Hochhaus-Konzept erlebt, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit abgeändert wurde, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit aufgeweicht wurde, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit passend für die Vorhaben eines Einzelnen gemacht wurde. Wo ist hier die Orientierung, sehr geehrten Damen und Herren von der Stadtregierung? Wo ist hier die Verbindlichkeit? Wo ist hier die Langfristigkeit? *(Beifall bei der ÖVP.)* Davon ist nichts zu spüren. Es braucht aber diese Klarheit für eine gelungene Stadtentwicklung, mit der Überarbeitung des derzeitigen Hochhaus-Konzeptes fängt man am besten an und dementsprechend bringe ich einen Antrag diesbezüglich ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte: Transparenz. Transparenz schafft Sicherheit. Neben Klarheit und Orientierung braucht es dringend Transparenz in der Stadtplanung. Man braucht sich als Stadtregierung nicht wundern, wenn Misstrauen und Skepsis in der Bevölkerung herrschen, aber auch Projektentwickler die Lust an der Mitgestaltung verlieren, wenn hinter verschlossenen Türen gemauschelt wird, für jeden unterschiedliche Rahmenbedingungen gelten, wenn es Verhandlungssache ist, wie sich die Stadtentwicklung gestaltet. Durchsichtigkeit und Nachvollziehbarkeit sind essenziell dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein Instrument, das die Stadt mittlerweile für sich entdeckt hat, sind ja die städtebaulichen Verträge, und auch hier ist die Grundidee, dass ein Projektentwickler sich an der Entwicklung der Stadt beteiligt und auch einen Beitrag leistet, durchaus nachvollziehbar. Doch wie sich dann diese Idee gestaltet, ist scharf zu kritisieren, aus unserer Sicht. Allein, wie es zu so einem Vertrag kommt, grenzt an Komik aus meiner Sicht. Ich möchte aus einer Anfragebeantwortung zitieren:

„Wenn im Zuge eines Verfahrens zur Festsetzung oder Änderung des Flächenwidmungsplanes festgestellt wird, dass der Abschluss eines städtebaulichen Vertrags zweckmäßig ist, erfolgt eine diesbezügliche Information des Grundeigentümers beziehungsweise Projektwerbers durch die MA 21.“ - Also, so würde ich übersetzen: Wenn die MA 21 gut aufgelegt ist, wird ein Vertrag in Betracht gezogen.

Woran machen Sie diese Entscheidung fest? Nach welchen Kriterien? Nach der Größe, nach dem Volumen, nach der Entwicklung? Es ist nicht klar, nach welchen Kriterien sich dieser Vertrag gestaltet.

Und weiter: „Bei grundsätzlicher Bereitschaft des Grundeigentümers beziehungsweise Projektwerbers zum Abschluss eines städtebaulichen Vertrags werden die weiteren Verhandlungen unter Koordination der Magistratsdirektion mit den zuständigen Fachdienststellen geführt.“ - Jetzt stellt sich natürlich die Frage, was ist, wenn er nicht bereit ist. Ich nehme ja nicht an, dass eine etwaige Widmung davon abhängig ist, wir alle wissen, dass das ja laut Gesetz nicht möglich ist, dass der Vertrag an die Widmung gekoppelt werden darf. Und was verhandelt wird, ist auch nicht klar definiert. Ein Grundeigentümer beziehungsweise Projektentwickler muss also in Ungewissheit leben, ohne im Klaren zu sein, was ihn erwarten könnte. In Deutschland, die ja bei vielen Dingen ein bisschen weiter sind, gibt es beispielsweise klare Kriterien, Rahmenbedingungen, an denen man sich orientieren kann, mit denen man auch planen kann, die Voraussetzungen dafür sind, beispielsweise auch Berechnungsmethoden, die transparent sind. Und das wäre auch ein Vorschlag für mehr Sicherheit in der Projektentwicklung. Diesbezüglich bringe ich auch einen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Flächenwidmungsprozess gibt es ja viele Stationen und Gremien, die damit befasst beziehungsweise involviert sind, und ein solches ist auch der Fachbeirat, zusammengesetzt aus unterschiedlichen Experten, die

den neuen Flächenwidmungsplan begutachten und auch eine Stellungnahme dazu abgeben können. Um eine entsprechende neutrale Expertise abgeben zu können, wäre es nur logisch, auch selbst unbeteiligt zu sein. Und aus unserer Sicht braucht es hier eine neue Regelung, wie sich der Fachbeirat zusammensetzt und wie er agiert. Einige Beispiele und Vorbilder gibt es ja sogar auch in Österreich, an denen man sich orientieren kann, und auch das wäre ein Zeichen für mehr Transparenz. Dazu bringe ich auch einen Antrag ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der dritte und letzte Bereich, den ich in meinem Beitrag ansprechen möchte, ist das Thema Miteinbeziehung. Miteinbeziehung bedeutet Zuspruch. Wenn wir uns die Zahlen ansehen, 40 Prozent aller Petitionen in Wien haben mit Bau- oder Verkehrsprojekten zu tun. Das sind Bereiche, die natürlich sehr viele Emotionen auslösen, nicht zuletzt, da viele Wienerinnen und Wiener natürlich unmittelbar betroffen sind. Gerade deswegen braucht es hier Fingerspitzengefühl, und dieses Fingerspitzengefühl vermissen wir in Wien. Wir fragen uns, was ist denn aus der Grünen Partei geworden, die sich groß Bürgerbeteiligung auf die Fahnen geheftet hat. Eindrucksvoll als ein Beispiel, das wieder gezeigt hat, wie ernst sie auch Bürgerinnen und Bürger nehmen, ist eines, das erst kürzlich wieder groß diskutiert wurde, Causa Gallitzinstraße. Abgesehen davon, dass wir ja immer wieder bei den einzelnen Projekten unterschiedliche Haltungen zwischen Stadt und den jeweiligen Bezirksorganisationen auf der Regierungsseite sehen, ist auch hier die Frage der Bürgerbeteiligung, wie Sie damit umgehen in diesem Projekt, ein großes Fragezeichen. Und diese Entwicklungen, die Sie hier vorhaben, finden wir nicht gut. Wir sind da nicht alleine, wir haben uns auch als Opposition zusammengeschlossen und bringen auch hier heute einen gemeinsam Antrag ein.

Das Thema Verbauung am Wilhelminenberg beziehungsweise Gallitzinstraße beschäftigt uns ja schon etwas länger und man muss sagen, ich glaube, es war selten der Fall, dass so frühzeitig Bürgerinitiativen sich auch gemeldet haben mit konstruktiven Vorschlägen, die Alternativen eingebracht haben, die konstruktiv auch eine verträgliche Verbauung, also nicht im Sinne von, wir wollen da gar nichts, sondern wirklich Alternativvorschläge auch vorgebracht haben. Und die haben Sie bis heute ignoriert, in Form der Petition, die ignoriert ist, die Stellungnahmen der vielen Tausenden, die sich eingebracht haben, ignoriert. Das kann es nicht sein und dafür sprechen wir uns heute aus, dass gerade beim Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwurf dieses Plandokuments eingelenkt wird und dass hier die Bürger mehr gehört werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gemeinsam mit meinen Kollegen von der FPÖ und von den NEOS bringe ich deswegen einen gemeinsamen Antrag diesbezüglich ein.

Leider ist diese Vorgehensweise eine, die man bei sehr vielen anderen Projekten immer wieder findet, ob das jetzt bei den Siemensäckern ist oder in anderen Planungsgebieten, es ist ein Beispiel unter vielen, wo man wirklich copy and paste darüber diskutieren könnte.

Abschließend möchte ich sagen, wenn Sie diesen Kurs der Intransparenz und der Unsicherheit, gerade, was das Thema Stadtplanung betrifft, weiter fortführen, dann wird uns in Wien nur noch mehr Misstrauen und Ablehnung blühen seitens der Bürger, wir werden mit einer zunehmenden Lustlosigkeit und einem Rückzug von Projektentwicklern zu tun haben, und das ist nicht der Zugang, wie wir ihn uns vorstellen. Aus unserer Sicht ist das, was wir brauchen, Orientierung, die Klarheit schafft, Transparenz, die Sicherheit schafft und Miteinbeziehung, die Zuspruch gewährleistet. Dafür steht die ÖVP in Wien, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Kollegin Orlischar hat 13 Minuten Redezeit verbraucht, Restredezeit der ÖVP sind noch 12 Minuten. Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag. Chorherr. Selbstgewählte Redezeit sind 6 Minuten, Sie haben das Wort.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Vielleicht werden es acht Minuten, das ist jetzt keine vorbereitete Rede, sondern der Versuch, auf die sachlichen Argumente meiner Vorrednerin und des Herrn Gara einzugehen. Ganz kurz trotzdem ein Big Picture: Seit die Frau Vizebürgermeisterin im Amt und für die Stadtplanung zuständig ist - ich habe jetzt geschwind noch die Daten abgeglichen -, ist Wien so stark gewachsen und hat sich Wien entwickelt wie die gesamte Stadt Linz. Das muss man sich einmal vorstellen. Alles, was in Linz an Häusern, an Einwohnern, an Büros, an Straßen, an Kindergärten, an allem steht, was eigentlich weit über 1.000 Jahre entstanden ist, dieses Wachstum wurde in jenen 8 Jahren in Wien geleistet. Das ist nicht die Leistung von der Frau Vizebürgermeister, sondern die Leistung alle Wienerinnen und Wiener, aber man muss sich das einmal anschauen und da muss man sich die Frage stellen: Ist dieses Wien in den letzten acht Jahren schlechter oder besser geworden? Und jetzt verweise ich nicht auf internationale Rankings und nicht auf den Zuspruch der Touristen, sondern alleine vom Feeling her, wie es in Wien ist. Das ist eine gewaltige Leistung, die hier in Wien vollbracht wird.

Ganz kurz nur ein paar ökologische Punkte: Wer hat von neun Bundesländern den geringsten Energieverbrauch pro Kopf? - Wien. Wer hat den geringsten Bodenverbrauch pro Kopf? - Wien. Wer hat von neun Bundesländern den geringsten CO₂-Ausstoß pro Kopf? - Wien. Wo sind die CO₂-Emissionen gestiegen in ganz Österreich, wo sind sie auch absolut zurückgegangen? - In Wien. Wir müssen uns jetzt nicht nur nicht verstecken, sondern können stolz hingehen, dass eine ökologische und stadtverträgliche Stadtentwicklung hier eingeleitet und weitergeführt wird, und das ist genau die Orientierung, die meine Vorrednerin verlangt.

Wir haben einfach andere Schwerpunkte, ganz kurz. Wo ich dem Herrn Gara total recht gebe und nicht verhehle, dass ich ihn nicht ganz verstehe beim Punkt OWS: Gerade weil uns das OWS so wichtig ist, gerade weil uns dieses weltweit einmalige Ensemble so wichtig ist, ist es nicht dazu gekommen - das möchte ich schon hinzufügen -, dass es einzeln verkauft wurde, sondern in

einer gemeinsamen Anstrengung dieser Regierung eine Weltinstitution - schlecht für Ungarn, hervorragend für Wien - nach Wien kommt. Und da kommen jetzt nicht Luxuswohnungen oder irgendeine Monostruktur hin, sondern eine Einrichtung - ich habe mir ja kurz jetzt die Zahlen angeschaut -, ab 2024/25 werden 1.900 Studenten, 40 Lehrgänge, 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Universität der Kern der Revitalisierung eines Weltareals sein.

Und wieso sollen wir jetzt acht Jahre vorher zu jedem Pavillon, jedem Stock sagen, was da dazukommt, anstatt zu sagen, das wird ein universitärer Leitstandort sein? Zu jeder Universität gehört Wohnen, gehört Gastronomie, gehört Forschung. Die wird sich auch entwickeln, parallel in der Geschwindigkeit, wie Pavillons abgesiedelt wurden - und es sind noch gar nicht alle Pavillons abgesiedelt -, renoviert werden. Und wie jede lebendige Stadt erst entstehen muss, wird ein weltweit einmaliges Gebiet dort entwickelt. Also, da verstehe ich nicht, was wollen Sie jetzt für ein Gesamtkonzept? Es ist ein Gesamtkonzept hier, der Leitbetrieb CEU kommt dorthin, mit Forschung, mit Brain Power, wenn ich das so sagen kann, und dort wird ein gemischtes Gebiet entstehen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ganz kurz, auf das bin ich wirklich stolz im Rahmen dieser rot-grünen Regierung, dass uns das gelungen ist, noch einmal, schade für Ungarn, aber danke an alle Beteiligten, die Frau Vizebürgermeisterin, der Herr Altbürgermeister, der Herr Neu-Bürgermeister, alle möglichen haben sich da wirklich sehr bemüht, und da wird etwas Tolles passieren.

Städtebauliche Verträge, aber ganz kurz möchte ich dann noch etwas zur Gallitzinstraße sagen. - Sie *(in Richtung Vorsitz)* haben ja die sechs Minuten, eingestellt, gell? Ja, dann bleibe ich dabei, da habe ich dann noch zwei Minuten mehr dazu. - Also erstens einmal, toll, auch eine große Errungenschaft dieser Koalition in den letzten acht Jahren, die städtebaulichen Verträge rechtlich abgesichert gemacht zu haben, in voller Transparenz - Frau Olischar! *(GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSC, vor den Sitzreihen der SPÖ stehend: Ja, bin eh da!)* - Okay, ich habe nur dort hingeschaut, passt schon, Sie sind eh da, ich schwätze auch gelegentlich. - Jeder städtebaulicher Vertrag liegt dem Akt bei. Es ist in völliger Transparenz einsichtig, was dort vereinbart wird. Sie fragen, nach welchen Kriterien das vereinbart wird. In der Stadtentwicklungskommission wird festgehalten, was ein Gebiet an infrastrukturellen Voraussetzungen braucht, um überhaupt entwickelt zu werden: Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich, eine Schule, eine Straße, einen Kindergarten, einen Park. Und damit dort eine qualitätsvolle Entwicklung stattfinden kann, wird das in der Stadtentwicklungskommission festgehalten, und dann werden Verträge abgeschlossen, die das ermöglichen. Also genau jene Transparenz ist gegeben, die notwendig ist.

Ein Letztes, da es für mich so ein prototypisches Beispiel ist, ist die Gallitzinstraße. Gestern ist der Kollege Ulm herausgekommen und sagt: mehr sozialen Wohnbau, mehr Wohnbau, mehr sozialen Wohnbau, mehr

Wohnbau, mehr sozialen Wohnbau. So, heute kommt die Frau Olischar und sagt: Prinzipiell erinnere ich mich schon ungefähr, dass wir mehr Wohnbau wollen, aber dort, wo es konkret wird, das wollen wir sicher nicht. Nicht so dicht, nicht so hoch, anders, so nicht, und stellt sogar einen Antrag, in dem Dinge gefordert werden, die diese Regierung selbstverständlich eh macht. Sie verlangen in dem Antrag, dass dieses letzte Umweltgutachten öffentlich gemacht wird. Schauen Sie bitte ins Internet, seit einer Woche ist das dort. *(GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSC: Warum erst seit einer Woche?)* - Weil es erst seit zwei Wochen fertig ist. In einer Woche ein Gutachten, das muss man erst einmal fertig machen, bevor man es öffentlich bekannt macht. Es ist Ihren Bezirksorganisationen gegeben worden.

Und nicht nur das, das will ich jetzt auch all jenen sagen, die nicht aus Ottakring sind und es nicht im Detail kennen, da es so viele Einsprüche und Besorgnis gegeben hat, trotz einer wirklich kontraproduktiven Falschinformation. Jetzt fasse ich es einmal kurz zusammen - meine beiden Kollegen, gestatten Sie mir, diese Minute noch für die Gallitzinstraße zu nehmen: Nein, dort wird es nicht zu 70 Prozent zubetoniert, sondern zwei Drittel bleibt dort grün. Nummer 1. Würde man die derzeitige Widmung realisieren, könnte dort flächendeckend alles mit Glashäusern zugebaut werden. Es gab einen städtebaulichen Entwurf, der war im Fachbeirat. Was hat der Fachbeirat gesagt? - Zu wenig dicht, tut es nachverdichten. - Wir haben das nicht gemacht. Wir haben das nicht gemacht, auch im Dialog mit der Bevölkerung. Wir halten die jetzt dort eher lockere Bebauung vom gründerzeitlichen Ottakring ins Grüne für gewährleistet. Dort ist die Entwicklungszone des Biosphärenparks, und deswegen wird jetzt auf Beschluss der Bezirksvertretung nach sehr vielen besorgten Einwendungen ein Musterbeispiel eines ökologischen Bauprojekts realisiert. Ich lese das jetzt nicht alles vor, das dauert zu lange. In diesem Bezirksbeschluss steht auf drei Seiten akribisch drinnen, was umgesetzt werden muss, wird die Stadt ersucht, einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, basierend eben auf jenem Gutachten, das seit zwei Wochen vorliegt und vor einer Woche entsprechend veröffentlicht wurde.

Also, entweder macht man eine ehrliche Politik, das ist das, was Rot-Grün macht: Wir stehen dazu, dass für die wachsende Bevölkerung Wohnraum moderat angepasst geschaffen wird. Wir stehen auch dazu, mit der Bevölkerung zu diskutieren, es auch adäquat anzupassen und zu verändern. Wir haben aber die Courage, dass wir letztendlich entscheiden und nicht bei jedem Projekt einerseits allgemein verlangen, es soll gebaut werden, aber dann zurückziehen, in einer opportunistischen Art, wie Sie es bei diesem Projekt tun. Ich bin froh, dass wir die Wohnbauleistung halten können, ich bin froh, dass wir ökologisch vorbildlich sind, und ich hoffe, dass diese Politik auch in den nächsten Jahren fortgesetzt wird. - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 9 Minuten Redezeit hat Herr Mag. Chorherr verbraucht, das heißt, Restredezeit der GRÜNEN sind 16 Minuten. Als nächster

Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Fürnkranz. Ich erteile ihm das Wort.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine geehrten Damen und Herren Zuschauer!

Ein denkwürdiger Tag heute, ich freue mich besonders, dass die Frau Vizebürgermeisterin und Stadträtin bei uns heute hier anwesend ist, während ihre Nachfolgerin noch in Wolke 21 schwebt. Das ist deswegen bemerkenswert, weil sie ja als fleißige Werkstudentin bei den letzten Sitzungen mitunter die Prioritäten anders gesetzt und uns relativ selten mit ihrer Anwesenheit beehrt hat. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber nachdem das jetzt so mehr oder weniger der Abschied und damit auch gewissermaßen eine Bilanz einer Ära ist, ist es natürlich durchaus angebracht, sich darüber ein bisschen zu unterhalten.

Ich habe gerade zuerst festgestellt, wenn ich mir dieses Bild so anschau, da steht der Herr Kollege Chorherr und erklärt die Welt und macht und fuhrwerk, und dahinter sitzt die Frau Stadträtin und schweigt zu alledem, was er so fuhrwerk. Dann ist das alleine schon ein gewisses Zeichen (*Zwischenruf von GR Mag. Christoph Chorherr.*) dafür, ja, Herr Kollege Chorherr, Sie haben Wien verändert, aber ich sage dazu, leider, denn darauf brauchen Sie nicht stolz zu sein. Sie haben Wien zum Nachteil verändert in diesen Jahren der Ära Chorherr-Vassilakou. Wien wird sich davon nicht so schnell erholen. In manchen Bereichen ist es reversibel, in anderen, wie bei den Bausünden, ist es leider irreversibel, und deswegen hoffe ich, dass in Hinkunft sich die Dinge etwas anders gestalten werden als jetzt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schauen wir uns das einmal an, was ist das Erbe, das Sie jetzt mit Ihrer gescheiterten Politik hinter sich lassen und Ihrer Nachfolgerin hinterlassen. Mir tut es wirklich leid, dass ich es ihr nicht persönlich sagen kann, denn ich glaube, es wäre interessant, sich jetzt darüber zu unterhalten, was die Zukunft bringt. Wir reden ja schließlich auch über das Budget des nächsten Jahres und damit darüber, was sie mit dem Geld dann anfangen soll in ihrem Ressort. Also irgendwie finde ich das sehr betrüblich, dass sie da der Pressekonferenz die Priorität gibt, aber sie kann sich ja vielleicht dann das Protokoll ausheben lassen.

Jedenfalls bisher, würde ich einmal sagen, wird die Ära Vassilakou als Folgendes in die Geschichte eingehen: Zunächst einmal als Symbol für eine ideologisierte Verkehrspolitik, bedingungslos Auto raus, wo immer es irgendwie geht, Fahrspuren weniger, Radwege und ansonsten alle möglichen Infrastrukturen, die immer das Ziel haben, den Autoverkehr möglichst zu reduzieren. Das allerdings nicht nur an und für sich, sondern auch noch dazu ohne geeignete Alternativen. Das 365-EUR-Ticket ist zwar wunderbar, aber das Problem ist, die Wiener Linien schaffen die Kapazitäten nicht mehr, die Sie mit Ihrer Autovertreibung inzwischen anfordern, und deswegen bersten die U-Bahnen inzwischen aus allen Nähten und ist das Verkehrssystem in Summe relativ überlastet und in Schwierigkeiten. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Laissez-faire-Politik gegenüber Spekulanten. Die unrühmliche Rolle von Herrn Kollegen Chorherr habe ich ja schon ein bisschen erwähnt. Wir erinnern uns da an Affären, die mittlerweile immer noch den Staatsanwalt beschäftigen, und vor allen Dingen sehen wir, wie sich das Stadtbild zum Nachteil verändert. Die Kollegin Olischar hat uns schon darauf hingewiesen, ich wiederhole das deswegen nicht, was ansonsten in der Hochhausplanung und so alles schiefgelaufen ist. Das ist nur zu unterstreichen, da haben Sie alles andere als eine ruhmreiche Spur hinterlassen. Was die beiden Kapitel Klimaschutz und Energieplanung betrifft, muss ich ehrlich sagen, ist mir einfach nicht sehr viel aufgefallen von dem, was Ihr glorreiches Wirken da verursacht hat, wahrscheinlich ist das aber eh auch gut so.

Zuletzt Bürgerbeteiligung: Also, da muss ich wirklich sagen, da haben Sie es zur Perfektion gebracht, das, was Sie unter Bürgerbeteiligung verstehen, ist schlicht und ergreifend Bürgerverhöhnung. (*Beifall bei der FPÖ.*) Denn statt vielleicht klare Spielregeln zu schaffen, wie das funktioniert, haben Sie mit dem Masterplan Partizipation einen papiergewordenen Beschwichtigungshofrat eingeführt, dafür aber dann, wenn es ums Abstimmen geht, keine klaren Spielregeln geschaffen. Wenn Sie zum Beispiel die Mariahilfer Straße durchsetzen wollten, dann haben Sie plötzlich gefunden, da hat die Wirtschaft nichts dabei zu plaudern, denn die Wirtschaft ist kein Bewohner dort und wir fragen nur die Bewohner. Wenn es hingegen darum geht, ob man in der Innenstadt die Bewohnerparkplätze umwidmet, dann müssen natürlich die Wirtschaftsleute gefragt werden. Dasselbe Spiel mit Staatsbürger, Nichtstaatsbürger, EU-Staatsbürger, keine klaren Spielregeln, jedes Mal, wenn es Ihnen passt, so, wenn es Ihnen nicht passt, anders. Und das ist es, was nicht geht, Demokratie und direkte Demokratie ganz besonders brauchen klare Spielregeln, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schlussendlich hat Ihnen ja genau dieser schlechte Umgang mit der Basisdemokratie auch ganz persönlich dann das Rückgrat gebrochen, denn wenn Sie sich nicht einmal an innerparteiliche Abstimmungen halten und den Spekulanten zuliebe den Tojner-Turm dann trotzdem durchpeitschen, dann brauchen Sie sich hier nicht zu wundern, wenn Ihre politische Uhr abgelaufen ist.

Jetzt sehe ich die Kollegin Hebein immer noch nicht, ich muss deswegen von dem ausgehen, was auf ihrer bisherigen Arbeit basierend so zu extrapolieren ist. Da denke ich mir einmal, na ja, was kann das wohl sein? Vielleicht dürfen die Sandler dann wieder den Bahnhof Praterstern in Besitz nehmen, das wäre einmal ein Ansatz. In Sachen Verkehrspolitik würde ich jetzt einmal von ihr annehmen, dass sie „more of the same“, das heißt, „more of the wrong“ weiter betreiben wird. In der Planung ist sie mir bisher überhaupt nicht aufgefallen, also wird sie sich wahrscheinlich nicht auskennen - fröhliche Urstände für die Spekulanten. Vielleicht versteht sie etwas von der Bürgerbeteiligung, das wäre eine gewisse Hoffnung, da sie ja schließlich selbst durch Basisaktivitäten in ihrer Partei jetzt an die Spitze gekommen ist. Vielleicht wird das was. Und ich hätte jetzt auch einen Vor-

schlag: Dann machen wir es doch so, dann soll die Frau Kollegin Hebein die Bürgerbeteiligung behalten und die anderen wichtigen Aufgaben übernimmt der andere Vizebürgermeister, der Dominik Nepp, der kann das, das kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich fordere die Kollegin Hebein, wenn sie dann aus der Wolke zurückgekehrt ist, auf, hier herauszukommen und uns mitzuteilen, wie sie sich denn ihre Amtsführung künftig vorstellt. Ich weiß schon, sie hat bei der Pressekonferenz auch gesagt, hoffentlich gibt es nicht zu viele Fragen, weil ich habe noch kaum Antworten, aber wir hier haben ein Recht darauf, zu wissen, was mit dem Geld, das wir beschließen oder eben nicht beschließen, denn wir werden uns diesem Beschluss wahrscheinlich verweigern, was aber jedenfalls in diesem Haus beschlossen wird, was sie mit diesem Geld eigentlich vorhat. Und darauf werden wir bestehen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

So, und jetzt lege ich ihr gleich etwas ins Packerl, was sie vielleicht erledigen könnte, da wir erst dieser Tage die Bauordnung beschlossen haben und die Mängel in dieser Bauordnung ja letztendlich ein wesentlicher Grund dafür waren, warum zum Beispiel dieses Projekt Heumarkt nicht so funktioniert hat, wie es eigentlich sollte, und generell geflissentlich alle Themen, die das Planungsressort betreffen und die offen waren, eigentlich nicht erledigt worden sind. Ich habe die Kollegin Vassilakou ja im Ausschuss einmal gefragt, warum denn da eigentlich nichts ist, und sie hat dann gemeint, ich soll die Gaál fragen, denn das ist nicht ihre Zuständigkeit. Frau Stadträtin, es wäre natürlich schon Ihre Aufgabe gewesen, zu sagen, das und das können wir nicht gescheit vollziehen, bitte ändert das und machen wir einen Vorschlag dazu.

Das haben Sie nicht gemacht, vielleicht macht es Ihre Nachfolgerin, und ich bringe deswegen einen Beschlussantrag ein, der besagt, dass man drei Dinge in der Bauordnung verankern möge: Nämlich erstens die uneingeschränkte Haltung des UNESCO-Weltkulturerbes verankern, zweitens die Nachbarschaftsrechte großzügiger als die derzeitigen 20 m zu fassen und drittens eine brauchbare und wirklich vollziehbare Lösung für die städtebaulichen Verträge einzuführen. Das ist etwas, was ja unter anderem die Volksanwaltschaft auch angeregt hat, was aber leider Gottes nicht geschehen ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann, wenn wir schon beim Heumarkt sind und ich beim Packerlschnüren für die Kollegin Hebein, dann darf ich eines vielleicht noch anregen: Als mögliche Schadensbegrenzung für dieses Desaster hat der Klubobmann Ellensohn, als er noch nicht um die Obmannschaft gerittert hat, einmal den Vorschlag gemacht, der Tojner möge das doch einfach freiwillig niedriger bauen. Meine Damen und Herren, mit der derzeitigen Widmung ist das nicht möglich, das wäre rechtswidrig, ein Haus zu bauen, das niedriger ist. Vielleicht könne Sie gleich einmal als erste Tat zumindest das Bauen eines niedrigeren und damit welterbeerträglichen Gebäudes ermöglichen und eine entsprechende Flächenwidmung auf den Weg brin-

gen. Ich würde Ihnen das dringend empfehlen, das wäre ein guter Einstand für Ihre Aktivitäten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie deswegen um Zustimmung zu unserem Antrag, und ich ersuche die Kollegin Hebein noch einmal, dann da herauszukommen und uns zu erklären, wie sie sich die Zukunft vorstellt. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Al-Rawi. Selbstgewählte Redezeit sind 5 Minuten, Sie haben das Wort.

GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Liebe Gemeinderätinnen, Gemeinderäte!

Ich möchte anknüpfen an die sehr schön bildlich von Kollegen Chorherr dargestellte Nutzung des Otto-Wagner-Spitals und wie es so funktioniert hat. Für diejenigen, die es sich vielleicht nicht vorstellen können, erinnere ich an den jetzigen Standort des Universitätscampus im alten AKH. Ich kann mich noch erinnern, als Zivildienstler bin ich dort noch Rettung und Krankentransporte gefahren, und da gab es ein altes Spital mit einer Chirurgie, wo die Säle mit acht und zehn Betten ausgesehen haben wie ein Kriegslazarett. Ich kann mich noch erinnern, wie ich als Bauingenieur dann kalkuliert habe, was das kosten würde, das umzubauen, und heute kann man sich diesen phantastischen Standort als Universitätscampus mitten in Wien gar nicht mehr wegdenken. Nicht nur ein gut gelungener und Innovationsplatz, sondern auch ein Platz zum Verweilen, ein Platz der Lebensqualität, ein Platz zum Flanieren, eine Grünoase mitten in der Stadt.

Diese Innovationen, wie man diese ganzen Dinge zusammenbringt - und wir haben es ja auch seinerzeit immer wieder erwähnt, als wir über die Smart-City-Strategie geredet haben -, was heißt das: gescheit zu planen, Dinge zu verbinden, Dinge zusammenzubringen. Und diese Smart-City-Strategie heißt ja nichts anderes, als dass wir den planenden Stellen der Stadt Wien, den Magistratsabteilungen unsere Leitlinien geben.

Was wollen wir? Wir wollen höchstmögliche Ressourcenschonung, und Ressourcenschonung heißt nicht nur Grund, sondern auch Materielles, die sind ja nicht unerschöpflich. Wir wollen eine sehr hohe Lebensqualität, die hohe Lebensqualität soll auch sozial ausgewogen sein. Wir wollen unsere Klimaschutzziele erreichen. Wir wollen eine soziale Inklusion, das ist auch etwas, was keine andere Stadt so ausdrücklich genannt hat, eine Smart City, die auf die soziale Stadt und auf die soziale Inklusion setzt, wie es Bgm Häupl seinerzeit auch formuliert hat. Es soll eine Stadt sein, wo jeder sich diese Stadt auch leisten kann, und sie soll innovativ agieren. Die MA 18 arbeitet - das ist auch einer dieser Budgetposten - an der Aktualisierung der Smart-City-Rahmenstrategie für 2019, um eben Adaptierungen wie das Pariser Abkommen, aber auch die SDGs, die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen einzubauen.

Stolz können wir auch noch sein, wir haben ja immer wieder diese Rankings: Wir sind Nummer 1 in der Lebensqualität, wir sind die „most liveable city in the world“.

Aber auch Roland Berger hat zuletzt den Smart-City-Index untersucht, weltweit 87 Städte untersucht, und eine der besten Städte im Ranking waren Wien, Chicago und Singapur, und für die ganzheitliche Betrachtungsweise hat Wien die Nummer eins 1 gewonnen. Im Report von Roland Berger steht ja auch, dass die Städte, die als Smart City gut abschneiden, weder besonders groß noch besonders wohlhabend sind, und als Beispiel wird dann Wien unterstrichen, weil es eine breite und sehr grundsätzlich angelegte Smart-City-Strategie ausgearbeitet hat, die auf den Kriterien Lebensqualität, Ressourcenschonung und Innovation basiert. Und ich füge hinzu, auch die soziale Konklusion ist Daseinsvorsorge. Auf die Bildung, die hier zum Beispiel bei Chicago unterstrichen worden ist, legen wir schon einen hohen Wert, mit unseren 18 Universitäten, dem dualen Bildungssystem, und so weiter. Am Ende wird dann darauf hingewiesen, und das ist eine sehr tolle Sache: Auf dem Weg einer optimalen Strategie sollten Großstädte in erster Linie verstehen, was die Bürger tatsächlich wollen und die in einer Stadt angebotene Dienstleistung grundsätzlich überdenken, den Nutzen auf Bürgerunternehmen ausrichten und diese Strategieentwicklung einbeziehen.

Hier möchte ich, damit das nicht so abstrakt bleibt, auf die MA 19 hinweisen, die damals auch eine soziale Studie für die Meidlinger Hauptstraße entwickelt hat, bei der zum Beispiel herausgekommen ist, dass die Menschen die Meidlinger Hauptstraße sehr gern als eine Art erweitertes Wohnzimmer sehen wollen. Und diesem erweiterten Wohnzimmer wurde natürlich dann Rechnung getragen, indem wir das Wohnen im öffentlichen Raum attraktiviert haben.

Abschließend ein letzte Beispiel: Wenn wir heute unser soziales Wohnbauprogramm machen, was machen wir da? - Wir lösen Wohnungsprobleme, gleichzeitig achten wir in unseren Förderungsrichtlinien auf die Klimaziele, weil eben die Häuser auch Niedrigenergie- oder Passivhäuser sein sollten. Wir schonen unsere Grundstücke, indem wir den Bodenbedarf so gut wie möglich planen. Wir haben jetzt die Novelle beschlossen, wo wir leistbares Wohnen einbinden. Unsere Einbindung von sozialem Wohnbau und sozialer Inklusion ist ein Teil dieses Wohnprogramms: Wir achten auf das Ziel der Stadt der kurzen Wege. Wir achten auf das Ziel, dass wir dort eine soziale Infrastruktur haben. Wir achten auf unsere baukulturellen Leitsätze, die wir beschlossen haben, und wir betreiben Partizipation, indem wir die Bürgerinnen und Bürger in diese bevorstehenden Projekte einbinden. Das ist auf den Punkt gebracht eine ganzheitliche Betrachtung, allein sozialer Wohnbau, wir haben nicht nur ein oder zwei, sondern eben zehn Fliegen auf einen Schlag.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe bedanken, aber auch beim Kollegen Chorherr für seine gute und produktive Zusammenarbeit und auch bei unserer Vizebürgermeisterin Stadträtin Vassilakou. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: 7 Minuten Redezeit wurden verbraucht, Restredezeit sind 33 Minu-

ten für die Sozialdemokratische Fraktion. Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau Kollegin Emmerling. Selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, Restredezeit der NEOS sind 12 Minuten. Sie haben das Wort.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, ich komme jetzt von dem großen Thema Stadtentwicklung zum Thema Verkehr. Ich habe mir da das Budget angeschaut und muss sagen, es ist jetzt nicht sonderlich spannend oder interessant, die Einnahmen, Ausgaben bleiben zirka gleich. Wo ich genauer hingeschaut habe, waren die Einnahmen bei der Parkraumbewirtschaftung: Wien nimmt im Jahr 118 Millionen aus der Parkmeterabgabe ein und bekommt durch Verwaltungsstrafen noch einmal 80 Millionen EUR im Jahr. - Entschuldigung, ich habe falsch gelesen, durch die Bestrafung rund 1,2 Millionen EUR, das wäre ein bisschen viel gewesen vorher. - In Summe sind es knapp 200 Millionen EUR Einnahmen durch das Parken, und das ist in etwa so viel, wie wir im Jahr für die Erhaltung und für den Bau von Straßen ausgeben. Vor der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung haben die Parkstrafen noch 32 Millionen EUR ausgemacht, heute das Zweieinhalbfache. Das ist eine ganz logische Entwicklung, aber man sieht auch, was das für die Einnahmen der Stadt Wien gebracht hat und um was es auch im hohen Maße geht: hier auch Einnahmen zu optimieren. Es werden auch keine Erinnerungen mehr gesendet, wenn das Parkpickerl verlängert werden muss, auch so kann man die Einnahmen optimieren. Aber es sei dahingestellt, denn wir stehen prinzipiell definitiv zur Parkraumbewirtschaftung, die ist sinnvoll, wichtig und richtig. Wir treten auch dafür ein, dass es ein Wien-weites Modell gibt, flächendeckend, das für alle klar und transparent ist. *(Beifall bei den NEOS.)*

Was dabei besonders wichtig ist, ist eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raums und den größtmöglichen Lenkungseffekt. Wir haben schon einige Vorschläge eingebracht und haben immer wieder gesagt, es geht darum, zu überlegen, ob die momentane Parkraumbewirtschaftung so sinnvoll ist. Denn das derzeitige Konzept stammt immerhin aus den 90er Jahren, das war am Anfang noch relativ klar geregelt, das hat die Innenstadtbezirke betroffen, das hat für diese Bewohnerinnen und Bewohner auch eine enorme Erleichterung bedeutet und es gab wenige Ausnahmeregelungen.

Jetzt haben sich die Mobilitätsgewohnheiten und die Verkehrsströme in Wien schon relativ stark geändert. Der Kfz-Verkehr hat immer weniger Bedeutung, aber das Modell der Parkraumbewirtschaftung ist gleich geblieben, mit einer Reihe von Zusatz- und Ausnahmeregelungen. Mittlerweile diskutieren wir viel über das Anrainerparken, und da sieht man auch schon die Problematik, dass wir hier unterschiedliche Interessen haben, der Bezirke und eigentlich der Stadt, des Landes Wien, die hier immer übergeordnet an die Sache herangeht. Gerade beim Anwohnerparken glaube ich ja, dass hier die Bezirksparteien und die wir hier im Rathaus sind uns in unseren Interessen ein bisschen diametral gegenüberstehen.

Natürlich ist diese ganze Thematik auch dem geschuldet, dass es eine Volksbefragung gab, wo wir die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Wien gefragt haben, wo die Parkraumbewirtschaftung aufgehoben werden soll, ob die Bezirke zuständig sein sollen oder das überregional geregelt werden soll. Und da hat doch eine große Mehrheit gesagt, nein, die Bezirke sollen entscheiden. Und das hat dazu geführt, dass wir hier relativ unkoordiniert und in reinem Bezirksinteresse mit der Ausweitung vorangehen, mit einer sehr fleckerteppichartigen Struktur herangehen.

Zum Beispiel hat man lange Zeit im 10. Bezirk nichts bezahlt, da gab es keine Bewirtschaftung, obwohl das immer schon stark überlastet war, mittlerweile sind sie nachgezogen. Jetzt auch der 11. Bezirk, auch ein wunderbares Beispiel, wie es eigentlich nicht laufen sollte, da man gesagt hat, man macht verschiedene Zonen und fragt die getrennt ab. Was man nicht gemacht hat, ist, zumindest zu warten, wie sich denn die Einführung in der Zone A auswirkt und dann erst weiter zur Zone B zu kommen. Ich weiß, das ist mit hohen Kosten verbunden, aber so, wie es gemacht wurde, war es sicher nicht richtig. Jetzt steht man vor dem Dilemma, aber nicht nur in Simmering, sondern auch in Schwechat. Und das zeigt uns auch ganz gut, dass das Thema Parken ja kein explizit Wiener Thema ist, sondern über die Grenzen hinausgeht und hier eine überregionale Verkehrsplanung davon betroffen ist, wenn wir Schwechat anschauen, aber auch andere Umlandgemeinden, denn der Einpendelverkehr mit dem Kfz ist immer noch die größte Herausforderung, die wir in der Verkehrspolitik insgesamt haben. *(Beifall bei den NEOS.)*

Das heißt, unseres Erachtens braucht es eine vernünftige Parkraumbewirtschaftung, eine gesamthafte Lösung, wo wir natürlich auch verbesserte Verbindungen im öffentlichen Verkehr berücksichtigen, vor allem in die Wiener Umlandgemeinden, vor allem, was die Pendlerinnen und Pendler betrifft, die hauptsächlich mit dem Kfz kommen, weil sie keine anderen Möglichkeiten haben. Das geht einher mit der Ausweitung von Park-and-ride-Zonen, wobei wir immer noch sagen, das gehört ganz nah an die Wohnorte und sicher nicht auf teuren Grund und Boden ins Wiener Stadtgebiet. Das hat natürlich damit zu tun, wie wir unsere öffentlichen Verkehrsmittel über das Umland hinaus bauen, da haben wir immer vertreten, dass wir bestehende Infrastruktur nutzen, dass wir hier Gleise haben, Zuggleise. Es gibt auch Überlandstraßenbahnen, die sicher die günstigere Möglichkeit wären, als hier die U-Bahn zu verlängern.

Zusammengefasst, wir glauben, es ist an der Zeit, hier über ein neues, reformiertes einheitliches Konzept nachzudenken. Ich gebe diesbezüglich hier unseren Antrag ein, eine Studie zu erstellen, die genau das zum Ziel hat, darüber nachzudenken, wie sich ein neues Modell flächendeckend und verständlich entwickeln kann, auch unter Berufung auf neue digitale Technologien und unter Berücksichtigung aller flankierenden Maßnahmen, die es im Einklang mit den Umlandgemeinden von Wien dazu braucht. *(Beifall bei den NEOS.)*

Jetzt komme ich aber zu einem für mich sehr viel wichtigeren Thema. Es geht um das Thema Verkehrssicherheit, und das hat für mich oberste Priorität in der Verkehrspolitik. Verkehrssicherheit im Hinblick darauf, wenn wir an unsere Kinder denken und wenn Sie alle, die Kinder haben, wissen, was sich vor unseren Schulen in der Früh von 10 vor 8 Uhr bis 8 Uhr dort abspielt. Die Eltern, die ihre Kinder in großem Maß mit dem Auto in die Schule bringen und sich dadurch eigentlich in einen Teufelskreis begeben, die sagen, es ist sicherer für die Kinder, in Wahrheit gefährden sie aber nicht nur ihre eigenen Kinder, sondern vor allem auch diejenigen, die zu Fuß kommen oder anders in die Schule gelangen. Sie gefährden sie deshalb, weil sie mit ihren Einpark- und Ausparkmanövern, mit dem Abstellen auf Gehsteigen, in zweiter Spur die Sicht verringern und so für eine sehr unübersichtliche Situation auf den Straßen sorgen, die besonders für Kinder extrem gefährlich ist.

Wie war das damals, habe ich mich gefragt, und was hat sich eigentlich geändert? - Damals war es nicht gefährlich, und ich weiß, die FPÖ hätte jetzt hier einen anderen Spin: Wir haben Angst, dass unsere Kinder auf dem Weg zur Schule irgendwo überfallen werden! - Nein, das ist es nicht, damals hat uns niemand mit dem Auto in die Schule gebracht und damals gab es diese Gefährdung nicht auf der Straße. Aber das hat uns mittlerweile dazu geführt. Was uns ein Anliegen sein sollte, sind selbstständige und selbstbewusste Kinder, die bewusste Verkehrsteilnehmer sind, die wissen, wie sie sich verhalten müssen, aber vor allem auch Eltern, die sich nicht um die Sicherheit sorgen müssen. Wir haben dazu, obwohl es in allen Wiener Bezirken ein brennendes Thema ist, aber nachdem ich selbst für diesen Bezirk zuständig bin, in Döbling eine Umfrage gemacht. Wir haben Eltern dazu aufgefordert mitzumachen, wir haben die Schuldirektoren, Lehrerinnen/Lehrer aufgefordert mitzumachen, wir haben 234 Personen befragt - es war eine sehr umfangreiche Umfrage -, erreicht und ausgewertet, was es zum Thema Verkehrssicherheit vor Schulen braucht und wie die momentane Lage eigentlich ist.

Rund 40 Prozent haben angegeben, dass sie auf Grund des Gefährdungspotenzials, das sie sehen, ihre Kinder mit dem Auto in die Schule bringen. 68 Prozent nehmen eine Gefährdung stark wahr und über 80 Prozent befürworten auch, dass Maßnahmen gesetzt werden, die dazu führen, dass man den Bereich um Schulen verkehrssicherer macht. Es gibt ja das tolle Pilotprojekt in der Vereinsgasse, das ich sehr begrüße, das ist jetzt auf andere Initiative hin entstanden, aber ich bin auch davon überzeugt, dass jeder Standort seine ganz eigenen Maßnahmen braucht. Es ist jede Gegebenheit anders, es sind oft Durchzugsstraßen, die man nicht absperren kann, es sind Sackgassen, die betroffen sind, also es ist überall etwas anders, und deswegen sind besonders die Bezirke gefordert, hier gemeinsam mit der Schulpartnerschaft darauf zu schauen, wo denn die bestmöglichen Maßnahmen gesetzt werden können, um für die Sicherheit zu sorgen. *(Beifall bei den NEOS.)* Das können „Kiss and Go“-Zonen sein, ich weiß, das ist nicht das Gelbe vom Ei, weil man ja erst wieder mit dem Auto fährt, das

muss auch relativ weit weg sein. Wir werden nicht alle Eltern dazu bringen, dass sie ihre Kinder zu Fuß schicken oder öffentlich schicken, es wird immer welche geben, die mit dem Auto fahren, keine Frage. (*Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.*) - Vielleicht später, ich verstehe es gerade akustisch schlecht. - Aber ich glaube, es ist eine Möglichkeit, diesen massiven Autoverkehr vor dem Schultor wegzubekommen. Verkehrsberuhigung kann ein Thema sein, aber auch temporäre Sperren, keine Frage, Entschärfung gefährlicher Quellen, und deswegen muss man sich jeden Schulstandort ansehen.

Das sehen auch die Bezirke so. Wir haben uns viel umgehört, auch da, wo wir vertreten sind. Es ist parteiübergreifend eigentlich schon klar, dass hier etwas gemacht werden muss, es fehlt aber am Geld, das wurde auch gesagt. Gerade diese „Kiss and Go“-Zonen oder andere Maßnahmen müssen von der Stadt kommen. Daher bringe ich heute einen Antrag ein, der ein Schulsicherheitspaket 2019 vorsieht, da die Verkehrssicherheit für unsere Kinder oberste Priorität in der Verkehrspolitik hat. - Danke schön. (*Beifall bei den NEOS.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Frau Kollegin hat 11 Minuten Redezeit verwendet, die Restredezeit der NEOS ist selbstgewählt noch 1 Minute. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Kollege Mag. Juraczka. Selbstgewählte Redezeit sind 10 Minuten, Restredezeit der ÖVP-Fraktion insgesamt 12 Minuten. Sie haben das Wort.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mir an Altbewährtem hier mit meiner Kollegin Klubobfrau Olishar die Geschäftsgruppe insofern aufteilen, als dass die Frau Klubobfrau über die Stadtplanung gesprochen hat, ein Thema, wie wir wissen, das ja auch durchaus abendfüllend ist, ich darf mich dem Verkehrsthema annehmen. Jetzt wissen die Frau Stadträtin und ich ja schon seit einiger Zeit, dass wir verkehrspolitisch nicht immer ganz harmonisch ticken, also dieser Verdacht hat sich mittlerweile, glaube ich, nicht nur bei uns beiden breit gemacht, sondern auch bei dem einen oder anderen Zuhörer. Ich will daher so gar nicht in die Details gehen, was in den letzten Wochen, Monaten oder vielleicht im letzten Jahr verkehrspolitisch passiert ist. Es waren ja eher die kleineren Projekte, die aber durchaus auch für die Bevölkerung zum Ärgernis werden konnten, gerade wenn man sich die grüne Verkehrspolitik in Währing ansieht, gibt es dort nicht nur zufriedene Gesichter.

Sei es drum, mir geht es eigentlich um etwas ganz anderes heute, und da bin ich durchaus d'accord mit meiner Vorrednerin Kollegin Emmerling, denn es wird sich ja einiges ändern, auch in der Zusammensetzung der Personen, die sich zu diesem Thema zusammensetzen müssen. Es ist vieles vielleicht noch ein bisschen in der Schwebe. Ich habe mir heute auch die Pressekonferenz der Frau Abg. Hebein angehört, auch auf die Frage, ob sie denn das Verkehrsressorts übernehmen möchte - denn sie war ja bis dato eigentlich als engagierte Sozial-

politikerin bekannt, nicht unbedingt als Verkehrsfachfrau, wenn man das so sagen möchte -, ist aus meiner Sicht vielleicht noch offen, andererseits ob es da in der Koalition einen Tausch gibt, ich weiß es nicht, ich lasse das alles auf mich zukommen. Tatsache ist aber wohl, dass es in absehbarer Zeit relativ viele neue Gesichter geben wird, um ein altbewährtes Problem zu lösen. Was meine ich damit? - Von Seiten der Sozialdemokratie hat die Letztverantwortung ein neuer Bürgermeister, nämlich Michael Ludwig, auf Seiten der GRÜNEN dürfte es wohl - oder von welcher Fraktion dann auch immer gestellt, die Option mit Dominik Nepp halte ich nicht für so ganz wahrscheinlich, aber sei es drum - jedenfalls einen neuen Verkehrsstadtrat oder eine Verkehrsstadträtin geben. (*VBgm Dominik Nepp, MA: Du hast mir meinen Traum zerstört!*) - Entschuldigung? (*VBgm Dominik Nepp, MA: Du hast mir meinen Traum zerstört!*) - Na ja, wer weiß, vielleicht wirst du noch wilder Stadtrat in einer rot-grünen Koalition. Wer weiß, ich lasse mich überraschen.

Tatsache ist jedenfalls, dass gerade das Thema der Parkraumbewirtschaftung durchaus nach wie vor einer wirklichen Lösung harrt. Was meine ich damit? - Es ist ja schon in der Vergangenheit so gewesen, dass alle Beteiligten, auch Vertreter der Regierungskoalition zumindest im Vieraugengespräch durchaus bereit waren, auch Schwächen des derzeitigen Systems anzuerkennen. Und wir haben ja jetzt - Simmering ist heute schon gefallen - wieder ein Beispiel, dass es vielleicht gar nicht möglich ist, weil es einen immer weiteren Verdrängungsmechanismus gibt, dass wir in Kaiserebersdorf jetzt ein Parkpickerl einführen, wo vor einem Dreivierteljahr noch jeder gesagt hat, warum denn das. Und es wird auch jeder verkehrspolitische Vertreter dieser Regierungskoalition sagen, dass kein Lenkungseffekt drinnen ist, ist durchaus eine Schwäche. Daher glaube ich, dass wir uns drei Dinge jedenfalls genauer ansehen und letztendlich auch dazu übergehen sollten - von mir aus auf einem weißen Blatt Papier, wo jeder seine Ideen einbringt -, diese Parkraumbewirtschaftung neu zu denken.

Aber was meine ich mit den drei ganz großen Problemen, die wir in dieser Stadt verkehrspolitisch haben und die nach wie vor ungelöst sind? Glauben Sie mir, ich fahre jetzt auf Grund meiner beruflichen Situation regelmäßig aus Wien heraus, nämlich im Süden, und ich sehe, was da tagtäglich einpendelt. Unglaublich! Wir alle wissen die Zahlen. Aber wenn du tagtäglich siehst, was da von Guntramsdorf reinstaut, das ist beachtlich. Da ist es zwar schön, wenn wir abkassieren, da ist es schön, wenn man das Autofahren irgendwie schwieriger macht. Ob es schön ist, sei wieder dahingestellt, aber es ist zumindest eine Facette der rot-grünen Verkehrspolitik. Aber diese Leute frühzeitig abzufangen, ihnen eine Alternative zu geben, das kann doch, glaube ich, nicht so schwer sein, das als zumindest vernünftige Variante einmal anzudenken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind ja gerade auch beim Thema U-Bahn-Ausbau. Die U5 wird jetzt irgendwann das Licht der Welt erblicken, und es gibt ja viele Bereiche, wo die U-Bahn sinnvollerweise verlängert werden kann, weil man dort

Pendler frühzeitig abholen könnte. Also die Thematik, die wir in Favoriten haben - muss es bei der Therme in Oberlaa aufhören oder kann man nicht schauen, dass man irgendwo an die S 1 herangeht und dort beispielsweise die von mir angesprochenen Pendler aus dem Süden rechtzeitig mit Park-and-ride-Anlagen zum Umsteigen zu animieren? Weil eines muss uns schon klar sein, und da unterscheide ich mich jetzt auch ganz wesentlich von den NEOS, wo die Kollegin Emmerling ja heute wieder gesagt hat, wir brauchen eine flächendeckende, für ganz Wien gültige Parkraumbewirtschaftung. Nein, ich weiß bis heute nicht, warum wir es in Kaiserebersdorf brauchen. Was ich aber weiß, ist, dass es ein Pendlerproblem ist. Ich kann es Ihnen ganz leicht bestätigen, warum es so ist. In ganz Wien gibt's ganz klar definierte Zeiten, wann Parkraumbewirtschaftung nicht gilt, und das ist das Wochenende. Ganz ehrlich, da gibt es eigentlich gar keine so großartigen Parkraumsorgen, weil die Einpendler nicht da sind, und ... *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Und die Wiener nicht daheim sind!)* Ja, Herr Kollege Maresch, wenn eh kaum mehr einer mit dem Auto fährt, kann eh kein Wiener ein Auto haben, mit dem er rausfährt. Also so einfach kann das in Ihrer Argumentation sein. Nein! *(Aufregung bei GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Ich hab' versprochen, ich will mich jetzt wirklich Themen annehmen, wo ich glaube, dass es eine Verbesserung benötigt und nicht wieder mit Ihnen darüber streiten. Seien Sie mir nicht böse, das ist irgendwann fad! Wir zwei werden auf keinen grünen Nenner kommen. *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Nehmen wir es beide zur Kenntnis. Es tut uns beiden, glaube ich, besser. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Bitte haben wir auch mit Anträgen verbunden genau zu diesen Themen, die uns wichtig sind, nämlich eine rasche Umsetzung des Ausbauprogramms für Park-and-ride-Anlagen, nämlich um die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener zu erhöhen. Und nicht, wie der Kollege Maresch sagt, na, wir werden den Niederösterreichern einen Parkplatz zahlen! Nein. Hier geht's um mehr Qualität für die Wienerinnen und Wiener. Darum halte ich das für ein wichtiges Projekt *(Beifall bei der ÖVP.)* und beispielhaft für so manche U-Bahn-Linie, wo es sich auszahlen würde, über eine Verlängerung in das Umland nachzudenken. Ich weiß mich ja, Gott sei Dank, auch mit dem derzeitigen Verkehrsminister auf Bundesebene eines Sinnes, der das auch anregt, dass ... *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Ja, also ich hab' kein Problem, wenn ich mit dem Kollegen Hofer da einer Meinung bin. Ich bin sogar der Meinung, das ist hochgescheit, und ich bin froh, dass wir einen Menschen mit solchen Ansichten in dem Ressort haben! Ich sag's Ihnen ganz ehrlich. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ein Beispiel, das schon ewig einer Umsetzung harret, und wie wir bereits mit Expertise nachweisen konnten, weil es dort schon Gleiskörper gibt, ist die Verlängerung der U4 nach Auhof, ein ganz wesentlicher Bereich für alle, die aus dem Westen einpendeln. Sie könnte realisiert werden, wenn der politische Wille da ist. Von unserer Seite auch hierzu ein Antrag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, wie gesagt, meine Damen und Herren, über Parkraumbewirtschaftung nachzudenken, die zwar sicherstellt, dass diese Stadt nicht zugeparkt wird, das will ich auch nicht. Ich habe immer gesagt, schon 2013, als wir erstmalig darüber diskutiert haben: Parkraumbewirtschaftung ist notwendig, nur auf das Wie kommt es an. Und ganz ehrlich, so wie wir jetzt den Dominoeffekt weiterspielen, dass man zwar im eigenen Bezirk zahlt und dann dort dankenswerterweise stehen darf, aber letztgedacht in 22 anderen Bezirken maximal drei Stunden Haltedauer zu einem Preis von derzeit 2,10 EUR pro Stunde hat, das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Alle sind aufgefordert, einmal in sich zu gehen, ob man hier nicht besser agieren kann. Es wäre jedenfalls etwas zum Wohle der Wienerinnen und Wiener, wo wir endlich eine Weiterentwicklung bringen könnten! Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Maresch, selbstgewählte Redezeit ist 6 Minuten.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Jetzt ist es natürlich reizvoll, die alten Kalauer des Kollegen Juraczka einfach ein bisschen zu hinterfragen. Ich möchte den Kollegen Juraczka nur bitten, ich meine, es kommt eh immer das Gleiche, wir haben ungefähr 200.000 Autopendler. 200.000 Autopendlerinnen und -pendler jeden Tag, die nach Wien hereinkommen. Sich zu wundern, dass es am Sonntag besser geht, ist kein Zufall, weil da kommen die nämlich nicht. Das ist ungefähr ein ... *(GR Mag. Manfred Juraczka: Genau das habe ich gesagt! Genau das habe ich ja gesagt!)* Nein, nein, nein! Wir haben 660.000 Autos in Wien gemeldet, 330.000 Autos fahren jeden Tag aus dem Umland herein. Es ist eine ganz einfache Rechnung. Das heißt, man könnte sagen, bis zu einem Drittel der Autos, die bei uns herumstehen und fahren, haben keine Wiener Kennzeichen. Aber nur eine kleine Rechnung für Sie: Die Errichtung von einer, das sage ich Ihnen nicht das erste Mal, Park-and-ride-Anlage, da kostete der Stellplatz - das war früher immer so Parkraumbewirtschaftung, also wenn man so will, der zuständige Beamte hat uns immer Auskunft gegeben - vor ein paar Jahren noch 15.000 EUR pro Stellplatz. Jetzt machen wir noch eine kleine Rechnung: 200.000 mal 15.000 sind 3 Milliarden. Wer hat das Geld? Niemand hat das Geld, Herr Kollege, niemand! Und so viel können wir bei der Parkraumbewirtschaftung gar nicht einmal einnehmen, dass sich das jemals ausgeht!

Das Zweite ist, es ist auch schön, dass Sie sich outen, dass Sie da immer von draußen hereinfahren. Aber ich bin mir da ganz sicher, wir haben bei den Pendlerinnen und Pendlern, die nach Wien hereinfahren, einen Besatz im Auto, jedes zehnte Auto hat einen zweiten Passagier, also einen Passagier außer dem Fahrer. Ich nehme an, Sie werden keinen Zweiten mitnehmen. Also reihen Sie sich würdig ein in die Leute, die ein Auto brauchen, um sich selbst von da draußen, von Sigi Wolfs großem Anwesen, hereinzubringen, wurscht.

Die U-Bahn-Verlängerung nach Auhof ist auch so eine Sache wie das Amen im Gebet. Meines Wissens gibt es da draußen eine Schnellbahn, die fährt nach Purkersdorf, wäre viel billiger. Und wenn der Kollege, in dem Fall der Herr Verkehrsminister, mit dem Sie sich da ja eins wöhnen, ein bisschen mehr Geld für die Schnellbahn und für die Verbesserungen rauslassen würde, dann hätten wir da eine Taktverdichtung, die in Wirklichkeit würdig wäre. Und da brauchen wir nicht 100 Millionen pro U-Bahn-Kilometer an der Oberfläche ausgeben. Das kann man sich ausrechnen. Im Grunde genommen wäre das eine schöne Geschichte.

Was die Parkraumbewirtschaftung in Wien betrifft, da muss man nachdenken, das stimmt. Da gibt es auch eine Arbeitsgruppe, die hat die Frau Vizebürgermeisterin initiiert, und da werden wir schauen, wie das gemeinsam weitergeht. Was Simmering betrifft, der Herr Bezirksvorsteher war eigentlich ganz mutig und hat gesagt: Stimmen wir darüber ab und wenn's so ausgeht, und es war im Zentrum Simmerings wirklich schwierig. Dass es in Kaiserebersdorf damals leicht war, einen Parkplatz zu kriegen, das glaube ich Ihnen nicht ganz, weil es schon ein Problem gegeben hat, nämlich bei der Schnellbahnstation Kaiserebersdorf. Da war es damals schon ein bisschen dicht. Das haben Sie vielleicht nicht bemerkt, weil Sie ja eher in eine andere südliche Richtung fahren, an der Südbahn. Also dort war es auch schon schwierig. Und dass es jetzt ein Problem in Simmering gibt, war vorauszusehen. Der Herr Bezirksvorsteher war mutiger als andere Bezirksvorsteher, die Ihrer Partei nahestehen, nämlich im 13. Da glaubt man immer noch, das Gelbe vom Ei zu haben, wenn man da gegen das Parkpickerl ist. Werden wir schauen! Man kann immer klüger werden.

Zur Kollegin Emmerling muss ich sagen, ich finde es interessant, dass Sie bei der Park-and-ride-Anlage eher unsere Position sagen. Ja, man muss an die Quelle, wo die herkommen, dort gehören Park-and-ride-Anlagen hin. Da gibt es zig Untersuchungen, dass, wenn man so will, am flachen Land ein geschotterter Parkplatz neben der Schnellbahnstation weitaus billiger ist als in Wien, wo die Grundstücke nicht ganz so billig sind. Das weiß man. Danke, Frau Emmerling, das ist eine völlig richtige Geschichte. Aber, und das ist mir ganz wichtig, bei der Verkehrssicherheit - na, machen wir es einmal so.

Sie sagen zum Beispiel, in Schwechat hat man ein Problem, weil jetzt dort in Wirklichkeit die Pendler alles verparken. Stimmt. Aber wenn man in Schwechat genau schaut, jetzt sehe ich sie gerade nicht, die Stadt Schwechat vergütet jedem Bürger, der nach Wien hineinfährt, mehr oder weniger das PendlerInnengeld für die U-Bahn. Und jeder Schwechater zahlt genau so viel wie die Wiener, nämlich 365 EUR für ein Stadtticket. Das heißt in Wirklichkeit ganz klar, ein günstiger öffentlicher Verkehr. Deswegen stehen natürlich alle in Schwechat, ganz einfach. Und wenn das in Gramatneusiedl wäre, dann würden alle in Gramatneusiedl stehen. Also daraus unser Schluss: Es wäre doch vernünftig, wenn die Niederösterreicher das 365-EUR-Ticket im Umland einführen würden, weil dann wäre das für alle Beteiligten eine

bessere Lösung. Aber das ist eine andere Geschichte. Da können Sie gerne mit der Nachfolgerin vom Herrn Pröll, der da immer dagegen war, verhandeln. Vielleicht ist das erfolgreich für die ÖVP.

Dann haben wir noch die Verkehrssicherheit. Da gibt's einen Antrag, dem wir leider nicht nahetreten können, weil wir das einfach in den Bezirken ... Im 2. Bezirk gibt's jetzt eine Untersuchung in der Vereinsgasse. Die Eltern, die Schüler, der Bezirk wollen das unbedingt. Wir wissen von 20 Schulen, die sich da interessieren. Das werden wir machen, dass die Stadt das Geld aufbringen muss. Ich meine, das ist einfach eine Frage der Organisation. Das können die Bezirke leicht machen, wie es der 2. Bezirk schön gezeigt hat.

Jetzt komme ich in Wirklichkeit zu dem, was mir eigentlich ganz, ganz wichtig war. Ich möchte mich zunächst einmal bei allen magistratischen Dienststellen bedanken, die da mit der GSK und Rot-Grün in dem Bereich zusammenarbeiten, weil da wirklich verlässliche Arbeit geleistet wird. Ich möchte mich beim Büro der GSK bedanken, weil ich da als Ausschussvorsitzender eine große Unterstützung erfahre. Und ich möchte mich auch bei der Frau Vizebürgermeisterin für ihren Einsatz bedanken, der nicht immer leicht war, wie man heute beim Herrn Fürnkranz bemerkt hat, der, sage ich jetzt einmal, nicht wirklich die feine Klinge geschwungen hat, sondern eher das grobe Fallbeil versucht hat, irgendwie auszupacken. Aber wie gesagt, feine Klinge war diesmal nicht das Ihrige, manchmal schon, aber diesmal sicher nicht.

Mein Punkt ist im Grunde genommen: Was hat sich total verändert? Was wir thematisiert haben, ist die Geschichte mit dem öffentlichen Raum. Was sind die Projekte, die wir im öffentlichen Raum im Jahr 2019 umsetzen wollen? Ich hab' mir da eine Liste gemacht. Wir wollen in Wirklichkeit mehr Schulstraßen umsetzen. Es gibt eine Kennzeichnung von öffentlichen Durchgängen für FußgängerInnen. Es wird wieder ein Streetlife Festival geben mit vielen, vielen Tausend BesucherInnen. Es werden die Flaniermeilen teilweise umgesetzt. Es ist der Nepomuk-Berger-Platz verändert worden, und zwar sehr positiv. Es hat den Umbau und die Attraktivierung der Währinger Straße gegeben, den Pius-Parsch-Platz, die Neulerchenfelder Straße ist verändert worden. Und vor allem, es wird die Rotenturmstraße verändert, eine Straße, wo lange Zeit nichts gegangen ist, wo in Wirklichkeit gleich viele FußgängerInnen unterwegs sind wie normalerweise in der Mariahilfer Straße bei einem viel geringeren Querschnitt. Das werden wir ändern. Und was auch ganz wichtig ist: Wir haben auch in Wirklichkeit gemeinsam, Rot-Grün hat es in diesem Jahr geschafft, und zwar in diesem 18er Jahr es geschafft, 800.000 Jahreskarten zu verkaufen. Das ist Weltrekord, das muss man sich vorstellen. Wir haben gemeinsam 365 EUR - das ist nämlich wirklich eine sozialökologische Maßnahme. Leute bringt man her, die fahren mit dem öffentlichen Verkehr. Jetzt sagt der Kollege Juraczka: Da kann man, puh, das ist ja alles so viel. Ja, wir müssen auch in den öffentlichen Verkehr investieren, das passiert auch. Es werden neue Linien geschaffen. Jetzt aktuell wird gerade

ein bisschen, da gibt es ein kleines Moratorium, aber im Wesentlichen die U2/U5 ... Aber es werden Straßenbahnen kommen. Es wird zusätzliche Busse geben. All diese Dinge macht Rot-Grün. Das heißt, wir haben in Wirklichkeit das Gesicht der Stadt massiv verändert, und zwar auf jeden Fall, was den Verkehr betrifft, auf jeden Fall was den öffentlichen Raum betrifft. (*VBgm Dominik Nepp, MA: Ja, leider! Leider!*) Und teurer ist in Wirklichkeit die Jahreskarte nicht geworden, Herr Kollege, solange ... (*VBgm Dominik Nepp, MA: Leider!*) Ja, leider, leider haben wir das verändert. Ich weiß, leider. (*Aufregung bei GR Wolfgang Irschik.*) Leider hat sich Ihr Bezirksvorsteher uns angeschlossen und die Parkraumbewirtschaftung im 11. Bezirk eingeführt. Das bitte an den Herr Stadler! Ich hab' mich ja wirklich gewundert, dass es so ist. Und was auch wichtig ist: Wir werden den Neuen Markt verändern, die Bruno-Marek-Allee, die Reinprechtstorfer Straße, im Sonnwendviertel tut sich was und der Reumannplatz. Das heißt, wir gehen auch in Gegenden, wo nicht immer die Bobos zu Hause sind, sondern ganz andere Leute. Und das ist Rot-Grün für Wien in diesem Jahr und im kommenden Jahr und im nächsten Jahr auch noch! Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war 9 Minuten, fraktionelle Restredezeit ist 7 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Irschik, und ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** (*FPÖ*): Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Es ist immer risikobehaftet, wenn man sich keine Rede vorbereitet, keine Wortmeldung vorbereitet. Ich habe eine vorbereitet, aber man könnte es sich manchmal wirklich sparen. Man bräuchte ja wirklich nur auf die Vorredner replizieren. Ich mach' es aber nicht. Nur eine kleine Anmerkung: Die Kollegin Emmerling hat zuerst gesagt, früher war das besser oder nicht besser, was jetzt betrifft, die Kinder zu den Schulen zu bringen, zum Unterricht zu bringen. Na ja, jetzt hab' ich mir erlaubt, im Internet ist das einfach, man findet ja alles, also Frau Kollegin, wenn ich das mit meinen 59 Jahren sag', wie es früher war, na gut, dann klingt es ein bisschen glaubwürdig. Man soll es auch einer Frau gegenüber sagen, aber mit 38, mit jungen 38 Jahren, Frau Kollegin, sagen Sie, wie es früher war! Also das hat mich schon ein bisschen irritiert. Früher war es vielleicht ein bisschen besser, durchaus auch im roten Wien, weil da ist der Autofahrer ganz einfach nicht bekämpft worden. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum es jetzt nicht mehr so gut ist.

Meine Damen und Herren, zwei Dinge: Die Radwege, Radverkehrswege (*GR Gerhard Kubik: Da war viel weniger!*) und die Elektrotankstellen, die Elektromobilität. Einige Zahlen: Von 2011 bis 2015 wurden in die Mobilitätsagentur 8,9 Millionen EUR investiert. Ja, wofür? Für verschiedene Veranstaltungen, et cetera, Feste, in die Radwegeninfrastruktur nicht unbedingt, meine Damen und Herren. Des Weiteren sind von 2016 bis 2020 13 Millionen EUR veranschlagt. Und was hat es gebracht? Wenig bis nichts! Radverkehrsanteil 7 Prozent, obwohl man 10

Prozent bis 2015 erreichen wollte. Na ja, jetzt hat man schon ein bisschen nachgegeben. Also dieser 10-Prozent-Radfahreranteil soll 2020 erreicht werden. Und das sind diese Dinge, die uns nicht gefallen, deswegen wir auch das Budget, den Voranschlag für 2019 ablehnen.

Bleiben wir bei den Radwegen, meine Damen und Herren. Das Radwegchaos 2er-Linie Höhe Getreidemarkt eine Katastrophe! Eine Katastrophe! Es wird ein ganzer Fahrstreifen für einen Radweg wegrationalisiert. Das hätte man anders auch machen können. Man hätte zum Beispiel den Gehsteig schmaler machen können, hätte eine bauliche Trennung für den Radweg geschafft und errichtet (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Das ist doch keine Katastrophe!*) und es hätte alles funktioniert. Was hat man gemacht? Nichts, wunderbar! Also Getreidemarkt erste Katastrophe. Es gibt ein paar Katastrophen, aber das sind die größten. 2er-Linie, es ist phantastisch, jetzt hab' ich Tag und Nacht einen Stau, vielleicht um 3 Uhr Früh nicht mehr, wenn ich mit dem Auto fahre. Ich glaube, ich hab's schon einmal gesagt, ich bin regelmäßiger Blutspender. Ich traue es mich gar nicht zu sagen, ich fahr' mit dem Auto in die Blutspendezentrale. Nur, um 2 Uhr in der Früh kann ich nicht Blutspenden. Dann ginge es vielleicht. Aber sonst stehe ich dort immer Stau. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Typisch Auto!*) Also erste Katastrophe 2er-Linie.

Was haben wir noch? Brünner Straße, meine Damen und Herren. Brünner Straße, übergeordnetes Straßennetz B 7, Bundesstraße 7 Höhe Krankenhaus Nord. Was macht man? Ein Nadelöhr! Lesen Sie es nach! In der Floridsdorfer Zeitung gibt's eine Umfrage: 90 Prozent der Personen, die sich dort gemeldet haben, haben gesagt: Freunde, eine Katastrophe. Eine Bundesstraße, da schaffen wir ein Nadelöhr, damit ich einen Radweg vor dem Krankenhaus mache, weil da alle Mitarbeiter mit dem Radl zum Krankenhaus fahren werden! Alle Patienten werden fahren und besonders heute bei dem Wetter. Aber tatsächlich, eine Radfahrerin hab' ich heute gesehen. Nicht ganz ungefährlich für die Radfahrerin. Warum? Sie war dick verummt, weil es kalt ist, na, die Kapuze drüber. Ob sie dann das Verkehrsgeschehen wahrnehmen kann, das steht auf einem anderen Blatt Papier. Aber immerhin, eine hab' ich gesehen. Vielleicht werden heute im Krankenhaus Nord, na, es ist eh noch nicht offen, vielleicht fahren dort ein paar mit dem Radl. Meine Damen und Herren, absolut, absolut unnötig! Es hätte eine andere Lösung gegeben, da hätten alle gelebt. Nichts gegen einen Radweg. Warum schaffe ich ein Nadelöhr, meine Damen und Herren? Ich sagte das schon einmal, ich wiederhole: Es betrifft auch alle Einsatzfahrzeuge. Die müssen dann ausweichen. Einsatzfahrzeug hat zwar immer Vorrang, und so weiter, und so fort. Der muss dann auf den selbstständigen Gleiskörper ausweichen. Das macht keinem Einsatzfahrer wirklich Freude. Absolut unnötig.

Ja, und dann hätten wir noch so zum Drüberstreuen die Lidlgasse. Die Lidlgasse kann auch was. Da fahr' ich dann mit dem Radl bei der MA 48 vorbei. Absolut unnötig. Jetzt fehlt mir der Fahrstreifen zum nach rechts beziehungsweise aus der anderen Fahrtrichtung zum

nach links Einbiegen. So wird das Verkehrschaos produziert, wie es der Herr Prof. Knoflacher ja unumwunden zugegeben hat. Der hat sich was getraut, das hätte ich nicht gesagt, also: Wir haben bewusst einen Stau erzeugt. Na das kann was. Interessant, ob das nicht vielleicht auch strafrechtlich relevant ist, weil da geht's um Verschleudern von volkswirtschaftlichem Vermögen in Millionenhöhe!

Und der sagt: Wir haben einen Stau erzeugt. Auf der anderen Seite sagen wir, wir wollen den Stau bekämpfen. So wird man es wohl nicht fertigbringen.

Weitere Zahlen. Was habe ich da? Was habe ich da? Baukosten von Radinfrastruktur in der Schweiz, 3 m breiter Radweg. Ich hab' jetzt die höchste Summe herangezogen. Kosten pro Laufmeter 423 EUR, asphaltiert. Das ist die teuerste Variante, Kandelaber, Randabschluss, beidseitig befestigte Fläche, und so weiter, und so fort. Wir kommen auf 423 EUR pro Laufmeter. Ich habe es dann aufgerundet. Das wären für 250 m Radweg 125.000 EUR. Meine Damen und Herren, jetzt sind wir wieder beim Radweg am Getreidemarkt. Was hat dort der Radweg gekostet? Also wie gesagt, in der Schweiz würde das 125.000 EUR kosten. Am Getreidemarkt kostet das Gleiche 300.000 EUR, aber in einer Breite von 2 m! Also wie gesagt, 3 m, 250 lang, 3 m breit, in der Schweiz 125.000 EUR, bei uns 2 m breit 300.000 EUR für einen 250 m-Radweg. Na, da erwarten Sie, dass wir dem Budget zustimmen, meine Damen und Herren? Das kann ja nicht sein, und das werden wir auch nicht tun.

Was haben wir noch, was haben wir noch? Bleiben wir doch bei den Radwegen, und zwar in der Ausschusssitzung vom 30. Mai wird auch ein Kreisverkehr errichtet, findet unsere Zustimmung, durchaus eine Straßensanierung, das auch, und ein Radweg wird hergestellt. Das macht Kosten, wie gesagt, alles zusammen, ist es nicht das Radfahren, zirka 1,145 Millionen EUR. Aber worum geht es? Und ich darf das sagen, ist der Rüdiger Maresch jetzt noch da? Ich glaube, wir haben uns durchaus sachlich, „off records“, wie es so schön heißt, nach der Sitzung unterhalten und haben gesagt, wir hätten diesem Projekt durchaus zustimmen können. Warum? Ich habe auf der Prager Straße in dieser Höhe zwei Fahrstreifen. Das war früher übergeordnetes Straßennetz, braucht man nicht mehr. Die A 22, Donauuferautobahn, wurde errichtet. Man sagt: Gut, okay, zwei Fahrstreifen, nur eine Zufahrts- und Aufschließungsstraße, keine Durchzugs- und Verbindungsstraße mehr, kein übergeordnetes Straßennetz, brauchen wir nicht mehr. Da haben wir gesagt: Bitte der rechte Fahrstreifen, da hätten wir zugestimmt, machen wir einen Radweg daraus, keine Frage. Der linke bleibt den Motorisierten vorbehalten, der rechte ein Radweg. Nein, was machen wir? Wir machen einen Komplettschwenk. Es werden jetzt beide Fahrstreifen stadtauswärts Richtung Langenzersdorf zum Radweg, und der Motorisierte wird jetzt auf die andere Fahrbahnseite umgelenkt, wo beide Fahrstreifen Richtung stadteinwärts, Richtung Rußbergstraße, führen. Absolut unnötig und ist auch der Verkehrssicherheit abträglich, denn jetzt habe ich eine bauliche Trennung. Die habe ich

dann nicht mehr, wenn ich beide umleite. Das kostet viel Geld, der Verkehrssicherheit ist es auch abträglich. Jetzt habe ich dann nur mehr im Gegenverkehrsbereich eine Sperrlinie nach der Straßenverkehrsordnung, keine bauliche Trennung. Ich habe noch einmal zum Rüdiger gesagt: Das hätten wir uns vorstellen können, wäre kostengünstiger gewesen, machts auf der rechten Seite den Radweg, Radfahrstreifen, wie auch immer, obwohl in diesem Bereich der Prager Straße fahren die meisten eh auf die Donauinsel, aber soll sein. Wir hätten zustimmen können. Nein, meine Damen und Herren, 1,145 Millionen EUR und ist der Verkehrssicherheit abträglich!

Ich muss jetzt ein bisschen auch die ÖVP kritisieren. Die werten Kolleginnen und Kollegen nehmen mir das jetzt hoffentlich nicht übel. Jetzt hat der Manfred Juraczka, ich glaube, heute war es nicht, in irgendeiner Gemeinderatsitzung hast du gesagt: Selbstverständlich, das ist keine Frage, wir werden ja alle unsere Bezirksvorsteher, männlich und weiblich, verteidigen, keine Frage, nicht? Ich komme jetzt zum Umbau Radfahren gegen die Einbahn in der Florianigasse, 8. Bezirk, Bezirksvorsteherin Mickel-Göttfert, im Ausschuss vom 4. Juli dieses Jahres. Jetzt entnehme ich den Pressemeldungen, den Medien, die Frau Bezirksvorsteherin des 8. Bezirks möchte nicht, dass das Anrainerparken der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Die Stadtregierung sehr wohl. Irgendwo haben ja beide recht, keine Frage. Die Vorsteherin sagt, na ja, das heißt Anrainerparkplätze, das ist für unsere Leute reserviert. Nur, die Wirtschaft muss auch leben, die müssen die Autos auch irgendwo abstellen. Wo soll sich der Installateur hinstellen? Mit einer vernünftigen Verkehrspolitik, wie es früher einmal war, könnten ja alle leben. Und jetzt kommt meine Kritik an der ÖVP: Wenn ich mir die Pressedienste von der Frau Kollegin Mickel-Göttfert anschau: Jede Maßnahme gegen den Autofahrer gerichtet, wird da heftigst beklatscht, bejubelt und begrüßt. So war es auch, wie die Lange Gasse zum Teil in eine Begegnungszone umgebaut worden ist. 25 Parkplätze sind weggefallen, BEGZO, kurz BEGZO, Begegnungszone, 25 Parkplätze weniger. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Ja, da hat es eine Bürgerbefragung gegeben!)* Ja, na ja schon, wenn ich dann sage, na ja, ich setze mich für die Anrainer ein, für die Anrainerparkplätze, ich bin eigentlich für die Autofahrer im 8. Bezirk, weil die haben mich auch gewählt, und Skandal, wenn ich dann klatsche. Wie gesagt, 25 Parkplätze sind beim Umbau zur Begegnungszone in der Lange Gasse weggefallen, und jetzt fehlen noch einmal 15 Parkplätze. Aber das haben wir im Ausschuss auch erst hinterfragen müssen, weil im Akt ist es nicht gestanden. Also ich habe mir erlaubt, das zu hinterfragen, habe auch durchaus eine korrekte und seriöse Antwort bekommen. Das sind jetzt durch die 2 Maßnahmen 40 Parkplätze. Jetzt bin ich doch selber hin und wieder im 8. Bezirk. Gut, ich zahle nichts dafür. Und das ist der springende Punkt, da darf ich zahlen auch noch dafür. Das heißt, ich darf jetzt zahlen dafür. Ich weiß ja nicht, hat da einer seinen Hauptwohnsitz im 8. Bezirk, fährt vielleicht mit dem Auto und hat ein Parkpickerl? Habt ihr dort schon einmal probiert, einen Parkplatz zu finden? Das ist sensationell, es

gibt keinen mehr, meine Damen und Herren! Und das ist ja schon ein bisschen widersprüchlich. Auf der einen Seite sage ich, na ja, da will ich nicht die Wirtschaft, das muss den ... (*Aufregung bei GR Mag. Rüdiger Maresch.*) Und dann beklatsche ich jede Maßnahme, die gegen die Autofahrer gerichtet ist. Das ist schon ein bisschen eigenwillig, sagen wir es einmal so. Mit einem vernünftigen Verkehrskonzept, wie gesagt, durchaus, wie es einmal im roten Wien war, da haben alle gelebt damit. Das waren einmal kurz die Radlwege und Umbau, und so weiter, und so fort.

Jetzt kommen wir zu den - wie die Zeit vergeht, das ist unglaublich, manchmal hat man sogar die Angst, dass man zu wenig vorbereitet ist, dann wird die Zeit zu kurz - Elektrotankstellen. Genau das ist eingetreten, was wir nicht wollten. Die Freiheitliche Partei hat immer gesagt: Ja durchaus, soll sein, Elektrotankstelle. Verträge mit Betriebsgesellschaften im Donauzentrum gibt es ein paar, im Gasometer, im Shopping Center Nord, und so weiter, und so fort. Nein, was macht man? Sie werden auf öffentlichem Verkehrsgrund errichtet. Was heißt das, meine Damen und Herren? Jede Elektrotankstelle kostet einen Parkplatz. So einfach ist es im 8. Bezirk natürlich auch, auch schon gesehen in der Nähe dort von einer Pizzeria. Ich sage jetzt keinen Namen, ist eh klar, eine Werbung mache ich nicht. Na fehlt wieder ein Parkplatz, wunderbar! Das heißt, jetzt freust du dich, jetzt hast du endlich einen Parkplatz - nein, da ist ja eine E-Tankstelle. Wie gesagt, es gäbe bessere Lösungen, als sie auf öffentlichem Verkehrsgrund zu errichten. Humorvoll in der Tageszeitung „Heute“ vom 21. November: Elektromobilität. Den GRÜNEN ging der Saft aus. Bei eigenem Gipfel zu spät, und zwar beim Wolfsgipfel, der durchaus eine gescheite Geschichte von den GRÜNEN in Niederösterreich ist, unbestritten. Beim Wolfsgipfel in Allentsteig waren bis auf die abwesenden Sozialdemokraten, steht da, man weiß nicht, warum, alle Parteien pünktlich. Nur die Veranstalter, die GRÜNEN, kamen viel zu spät. Dem Elektroauto war der Saft ausgegangen. Und was schreibt die Zeitung „Heute“? „Die niederösterreichischen GRÜNEN hatten nach den Wolfsvorfällen in Niederösterreich“, und so weiter, „alle Parteien am Truppenübungsplatz Allentsteig zu einem Lokalausgang geladen. Treffpunkt Montag 10 Uhr“, und so weiter. „Die SPÖ schwänzte“, steht da, „sonst waren alle Parteien hier pünktlich: Margit Göll von der Volkspartei, Helmut Hofer-Gruber von den NEOS, Alois Kainz von den Freiheitlichen. Zudem waren Forscher der Uni Wien da. Nur der Initiator der Grünen Truppe kam weit über eine halbe Stunde zu spät, dafür mit hochrotem Kopf. Was ist passiert? Sie erklärten, dass bei der Anfahrt mit dem Elektroauto der Saft ausgegangen ist und man erst eine Ladestation suchen musste, ärgert sich ein Beteiligter.“ Ja, und die Helga Krismer von den GRÜNEN erklärt: „Wir waren exakt 25 Minuten zu spät. Mein Elektroauto brauchte bei den Winterverhältnissen mehr Energie.“ Na sensationell, da braucht man, wenn es kalt ist, eine Heizung. Dann kommt man halt nicht so weit. Das ist dann die Realität, holt uns dann ein, nicht? Ja, und der Truppenübungsplatz war gesperrt, jetzt hat sie müssen einen

Umweg machen. Der ist immer im Winter gesperrt. Da sieht man dann halt Theorie und Praxis und wie es in der Realität ist, wenn ich die ach so wunderbaren Elektroautos habe. Keine Frage, hat seine Berechtigung. Aber der Ersatz ist es noch lange nicht, so nebenbei.

Ich möchte dann von der heiteren Seite auch noch zu der ernsten Seite. Diese Ökoenergie, jetzt bezogen auf Deutschland, bis zum Jahr 2015 sind dort 859 Windenergieanlagen errichtet worden. Man geht davon aus, und zwar das deutsche Umweltministerium, also nicht die Freiheitliche Partei, dass dafür pro Anlage 0,5 Hektar Wald in Anspruch genommen werden müssen. Das heißt, in Deutschland sind dafür bis jetzt, bis 2015, mehr als 750 Hektar Wald gerodet worden. Furchtbar, schrecklich, und wir müssen den Wald schützen, wir müssen die Bäume schützen, haben wir in Österreich auch einmal gehört. Da schützen wir gar nichts mehr. Und so viel zum Thema Tierschutz: Pro Jahr bis zu 250.000 Fledermäuse und pro Jahr mehr als 12.000 Greifvögel fallen den Windschreddern zum Opfer, meine Damen und Herren! Das ist auch Realität! Da höre ich auch weniger. Nein, nein, überhaupt nicht. Das gehört alles zusammen. Aber nein, das ist die Elektroenergie.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich da noch die Zeitschrift „Konsument“ bringen. Ich mache jetzt keine Werbung, ich sage nur, dass ich sie seit 35 Jahren abonniert habe, ist sicherlich nicht FPÖ-affin. (*GR Prof. Harry Kopietz: Durchaus!*) Ja durchaus, Herr Professor. Und zwar, was schreibt der „Konsument“ im November? „Abzocke bei Ladetarifen.“ Meine Damen und Herren, aufgepasst: „Die Energie Graz hat mit Ende August wie auch die Energie Steiermark mit Ende April die Möglichkeit des kostenlosen Ladens beendet.“ In Wien war es mit Ende September, ab 1. Oktober kostenpflichtig. Ladetarife Energie Graz sehr ähnlich, und so weiter, und sofort, gibt es Gruppen, und so weiter, das wird genau berechnet. „In der Lade-App habe ich keine einzige Ladesäule gefunden, wo dieser Tarif, nämlich mit 0,14 Cent pro Minute, zum Tragen kommt. Der Clou: Die Ladesäulen haben alle 22,1 Kilowatt und damit fällt man automatisch in die nächste Gruppe bis 50 Kilowatt mit 0,44 Cent pro Minute. Rechenbeispiel: Bei einem Renault Zoe mit einer 41 Kilowatt-Batterie dauert ein Mal Vollladen zirka zweieinhalb Stunden. Bei einem Preis von 0,44 sind das 66 EUR. Damit fahre ich im Sommer 300 km. Im Winter dauert das Laden doppelt so lange und die Kilometerleistung ist auf 200 km reduziert. Das heißt, 5 Stunden Laden bei einem Preis von 0,44 kosten, aufgepasst, 132 EUR für 200 km! Stromkosten im Sommer: 22 EUR für 100 km.“ So viel zum ach so tollen, umweltfreundlichen und günstigen Elektroauto. „Stromkosten im Winter: 66 EUR/100 km. Günstig laden kann man nur zu Hause an der eigenen Steckdose. Bei einem herkömmlichen Auto mit einem Verbrauch von 7 l/100 km bei einem Treibstoffpreis von zirka 1,30 EUR ergeben sich Kosten von 9,10 EUR/100 km.“ Und das ist jetzt der Beginn der Elektromobilität! Da werden wir noch alle große Augen bekommen, was Mobilität in Zukunft kosten wird, meine Damen und Herren! Zeitschrift „Konsument“ vom November, bitte dringend nachzulesen, wie

gut und wie umweltfreundlich und wie großartig das nicht alles sein wird, wenn man sich überhaupt das echte Elektroauto leisten kann!

Meine Damen und Herren, abschließend, genug vorbereitet, ich habe ein paar andere Sachen auch noch, aber das geht sich nicht mehr aus. Es gibt ja nicht nur Radrowdys. Ich will nicht sagen, dass es alle sind, aber es sind doch welche dabei. Und das Rowdytum bei Elektroscootern hat sich offenbar auch schon bei manchen durchgesetzt, männlich oder weiblich, sei's drum. Zwei schwere Unfälle haben wir schon gehabt, davon ein achtjähriges Kind, weil sie halt meinen, sie können machen, was sie wollen auf Kosten anderer. Deshalb bringen wir einen Beschlussantrag ein:

„Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Aktivitäten hinsichtlich des Radverkehrs, der Information über die Radscooter, und so weiter fahrerbetreffenden sicherheitsrelevanten Vorschriften besonderes Augenmerk zu widmen und insbesondere auf Radwegen vor Radfahrerüberfahrten im Gefälle flächendeckend 10 km-Bodenmarkierungen analog zu den 30er-Zonen-Markierungen auf den Fahrbahnen anbringen zu lassen, um auf die ex lege-Geschwindigkeitsbeschränkung hinzuweisen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Und wir lehnen den Budgetvoranschlag 2019 ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass Herr GR Dr. Aigner bis 17 Uhr aus dienstlichen Gründen entschuldigt ist und Herr StR Mag. Czernohorszky erkrankt ist und für den Rest der Sitzung entschuldigt ist.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Däger-Gregori, selbstgewählte Redezeit 5 Minuten. Bitte, Frau Gemeinderätin.

GRin Luise **Däger-Gregori**, MSc (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wien ist wirklich eine pulsierende, weltoffene und prosperierende Stadt, in der die Menschen gerne leben. Der Kollege Fürnkranz hat das ja immer wieder und macht das auch immer wieder in tibetanischen gebetsmühlenartigen Abhandlungen, wie schlecht Wien eigentlich ist. Ich kann Ihnen nur sagen, sie leben hier, die Menschen, weil sie hier leben wollen und nicht, weil sie es müssen, Herr Fürnkranz! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Denn die Menschen, die hier leben, fühlen sich in ihren Bedürfnissen und ihren Chancen für Entfaltungsmöglichkeiten bestätigt. Und das werden sie kaum in einer anderen Stadt finden außer in Wien! In der Arbeit des Magistrats verwirklicht sich aber natürlich auch das politische Verständnis, manifestiert sich in konkreten Maßnahmen und Projekten und auch, und das wird leicht übersehen, im Rahmen des Tagesgeschäftes der alltäglichen Routine. Dabei agiert der Wiener Magistrat erfolgreich im Sinne der Wienerinnen und Wiener. Herzlichen

Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Magistrats!

Ich möchte Ihnen jetzt aus der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr einige Highlights des Budgets 2019 präsentieren, und das großteils aus der Perspektive natürlich meines Heimatbezirkes. Im Übrigen möchte ich sagen, die Magistratsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen machen einen absolut tollen Job! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte jetzt einmal kurz die MA 21 beleuchten, Stadtteilplanung, und zwar in dem Fall das Zielgebiet der U2-Donaustadt, das Stadtentwicklungsgebiet Erzherzog-Karl-Straße Süd. Das Gebiet liegt an der U2-Achse zwischen der Erzherzog-Karl-Straße im Norden und der Langobardenstraße im Süden und wird im Leitbild der Siedlungsentwicklung des STEP 25 als das Gebiet mit Entwicklungspotenzial für Wohnen und Arbeiten gekennzeichnet. Im Hinblick auf das Stadtwachstum und die dynamische Entwicklung der Donaustadt wird derzeit die Durchführung eines neuen städtebaulichen Planungsverfahrens vorbereitet. Für das Stadtentwicklungsgebiet Erzherzog-Karl-Straße Süd wird ein städtebaulicher Rahmenplan mit Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt, ich betone, mit Öffentlichkeitsbeteiligung, Herr Fürnkranz. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kann ruhig mehr sein, danke. Die Entwicklungsziele wären einmal Schaffung von Wohnraum mit Grün- und Freiflächen, qualitätsvolle Dichte bei sparsamem Umgang mit Grund und Boden. Das heißt, ein absolut guter und überlegter Bodenverbrauch, wie es schon der Kollege Chorherr auch in seiner Rede gesagt hat. Dann die Förderung von sanften Mobilitätsformen. Schaffung eines Bildungszentrums auch in der Langobardenstraße als Eingangsbereich zum neuen Stadtteil, das wohl unverzichtbar ist. Darüber hinaus sind weiterhin die begleitenden organisatorischen Unterstützungen sowie diverse Planungs- und Beteiligungsarbeiten und Maßnahmen für weitere Projekte in den Zielgebieten wie die Berresgasse, Am Haidjöchel, Oberes Hausfeld und Asperner Trasse zu finanzieren.

Lassen Sie mich noch auch das Zielgebiet Zentrum Kagran in Kürze und zusammengefasst skizzieren. Auf Grund dieser stadtstrukturellen Gegebenheiten, die vorliegen, und der hervorragenden verkehrstechnischen Erschließung weist dieses Gebiet vielfältige Entwicklungspotenziale auf. Diese Potenziale werden in zeitlich unterschiedlichen Entwicklungshorizonten aufgegriffen und genutzt. Es ist die Beauftragung der Grünfreiraumplanung der zentralen öffentlichen Räume in Kooperation mit der MA 19 vorgesehen. Weitere Beauftragungen betreffen die Öffentlichkeitsarbeit. Also auch da wird Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Das zieht sich wie ein roter Faden durch. Entwicklungsziel zum Zielgebiet Zentrum Kagran ist die Koordination der Erstellung von Projekten auf Basis des Leitbildes für die Bereiche Zentrumsentwicklung und Identität, BürgerInnenbeteiligung, Mobilität, Verkehr, öffentlicher Raum, Ökologie, Wirtschaft und Wohnen, ganz ein wichtiger Teil. Die Entwicklung eines hochwertigen Bezirkszentrums sowie eines multifunktionalen Stadtteils um den Dr. Adolf-Schärf-Platz und

den Schrödingerplatz sowie entlang der Wagramer Straße bis zum Kagraner Platz. Die Attraktivierung des öffentlichen Raums im Zuge von Neugestaltung und Umnutzung bestehender Flächen wie als Beispiel eben am Schrödingerplatz oder den Dr. Adolf-Schärf-Platz, und die Sicherstellung der öffentlichen Nutzbarkeit und Aufenthaltsqualität. Die Ausweitung und Aufwertung des Angebots an Fuß- und Radverkehrswegen zur Gewährleistung einer entsprechenden Durchwegung, die notwendig ist, und der Vernetzung. Die Neugestaltung des Straßennetzes Wagramer Straße und Donaustadtstraße. Sie sehen also, es gibt sehr viele Projekte, sehr interessante Projekte, die absolut notwendig sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Ausbau und die Attraktivierung von Grün- und Freiflächen, Vernetzung des Erholungsgebietes Alte Donau als maßgebliche Freizeit- und Naherholungsgebiete des Zielgebietes mit umliegenden Erholungsgebieten. Und dies alles mit Information beziehungsweise Einbindung der von der Zielgebietsentwicklung betroffenen Bevölkerung.

Jetzt möchte ich noch ein paar Sätze zur Magistratsabteilung 29 - Brückenbau und Grundbau sagen. Das ist mir ein besonderes Bedürfnis, auch daher, weil ich in der Budgetrede 2018 noch den Josefsteg der Donaustadt beleuchtet habe und jetzt nochmals beleuchten möchte. Der Josefsteg über dem Tischwasser wurde 2001 im Auftrag der MA 49 in reiner Holzbauweise vom Österreichischen Bundesheer errichtet. Trotz laufender Instandhaltungsmaßnahmen ist auf Grund von massiven Schäden der Trägerkonstruktion und des Bohlenbelages, also die Abmorschung und der Pilzbefall, leider das Ende der Lebensdauer erreicht. Im Winter 2019/20 ist der Abtrag und Neubau des Steges geplant. Die Baurate für 2019 wird 150.000 EUR betragen.

Zum Schluss möchte ich noch die MA 41 - Stadtvermessung beschreiben. Es ist mir wirklich ein großes Anliegen, die Agenda einer Magistratsabteilung zu beleuchten, die im Hintergrund tätig ist. Es geht um die Magistratsabteilung 41 - Stadtvermessung. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird eine absolut wichtige und wertvolle Grundlagenarbeit für die Stadtentwicklung in außerordentlich hoher Qualität geleistet. Da darf ich dem Herrn Dipl.-Ing. Dorffner und seinem Team dazu wirklich gratulieren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich finde es ja schade, dass die Oppositionsparteien solchen Beifall nicht leisten können oder wollen, oder wie auch immer, weil ich wirklich die Arbeit der Magistratsabteilungen als sehr hoch einschätze. Gut, dass wir sie haben. Also Sie dürfen auch mitklatschen! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP, GRÜNEN und NEOS.)* Danke. Das tut gut, das tut gut, ja.

Ein wenig Scheinwerferlicht für die MA 41 ist also mehr als gerechtfertigt und hiermit möchte ich sie alle jetzt einmal vor den Vorhang holen. Folgende Schwerpunkte der MA 41 im kommenden Jahr, kurz skizziert: Es gibt das Projekt „Wien gibt Raum“. Das ist eine Bereitstellung der flächendeckenden Straßenbilddaten im Betrachtungssystem „Kappazunder“ - Sie werden das schon gehört haben - und Beratung der Dienststellen zu

den Einsatzmöglichkeiten dieses „Kappazunder“-Systems. Dann das Projekt BIM. Wir reden hier nicht von einer Straßenbahn, sondern vom Building Information Modelling. Das ist ein Projekt zur Etablierung eines professionellen Planungsmanagements. Die Betreuung der Bereiche BIM-konforme Erfassung und 3D-Modellierung von Bestandsobjekten, das Projekt Stadtplan Neu, inhaltliche Betreuung des Themenbereichs Webkartographie, Kontroll- und Sicherheitsmessungen für den U-Bahn-Bau wie die U2 und die U5, Erfassung und Dokumentation des Zustandes vom Brückentragwerken mittels terrestrischen Laserscannings im Auftrag der MA 29. Dann die Schatzdokumentation wird durchgeführt, der Stollen der Wiener Hochquellleitungen im Speziellen mit einem neuen mobilen Kamerasystem, Aktualisierung der Vermessungs- und DDV-Systeme sowie Einsatz innovativer Methoden zur Gewährleistung der Leistungserbringung am Stand der Technik, laufende Aufgaben als Dienstleisterin und zentrale Servicestelle des Magistrats für Vermessung, Abteilungspläne für städtische Liegenschaften und Bauplatzbeschaffungen, Vertretung der Stadt Wien bei Grenzverhandlungen sowie Grenzfeststellungen, die Vermarktungen städtischer Grundstücke zur Sicherung der städtischen Grundgrenzen und des Liegenschaftsvermögens, Aktualisierung, Detaillierung und Bereitstellung der flächendeckenden Geodatenbestände, Gutachten als Expertin im Zuge diverser Verwaltungsverfahren und die Führung der Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur. Übrigens hat die MA 41 auch das Kartenmaterial für unseren LiDo-Radplan geliefert, wie Sie hier sehen *(Die Rednerin zeigt den Plan.)*, ist auch erhältlich und absolut wichtig und informativ. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich möchte dem Herrn Klubobmann GR Joe Taucher danken, dass er das seinerzeit auch eingehängt hat, mehr oder weniger.

Bevor ich nun schließe, möchte ich mich noch einmal sehr herzlich bei den Mitarbeitern und Führungskräften der zuständigen Magistratsabteilungen, allen zuständigen Magistratsabteilungen bedanken, die wieder mit ihrer Expertise und einem wirklich tollen Engagement informieren und unsere Arbeit unterstützen. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit war jetzt insgesamt 11 Minuten, die fraktionelle Restredezeit ist 22 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Kickert. Ich erteile es ihr. Restredezeit der Grünen Fraktion ist 7 Minuten, und diese werde ich auch einstellen.

GRin Dr. Jennifer **Kickert** (GRÜNE): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich werde versuchen, die freiwillige Redezeitbeschränkung einzuhalten. Es wird mir diesmal nicht so leicht gelingen, weil ich mit einem Nachtrag beginnen möchte. Ich bringe hiermit im Namen meiner Kollegen Maresch und Chorherr sowie Taucher, Kubik und Lindenmayr einen Resolutions- und Beschlussantrag zum Thema E-Scooter ein. Kollege Irschik hat ebenfalls in einer Antragsbegründung bereits das Thema aufgerissen, E-Scooter, möchte in seinem Antrag vermehrte

Piktogramme. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, dass es inzwischen bei den E-Scootern eine sehr viel modernere Form der Geschwindigkeitsbegrenzung gibt. Diese E-Scooter sind nämlich mit Geodaten ausgestattet und können daher zentral geschwindigkeitsgedrosselt werden je nachdem, wo sie sind. Wir können uns also die Piktogramme sparen, wenn in der Software der E-Scooter-Anbieter die jeweiligen Zonen, in denen es eine Geschwindigkeitsbeschränkung geben soll, eingespeichert sind. Nur ein kurzer Hinweis zu Ihrem Antrag.

Der Resolutionsantrag der rot-grünen Koalition geht in diese Richtung, dass bei der geplanten Novellierung der Straßenverkehrsordnung der Status der E-Scooter definiert wird. In unserem Sinne wäre es, dass die E-Scooter als Fahrzeuge definiert werden, daher wie Fahrräder zu behandeln wären und sich daher auf der Straße bewegen sollen und nicht auf dem Gehsteig. In formeller Hinsicht ersuchen wir um die sofortige Abstimmung dieses Antrags. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nach diesem kurzen Nachtrag für meinen Kollegen Maresch komme ich zu dem Teil, zu dem ich mich immer zu Wort melde, nämlich Beteiligung. Es geht ja um den Budgetvoranschlag 2019. Deswegen möchte ich einen kurzen Parforceritt durch die Planungen des nächsten Jahres machen. Schwerpunkt Entwicklungsplanung öffentlicher Raum wurde ja schon erwähnt, einerseits die vielen geplanten Änderungen durch den Kollegen Maresch, angefangen von der Rotenturmstraße bis hin zum Reumannplatz. All diese Projekte sind auf Basis von BürgerInnenbeteiligungsveranstaltungen geplant worden und werden auch in begleitender BürgerInnenbeteiligung umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt, der natürlich immer auch über mehrere Jahre geht, sind die großen Stadtentwicklungsgebiete. Da möchte ich noch einmal den Nordbahnhof und den Nordwestbahnhof als die größte innerstädtische Entwicklungszone hervorheben. Da geht es jetzt darum, die städtebaulichen Leitbilder in der Detailplanung schrittweise anzupassen und zu ergänzen. Und auch in diesen Teilbereichen der Ergänzung erfolgt das mit Beteiligung. Die Erzherzog-Karl-Straße ist jetzt gerade von meiner Kollegin erwähnt worden. Da gehe ich jetzt nicht näher darauf ein.

Aber besonders spannend ist auch das Zielgebiet Zentrum Kagran, in dem es eine Grün- und Freiraumplanung für die öffentlichen Räume, die zentralen öffentlichen Räume geben soll. Und da schließt sich wieder der Kreis zur Entwicklungsplanung öffentlicher Raum.

All das in Kooperation mehrerer Magistratsdienststellen, in Kooperation mit dem Bezirk und in Kooperation mit der Bevölkerung.

Dann gibt es noch ein paar kleinere Beteiligungsprojekte, bei denen ich zwei exemplarisch hervorheben möchte, nämlich das Sophienspital, in dem es in diesem Jahr eine erste große viertägige Veranstaltung für die BewohnerInnen gegeben hat, in denen sie ihre Erwartungen darstellen konnten und das Gelände in Form von Führungen auch erkunden konnten, nicht nur das Gelände, sondern auch die Gebäude, vor allem das denkmalgeschützte Gebäude. Die Erwartungen der BewohnerIn-

nen gehen in Richtung öffentlicher Zugänglichkeit des bestehenden Parks klarerweise, der fußläufigen Querung von der Kaiserstraße zur U6 zum Beispiel und natürlich einer Verkehrsberuhigung. An der Erarbeitung der Verkehrslösung werden die nächsten Teile der BürgerInnenbeteiligung stattfinden.

Damit sich noch ein kleiner Exkurs zu einem anderen Thema ausgeht, möchte ich den Matzleinsdorfer Platz nur kurz erwähnen, dessen Planungsprozess schon begonnen hat und die ersten Veranstaltungen von zirka 300 Personen besucht wurden mit einer Vielzahl von Anregungen. Da erfolgt im nächsten Jahr die Erstellung des Leitbildes.

Weil die Gallitzinstraße schon angesprochen worden ist und auch der Antrag zu diesem Flächenwidmungsprojekt, möchte ich auf einen Punkt eingehen, weil der Kollege Oxonitsch auf die planerischen Details eingehen wird. Und zwar möchte ich auf einen Teil eingehen, der in der Diskussion darum, was plant die Stadt und wie sich die BürgerInnen dagegen wehren müssen, auch mit Bildern gearbeitet wird und mit sehr, wie soll ich sagen, dezenten Irreführungen. Eine dieser dezenten Irreführungen ist das Hervorheben des sogenannten Biosphärenparks Wienerwald und die Bezeichnung dieser Liegenschaft als einen geschützten, nämlich durch den Biosphärenpark geschützten Grünraum. Dazu muss man wissen, wofür es den Biosphärenpark gibt. Der Biosphärenpark ist eine Region ist, in der wirtschaftliche Entwicklung, ökonomische Entwicklung, soziale Entwicklung stattfinden sollen, aber in einer möglichst nachhaltigen Art und Weise. Der Biosphärenpark ist also nicht mit einem Naturschutzpark zu vergleichen. Noch dazu muss man sagen, dass im Biosphärenpark Wienerwald ungefähr 76 Prozent dieses Biosphärenparks die sogenannten Entwicklungszonen sind, in denen es eben genau darum geht, um eine nachhaltige Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. In diesen Entwicklungszonen zum Beispiel befinden sich die Westautobahn, die Außenringautobahn, 51 niederösterreichische Gemeinden. Die größten dieser Gemeinden sind Baden, Klosterneuburg und Mödling. Ich würde mir ungefähr die gleichen Standards im Protest und im Widerstand wünschen bei der Frage des Neubaus für das Umweltbundesamt dann in Klosterneuburg, wenn es so weit kommt, weil auch das findet in der Entwicklungszone des Biosphärenreservats statt. Also in dieser Zone Entwicklungsgebiet Biosphärenreservat wohnen 750.000 EinwohnerInnen. Und für diese 750.000 EinwohnerInnen muss natürlich eine Entwicklung möglich sein, sowohl für Arbeitsplätze als auch für Wohnen und daher auch für solche Planungen wie in der Gallitzinstraße. Es ist daher nicht mit einem Naturschutzgebiet zu vergleichen, selbst wenn sie diesen Vergleich und dieses Bild und diesen Irrtum jedes Mal hervorrufen wollen. Das war jetzt eine Belangsendung zur Information über das Biosphärenreservat Wienerwald. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Niegl, und ich erteile es ihm.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Sehr geehrte Vorsitzende! Werte Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Stadtentwicklung, ja, die Stadtentwicklungsgebiete insbesondere in den Randbezirken werden massiv durch die Expansionspolitik der Stadt in Mitleidenschaft gezogen und das gegen die Interessen der Anrainer. Die Stadt wächst und benötigt Wohnraum. Das ist das von Ihnen, meine Damen und Herren, ständig mantraartig wiederholte Konzept und die Begründung dafür, warum Anrainerinteressen bei Bauprojekten nicht berücksichtigt werden. Selbstverständlich stehen auch wir Freiheitliche zu sozialem Wohnraum und zur Errichtung von neuem Wohnraum, jedoch mit Augenmaß, mit Augenmaß und mit einem Gefühl für die Bürger, mit einem Gefühl, was die Bürger benötigen und was sie nicht benötigen. Die Bedürfnisse der Anrainer sind vor allem logischerweise die Erhaltung ihrer Lebensqualität, und die wird, und das wissen Sie selbst auch, massiv in Mitleidenschaft gezogen. Das ist auch der Grund, warum sich die Bürger sukzessive von Ihrer Politik abwenden. Aber das müssen Sie sich in Ihren eigenen Parteigremien dann ausmachen.

Dabei sei natürlich auch ein Mal mehr die Frage erlaubt, wie schnell und in was für einem Ausmaß eine Stadt wachsen darf oder wachsen soll. Das haben wir gestern schon besprochen. Denn genau dieser Zuzug verringert natürlich die Lebensqualität, weil immer mehr gebaut werden muss, immer weniger Platz für die Bürger übrig bleibt und die Infrastruktur nicht im ausreichenden Ausmaß mitgeschaffen wird. Die Forderungen der Anrainer, die neben Bauprojekten wohnen, sind meistens die gleichen, sind fast immer dieselben und sie sind durchaus nachvollziehbar. Es wird meistens verlangt, dass der Neubau dem Altbestand angemessen errichtet wird, Bauhöhe, Baudichte, somit dass die Leute nicht Bauklasse I wohnen und neben ihnen Bauklasse III oder IV steht. Ebenso verständlich ist die Forderung der Anrainer nach einem Verkehrskonzept, denn die neuen Bauten, die von Ihnen errichtet werden, sind logischerweise auch ein Verkehrstreiber. Es ist insbesondere auf der grünen Seite auch als Hauptargument vorgebracht, Wohnbau muss so stattfinden, dass auf der Oberfläche keine Fahrzeuge mehr zu finden sind, die sogenannte autofreie Siedlung. Die Stellplatzverpflichtung von einem Stellplatz auf 100 m² ist natürlich leider nicht ausreichend. Ich weiß schon, dass es eine Forderung der Baulobby war. Aber wenn ich auf der Oberfläche keine Parkplätze habe, wo sollen sich die Bürger mit ihren Fahrzeugen hinstellen? Und ja, sie haben einmal Fahrzeuge und Sie werden es nicht schaffen, den Individualverkehr, den motorisierten Individualverkehr komplett abzuschaffen. Die Leute stellen sich dann logischerweise dort hin, wo sie Platz finden, und das ist dann in der Umgebung dort, wo eben die Anrainer dieses neu errichteten Bauprojektes dann zusätzlich noch ein Parkplatzproblem bekommen.

Ein kleines Beispiel: Ich wohne am Stadtrand und wenn ich mit dem Auto hier ins Rathaus fahre, benötige ich 25 Minuten. 25 Minuten brauche ich mit dem Auto da her. Ich stelle mich in die Garage, wie auch immer. Heute bin ich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gefahren, was ich auch durchaus gerne mache. Aber das Problem

ist, ich brauche eine Stunde. Ich brauche eine Stunde! Ich brauche eine Stunde, heute noch etwas mehr. Warum? Weil beim Bus vermutlich einer ausgelassen wurde, weil es ein bisschen geschneit hat. Ich weiß es nicht. Auf alle Fälle brauche ich eine Stunde hierher. Ist ja in Ordnung, wenn man keinen Stress hat. Nehme ich auch manchmal in Kauf. Aber Sie müssen ja überlegen, die Leute haben nicht immer Zeit, sich eine Stunde Fahrzeit zu nehmen. Manchmal muss es halt schneller gehen. Und es ist ja in Ordnung, dass man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fährt. Ich lehne das ja nicht ab. Aber Sie müssen erkennen, dass es nicht nur die öffentlichen Verkehrsmittel gibt und Sie einfach sukzessive den motorisierten Individualverkehr bekämpfen. Und das ist grundfalsch und ist auch gegen die Interessen der Bürger! (*Aufregung bei GRin Mag. Barbara Huemer.*)

Radfahren. Das ist dann Ihre Lösung, Radfahren anzubieten. Auch ich fahre gerne mit dem Rad, ich bin begeisterter Radfahrer. Ich verwende es halt nicht als Verkehrsmittel, aber das ist halt meine eigene Einstellung dazu. Wir sind auch dafür, dass man das Radfahren fördert, aber dort, wo es stattfinden kann und wo es genutzt wird. Glauben Sie mir das, von Floridsdorf, vom nördlichen Stadtrand Gerasdorf fährt niemand mit dem Radl in die Stadt. Das macht niemand! Die meisten Leute haben gar nicht die Kondition, es zu tun, insbesondere vielleicht jetzt auch im Winterhalbjahr. Ja, es ist so!

Ich weiß schon, da gibt es das E-Bike, und, und, und. Es ist ja alles in Ordnung, aber die Tatsache ist, die Leute machen es nicht. Der Radfahrverkehr stagniert bei unter 7 Prozent, trotz all Ihrer Anstrengungen. Alles andere sind linksideologische Phantasien, die Sie sich ins Stammbuch schreiben können, aber damit die Bürger nicht belästigen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn wir vielleicht auch gleich beim Radfahren sind, manchmal geniere ich mich förmlich für Radfahrer, die ich beobachte. Da gibt es sogenannte Radanarchos, die sich an keine einzige Verordnung der Straßenverkehrsordnung halten, an keine einzige. Da wird bei Rot drübergefahren, da wird am Gehsteig gefahren, über den Schutzweg wird drübergefahren, obwohl man eigentlich schieben müsste, es wird zu schnell gefahren, und, und, und. Es ist komplett wurscht, sie machen, was sie wollen, es herrscht Anarchie am Radweg, und es kann ja nicht wahr sein, dass das in Ihrem Sinne ist. Aber was machen Sie dagegen? - Gar nichts!

Zum Beispiel diese Unart, dass ein Radfahrer bei einer roten Ampel nach vorne fährt. Das ist eine Unart, die nur den Verkehr aufhält. Ich mache das zum Beispiel nicht. Ich stelle mich dort mit dem Fahrrad an, wo ich bei der Kreuzung angekommen bin und ich bin deswegen auch nicht langsamer, weil die Autos eh schneller weg sind als ich. Aber ich verhindere damit, dass der Autofahrer mich noch einmal überholen muss, weil er eh schon grantig ist. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Du fährst in der Tempo-30-Zone immer nur einen 30er, gell?*) Ich fahre in der Tempo-30-Zone mit dem Rad einen 30er, das können Sie wahrscheinlich gar nicht. Das können Sie wahrscheinlich gar nicht! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Ein Ministrant!*) - Ja, schauen Sie, wie

ein Ministrant fahre ich natürlich auch einen 30er, denn etwas anderes zuzugeben, wäre ja falsch, denn wir sind ja logischerweise gesetzestreue Bürger. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Das glaube ich nicht!)* - Sie nicht? Ich denke, Sie fahren ja auch einen 30er. Mit dem Rad fahren sie wahrscheinlich nie einen 30er, weil Sie es nicht zusammenbringen, aber das macht nichts. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Oh ja!)* - Ja, bergab vom Kahlenberg runter! *(Weitere Zwischenrufe von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* - Na gut, wie auch immer.

Auf alle Fälle würden Sie, meine Damen und Herren der Wiener Stadtregierung, ein bisschen mehr machen, damit sich die Radfahrer auch an die Verkehrsordnung halten, würde die Unfallstatistik der Radfahrer auch gleich ein bisschen besser ausschauen, denn im kausalen Zusammenhang sind halt leider auch oft die Radfahrer schuld.

Bleiben wir bei der Stadtentwicklung und bei den Bauprojekten. Es gibt jetzt Bauprojekte, in Floridsdorf sind es zum Beispiel drei am Stück, die von den Anrainern massiv beeinträchtigt werden. Da haben wir das Bauprojekt Siemensacker, dort stampfen Sie auf der grünen Wiens ohne Rücksicht auf die Anrainer ein Wohnbauprojekt heraus. Die Anrainer haben auch hier wieder gesagt: Bitte nicht so hoch, bitte ein wenig lichter bebauen, und, und, und. Was machen Sie? - Sie nehmen keine Rücksicht darauf. Verkehrskonzept gibt es keines, autofrei ist die Siedlung ebenfalls. Wo sollen die Autos hin, wo wird man parken? - Bei den Anrainern, in der Steinheil-Siedlung, und, und, und. Sie fahren rücksichtslos darüber. Noch dazu ignorieren Sie, dass es dort offenbar Altlasten gibt. Auch das ist Ihnen egal, es ist vollkommen uninteressant, was da passiert. Aber wir werden sehen, es wurde jetzt eine Verfügung des Verwaltungsgerichtshofes auf Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erlassen oder erkannt, da werden wir einmal sehen, was bei dieser ganzen Geschichte herauskommt. Im schlimmsten Fall wird es ein Baustopp sein und im schlimmsten Fall muss man vielleicht die ganzen Maßnahmen wieder rückgängig machen. Das sind natürlich Ihre Blauäugigkeit, Ihre Fehlentwicklung, Ihre mangelnde Stadtplanung.

Dann haben wir natürlich auch das Bauprojekt Neu Leopoldau, das haben wir schon des Öfteren hier gehabt. Auch da ignorieren Sie massiv, dass das eine schwerstens kontaminierte Altlast ist, und das können Sie nicht abstreiten. Es ist eine schwerstens kontaminierte Altlast, und Sie machen nichts, absolut nichts zum Schutz der dort angesiedelten Bürger. Aber diese Verantwortung werden Sie irgendwann einmal tragen müssen. Auch Sie, Herr Kollege Maresch.

Ja, was haben wir dann noch Schönes? - Dann haben wir noch das Bauprojekt Gerasdorf und auf der Gerasdorfer Straße, das ist eines der jüngsten Probleme. Wer die Gerasdorfer Straße kennt, weiß, die ist von Haus aus schon ein bisschen problematisch, weil es eine Querverbindungsstraße ist. Es ist relativ viel Verkehr dort, dort fährt halt leider auch nur der Bus. Der Bus ist natürlich dann noch dazu so gestaltet, dass er nicht in Busbuchten einbiegt und in der Busbucht wartet, damit

die Autofahrer vorbeifahren können, nein, der bleibt mitten auf der Fahrbahn stehen. Das versteht ja auch niemand. Das müssen Sie mir einmal erklären, was das für einen Sinn hat. Der Busfahrer hat nichts davon, denn wenn er aus der Busbucht wieder rausfahren möchte, hat er ja eh Vorrang. Aber wie auch immer, das ist einfach nur, um den Autofahrer zu quälen und den Verkehr weiter voranzutreiben.

Dort gibt es jetzt das Bauprojekt Gerasdorf und auch dort wieder direkt neben der Schule keine Parkplätze, keine Möglichkeiten der Zufahrt, und, und, und. Wieder ein Projekt, wo die Anrainer massiv auf die Barrikaden steigen und es niemanden von Ihnen juckt, nur einen Funken nachzugeben oder sich vielleicht mit den Bürgern zu verbinden. Nein, das ist Ihnen komplett egal.

Die GRÜNEN haben es ja selbst gemerkt, als sie aus dem Parlament rausgeflogen sind. Auch das nutzt nichts, Ihr seid einfach belehrungsresistent, aber Ihr seid durchaus stringent. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Ihr wart auch schon einmal nicht im Parlament!)* - Ja, das ist schon länger her, Ihr seid aber jetzt draußen, und das ist viel schöner. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Kommt schon wieder!)* - Ja, ja, genau, in Ihren Träumen.

Aber Sie von der SPÖ und den GRÜNEN ignorieren einfach die Forderungen der Bürger und machen zur Stadtentwicklung an und für sich nichts, was Sie machen sollten. Ich darf auch vielleicht darauf hinweisen, dass auch die Verkehrsanbindung oft etwas schlechter ist. Gerade leistungsfähige Verkehrsmittel wie die U-Bahn oder die Schnellbahn sollten natürlich über die Wiener Stadtgrenze hinausführen. Das haben wir schon öfters gefordert. Park-and-ride-Anlagen wären dann interessant, und dann würden Sie auch die ganze Pendlerproblematik los werden. All diese Dinge könnte man natürlich machen. Es gibt Städte wie München, die so etwas eigentlich vorzeigen, wo es auch funktioniert. Aber Sie wollen es natürlich nicht. Nein, Sie haben lieber in der Stadt die Abzockepolitik und die Kurzparkzonenregelung, die an und für sich nichts bringt. Wenn Sie schon Kurzparkzonen machen wollen, warum machen Sie nicht ein flächendeckendes Parkpickerl für ganz Wien ohne Kosten für die Anrainer *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Was sagt Ihr Bezirksvorsteher dazu?)*, wo jeder Wiener *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Der Niegl weiß nicht einmal, dass es den Stadler gibt!)* - aufpassen, Sie können was lernen, Herr Maresch - in allen Bezirken ... *(Zwischenruf von GR Prof. Harry Kopietz.)* - Da hätten wir nämlich die ganze Problematik nicht mehr. Aber das ist die Lösung, die Sie nicht wollen, weil Sie ja natürlich das moderne Straßenräubertum vorantreiben, weil Sie ja hinten und vorne Ihr Geld brauchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Würden Sie halt ein bisschen nachdenken, würden Sie ein bisschen einen Rat annehmen, ja auch der Herr Prof. Kopietz könnte einen Rat annehmen, denn als Professor sollte er ja ein gescheiter Mensch sein. Lebenslanges Lernen ist natürlich interessant, dann könnte man unter Umständen auch unserem Antrag für eine Optimierung des Straßennetzes beziehungsweise Öffi-Netzes zustimmen. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Lebenslanges Lernen! Der war aufgelegt!)*

Ich darf jetzt hier diesen Beschlussantrag einbringen:

„Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung wird aufgefordert, im Zuge der laufenden Planungsarbeiten für das hochrangige Öffi-Netz der verkehrsträgerübergreifenden Vernetzung, also insbesondere Umsteigerelationen zwischen S- und U-Bahn, der Verlängerung der U-Bahn bis zur und über die Stadtgrenze hinaus zu entsprechenden Park-and-ride-Anlagen sowie der Hebung der S-Bahn-Kapazität durch Einführung zeitgemäßer Sicherungssysteme und anderer netzoptimierender Maßnahmen Rechnung zu tragen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kommen Sie von Ihrem hohen Ross ein wenig herunter, nehmen Sie ein bisschen etwas an. Auch wir haben gute Vorschläge, wie auch Sie manchmal gute Vorschläge haben. Das streiten wir ja gar nicht ab, aber Sie verharren in Ihrer Erstarrung, in Ihrer Nichtbeweglichkeit. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Der letzte Satz mit der Schnellbahn, der war gut!)* - Hat es Ihnen gefallen? - Na, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Wie auch immer, kommen Sie aus den Hüften, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Arbeiten Sie für die Bürger, insbesondere für die Staatsbürger und bewegen Sie sich in Richtung der Bürgermeinung zu. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Oxonitsch. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Christian **Oxonitsch** *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht gleich zu Beginn mit einem Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den diversen Magistratsabteilungen dieser Geschäftsgruppe beginnen. Dies in erster Linie deshalb, weil ich ein bisschen abweichend von der Darstellung, was sich eigentlich in den Budgetzahlen an konkreten Maßnahmen der Magistratsabteilungen befindet ... Ich wollte das natürlich auch ein bisschen bei einzelnen Magistratsabteilungen präsentieren. Ich möchte ein bisschen davon abgehen, weil ich doch natürlich gerade auch als Ottakringer zu einzelnen angesprochenen Punkten hier Stellung nehmen möchte. Ich möchte mich deshalb bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Geschäftsgruppe bedanken, weil Sie, glaube ich, eine ganz wesentliche Grundlagenarbeit für die Stadt in verschiedensten Bereichen leisten, die letztendlich diese Grundlagen darstellen, warum Wien dasteht, wie es dasteht. Im Bereich der Stadtgestaltung, im Bereich der Energieplanung, natürlich auch im Bereich der Stadtentwicklung, natürlich auch im Bereich der Verkehrsorganisation, sind hier sehr viele Grundlagen zu finden, die es, glaube ich, manchmal wert wären, sich ein bisschen näher damit auseinanderzusetzen.

Das würde uns vielleicht die eine oder andere Diskussion hier ersparen, um nur auf den Kollegen Niegler kurz einzugehen. Natürlich ist für uns die Parkraumbewirtschaftung immer auch eine Verkehrslenkungsmaß-

nahme und nicht nur eine Maßnahme gewesen, damit wir die Stellplätze organisieren und die Pendler draußen halten. Natürlich geht es auch um eine Verkehrslenkungsmaßnahme in dieser Stadt, das haben wir schon 100 Mal diskutiert. Man könnte sich diese Grundlage auch ansehen, dann würde man nämlich feststellen, dass gerade diese Parkraumbewirtschaftung als Lenkungsmaßnahme ganz wesentlichen Erfolg in der Stadt erzielt hat.

Erinnern wir uns an die Maßnahmen in der Innenstadt. Da haben wir nicht von den Pendlern geredet, das war der Innerwienerverkehr, wie dieser klassische Verkehr ins Zentrum für die Bewohnerinnen und Bewohner der Bezirke 1 bis 9, um es einmal grob zu sagen, eine große Belastung dargestellt hat, natürlich auch die Parkplatzsuche. Das hat sich bewährt und hat zu mehr Lebensqualität geführt, und das führt natürlich auch jetzt in anderen Bereichen dazu. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich finde es ja interessant, dass der Kollege Niegler auch - das haben wir ja schon in ein paar Wortmeldungen gehört - gerade an einem Tag wie diesem immer so der Vorkämpfer für die Altlastensanierung ist. Gerade heute hat der Rechnungshof festgestellt, dass die Frau Umweltministerin eine Novelle zum Altlastensanierungsgesetz vorlegt, wo man überhaupt nicht nachvollziehen kann, wie man dort auf einmal zu dem Schluss kommen kann, 5 Milliarden EUR einzusparen. Diese Ankündigung von Milliardeneinsparungen kennen wir ja schon einige Male. Bei der Sozialversicherung wird von der Milliarde geredet, also jetzt haben wir noch 5 Phantasiemilliarden dazu bekommen. Da sich herzustellen, wenn man ganz genau weiß, wie sorgsam und sorgfältig Wien mit Altlastensanierung in seinem Stadtgebiet umgeht, und gleichzeitig das an einem Tag, wo der Rechnungshof - und man kann der Frau Präsidentin jetzt auch nicht gerade unterstellen, dass sie ganz regierungsfern ist, aber sie prüft sehr sorgfältig und genau - 5 Milliarden Einsparungen feststellt, die man in diesem wesentlichen Bereich vornehmen will und die nicht nachvollziehen kann, finde ich eigentlich ein relatives starkes Stück.

Ich möchte auch vielleicht noch auf die Eingangsrede der Kollegin Olischar eingehen, die ja da jetzt wieder einmal heute die große Transparenz in Wien gefordert hat. Mein Zwischenruf - ich hoffe, man überträgt den Livestream auch nach Niederösterreich - war schon begründet, denn ich würde mir wünschen, wenn hier diskutiert wird, dass einem die eine oder andere Anfragebeantwortung im Gemeinderat von der Frau Stadträtin nicht gefallen hat, von der Frau Vizebürgermeister, von anderen Stadträten, dass man sich darüber in Niederösterreich überhaupt aufregen kann. Dort darf man gar nicht in einer Fragestunde fragen, dort gibt es so ein Instrumentarium gar nicht, da gibt es dringliche Initiativen wie Dringliche Anfragen überhaupt nicht. Da kann man sich natürlich auch nicht beschweren drüber. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist eh klar, dass einem die eine oder andere Antwort nicht behagt, aber man sollte zumindest die Möglichkeit haben, überhaupt Fragen zu stellen. Das ist

überhaupt eine ganz spannende Vorgehensweise. Es gibt schon die Möglichkeit, dass Fragen auch mündlich beantwortet werden, nämlich wenn der Landesrat sagt, ich will es mündlich beantworten. Interessanterweise ist es in den vergangenen Jahrzehnten noch nicht vorgekommen, aber theoretisch gäbe es die Möglichkeit. Man kann es sogar verlangen, dann könnte man sich vielleicht auch beschweren, aber grundsätzlich kann man es eben nicht tun. *(Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)*

Wenn hier Transparenz verlangt wird, zeigt gerade in dieser Geschäftsgruppe ja auch die Budgetgestaltung, dass es hier entsprechende Transparenz gibt. Daher weiß man auch, dass das natürlich vom Finanzvolumen her nicht die größte Geschäftsgruppe ist, aber, wie ich bereits eingangs gesagt habe, sehr wesentlich für das ist, dass sich Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt sehr wohl fühlen, dass ihnen die Stadt auch insgesamt gefällt und dass vor allem auch natürlich Touristinnen und Touristen - und die sind auch ein wesentlicher Rahmen für uns in dieser Stadt - natürlich auch gerne in diese Stadt kommen. Darum ein großes Dankeschön an dieser Stelle. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Da wir eh noch ein bisschen mehr Guthaben haben, überziehe ich jetzt ein wenig auch meine Redezeit, aber ich möchte schon noch als Ottakringer natürlich zur Gallitzinstraße etwas sagen. Es hat die Kollegin Ollischar - und es ist ja auch ein paar Mal gekommen - darauf hingewiesen, es hat schon sehr frühzeitig quasi Anmerkungen von der Bürgerinitiative oder von Anrainerninnen und Anrainern zu diesem Projekt gegeben. Warum war das möglich? - Weil bereits 2016 das erste Mal seitens des Bezirks und der Stadt und auch der zuständigen Magistratsabteilungen die entsprechenden AnrainernInnen in den Planungsprozess mit einbezogen wurden.

Es hat damals magistratsintern einen Workshop gegeben, fast alle Magistratsabteilungen gerade dieser Geschäftsgruppe waren damit befasst und haben einige Anregungen gegeben. Es würde jetzt zu weit führen, wir werden das wahrscheinlich bei der Beschlussfassung dieses Plandokuments noch machen. Es hat einige Anregungen gegeben, die sich gerade auch vom Gründruck zum Rotdruck weiterentwickelt haben: keine flächige Verbauung, sondern ganz konkret ausgewiesene Bauplätze, Kollege Chorherr hat schon darauf hingewiesen, nicht 70 Prozent Verbauung, sondern maximal 40 Prozent Verbauungen in dem Bereich der Höhenbeschränkungen mit Flachdachbegründungen, um ökologisch gerade in der Entwicklungszone des Biosphärenparks - wir sind nicht im Biosphärenpark, wir sind in der Entwicklungszone des Biosphärenparks - ein gutes Instrument umzusetzen.

Wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, dann muss man sagen, er strotzt leider vor vielen falschen Informationen. Vielleicht wissen Sie es nicht, dann schauen Sie sich bitte - und das betrifft alle Oppositionsparteien - ein wenig das Plandokument an. Aber es wird immer gesprochen, es wird auf das öffentliche Interesse nicht Bezug genommen. Dieses Grundstück, wer es nicht kennen sollte, ist bis jetzt ein abgezauntes Grundstück, kann

flächig im Rahmen der gärtnerischen Nutzung verbaut werden. Was wird es zukünftig sein? - Ein tatsächlich querbares durchwegtes Grundstück, wo wir die Möglichkeit haben, auch in ökologischer Bauweise zu bauen; nicht zuletzt auch auf Grund eines Gutachtens, das jetzt noch eingearbeitet wird, weil es seitens des Bezirkes, aber auch der Stadtregierung nun auch angefordert wurde, wo man das selbstverständlich entsprechend noch ökologisch überarbeitet. Das ist weder etwas Böses, sondern man hat nach dem Gründruck gesagt, wir wollen das noch speziell begutachtet haben. Das wird eingearbeitet werden, das wird sich dort finden.

Es steht auch drinnen, dass es ein Monsterprojekt ist, und es ist drinnen, in der Umgebung ist die übliche Bauklasse I. Es gibt drei Gassen, die dieses Grundstück begrenzen, das ist die Gallitzinstraße, da haben wir in weiten Teilen nicht einmal Bauklasse I, denn das ist der Friedhof. Okay, jetzt lassen wir es gelten, aber daneben haben wir die Bauklasse V auf der Thaliastraße 159. Das kenne ich gut, ich bin dort aufgewachsen, ein Hausmeisterkind von dort, Bauklasse V, acht Geschoße, die wir dort haben. Wir haben die Hofzinsergasse, dort sind Bauklasse II und Bauklasse III, und wir haben die Erdbrustgasse, entlang des Grundstückes überall Bauklasse II. Wo da die Bauklasse I ist, außer dahinter, wo die Kleingärten dann anfangen, weiß ich überhaupt gar nicht, die sich in einer großen Anzahl befindet. Es ist dort also die ortsübliche Bauweise.

Wir werden dieses Plandokument sicher noch intensiv diskutieren, aber gerade - und das ist mir wesentlich - auch auf Grund der guten Zusammenarbeit der diversen Magistratsabteilungen gerade auch in dieser Geschäftsgruppe auch mit dem Bezirk, glaube ich, ist es ein gutes Projekt, das leistbares Wohnen, das geförderten Wohnbau, einen Kindergarten bringt, ökologische Bauweise bringt. Dafür ein großes Dankeschön, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Redezeit waren 8 Minuten, die fraktionelle Restredezeit sind 14 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Holzmann, ich erteile es ihm. Ich stelle die selbstgewählte Redezeit von 5 Minuten ein.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich darf mich heute im Zuge der Budgetdebatte für den Voranschlag 2019 auf die Magistratsabteilungen 28, 33 und 46 konzentrieren.

Die MA 28 hat für die Erhaltung, Instandsetzung und Errichtung des Wiener Straßennetzes im Budget 2019 rund 130 Millionen EUR veranschlagt und für Stadterweiterungsgebiete werden insgesamt etwa 3,4 Millionen EUR veranschlagt. Stellvertretend für die Schwerpunktprojekte der MA 28 möchte ich nur kurz folgende Projekte nennen: an erster Stelle der U-Bahn-Ausbau U2/U5, Hauptbahnhof, Nordbahnhof. Heute schon genannt wurden die Rotenturmstraße und der Reumannplatz, und auch die Seestadt Aspern ist weiterhin Bestandteil der Stadtentwicklung.

Das Lückenschlussprogramm für den Radfahrverkehr wird fortgesetzt, und auch die Bereitstellung entsprechender Radabstellanlagen durch die MA 28 oder auch durch Dritte sowohl auf öffentlichem Grund als auch auf nichtöffentlichem Grund wird weiter forciert werden.

Für die Verbesserung der Mobilität für Menschen mit besonderen Bedürfnissen werden wieder umfangreiche Maßnahmen wie etwa taktile Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte sowie Gehsteigvorziehungen hergestellt. Für die Aufgaben der Mobilitätsagentur werden im Jahr 2019 grob 2,2 Millionen EUR budgetiert, die etwa bewusstseinsbildende Maßnahmen im Bereich Zufußgehen oder auch, was das Thema Radfahren betrifft unterstützen sollen, wo Kampagnen stattfinden werden.

Ich darf zur MA 33 überleiten. Bei der MA 33 wird das Erfolgsprojekt des Seilhängeleuchtentausches fortgesetzt. Hier werden durch die effizienten LED-Leuchten Stromkosten nachhaltig reduziert. Analog dazu soll es Planungen geben, auch die Ansatzleuchten entsprechend zu tauschen. Auch bei Projekten der Stadterweiterung und der Stadtentwicklung hat die MA 33 eine maßgebende Rolle. Die MA 33 sorgt dafür, dass es in unserer Stadt, in unserem Wien nicht finster wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine weitere wichtige Rolle für die nächsten Jahre kommt der MA 33 auch im Bereich der Verkehrslenkung zu. Hierbei bereitet sich die MA 33 infrastrukturtechnisch proaktiv auf innovative und zukunftssträchtige Services vor. Dazu werden in einem ersten Schritt Machbarkeitsstudien und Forschungsprojekte zur Identifikation der idealen Maßnahmen umgesetzt. In einem weiteren Schritt werden bestehende Lichtsignalanlagen mittels Erfassungseinrichtungen und Programmanpassungen erweitert, sodass eine dynamische Verkehrslenkung realisiert werden kann.

Für die MA 46 wird im Jahre 2019 die Verkehrssicherheit, wie heute schon angesprochen, auch einen wesentlichen Teil und einen Schwerpunkt der Arbeit darstellen. Hier werden Unfallhäufigkeitsstellen ausfindig gemacht, konkrete Sanierungsvorschläge auf Grund von Erhebungen vor Ort in Zusammenarbeit mit den Bezirken. Analysen der Unfälle erarbeitet und umgesetzt. Verkehrsunfälle mit Beteiligung von ungeschützten Verkehrsteilnehmern werden dabei prioritär behandelt.

Das Baustellenkontrollteam der MA 46 führt jährlich etwa 4.000 Baustellenkontrollen bei verkehrsrelevanten Baustellen durch. Sensible und kritische Baustellen oder Bauvorhaben werden mehrmals im Jahr überprüft. Ein besonderer Augenmerk wird dabei auf die Einhaltung des Bescheidinhaltes gelegt, sodass die Verkehrssicherheit wie auch die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs aufrechterhalten werden können.

Abschließend, da das heute schon wiederholte Male Thema war, kurz zur Parkraumbewirtschaftung, begonnen vor ziemlich genau 25 Jahren. Im August 1993 begann das damals in der Innenstadt mit einem Pilotprojekt. Weitere Schritte waren dann mit August 1995 die Bezirke 6 bis 9, 1997 waren dann die Bezirke 4 und 5 dran. Der nächste Ausbauschritt 1999 der Bezirk 22, dann am 4. September 2017 Favoriten und jetzt seit

Monatsbeginn, seit 5. November 2018 hat auch ein Teil von Simmering das Parkpickerl beziehungsweise die Parkraumbewirtschaftung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für wenige überraschend: Wenn man nur in einem Teil des Bezirks die Parkraumbewirtschaftung einführt - wie wirkt sich das aus? Leider war einer, der doch zumindest vom Ausmaß sehr überrascht war, der freiheitliche Bezirksvorsteher, der offensichtlich mit diesen extremen Auswirkungen nicht so gerechnet hat. Unterm Strich wird es bedeuten, dass für das Jahr 2019 neben dem 19. Bezirk auch für Simmering das Thema Parkraumbewirtschaftung weiterhin Thema ist und hier mit budgetwirksamen Maßnahmen zu rechnen sein wird. - Ich danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara. Die Restredezeit wäre 1 Minute.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Na gut, machen wir zwei.

Geschätzte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich jetzt hier noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich schon auch das von dir, Christoph Chorherr, mit dem Thema der Central European University auflösen wollte. Letztendlich muss man ganz ehrlich sagen, es ist ein Zufallsprodukt, dass das jetzt so passiert - und Gott sei Dank. *(GR Mag. Christoph Chorherr: Nein, wir haben uns intensiv bemüht! Das fällt euch nicht auf!)* - Nein, denn vor zwei Jahren war die Diskussion so noch nicht gestartet. Trotzdem gab es jahrelang diesbezüglich kein Nachnutzungskonzept. Das muss man ganz ehrlich sagen. Es ist auch den Bürgerinitiativen zu verdanken, dass letztendlich hier nicht noch Stück für Stück mehr Wohnbau passiert ist. Auf dieser Seite ist natürlich vor dem Hintergrund schon einiges passiert. Das möchte ich noch dazusagen. *(GR Mag. Christoph Chorherr: „Let's agree to disagree!“) - „Let's agree to disagree.“* Noch einmal: Ich finde es gut, dass das jetzt passiert, absolut, aber auch im Sinne der monothematischen Nutzung, glaube ich trotzdem, ist es auch wichtig, zu sagen, dass einzelne Bereiche, wie jetzt zum Beispiel das Jugendstiltheater, dann nicht nur exklusiv einer Institution zur Verfügung stehen. Dafür werden wir uns einsetzen, und ich hoffe, dass das in den Verhandlungen entsprechend auch berücksichtigt wird. *(Beifall bei den NEOS. - GR Gerhard Kubik: Mit aller Wertschätzung! - GR Mag. Christoph Chorherr: Ja, wir auch!)*

Dann möchte ich noch eine Replik auf die FPÖ geben, auch auf den Kollegen Irschik. Also, ich kenne mich ja echt nicht aus bei der Verkehrspolitik, Mobilitätspolitik der FPÖ. Auf der Bundeseite sagt der Minister Hofer, er steht für Elektromobilität, Elektromobilität, Elektromobilität. *(GR Wolfgang Irschik: Wir auch!)* Was ich jetzt von Ihrer Seite höre, ist das jetzt wieder komplett etwas anderes. Auf der einen Seite wird das erzählt, auf der anderen Seite wird das erzählt. Offensichtlich ist die FPÖ also auf der Wiener Ebene sehr wenig mit dem abgestimmt, was auf der Bundesebene passiert. *(StR Maximilian Krauss: Keine Sorge!)*

Das ist mir überhaupt nicht klar, auch Themen wie der Radweg am Getreidemarkt. Da wünsche ich mir auch mehr Evidenz. Ich habe mir das über lange Zeit konkret angeschaut, wie es tatsächlich aussieht. Die Staubildung entsteht durch die Abbiegespur bei den Museen Richtung Ring. Das ist das Hauptproblem, warum ein Stau entsteht. Das hat nichts mit dem Radweg zu tun. Ja, das ist so. Ganz ehrlich, auch Kollege Juraczka, ich meine, Sie fahren dort offenbar nicht und Sie fahren auch nicht zu den Zeitpunkten. Das hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun. Ich wünsche mir hier schon eine evidenzbasierte Verkehrspolitik.

Auch im zweiten Punkt: Ich meine, ich dachte, die ÖVP ist eine Wirtschaftspartei, und ich dachte, die ÖVP geht mit Budgetmitteln auch ordentlich um. Wenn Sie den Ausbau einer U-Bahn in den Süden und in den Westen fordern, dann kostet Sie das pro Kilometer mindestens 150 Millionen EUR. Eine Schnellstraßenbahn kostet ein Zehntel davon. Dass wir diese Vernetzung ins Umland brauchen, ist ja richtig. Aber zu diesem Geld? Ich verstehe das einfach nicht. Das sind die teuersten Verkehrsmittel, die möglich sind.

Das ist auch etwas, was wir immer wieder einfordern, nicht nur hier im Gemeinderat, sondern auch in Niederösterreich, dass wir endlich einmal eine verkehrsübergreifende Verkehrsplanung zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland machen. Das halte ich für einen wesentlichen Fortschritt. Aber diese Segmentierung macht einfach keinen Sinn. Das heißt, wer intelligent Budgetmittel einsetzt, macht endlich einmal eine übergreifende Raumplanung zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland. - Danke schön. *(Beifall bei NEOS und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Irschik gemeldet. Drei Minuten maximal.

GR Wolfgang **Irschik** (FPÖ): Es wird nicht so lange dauern, Frau Vorsitzende.

An den Kollegen Holzmann, werter Ernst!: Na ja, ganz so war es nicht. Der freiheitliche Bezirksvorsteher von Simmering hat eine Bürgerbefragung initiiert, und manche der Bewohner haben sich gegen das Parkpickerl ausgesprochen und manche dafür. Dass es zu einem Verdrängungswettbewerb führt, war eigentlich klar. Jetzt fordern die, die ursprünglich dagegen waren, auch ein Parkpickerl. Das hat also nichts mit der Überraschtheit des Bezirksvorstehers zu tun. Das ist der eine Teil. *(GR Ernst Holzmann: Das Ausmaß hat ihn überrascht!)*

Der zweite Teil an den Kollegen Gara: Na, dass die Linkseinbieger auf die Ringstraße schuld sind an einem Verkehrschaos? - Werter Kollege, es fehlt ganz einfach ein Fahrstreifen. Wenn Sie sagen, Sie fahren dort öfters, weiß ich nicht, ob Sie tatsächlich mit dem Auto oder mit dem Fahrrad fahren. Es stimmt natürlich nicht, es fehlt ganz einfach ein Fahrstreifen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau VBgm.in Mag. Vassilakou. Ich erteile es ihr und darf darauf hinweisen, dass die Redezeit 15 Minuten beträgt.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank!

Vielen Dank, Frau Kollegin Olischar, vielen Dank, Herr Kollege Gara, vielen Dank, Herr GR Juraczka, vielen Dank Frau GRin Emmerling für die durchaus zwar kontroversielle, aber doch sehr zivilisierte und ich würde sagen, auch würdige Debatte. Wie sehr oft sind wir auch heute nicht einer Meinung, aber ich möchte natürlich sehr, sehr gerne zumindest auf ein paar der Punkte, die Sie vorgebracht haben, replizieren.

Nur vorweg: Während wir hier diskutieren und so wie gewohnt selten einer Meinung sind, soferne man das, was wir hier tun, überhaupt als Diskussion bezeichnen kann ... Wie gesagt, manche von uns bemühen sich, so etwas wie einen Dialog aufzubauen und aufrechtzuerhalten, dafür bin ich dankbar. Während wir hier also das tun, was wir für gewöhnlich tun, wächst Wien unbeirrt rasant weiter und ebenso unbeirrt arbeitet mein Ressort daran, diese wachsende Stadt mit dem auszustatten, was sie braucht. Dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön, auch für diese Unbeirrtheit, mit der gearbeitet wird. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das heißt, auch 2019 werden durch meine Geschäftsgruppe die Grundlagen für die jährlich notwendigen 10.000 Wohnungen geschaffen, Betriebsflächen ausgewiesen, Schulbauten vorbereitet, und vieles andere mehr. Die Anpassung an den Klimawandel ist zum wesentlichen Faktor für die Planung neuer Stadtentwicklungsgebiete in Wien geworden.

Dabei geht es beispielsweise um die vorausschauende Planung von ausreichend Grün- und Freiraum. Es geht um ausreichende Beschattung, um das Pflanzen von Bäumen und die Vermeidung von Hitzeinseln. Die Wichtigkeit von Grünräumen und Beschattung haben wir, denke ich, alle in diesem Sommer am eigenen Leib erfahren. Noch nie in unserer Geschichte hat es eine derartige Hitzeserie gegeben, es waren also die meisten Hitzetage mit mehr als 30 Grad an jedem Tag, die es je hintereinander gegeben hat. Interessant finde ich, dass es heute eigentlich schon wieder kaum Thema war, obwohl wir eigentlich alle wissen sollten und verstanden haben sollten, dass die Art und Weise, wie wir dieser Entwicklung begegnen, durchaus eine ist, die unser aller Leben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten prägen wird, ganz besonders übrigens das Leben unser aller Kinder prägen wird. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Die globale Erwärmung ist größtenteils vom Menschen gemacht. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe, hier insbesondere Kohle und Erdöl, haben zu einem rasanten Kohlendioxidanstieg geführt. Städte sind übrigens Hauptverursacher dieser Entwicklung und es gibt, wie wir, hoffe ich, hier alle wissen, zwei Bereiche, die wesentlich sind und wesentlich zu dieser Entwicklung beitragen. Das eine Kapitel ist das Kapitel Verkehr, und damit wir uns hier verstehen, Autoverkehr, motorisierter Individualverkehr. Das zweite Kapitel ist das Kapitel Raumwärme.

Das Klimathema wird somit in den Städten gewonnen oder verloren. Ich persönlich finde, wir täten gut daran,

die Zeit, die wir hier haben, und sie ist kostbar, schlussendlich auch damit zu verbringen, tatsächlich darüber zu diskutieren, was Wien leisten kann, was Wien auch mit Blick auf die nächsten Jahre leisten kann, damit wir eben das Thema, diesen Kampf, wenn Sie so wollen, nicht verlieren, sondern gewinnen.

Wir in Wien als Regierung stellen uns unserer Verantwortung und ergreifen stetig Maßnahmen, um unseren CO₂-Fußabdruck zu verringern, Maßnahmen übrigens, die hier im Haus immer und stets kontroversiell diskutiert werden und um die es heute übrigens auch geht. Dazu gehört eine nachhaltige und verantwortungsvolle Stadtplanung und Verkehrsplanung. Sie trägt Sorge für ausreichend Grün- und Freiräume, denkt ausreichend Beschattung mit, baut die Infrastruktur für nachhaltige Mobilität aus und sorgt für eine kontinuierliche Attraktivierung des öffentlichen Raums. Ja, meine Damen und Herren, das ist das, was wir in den letzten Jahren getan haben, und das ist das, was wir auch im Jahr 2019 weiter tun werden.

Unsere Stadt hat eines der dichtesten Öffi-Netze der Welt, das noch dazu auch eines der günstigsten Öffi-Netze der Welt ist. Das ist nur ein Beispiel von dem, was in den letzten Jahren angegangen wurde. Aktuell geht es natürlich auch um die Erweiterung dieses Netzes, aber dazu komme ich noch zu sprechen.

Wien ist in weiten Teilen eine Stadt der kurzen Wege, lädt zum Zufußgehen ein und bietet attraktive öffentliche Freiräume. Eine solche Stadt übrigens, so wie ich sie hier zeichne, ist eine lebenswerte Stadt. Das ist eine Stadt, in der wir alle leben, nicht weil wir es müssen, sondern weil wir das Leben in dieser Stadt lieben, weil wir unsere Stadt lieben. Ich glaube auch, dass es nicht von ungefähr kommt, dass wir zum neunten Mal in Serie zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt wurden. Ja, ich weiß, zu Recht kann man auch skeptisch sein, wenn man Lebensqualität mit Punkten misst, doch ich meine, wenn wir neun Mal hintereinander Rankings gewinnen, dass wir einiges richtig machen und dass wir am richtigen Weg sind, auch im Klimaschutz. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Lassen Sie mich das mit einigen Beispielen und Zahlen untermauern. In Wien gibt es mittlerweile mehr Öffi-Jahreskarten als zugelassene Autos. Die Einführung der 365-EUR-Jahreskarte zeigt, dass eine nachhaltige Verkehrspolitik Früchte trägt. Ja, auch im Jahr 2019 werden wir daran arbeiten, dass unser Öffi-Netz weiter ausgebaut wird, vor allem werden wir auch dafür sorgen, dass diese Jahreskarte weiterhin so günstig bleibt - ein Weltrekord.

Wien hat mit einem international sehr beachteten Modal-Split höchste Anerkennung gewonnen. 39 Prozent nutzen den öffentlichen Verkehr für ihre täglichen Wege, nur noch 27 Prozent erledigen ihre Alltagswege mit dem Auto, und der Trend Richtung Öffis ist steigend.

Anders sieht es wiederum aus, wenn wir uns anschauen, wie Pendlerinnen und Pendler tagtäglich nach Wien kommen. Hier haben wir die genau umgekehrte Entwicklung. Beim Pendlerverkehr sind wir mit zwei Drittel Anteil von motorisiertem Individualverkehr kon-

frontiert, und wir alle kennen die Bilder, Herr GR Juraczka hat auch darüber gesprochen, diese hundertausenden Autos, die sich tatsächlich qualvoll, muss man sagen, in die Stadt in der Früh hineinschieben und abends wieder hinaus. Nur, was mich schon wundert, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass ich kein Quäntchen der Kritik Richtung Niederösterreich in diesem Zusammenhang höre, sondern vielmehr lauter Vorschläge, die mehr oder weniger darauf abzielen, Wiener Mittel, Wiener Steuermittel in Niederösterreich zu investieren. (*GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Das ist ja nicht wahr!*) Das sei mir an dieser Stelle auch erlaubt, einmal anzumerken: Sie sind schon sehr, sehr, sehr großzügig mit den Steuermitteln der Wienerinnen und Wiener. Ich kenne kein anderes Bundesland, wirklich kein anderes Bundesland, wo während der Budgetdebatte ununterbrochen Vorschläge unterbreitet werden, wie man Geld in andere Bundesländer investieren kann. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Es reicht schon, wenn Sie es in Wien ordentlich schaffen, nicht in Niederösterreich!*) Hier, nur hier, das ist eine Wiener Spezialität, dass insbesondere die Wiener ÖVP, wie gesagt, mit Vorschlägen brilliert, wie man Wiener Steuermittel in Niederösterreich investieren kann.

Ich würde vielleicht einmal überlegen, ob das der richtige Weg ist, denn schlussendlich geht es darum, die Mittel, die wir haben hier in unserem Bundesland, in unserer Stadt zu investieren und dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr insbesondere in Wiener Randlagen verstärkt wird und nicht schlussendlich bei vorhandener Schieneninfrastruktur Mittel zu investieren, um die U-Bahn nach Niederösterreich zu verlängern, während wir in Wahrheit ein Mal mehr wissen, dass es andere Investitionen braucht, dass es eine Verdichtung der Schnellbahnintervalle ist, auf die es ankommt, dass es hier um eine Verdichtung der Busintervalle insbesondere in Niederösterreich ankommt, dass es um eine Verdichtung der Busintervalle im Burgenland beispielsweise ankommt (*GR Mag. Wolfgang Jung: Oder in Liesing!*), dass es hier um Investitionen in die gesamte Region geht, wo es darum geht, dass Hunderttausende von Menschen eine brauchbare Alternative zum Auto haben, damit sie nicht darauf angewiesen sind, um teures Geld und um Zeitverlust und um Lebensqualitätsverlust für sich selbst und für die Wienerinnen und Wiener qualvoll ein Mal mehr jeden Tag über die Tangente, über die Haupteinfahrtsstraßen Wiens sich stundenlang zu stauen. Wenn ein Unfall passiert, wie vor zwei, drei Tagen, kommt es zum kompletten „game over“. Das haben wir alle erlebt, ich glaube, das haben wir noch in Erinnerung, es muss, glaube ich, diesen Montag gewesen sein. Ich wäre also schon sehr froh, wenn ich Unterstützung bekommen würde, damit wir mit vereinten Kräften dafür sorgen, dass es in der Region mehr Investitionen in den öffentlichen Verkehr gibt.

Ansonsten kann ich an dieser Stelle ein Mal mehr wiederholen, so kontroversiell das auch ist, und so sehr, sehr viele mir nicht recht geben und geben wollen, wird kein Weg daran vorbeiführen, in einigen Jahren eine City-Maut an der Wiener Stadtgrenze einzuheben oder

mit anderen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass diese Verkehrslawine, mit der täglich die Bundeshauptstadt konfrontiert ist, zurückgeht. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Weil das Thema Parkraumbewirtschaftung heute auch erwähnt worden ist, möchte ich in Erinnerung rufen, dass ich die Klubobleute und die Verkehrssprecherinnen und -sprecher der Fraktionen eingeladen habe, damit wir in den nächsten Monaten gemeinsam verkehrspolitische Perspektiven für die Stadt diskutieren. Dazu gehören auch Perspektiven für eine Erneuerung der Parkraumbewirtschaftung. Ich bin die Letzte, die gemeint hat, dass das aktuelle Modell, das wir in Wien praktizieren, der Weisheit letzter Schluss ist und nicht besser gestaltet werden kann. Das Problem, mit dem wir nun seit Jahren konfrontiert sind, ist, dass die Vorstellungen, die wir haben, wie es weiter entwickelt werden soll, ich würde sagen, einander diametral entgegengesetzt sind. Ich denke mir, nur wenn sich alle einen Ruck geben und vielleicht auch von ein paar Steckenpferden Abschied nehmen, mit dem wirklich ehrlichen Willen, auf einem gemeinsamen Weg zusammenzukommen, wird es uns gelingen, vielleicht sogar mit einer breiten hier im Haus getragenen Mehrheit die Parkraumbewirtschaftung weiterzuentwickeln und zu einem noch wirksameren Instrument, als sie es jetzt schon ist, zu entwickeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was auch im Jahr 2019 im Ressort getan wird, ist viel, es ist sehr viel. Erlauben Sie mir, an dieser Stelle ein paar Projekte exemplarisch anzuführen. Es geht um 20.000 Wohnungen, die bis zum Jahr 2020 gewidmet werden müssen, das heißt, 10.000 Widmungen für das Jahr 2019 plus das auf Schiene Bringen für die Widmungen für 2020. Es geht um die Neugestaltung der Rotenturmstraße, um die Neugestaltung eines ersten Abschnittes des Schwedenplatzes, sofern der 1. Bezirk eine diesbezügliche Entscheidung trifft. Es geht um die Linke Wienzeile, die neu gestaltet, erneuert, zunächst einmal saniert werden soll, wo es darum geht, diese Chance zu nutzen, um hier eine neue Verkehrsorganisation insgesamt für den Naschmarkt zu erreichen. Es geht um die Argentinierstraße, ein sehr, sehr wirklich problematischer Unfall-Hot-Spot, eine der zentralsten Radrouten, die wir in Wien haben mit bedauerlicherweise sehr vielen Unfällen in den vergangenen Jahren, wo wir schauen müssen, wie wir hier zu einer besseren Lösung kommen. Es geht um den Praterstern, wo es nicht nur darum geht, dass eine Polizeiinspektion hinkommt, sondern die Chance zu nutzen ist, um hier den Platz besser und übersichtlicher zu gestalten. Es geht um den Reumannplatz, der neu gestaltet werden soll, es geht um die Neulerchenfelder Straße, wo auch ein Abschnitt neu gestaltet werden soll. Es geht um die Entscheidung, wo der neue Busbahnhof hinkommen soll. Es geht um die Entscheidung, ob die Multifunktionshalle nach Neu Marx kommt und dementsprechend auch endgültig die Weichen für eine Entwicklung in Neu Marx zu stellen, und, und, und.

Was ich an dieser Stelle sagen kann, ist, die Monate, die ich noch im Ressort habe, will ich dazu nutzen, um alle diese Projekte auf Schiene zu bringen und sicherzu-

stellen, dass die Übergabe so reibungslos funktioniert, dass hier kein Projekt und nichts von all dem, was unsere Stadt braucht, in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die Krokodilstränen, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der FPÖ, können Sie sich im Übrigen sparen. Ein bisschen paradox ist das schon, denn auf der einen Seite habe ich das Gefühl, Sie können es nicht erwarten, bis es zu diesem Wechsel kommt, auf der anderen Seite beklagen Sie, ich sei nicht anwesend. Ich kann nur sagen, meine Leistungsbilanz in den vergangenen Jahren ist eine, die belegt, dass ich meine Arbeit durchaus durchsetzungsfähig und produktiv erledigen konnte. Machen Sie sich keine Sorgen, in den nächsten Monaten werde ich - betitelt sehr oft als hyperaktiv - in meiner hyperaktiven Art auch dafür sorgen, dass die Projekte, die ich mir für das Jahr 2019 vorgenommen habe, so auf Schiene gebracht werden, dass wir zu 100 Prozent davon ausgehen können, dass sie erledigt werden.

Im Übrigen bedanke ich mich ein Mal mehr bei allen für ihre Mitarbeit, beim Ressort, beim Büro, bei den Kolleginnen und Kollegen in meinem Ausschuss, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für diese großartige Arbeit, die sie leisten. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Projekten und zu unserem Budget für das Jahr 2019. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zur Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft.

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Weber. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Thomas **Weber** (NEOS): Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Gäste auf der Galerie und im Livestream! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Lassen Sie mich ganz kurz zu Beginn berichten: Als ich im Oktober meinen ersten Besuch bei Ihnen, Frau Stadträtin, hatte, um uns über das Thema Kulturpolitik auszutauschen, hatte ich ein Thema mit, einen Wunsch mit, nämlich dass wir im Zuge der Budgetdebatte, bevor wir in die Budgetdebatte gehen, gemeinsam mit allen Fraktionen und den Damen und Herren von der MA 7 auf das Budget schauen. Im Budget sind ja viele Zahlen verortet, und der Termin hat den Hintergrund gehabt, dass wir hier alle unsere Fragen, die wir haben, mitnehmen können, die dann auch beantwortet worden sind. Frau Stadträtin, es freut mich sehr, dass wir diesen Termin gemacht haben, denn erstens ist es für mich eine Frage der Wertschätzung, wie wir hier als Opposition und Regierung miteinander tun, zweitens ist der Budgetvoranschlag, wie ich schon gesagt habe, ein großes Zahlenwerk, und mir geht es dabei um die kulturpolitische Intention dieses Zahlwerkes, und drittens hoffe ich auch tatsächlich, dass diese Vorgangsweise eine gute Vorbildwirkung für alle anderen Geschäftsgruppen hat. Noch einmal: Herzlichen Dank, dass wir diesen Termin gemacht haben. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn wir uns jetzt die nüchternen Zahlen ansehen, dann sehen wir im Voranschlag einen Anstieg bei der Geschäftsgruppe um knapp 34 Millionen EUR. Die grundsätzliche Entscheidung, für den Bereich Kunst und Kultur mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, finde ich natürlich sehr positiv, weil ich davon überzeugt bin, dass Kunst und Kultur einen unendlichen Mehrwert für unsere Gesellschaft haben, dass Kunst und Kultur identitätsstiftend sind, dass Kunst und Kultur Brennpunkt, Verstärker, Transporteur, aber auch Spannungsbogen des gesellschaftlichen Diskurses sind.

Kulturpolitik ist in einer Stadt wie Wien, die Kunst und Kultur ja in ihrer DNA trägt, mehr als das Fortschreiben eines kulturellen Erbes. Kulturpolitik ist in einer Stadt wie Wien das Schaffen von Rahmenbedingungen, damit eine moderne, lebendige und vor allem auch vielfältige und vor allem auch freie Kulturszene stattfinden kann, eine freie Kulturszene, die wir nicht als Förderbittstelle sehen, sondern eine freie Kulturszene, die wir als gleichberechtigten Partner in der kulturpolitischen Diskussion sehen. *(Beifall bei NEOS und GRÜNEN.)*

Bevor ich ein paar inhaltliche Themen in der Kulturbudgetdebatte anspreche, möchte ich aber trotzdem auf ein paar nüchterne Zahlen blicken. Ich habe schon gesagt, 34 Millionen EUR für die Geschäftsgruppe mehr im Voranschlag. Rund 28 Millionen EUR davon gehen in den Bereich Museen, das ist vor allem das Wien Museum. Im Bereich darstellende Kunst - da gehört auch das Thema Vereinigte Bühnen Wien dazu, da komme ich dann später noch darauf zu sprechen - sind wir bei 2,5 Millionen EUR mehr. Besonders freuen mich 0,5 Millionen EUR mehr im Bereich fördernde bildende Künste, weil das ein Bereich ist, der vor allem auch in die freie Szene hineinwirken wird.

Bei dem schon angesprochenen Budgeterläuterungstermin wurde uns auch versichert, dass es zahlreiche Maßnahmen geben wird, die Stärkung der freien Szene durch die Erhöhung von verschiedenen Rahmenbeträgen einzuleiten. Das sehe ich natürlich auch als ein gutes, ein richtiges und ein wichtiges Zeichen in unserem kulturpolitischen Diskurs.

Jetzt möchte ich ein paar Themen ansprechen, die mir in den letzten zwei Monaten immer wieder begegnet sind, vor allem auch in den vielen Gesprächen, die ich in der Szene mit Künstlerinnen und Künstlern aber auch mit Institutionen geführt habe. Das ist natürlich der Dauerbrenner Vereinigte Bühnen Wien, also das Theater an der Wien, das Ronacher und das Raimund Theater, das Tochterunternehmen der Wien Holding. Das ist ja, wie ich schon gesagt habe, seit Jahren ein Dauerthema in der kulturpolitischen Debatte.

Leider konnte uns bei dem Budgeterläuterungstermin auch nicht gesagt werden, wie viel Förderungen denn voraussichtlich die Vereinigten Bühnen Wien 2019 bekommen werden. Wir wissen, 2018 waren es 39 Millionen EUR. In der Debatte wird auch sehr oft argumentiert, na ja, die Vereinigten Bühnen Wien haben einen enormen touristisch-wirtschaftlichen Mehrwert, beziehungsweise die Förderung der Vereinigten Bühnen Wien ist ja auch eigentlich eine Art von Förderung des WienTouris-

mus. Ja, das stimmt schon, rund 50 Prozent der Besucher der Vereinigten Bühnen Wien kommen von außerhalb von Wien. Ob es hier eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit gibt, speziell im Falle des Bustourismus, der die Damen und Herren vor der Aufführung nach Wien zum Theater bringt und unmittelbar nach der Theatervorstellung wieder weg aus Wien, wage ich zu bezweifeln.

Im Zusammenhang mit den Vereinigten Bühnen Wien haben wir auch das Dauerthema der Gesamtevaluierung. Bereits unter Thomas Drozda als Generaldirektor wurde uns ein Zukunftskonzept der Vereinigten Bühnen Wien versprochen, das haben wir mit Stand heute noch immer nicht. Das Konzept liegt nicht am Tisch. 2019 wäre ein guter Zeitpunkt dafür, vor allem auf Grund der Sanierung und temporären Schließung des Raimund Theaters. Diesbezüglich darf ich auch einen Antrag einbringen betreffend die Gesamtevaluierung der Vereinigten Bühnen Wien. Die Evaluierung soll stattfinden und die Ergebnisse der Evaluierung sollen den Mitgliedern des Wiener Gemeinderats berichtet werden und im Zuge dessen auch das seit Jahren versprochene Gesamtkonzept vorgelegt werden. *(Beifall bei den NEOS.)*

Es ist mir eben wichtig, den Status quo der Vereinigten Bühnen Wien zu erheben und die Entwicklung der letzten und der nächsten Jahre anzuschauen, um hier vor allem auch mehr Transparenz zu schaffen, denn ich meine, dass Transparenz der Diskussion um die Vereinigten Bühnen Wien auch gut tun würde.

Ein Thema, das in den Gesprächen vor allem auch mit vielen Künstlerinnen und Künstlern immer wieder gekommen ist, ist das Thema der Infrastruktur. Es ist Tatsache, dass in Wien hervorragende Kunstakademien verortet sind, dass hervorragende Künstlerinnen und Künstler in Wien ausgebildet werden, es ist aber auch Tatsache, dass viele der gut ausgebildeten Künstlerinnen und Künstler nach ihrer Ausbildung in Wien wenig Perspektive finden und viele Wien wieder verlassen. Persönlich halte ich den Verlust des künstlerischen Nachwuchses für eine Stadt wie Wien für eine wahre Tragödie. Es fehlt hier vor allem an sehr einfachen Dingen, nämlich an räumlicher Infrastruktur, beispielsweise Atelierräume oder Proberäume. Früher waren zum Beispiel in Gemeindebauten oft in den Dachböden Atelierräume verortet. Die sind alle verloren gegangen, umgewidmet, die gibt es heute nicht mehr. Für mich braucht es hier einfache Lösungen. Das ist auf der einen Seite das Mitdenken von allgemeinen Kulturräumen, Atelier- und Proberäumen in neuen Stadtentwicklungsgebieten, aber auch etwa Zwischennutzungsmodelle in leeren Erdgeschoßzonen anzudenken.

Das bringt mich zu einem anderen Thema, nämlich zum Thema der Dezentralisierung des Kunst- und Kulturangebots. Es liegt in der Natur der Sache, dass in einer Stadt wie Wien, in der sehr viele große Kulturinstitutionen im Zentrum der Stadt verortet sind, das Thema der Dezentralisierung hier eben ein großes Thema ist. Beispielsweise ist das Gloria Theater das einzige größere Theater über der Donau. In dem Zusammenhang finde ich es sehr begrüßenswert, dass es Überlegungen gibt, die Kunsthalle aus dem MuseumsQuartier nach

draußen zu verlegen. In dem Zusammenhang möchte ich hier auch die Mehrzweckhalle in die Diskussion werfen. Mir ist es im Zusammenhang mit der Mehrzweckhalle besonders wichtig, dass sie nicht nur dem Tourismus dient, sondern dass mit der Mehrzweckhalle vor allem auch Kunst- und Kulturangebote für die Menschen vor Ort geschaffen werden. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wenn wir von Dezentralisierung des Kunst- und Kulturangebotes sprechen, möchte ich auch das Thema der Bezirksmuseen einbringen, mit 409.000 EUR seit Jahren unverändert im Voranschlag. Was es hier braucht, ist meiner Meinung nach eine Diskussion darüber, welche Ziele wir denn mit den Bezirksmuseen überhaupt verfolgen möchten. Ich persönlich sehe die Bezirksmuseen als einen guten Ort für die Grätzkultur und als einen guten Ort für die kulturelle Bildung, wie ich überhaupt meine, dass das Thema kulturelle Bildung einen viel höheren Stellenwert in der kulturpolitischen Debatte haben sollte.

Ein Thema möchte ich noch erwähnen, sehr kritisch erwähnen, das ist das Thema parteinahe Vereine beziehungsweise Förderung von parteiennahen Vereinen. Mir geht es dabei nicht, um das gleich ganz klar zu sagen, darum, irgendwelche Kulturangebote an die Wienerinnen und Wiener abzuschaffen, mir geht es darum, klar zu sagen, dass Werbeveranstaltungen und Inszenierungen von Parteifunktionären nicht aus dem Kulturbudget der MA 7 zu bezahlen sein sollen, sondern tatsächlich aus den Parteikassen heraus. Da haben wir in der Vergangenheit schon viele Initiativen gesetzt, wir werden da auch in Zukunft dran bleiben, nämlich überall dort, wo es keine transparenten und fairen Förderkriterien gibt, diese auch tatsächlich einfordern.

Wenn ich die Stimmung, die mir in der Kulturszene derzeit entgegenkommt, zusammenfassen kann, dann ist es wohl am besten mit der Erwartung eines frischen Winds zusammengefasst, dass jemand, der nicht aus dem System kommt wie Sie, Frau Stadträtin, hier mutige neue Entscheidungen treffen wird. Ich persönlich sehe hier erste gute und richtige Schritte, nämlich dass grundsätzlich die Dinge einmal angepackt werden, und zweitens - mir ganz wichtig -, dass unsere Anfragen im Gegensatz zur Vergangenheit ernst genommen werden und auch dementsprechend beantwortet werden.

Wenn ich jetzt noch am Schluss ganz kurz auf das kulturpolitische Feld blicke und die Themen abstecke, die wir hier in den nächsten Monaten in Diskussionen nehmen sollten, dann sind es einerseits Wirkungsziele und Kulturförderungsgesetz, zweitens der Ausbau des kulturellen Angebots in den Bezirken - ich sage dazu, vor allem in den Flächenbezirken -, drittens das Dauerthema stabile Neuaufstellung der Vereinigten Bühnen Wien und die damit verbundene Gesamtevaluierung; natürlich das Durchforsten des Fördersystems und die Evaluierung der Förderkriterien und ganz zum Schluss, aber mir besonders wichtig, das Thema der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kunst- und Kulturschaffenden und das Thema einer fairen Bezahlung. Natürlich sind mir der kulturpolitische Dialog und die kulturpolitische Diskussion wichtig, vor allem nicht nur hier im Gemeinderat, sondern

mit den Kunst- und Kulturschaffenden dieser Stadt. - Vielen Dank. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm. Dr. Aichinger. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten.

GR Dkfm. Dr. Fritz **Aichinger** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herzlich willkommen zur heutigen Debatte!

Ganz kurz auch einige Vorbemerkungen: Kollege Weber hat es schon gesagt, es war eine völlige Neuerung in diesem Ressort, dass wir eine Vorbesprechung oder eine Budgetbesprechung hatten, wobei ich auch natürlich hier zugebe, dass es ein bisschen Luft nach oben gegeben hätte in der Beantwortung unserer Fragen. Einige Fragen haben sich ja dadurch gelöst - auch das eine Neuerung -, dass die Ausschussunterlagen für den nächsten Gemeinderatsausschuss schon vorzeitig gekommen sind, über eine Woche, was ganz neu in diesem Ressort ist, und wir vieles daraus entnehmen konnten. Mit einer kleinen Ausnahme, auch das wurde schon erwähnt, das sind die VBW. Das Mirakel VBW ist also noch nicht gelöst. Am 4. Dezember werden wir wahrscheinlich dann erst mitbekommen, was sich dort abspielen wird, aber zu den VBW komme ich noch.

Ein Zweites, möchte ich noch einmal vorwegschicken, Frau Kulturstadträtin, war der Kulturbericht 2017, der zwar noch von ihren Vorgängern gemacht worden ist, der aber Ansätze einer Neuerung hatte, und zwar dass er einmal viel kompakter, informativer war und auch in diesem Ausschuss zum ersten Mal für Beteiligungen war, dass über das Beteiligungsmanagement, wie es die MA 7 zum Beispiel für das Schauspielhaus oder Tanzquartier oder auch für die Festwochen durchführen muss, ganz einfach hier einige Auskünfte waren. Nach wie vor fehlt natürlich eines und das ist uns natürlich auch sehr, sehr wichtig - da muss man wieder zurückgehen auf Bgm Häupl mit seinem berühmten systemischen Webfehler -, nämlich die Wien Holding. Von der Wien Holding Kultur erfahren wir gar nichts, das ist, würde ich fast schon sagen, die Black Box in der Kulturpolitik. Da kommt zum Schluss irgendetwas heraus. Was, wird man im Großen und Ganzen sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein neues auch noch kleines Thema sei angeschnitten, das ich gestern in der Finanzdebatte hatte. Es gibt ja, wie Sie wissen, das sogenannte „Wien neu denken“, wo es 788 Vorschläge gibt. Ich weiß schon, das sind Vorschläge, die müssen diskutiert werden, es ist auch nicht die Frage, wieweit sie sozusagen politisch durchsetzbar sind, wieweit sie überhaupt Ersparungen bringen.

Also es sind einige Dinge da drinnen, wo ich Sie bitten würde, sehr geehrte Frau Stadträtin, da ganz genau aufzupassen, was hier passieren wird.

Bezirksmuseum ist angeschnitten, auch das sollte zugesperrt werden. Aber ich glaube, das sollte man wirklich für die Regionalität etwas aufwerten im Großen und Ganzen.

Ganz kurz noch einmal auch ein Blick auf die Frau VBgm.in Vassilakou. Die hat jetzt das Wort Mehrzweckhalle St. Marx so en passant fallen lassen. Also bis jetzt

haben wir nicht gewusst, wo und wann die Mehrzweckhalle kommen soll, vor allem, wohin sie kommen soll. Bgm Ludwig hat versprochen, im Jänner diesen Platz bekannt zu geben. Jetzt ist zumindest ein, glaube ich, nicht unwichtiges Wort mit St. Marx gefallen, was wieder einmal die Frage anstellt: Wie schaut es dort mit dem Platz beziehungsweise mit der Verkehrsanbindung aus? Es gibt dort zwar die U-Bahn, die ist ein bisschen weiter weg. Es gibt eine Schnellbahnstation. Aber die großen Flächenbezirke würden damit auch nicht bedient werden. Werden wir sehen, was bei der Mehrzweckhalle herauskommt.

So, und jetzt eigentlich zum Budget im engeren Sinne, meine Damen und Herren. Das Budget im Großen und Ganzen ist auch eine Fortschreibung, wenn man nicht sogar sagen muss, ein kleiner Rückgang. Von einer Erhöhung, Herr Kollege Weber, kann ich leider nichts feststellen. Wir werden nächstes Jahr ein Budget von 253 Millionen EUR in diesem Bereich haben. Das sind, das muss man auch klipp und klar sagen, 1,6 Prozent. Also die Stadt Wien lässt sich die Kultur 1,6 Prozent des Gesamtbudgets kosten. Wir hatten schon, um nur eine Zahl zu nennen, im Jahr 2016 280 Millionen. Also von einer Steigerung kann hier keine Rede sein. Wenn man sich vor allem die prognostizierten Zahlen für die nächsten 5 Jahre anschaut, die ja jetzt auch immer im Budget drinstehen müssen, dann geht das ja sogar bis 229 Millionen wieder hinunter. Also von einer Steigerung ist hier momentan nichts zu sehen. Wie wohl, und jetzt zu einigen konkreten Beispielen, natürlich in den nächsten Jahren, und vor allem bis zum Jahr 22, hier eine große Post zuschlagen wird, und das ist das Wien Museum. Sie haben hier im Schnitt zirka 24 Millionen zum Beispiel im Jahr 2019 oder 2020 34 Millionen, und so weiter. Das heißt, das Kulturbudget wird sehr straff geführt werden. Wenn man das natürlich in dem Sinne hier berücksichtigen muss, weil das im Großen und Ganzen aus diesem Budget finanziert werden wird.

Jetzt komme ich zu einigen Punkten, die vielleicht auch nicht nur finanzieller Natur, sondern auch in kulturpolitischen Fragen sehr wesentlich sind. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wir wissen alle, der Direktor Nicolaus Schafhausen von der Kunsthalle hat gesagt, er wird seinen Vertrag nicht verlängern. Sie haben damals gesagt, wie Sie das zur Kenntnis genommen haben, Sie werden überlegen, was macht man mit der Kunsthalle? Wie wird sie neu positioniert? Ist das die richtige Lage dort, der Ort, die Größe und ähnliche Dinge? Ich kann Ihnen sagen, ich war vor zirka 14 Tagen an einem Samstag dort. Im großen Saal oder in der großen Halle war ich alleine. Ganz alleine war ich nicht, weil der Aufseher hat mit mir dann sehr angenehm geplaudert. Was ich jetzt aber in diesem Fall nicht verstehe, ist Folgendes: Sie haben gesagt, Sie werden es diskutieren, neu positionieren. Sie haben aber bereits um einen neuen Direktor eine Ausschreibung gemacht, wo die Abgabefrist bis 7. Dezember sein soll. Das heißt, im Großen und Ganzen wird ja da schon festgelegt, wenn wir eine Neubesetzung haben, wie das mit der Kunsthalle weitergehen wird. Der zweite Punkt ist, die Kunsthalle ist eine der wenigen

Institutionen, die ganz einfach um zirka 300.000 EUR im Budget mehr bekommen wird wie bisher. Bis jetzt waren es 3,8 Millionen, jetzt geben wir 4,1, das ist eine Steigerung von 6 Prozent. Also das bei der Kunsthalle, sehr geehrte Frau Stadträtin, verstehe ich nicht ganz, warum Sie das im Großen und Ganzen so machen.

Nächste Baustelle im wahrsten Sinne des Wortes in zweifacher Hinsicht ist das Volkstheater, das auf der einen Seite natürlich jetzt zu sanieren ist. Da ist dankenswerterweise jetzt auch eine Vereinbarung mit dem Bund zustande gekommen. Bundesminister Blümel hat ja jetzt zugesagt, ebenfalls die 12 Millionen bereitzustellen, wenn aber, und da, glaube ich, ist ein sehr wesentlicher Punkt, zwei Dinge erfüllt werden. Das eine ist die professionelle Begleitung dieses Projektes, dass hier die Kosten wirklich eingehalten werden können und es für dieses Projekt auch einen Projektverantwortlichen geben wird, der ganz einfach sagt, okay, so funktioniert das. Und der darauf schaut, dass diese Kosten hier eingehalten werden können. Die zweite Bedingung ist, und auch die, glaube ich, ist sehr wesentlich, weil hier gerade das Volkstheater eine Institution ist, die eigentlich einen Eigentümer gehabt hat, der sich aber sehr, sehr wenig um das Volkstheater gekümmert hat, nämlich der Österreichische Gewerkschaftsbund, dass es hier zu einer Umänderung kommt, dass jetzt die Gemeinde Wien beziehungsweise auch der Bund in dieser Stiftung des ÖGB vertreten sind und ganz einfach hier auch mitbestimmen können, was es in Zukunft geben muss. Weil wenn ein Eigentümer ein bisschen auf seine Institution schaut, meine Damen und Herren, das sehen wir vor allem im Theater in der Josefstadt, dann ist da, glaube ich, ein wesentlich effizienterer Vorgang und ein wesentlich größerer Erfolg gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist die bauliche Situation.

Aber die vielleicht noch größere Aufgabe im Volkstheater, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Stadträtin, ist natürlich jetzt die künstlerische Nachbesetzung. Was passiert jetzt? Wie werden wir das weiterführen? Wie wird sich das Volkstheater im Wiener Kontext oder in der Wiener Theaterlandschaft positionieren? Wird es weiterhin ein Ensembletheater bleiben? Wird es auf Stagione gehen? Was wird kommen? Sie machen ja einen sehr, sehr, hätte ich gesagt, harten Weg durch. Sie gehen täglich oder ein Mal in der Woche ins Café Eiles und hören sich dort an, was die Branche oder einige, die sich dazu melden, da sagen. Wir werden sehen, was da herauskommt beziehungsweise welche Ideen, welches Projekt herauskommt. Ich würde mich natürlich freuen, wenn dann im Endeffekt auch in gewisser Weise die Opposition in einen Diskussionsbeitrag eingebunden wird, wie es mit dem Theater weitergehen soll. Wie werden wir es positionieren? Wie gesagt, wir haben große ... Wir sind eine Theaterstadt. Wir haben auch viele kleine und mittlere Bühnen. Ich glaube, auf das können wir extrem stolz sein. Aber das Volkstheater sollte hier einfach nicht ganz an Boden verlieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann es nicht auslassen, die VBW, die Vereinigten Bühnen Wien, meine Damen und Herren, weil sie sind ein großer Brocken, was die Subvention anbelangt.

Wenn man sich das nämlich genau anschaut, dann liegen auf der Position, wo die Vereinigten Bühnen bezahlt werden, nämlich auf 3240755, 60 Millionen, und davon sollen zwei Drittel ein einziges oder eine Organisation bekommen, und ich glaube, das ist nicht der Sinn der Sache. Versprochen wurde uns schon lange ein neues Konzept, neue Ideen. Passiert ist gar nichts. Das Einzige, was jetzt passiert ist, ist uns zumindest nicht bekannt. Es ist nicht viel passiert, wo wir im Gegenteil ganz einfach einige Jahre sogar etwas mehr zuschießen mussten. Wir vergessen ja sowieso immer wieder, dass wir eigentlich noch einmal zirka 4 Millionen für die VBW zahlen, für die Renovierung des Ronacher. Das läuft ja hoffentlich, ich weiß es nicht genau, aber in vier, fünf Jahren läuft ja dieser Betrag wenigstens einmal aus. Aber da sieht man schon, dass sehr, sehr viel Geld ausgegeben wird und wir, wie gesagt, nicht wissen, was man mit den drei Bühnen machen soll, meine Damen und Herren.

Abschließend noch Wiener Festwochen. Hier ist es ja geglückt, einen neuen Intendanten zu bekommen, auch jetzt fix mit 2024, meine Damen und Herren. Hier kommt es auch zu einer kleinen Aufstockung des Budgets.

Wenn ich das so sagen darf, was ist in dem Budget Neues? Was ist von diesem Budget für die Zukunft zu erwarten? Im Prinzip ist es im Großen und Ganzen eine Fortschreibung. Wesentliche Änderungen können wir noch nicht erkennen, wo, das nehmen wir an, mehr in die Fläche gegangen wird, auch mehr zu den freien Bühnen. Ich glaube daher, es ist an der Zeit, etwas mehr Mut zu haben und hier ein bisschen eine andere Politik zu betreiben. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Das waren 12 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es hätte mich gewundert, wäre die heurige Budgetdebatte kontroversieller gewesen als die in den Vorjahren. Dem ist nicht so. Es widerspiegelt tatsächlich ein bisschen den Geist, der im Kulturausschuss herrscht und der generell herrscht, wenn wir Kulturdebatten führen. Ich möchte daher auch die Gelegenheit nutzen, mich gleich zu Beginn für die Kooperation und die Zusammenarbeit zu bedanken, sowohl bei Frau Stadträtin selbst und ihrem Büro, aber auch bei allen zugeordneten Magistratsabteilungen. Ich finde, das funktioniert ausgezeichnet. Das hat schon unter Mailath-Pokorny nicht so schlecht funktioniert. Aber jetzt funktioniert es wirklich ausgezeichnet. Ich denke, das kann ich nicht nur für mich als Teil einer Fraktion sagen, die mit in der Regierung sitzt. Ich glaube, das kann man sogar für die Oppositionsparteien sagen, dass sich da wirklich sehr viel verbessert hat und die Kooperation jetzt wirklich gut funktioniert. Ich danke sehr, und ich glaube, dass wir in diesem Sinne alle miteinander eine wirklich gute Kulturpolitik für Wien auf die Beine stellen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich erlaube mir diesbezüglich noch eine kleine Bemerkung zu den Reden vom Kollegen Weber und vom Kollegen Aichinger. Wir stimmen ja die einzelnen Teile des Budgets nicht getrennt ab. Aber so wie Sie gesprochen haben, glaube ich fast, Sie hätten dem Kulturbereich zugestimmt, sowohl der Kollege Weber als auch der Kollege Aichinger. Das ist etwas, was mich freut. Und ich glaube, das ist tatsächlich etwas, worüber sich auch die Stadtregierung und die Frau Kulturstadträtin freuen können. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Vielleicht eine Vorbemerkung jetzt noch ganz kurz zu „Wien neu denken“, weil das jetzt schon zwei, drei Mal zitiert wurde. Es tut mir leid, das sind Sachen, die schon längst verworfen sind. Deshalb sind sie nicht mehr in einer Diskussion. Ja, es haben ... *(GR Dkfm. Dr. Fritz Aichinger: Und warum stehen sie dann da?)* Weil sie irgendwann im Laufe von „Wien neu denken“ im Jahr 2016 von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadt Wien eingebracht wurden und die Stadt Wien nichts zu verstecken hat, was für Ideen eingebracht wurden. Aber selbstverständlich werden die Wiener Festwochen nicht gestrichen. Das ist ... Aber ganz kurz, weil das manchmal kommt: Wo kann man sparen? Na, selbstverständlich könnte man es tun. Das würde 10,5 Millionen EUR einsparen. Es wäre nur falsch. Es wäre kulturpolitisch falsch, es wäre wahrscheinlich touristisch falsch, es wäre aus Innovations- und Investitionssicht falsch. Aber man könnte es tun. Nur alleine dadurch, dass man gezeigt hat, man schreibt neu aus und holt mit Christophe Slagmuylder jemanden, der wirklich Rang und Namen hat, glaube ich, zeigt, dass vollkommen klar ist, dass die Wiener Festwochen nicht abgeschafft werden. Ebenso wenig werden die Bezirksmuseen geschlossen. Also ich würde Sie daher ersuchen, jetzt nicht irgendwie Angst und Bange zu sehen, sondern es zu lesen als das, was es war, als Einzelschlüsse, die von Menschen gemacht wurden. Aber sie sind längst verworfen. Sie sind eigentlich nicht einmal näher in Betracht gezogen worden.

Ein Satz zum Kollegen Weber, wo ich bei ganz vielen Sachen, die er gesagt hat, die er sich wünscht, ihm zurufen kann: Wir sind schon mitten dabei! Sie waren ja selbst sogar mit bei Veranstaltungen, wo Sie sehen können, dass wir im Musikbereich einen Großteil auf Beiratswesen umstellen. Wir waren selbst bei den Gesprächen dabei, die die MA 7 mit den Kulturschaffenden direkt eingegangen ist. Und ja, das sind Fortschritte, die tatsächlich in den letzten Jahren beziehungsweise in den letzten Monaten gemacht wurden. Ich erwarte mir sehr viel davon, auch von diesen Umstellungen. Die gibt es ja nicht nur im Bereich der Musik, die gibt es auch im Bereich der Alltagskultur, wo wir einen großen Teil auf das Beiratswesen umstellen wollen. Und ich glaube, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist und viele Punkte ... Ja, step by step, wir werden in diese Richtung weitermachen. Ich wollte nur sagen, wir sind da mitten dabei, und Sie verfolgen es ja auch mit. Ich glaube, dass wir da alle miteinander auf einem guten Weg sind.

Angesprochen wurden schon die Vereinigten Bühnen. Da muss ich ja bis zu einem gewissen Punkt

schmunzeln. Weil wenn ich zehn Jahre zurückdenke, die größten Kritiker der Vereinigten Bühnen waren über viele, viele Jahre die GRÜNEN, verteidigt von der Sozialdemokratie, verteidigt oft auch von der ÖVP und mittlerweile, sage ich auch dazu, verteidigt von uns. Nicht, weil ich alles, was die Vereinigten Bühnen tun, toll finde. Und nicht, weil ich es so super finde, dass sie im Großen und Ganzen von den 60 Millionen zwei Drittel bekommen. Ich glaube auch, dass wir uns überlegen müssen, was kann man verändern? Was kann man verschieben? Aber ich stehe dazu, dass die Stadt Wien so etwas wie die Vereinigten Bühnen hat. Ich habe mich selbst bei den Musicals eines Besseren belehren lassen. Ich schaue mir jetzt unterschiedliche Musicals an, nicht nur von den Vereinigten Bühnen, auch in der Wiener Stadthalle oder wo auch immer sie in Wien sind, auch, um die Unterschiede für mich selbst zu erkennen und zu bemerken. Trotzdem glaube ich, dass es zielführend wäre, in einer mittelfristigen und längerfristigen Perspektive in dem Wissen, dass das Musical nicht mehr so einfach zu führen ist wie noch vor 20, 25 Jahren, dass es Ziel sein sollte, den Deckungsbeitrag der Musicals langsam, aber sicher zu erhöhen und diesbezüglich die Subvention für die Vereinigten Bühnen zu verringern. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Nichts desto weniger muss man auf der anderen Seite sagen, wenn man sich das Theater an der Wien und die Barockoper anschaut, dass das auf höchstem Niveau ist. Ja, da kann man dazu stehen, auf höchstem Niveau. Wir werden sehen, wie es weitergeht. Ich bin überzeugt davon, wir reden heute nicht das letzte Mal darüber. Ich bin aber genauso überzeugt davon, dass die Vereinigten Bühnen auch noch in fünf Jahren und in zehn Jahren existieren werden und eines der Highlights des Theaterwesens, der darstellenden Kunst in Wien sein werden. Da gehören halt neben den bekannten und berühmten Bundestheatern selbstverständlich auch die Theaterhäuser in Wien dazu, von den größeren bis hin zur schon angesprochenen freien Szene. Auch hier gehe ich davon aus, selbst wenn es sich jetzt noch nicht im Budget niedergeschlagen hat, dass es uns im Laufe der Periode, im Laufe des kommenden Jahres noch gelingen wird, zusätzliche Mittel in die freie Szene zu investieren. Wir werden genauso, wie schon meine beiden VorrednerInnen glauben, dass es notwendig und zielführend ist, eine prosperierende freie Szene haben, sowohl im Bereich der Musik als auch im Bereich der darstellenden Kunst.

Ich möchte es jetzt nicht zu lange machen und auch, weil viele andere Punkte schon angesprochen sind, möchte ich nur noch drei Punkte aufgreifen. Ich glaube, dass wir gerade im Bereich der Dezentralisierung und in der Schaffung von zusätzlichen Räumen weiter ein gemeinsames Hauptaugenmerk auch in Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Geschäftsgruppen legen müssen. Kreative Räume werden gegenwärtig evaluiert. Wir versuchen, es bestmöglich auf Schiene zu stellen, um zukünftig tatsächlich die Zwischennutzung besser darstellen zu können, mehr Räume für die Zwischennutzung zu bekommen, aber nicht nur für die Zwischennutzung. Es geht wahrscheinlich gerade in den Bezirken

außerhalb des Gürtels auch darum, längerfristig neue Räume für kulturpolitische Aktivitäten zu eröffnen. Die gibt es immer wieder. Wir müssen in Kooperation mit allen Geschäftsgruppen - weil es gibt auch viele Räumlichkeiten, die der Gemeinde Wien gehören - sicherstellen, dass diese der Kultur zur Verfügung gestellt werden.

Abschließend auch noch ein großer Dank an die Kunst im öffentlichen Raum, an KÖR. Ich glaube, dass gerade in den letzten fünf Jahren unglaublich viele und gescheite und gute Initiativen gesetzt wurden, die auch dazu führen - und das ist mein allerletzter Punkt -, eine Schnittstelle zur Erinnerungskultur zu schaffen. Weil was hier in den letzten Jahren weitergegangen ist, würde ich mir wünschen, dass mit dem Erinnerungsjahrgedenken 2018 kein Ende ist. Ich glaube, auch angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus in Europa ist es notwendig und zielführend, Gedenkkultur und Erinnerungskultur stets Aufmerksamkeit zu widmen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Zusammenarbeit und würde mir wünschen, dass wir das Kulturbudget getrennt abstimmen. Vielleicht hätten wir sogar eine einstimmige Zustimmung. Ich danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Ebinger, und ich erteile es ihm.

GR Mag. Gerald **Ebinger** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich werde jetzt ein bisschen kantiger werden, weil sonst sagt der Kollege Margulies, wir stimmen dann ... Natürlich nicht, weil wenn du genau aufgepasst hättest, haben sowohl der Kollege Weber als auch der Kollege Aichinger durchaus Punkte angeführt, wo wir nicht zustimmen können und wo wir uns von unserer neuen Stadträtin erhoffen, dass sie das zumindest partiell ähnlich sieht und das weitertreibt. Es hat der Kollege Weber gesagt, er möchte das kulturelle Angebot in den Bezirken ausweiten oder vorantreiben. Das hat er ja auch gesagt. Jetzt verbrüdernd sie sich. Das Kulturförderungsgesetz, ja, die VBW, über die rede ich natürlich auch und die Durchforstung der Förderung.

Und bei den Förderungen gibt es viele Förderungen, das habe ich ja schon öfters in mündlichen Fragen gesagt, die unserer Meinung nach reine Strukturförderungen sind, Versorgungsförderungen, Kontrollförderungen, und eigentlich nur der Erhaltung des Systems dienen und nicht der Kunst. Es ist schon richtig, Frau Stadträtin, wenn Sie sagen, dass Kunstschaaffende, speziell in der darstellenden Kunst, vielleicht eher links sind. Aber für mich ist es ... *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Für mich ist eines wichtig: Ich soll mich als Politiker nicht einmischen, was der Künstler macht. Ich soll ihm Möglichkeiten geben. Wir haben zum Beispiel bei der Kunst im öffentlichen Raum eine unabhängige Jury eingesetzt. Dann haben sie irgendetwas bei dem Hrdlicka-Denkmal bei der Albertina zugebaut. Und da stand sogar im Bericht: „Auf persönlichen Wunsch des Herrn Bürgermeistes.“ Das geht nicht. Das geht in Wien, aber das geht nicht. Das geht nicht. Man hört die Kunde und denkt dann ein biss-

chen über die Unabhängigkeit nach, wie sehr das überhaupt der Fall ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also da sind beim Kollegen Weber durchaus Kritikpunkte, die wir völlig teilen. Ich wüsste jetzt eigentlich ... Er hat recht, der Margulies. In den Wortmeldungen von NEOS und ÖVP gibt's eigentlich nicht so viel, was ich jetzt anders sagen würde. Ich könnte den Kritikpunkten größtenteils oder wahrscheinlich vollständig zustimmen.

Bei der Transparenz. Das ist unser aller Anliegen, dass die Transparenz nicht gegeben ist. Und wenn der Kollege Aichinger gesagt hat, „Wien neu denken“ und dann die Punkte aufgeführt hat, die noch immer auf der „wien.gv.at“-Seite sind, für die wir übrigens Millionen zahlen, dass die auf Stand gehalten wird, und uns der Kollege Margulies sagt, das ist ja schon lange passé, das ist halt nur aus Transparenzgründen dort, dann frage ich mich schon, wieso unsere durchaus gemeinsame langjährige Forderung, dass man die Förderansuchen, auch die abgelehnten, hinschreibt, transparent macht, weil wenn man dort Vorschläge transparent macht, die nie durchgeführt werden, nur weil es halt einer gemacht hat, kann man genauso gut nichtgenehmigte Förderungen hinschreiben. Aber das ist uns bis jetzt zum Beispiel noch nicht gelungen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben viele Baustellen. Wir haben, wie gesagt, Kunsthalle, Volkstheater, Philharmoniker. Wir haben ... Ja, die künstlerische Neuausrichtung. Es haben meine Kollegen, dem kann ich mich durchaus anschließen - etwas ist auf jeden Fall neu und deswegen ist es halt jetzt wirklich ein bisschen schwer. Es ist eindeutig ein neuer Stil in der Kulturpolitik, dass es eine Vorbesprechung zum Budget gegeben hat. Der Fritz Aichinger hat gesagt, es ist noch Luft nach oben. Aber man muss natürlich auch bedenken, die Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch neu in der Sache. Aber der Wille zählt schon, das muss ich schon sagen. Und es ist etwas, was uns noch nie passiert ist. Wir hatten auch die Gelegenheit, eine sogenannte Werkstattreise zu machen, die Frau Stadträtin insofern kennen zu lernen, dass sie durchaus auch eine glaubwürdige Vertreterin, Förderin der Kunst ist. Es ist für mich immer nur die Frage, ob das System hier das auch in diesem Maße zulassen wird, wie sie das vielleicht durchaus vorhat. Es ist auch nicht mehr so, dass man nicht etwas vorbringen kann und von vornherein weiß, dass das nichts wird, also das Beispiel von ihm. Dem kann ich mich nur anschließen. Also ein neuer Stil ist jedenfalls eingekehrt. Wir werden sehen, wie das weitergeht. An uns wird es nicht scheitern, dass hier auch partizipär mitgewirkt wird und etwas entschieden wird.

Ich will es auch nicht so lange machen, aber ein bisschen möchte ich über die Vereinigten Bühnen sprechen, weil ich glaube, es ist eine ganz große Herausforderung für die Zukunft. Erstens einmal dem Antrag vom Kollegen Weber gesamt werden wir selbstverständlich zustimmen. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, ich habe eine alte Rede von mir gesehen, wo ich fordere, der Stillstand der VBW muss endlich beendet werden. Investieren wir lieber in ImpulsTanz, habe ich 2015 gesagt, weil die kriegen zu wenig Geld für ... egal. Auf

jeden Fall habe ich mir die Mühe gemacht herauszuklopfern. 2008 ist der Herr Drozda Chef der Vereinigten Bühnen geworden, und damals hat es geheißen, seine zentrale Aufgabe ist es, die Vereinigten Bühnen als einen großen Musiktheaterkonzern der Stadt Wien zu positionieren und eine Dachmarke zu schaffen, mit der das Musical und die Oper als Teil des größeren Ganzen gleichberechtigt dargestellt werden. Eine strategische Öffentlichkeitsarbeit, wirkungsvolle Maßnahmen im Bereich des Customer-Relationship-Managements zählen genauso zu den Hauptaufgaben wie die verstärkte internationale Vermarktung der Produktionen und der Ausbau der Eigenfinanzierung durch ein effektives Kostentragsmanagement, das hat der jetzige Finanzstadtrat, damaliger Holdingchef Hanke, festgestellt. Am 11. Dezember 2013 ein Artikel in „News“: „Vereinigte Bühnen planen Neuausrichtung. Drozda befürwortet ausdrücklich die Errichtung einer neuen Bühne etwa auf dem Gebiet des Hauptbahnhofes: „Eine neue Spielstätte halte ich für wichtig, keine Halle, ein Theater mit 1.600 bis 1.800 Plätzen, da sich die derzeit bespielten Häuser mit ihren je 1.000 Plätzen nicht rechnen.““ Dann am selben Tag oder zwei Tage später hat der Ernst Woller das auch in einem Pressedienst gemacht. Jetzt ist überhaupt kein Grüner mehr da. *(Zwischenruf von GRin Mag. Faika El-Nagashi.)* Aber die GRÜNEN, da hat der Margulies schon recht gehabt, haben am 19.12.13 weniger Grundsubvention, keine öffentlichen Gelder für Mainstream verlangt - wir haben heute gehört, er geht jetzt immer mehr in Mainstream-Musicals -, für Mainstream-Musicals, die eingekauft werden. Ein privater Investor soll eine Musicalhalle machen, die ohne Subvention auskommt. Und das Ronacher soll umgewidmet und herausgelöst werden aus den Vereinigten Bühnen und auch für die freie Szene verwendet werden. Das Raimund Theater soll Eigenproduktionen machen. Das war Ende 2013. Dann haben Lobo und Woller gemeinsam Anfang 14 die fundamentale Neuausrichtung verlangt. Da schreiben sie: „Eine Mitschuld an der Misere hat die Stadt Wien. Es ist hinlänglich bekannt, dass sich Musicals in Häusern mit rund 1.000 Sitzplätzen nie rechnen können.“ Die beiden plädieren für ein subventionsfrei betriebenes Musicalhaus, am besten am Hauptbahnhof - wir wissen mittlerweile, dass es gescheitert ist -, und plädieren, das Ronacher auszugliedern und mit einer neuen Intendanz zu versehen. Wenn sich der Herr Drozda nicht daran hält, dann muss ein Auftrag formuliert werden, an den er sich halten muss. So, dann wissen wir, der Geschäftsführer ist Staatssekretär und dann Minister geworden. Und dann 2016 kam ein neuer Chef, Franz Patay, der ja bis vor Kurzem auch die Musikuniversität geleitet hat. Wir wissen nicht, ob er zwei Mal das Gehalt gekriegt hat. Jedenfalls schreibt er 2016: „Die Vereinigten Bühnen werden Europas erfolgreichster Mehrspartentheaterbetrieb.“ Nur, sehr geehrte Frau Stadträtin, meine Damen und Herren, geändert hat sich seit 2008 überhaupt nichts! Wir haben noch immer die zwei Bühnen, es ist auch nicht zu. Wir werden aus dieser Subventionsspirale nie herauskommen, weil nie jemand den Mut aufgebracht hat, zu sagen, okay, wir machen

eine Entscheidung. Ich weiß, dass Sie etwas für freie Bühnen und für - ja, okay, warum soll man das nicht versuchen. Mehr Defizit als wir jetzt haben, können wir auch nicht haben. (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*) Also wir wissen nicht, ob Wien der richtige Ort ist, aber wir haben doch gelernt, dass das dort funktioniert. Wir haben übrigens auch gelernt, was die Renovierung betrifft, dass die nicht das ganze Geld kriegen, sondern die Geschäftsführung des Theaters muss das selber in die Hand nehmen, muss selber auch noch für Sponsoren sorgen, von seinen Einnahmen auch noch was hergeben und muss auch die ganze Renovierung machen. Super. Also ich bin sehr gespannt. Aber, wie gesagt, an dem soll es nicht scheitern. Nur in Wirklichkeit, und das habe ich schon 2015 gesagt, ist noch immer ein Stillstand. Ja, für den Herrn Patay war es vielleicht ganz angenehm. Und dann kam ja noch etwas dazu. Wir haben ja als Opposition immer verlangt, dass man uns sagt, was die Manager dort verdienen, also die Geschäftsführer, die Intendanten, in Dringlichen Anfragen, und so. Es wurde uns lapidar gesagt, das unterliegt dem Datenschutz.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, das ist nicht nachvollziehbar. Es kann nicht sein, wenn ich 37 oder 40 oder 42 Millionen als Steuerzahler und hier mit Abstimmung Gemeinderat als Subvention einer Institution gebe, dass dann nicht einmal gesagt wird, was dort die Leiter verdienen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das kann nicht sein. Das ist das Gegenteil von jeglicher Transparenz, und das haben wir immer abgelehnt. Jetzt ist mir vom Rechnungshof der Brief zugegangen, wo die Gehälter drinnenstehen. Demnach hat der Herr Drozda so viel verdient wie der Bundeskanzler ohne halt die Extraboni. Okay. Dafür kann man, glaube ich ... Es geht nicht darum, wie viel jemand verdient. Es muss eine Angemessenheit sein. Aber es geht da um dieses Geheimnismachen. Wenn man der Meinung ist, dass es zu viel ist, sollte man es als Opposition natürlich auch sagen dürfen. Also das ist ein Beispiel, wo sicher große Aufgaben auf Sie zukommen. Wir werden das genau beobachten. Wenn es um wirkliche Reformen geht, auch um die Entpolitisierung, Entparteipolitisierung von Kulturförderungen, haben Sie an uns auch immer einen Partner.

Und ja, abschließend zu dem Wiener Kunst- und Kulturförderungsgesetz, was es in acht Bundesländern mehr oder weniger gibt, aber bei uns nicht. Auch dem werden wir zustimmen. Es wird schon Gründe gegeben haben, warum es das jetzt noch nicht gibt.

Abschließend kann ich sagen: Natürlich ist es jetzt so, wie das Kollege Fritz Aichinger gesagt hat: Da sind noch keine großen Änderungen, okay. Es ist auch noch nicht so lange, die Planung. Aber da sind keine große Änderungen drinnen, klarerweise, und es ist sehr, sehr viel zu tun. Natürlich ist das Budget in Zahlen gegossene Politik, aus der wir die Handschrift der neuen Stadträtin noch nicht in dieser Weise herauslesen können, und wir stimmen deswegen natürlich nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Baxant, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten. Bitte, Herr Gemeinderat!

GR Petr **Baxant, BA** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Ich möchte mich auch, bevor ich in medias res gehe, einmal bedanken für die sehr konstruktive und bis jetzt eigentlich eine Diskussion und einen Diskurs ohne Polemik. Wann erleben wir das schon, dass sich bis jetzt eigentlich alle vier oder eigentlich alle Parteien, die hier vertreten sind, zu Wort gemeldet haben und wir uns bis jetzt nicht fertig gemacht haben, sondern wir haben sehr konstruktiv miteinander geredet, und ich finde das sehr schön. Ich glaube, das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass das Kulturthema einfach eines ist, wo wir alle wissen, da bringt's keine Polemik, da kann man auch mit Polemik nichts gewinnen, sondern das hat durchaus auch mit dem neuen Stil zu tun, den die Frau Stadträtin da jetzt im Ausschuss eingeführt hat. Ich habe auch das Gefühl, dass der Diskurs jetzt ein bisschen lebendiger geworden ist. Es ist eine neue Energie in der Kunstpolitik. Es ist ein neuer Zugang. Es ist einfach ein unglaublicher Vorteil, dass die Frau Stadträtin selbst einmal auf der anderen Seite gesessen ist und das über viele Jahre hinweg und dort natürlich Erfahrungen gesammelt hat, die PolitikerInnen natürlich nicht sammeln können. Es gibt auch eine gewisse Empathie nicht nur für die Menschen, die in der Kultur arbeiten, sondern auch für die Prozesse. Und das ist meines Erachtens auch bedeutend, nämlich warum? Weil in der Kunst- und Kulturhauptstadt Europas Wien, und das werden wir bleiben, das sind wir auch und das werden wir auch bleiben, das wollen wir auch bleiben, es natürlich nicht nur darauf ankommt, dass tolle Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende bei uns tätig sind, sondern dass auch die Interfaces, die Verbindungsglieder zwischen den Kulturschaffenden, der Kulturpolitik und dem Beamtenapparat so gut wie möglich funktionieren. Da ist es natürlich ganz wichtig, dass ein Wissen und eine Empathie darüber bestehen, wie es auf der jeweils anderen Seite aussieht. Und was mir auch sehr gut gefällt, das hat mir schon seit dem ersten Tag gefallen, ist, die neue Kunst- und Kulturpolitik ist überzeugt davon, dass Kunst und Kultur nicht nur passieren sollen in der Stadt, was auch super ist, sondern dass sie wirksam sein müssen. Das heißt, Kunst und Kultur können tatsächlich etwas bewirken, können in den Köpfen etwas bewirken, können in den Herzen etwas bewirken, können für den sozialen Organismus Stadt und für unsere Bezirksbevölkerung sehr viel Positives bewirken. Darauf wird jetzt ein zusätzlicher Fokus gelegt, und das finde ich sehr gut. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich habe vorher angesprochen, dass es eine Empathie braucht, um das Beste aus der Kunst- und Kulturszene in Wien herauszuholen. Deswegen möchte ich auch nur ganz kurz anführen, wie es derzeit um die Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich aussieht. Sie wissen ja, Thomas Drozda hat noch in seiner alten Funktion die Studie von 2008 über die soziale Lage der Künstler und Künstlerinnen neu aufgelegt, und leider müssen wir uns da alle gemeinsam am Schopf nehmen, nämlich sowohl die Regierungsparteien hier im Rathaus

als auch die Regierungsparteien in der Bundesregierung, die hier in der Opposition sitzen. Aber wir könnten da gemeinsam sehr wohl einen Schulterschluss im Sinne der Kunst und Kultur schaffen. Es hat sich nämlich leider an der sozialen Situation der Künstler und Künstlerinnen im Großen und Ganzen seit den letzten zehn Jahren nicht viel verändert. Es ist eigentlich gleich schlecht geblieben. Die soziale Absicherung ist eigentlich eines Sozialstaates wie Österreich nicht wirklich würdig. Sie wissen, dass Künstler und Künstlerinnen von Armut eigentlich extrem betroffen sind. 41 Prozent der darstellenden KünstlerInnen sind überproportional von der Armut gefährdet. Es muss nur passieren, dass man krank wird, dass man vielleicht einen Auftrag nicht mehr bekommt, und man ist schon in der Armutsspirale. Das ist etwas, das uns allen sehr zu denken geben muss. Es haben sehr viele Künstler und Künstlerinnen eine akademische Ausbildung, einen akademischen Grad. Dennoch ist es für viele der Künstler und Künstlerinnen nicht möglich, von ihrem Gehalt, ausschließlich vom Kunst- oder Kulturgehalt zu leben. Die meisten, das sind ungefähr 70 Prozent der Künstlerinnen und Künstler, sind auf einen zweiten und einen dritten Job angewiesen. Ich finde, das ist einer Kulturnation wie Österreich eigentlich nicht wirklich würdig. Und, wie gesagt, wir brauchen da einen gemeinsamen Schulterschluss im Interesse der Künstler und Künstlerinnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Weiters muss man, glaube ich, nicht extra darauf hinweisen, dass der überwiegende Großteil jener, die in prekären Lebenssituationen und Arbeitssituationen drinstecken, vor allem Frauen sind, vor allem weibliche Künstler sind. Da gilt es vor allem, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen. Und vorher habe ich das quasi in so einem Nebensatz gesagt, aber man muss sich das einfach nur einmal auf der Zunge zergehen lassen oder sich ganz, ganz, ganz intensiv überlegen und sich hinein-fühlen, was das eigentlich bedeutet. Künstler, Künstlerinnen, Kulturschaffende sind natürlich extrem leidenschaftsgetriebene Menschen, die am liebsten die Welt von heute auf morgen aus den Angeln aushebeln wollen, die die Welt besser machen wollen, und das natürlich quasi vor allem über die Kunst und Kultur, und dann müssen sie aber Taxi fahren, oder sie müssen kellnern, oder sie müssen andere Tätigkeiten machen. Das ist natürlich etwas, das kann ich einfach nicht so stehen lassen beziehungsweise ich kann das einfach nicht so hinnehmen und will einfach im Rahmen meiner politischen Tätigkeit, ich weiß nicht, wie lange ich da noch drinnen bin, wenigstens irgendeinen kleinen Beitrag dazu leisten, dass sich das ein bisschen verändert, weil das ist, wie gesagt, einer Kulturnation wie Österreich nicht wirklich würdig.

Weiters entsteht dann natürlich, nachdem Künstler und Künstlerinnen auf zwei oder drei Jobs angewiesen sind, eine sehr, sehr, sehr mühsame und sehr komplexe Versicherungsstruktur für den jeweiligen Künstler, für die jeweilige Künstlerin, was natürlich auch dazu führt, dass bestimmte Risiken auftreten und man wegen einer Kleinigkeit dann sofort wiederum in der Problemsituation

drinnen ist. Weil es so notwendig ist und weil es für die Künstler und den Künstlerinnen, die Kulturschaffenden in Wien und in Österreich auf Grund ihrer eigenen Versicherungssituation und ihrer Anstellungssituation so mühsam ist, ist es umso notwendiger, dass die Stadt Wien, die natürlich keinen Einfluss auf die Versicherungs-gesetzgebung hat und hierbei keinen positiven Beitrag leisten kann, das kann man natürlich nur auf Bundes-ebene, dann aber wenigstens das tun kann, wozu wir die Möglichkeit haben, um die Situation zu verbessern. Und da bin ich der Frau Stadträtin sehr dankbar, dass sie sich einmal die Fördersysteme bezüglich Planungs- und Rechtssicherheit angeschaut hat.

Also oft ist es so, dass ein beträchtlicher Anteil der Zeit und der Energie bei einem Kunstprojekt oder bei einem Kulturprojekt nicht darauf verwendet wird, dass man sich kreativ überlegt: Okay, wer ist die Zielgruppe? Was will ich tun? Wie kann ich das umsetzen, und so weiter? Sondern für die Auftragserteilung beziehungsweise für den Förderantrag wird eigentlich unglaublich viel Zeit und Mühsal aufgewendet. Das ist etwas, das wir uns jetzt genauer anschauen und was sich jetzt auch die Kollegen und Kolleginnen in der MA 7 anschauen, was ich auch für extrem notwendig finde, weil wir langfristig oder mittelfristig zu einer Förderstruktur kommen müssen, die nicht unbedingt, und das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen eh schon gesagt, auf das Bittstellertum, sondern auf die Servicekultur fokussiert. Das finde ich auch extrem positiv und hervorhebenswert. Somit soll einfach bürokratischer Aufwand sowohl beim Künstler, also auch im Magistrat gespart werden. Und natürlich sollen über diese Art der Zeit- und Geldeinsparungen auch die Förderungen langfristig besser werden.

Weiters ist es wichtig, dass wir jetzt schon und in Zukunft verstärkt Qualität vor Quantität setzen werden und auf die Dreiecke blicken wollen, nämlich einerseits auf die Recherche, auf die Produktion, aber vor allem, und das wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder hintangestellt und es wurde zum Teil da auch in der Finanzierung nicht mehr bedacht, auf die Vermittlung, weil wozu habe ich ein tolles Projekt? Wozu habe ich eine tolle Theaterproduktion, wenn ich dann nicht dazukomme, dass ich dieses Projekt, dieses Kunstwerk quasi auch an die richtige Zielgruppe in der größtmöglichen Breite vermittele? Deswegen bin ich auch dankbar dafür, dass sich diesbezüglich da endlich auch etwas tut. Das einmal zu der strukturellen Veränderung der Förder-abläufe.

Was mich als Musikinteressierten, als ehemaligen Komponisten natürlich besonders freut, ist die Neuausrichtung der Musikförderung, etwas, das sowohl von der Opposition als auch von vielen Regierungsabgeordneten immer wieder, unter anderem von mir, eingefordert wurde, worum gebeten wurde, das passiert jetzt nämlich: Eine massive oder eine erkleckliche Erhöhung der Gelder für das zeitgenössische Musikschaffen, da vor allem für „Klangforum Wien“ und „Wien modern“. Und wir haben einen neuen Topf für die Klubkultur, was auch, glaube ich, langfristig sehr viel bedeuten wird, vor allem für

die jungen Wiener und Wienerinnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Danke auch an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der MA 7 für die Aufarbeitung der Daten sowie auch für die ganzjährige tolle Arbeit im Sinne unserer Kunst und Kultur. Und danke der Frau Stadträtin für die neue Energie, die sie hier eingebracht hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara, selbstgewählte Redezeit 5 Minuten, ein bisschen mehr, weil ich schon vorzeitig gedrückt habe.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen und auch die ZuschauerInnen auf der Tribüne!

Ich nutze jetzt einmal ganz bewusst diesen Zeitraum hier auch, um nicht nur auf Kultur einzugehen, sondern ich glaube, dass es auch wichtig ist, einmal auf Wissenschaft einzugehen, denn ganz ehrlich, das wird hier im Gemeinderat viel zu wenig diskutiert. Ich weiß schon, dass Wien eine Kulturhauptstadt ist. Was ich mir allerdings wünschen würde ist, dass Wien auch eine Wissenschaftshauptstadt wird! *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich glaube, dass mehr Diskussion und Debatte gerade zu diesem Punkt wirklich wichtig wäre, denn was Wien braucht, ist deutlich mehr Spitzenforschung. Wir haben durchaus sehr gute Institutionen. Aber was Wien fehlt, ist tatsächlich diese Spitzenforschung. Und was Wien fehlt, ist auch das Image als Ort für Spitzenforschung. Ich denke, da gilt es, genau für Wien auch entsprechend auszubauen. Wir haben Einrichtungen in der Stadt wie auch den WWTF, der aus meiner Sicht eine ganz ausgezeichnete Leistung bringt mit einem durchaus sehr schmalen Budget und mit den entsprechenden Forschungsprojekten, die hier immer wieder ausgelobt werden, auf international sehr, sehr hohem Niveau ist. Also man sieht, dass man auch mit wenig Mitteln sehr, sehr viel erreichen kann und das finde ich, was hier passiert, ganz großartig. Aber wir brauchen mehr. Wir brauchen tatsächlich die Spitzenforschung, weil die Basis der Spitzenforschung und das Weitertransportieren in die Stadt bedeutet, dass das auch etwas für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Wien heißt. Wenn wir das, was wir gestern in der Generaldebatte oder auch zum Wirtschaftsstandort diskutiert haben, dann ist die Saat, die wir säen müssen, die Spitzenforschung und auch jene Leute, die anerkennen, Wien wird zum Magneten dieser Spitzenforschung. Im Moment ist es ja eher umgekehrt, dass nämlich die besten Köpfe aus Wien weggehen, weil sie hier eigentlich nicht die Rahmenbedingungen finden, um diese Forschung auch entsprechend durchzuführen. Und da hoffe ich auch von Seiten der Stadträtin, dass dieses Thema einfach in der politischen Priorität dieser Stadt stärker in den Vordergrund tritt. Denn wir dürfen uns nicht nur historisch als Kulturhauptstadt sehen und als Tourismusstandort, sondern ich glaube, Wien hätte das Potenzial, tatsächlich auch zum Wissenschafts-Hot-Spot Europas zu werden. Und in

der Richtung muss einfach mehr passieren. *(Beifall bei NEOS.)*

Ich möchte das an Beispielen festmachen, wie man das konkret angehen könnte, denn ich denke, es ist immer gut: Was wären denn die Perspektiven? Ich nehme da nur ein Beispiel heraus, nämlich die Übersiedlung der Technischen Universität Wien, also konkret der Labors der Technischen Universität Wien ins Arsenal, weil einfach auf Grund der technischen Möglichkeiten, Brandschutzvorgaben, sehr viele Laborstandorte nicht mehr im Stadtinneren am Getreidemarkt oder am Karlsplatz weitergeführt werden können. Deswegen findet im Zuge dieser C-University 2020 diese Übersiedlung statt, ein guter Punkt. Aber gleichzeitig müsste man hier auch im Kontext der Stadtentwicklung sagen: Wie könnte man denn dann dort auch Betriebsansiedlungen von jungen Unternehmen machen? Wie könnte man Start-ups aus der Universität heraus entsprechend begleiten? Weil dort haben wir tatsächlich einen Raum für die Stadtentwicklung, der idealerweise noch an den Bahnhof angebunden ist, der sehr nah auch zu anderen Verkehrsinfrastrukturbereichen ist. Das heißt, das wäre ein idealer Standort, um die Universität mit umliegenden Unternehmen einfach zu vernetzen. Das ist das, was in anderen Städten passiert. Das ist das, was das MIT ausmacht mit der Umgebung. Das ist das, was die wesentlichen Spitzenforschungsländer ausmachen, diese Art der Kommunikation. Da erwarte ich mir mehr, und da erwarte ich mir, dass wir aus diesen Silos zwischen Wissenschaft, Stadtentwicklung endlich einmal darüber hinaus denken und sagen: Wie wollen wir uns hier als Stadt, nämlich als Ort für Spitzenforschung entsprechend entwickeln? *(Beifall bei NEOS.)*

Ich komme jetzt noch auf einen anderen Punkt, und ich finde es gerade gut, dass viele junge Menschen hier auch auf der Zuschauertribüne sitzen, denn das, was derzeit in Gefahr ist, und das ist die negative Seite, das ist, Gott sei Dank, nicht in Wien der Fall, weil Wien ist der Ort, wo Wissenschaft und Freiheit noch ein Ort ist, den man hochhält. Und da hoffe ich, dass das auch in Zukunft passiert. Das ist in anderen Städten nicht mehr der Fall. Das ist zum Beispiel in Budapest nicht mehr der Fall, weil letzten Samstag gab es eine große Demonstration in Budapest, die für ein freies Land und eine freie Universität aufgerufen hat. Weil nämlich genau dort in diesen Ländern, wo Orbán und andere sehr nationalistische Führer, möchte ich schon sagen, hier das Regime führen, das beginnt, dass Wissenschaft nicht mehr frei ist und man vertrieben wird. Und dagegen müssen wir absolut kämpfen! *(Beifall bei den NEOS und von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)*

Deswegen bin ich auch froh, dass sich Wien wirklich dazu entschlossen und auch sehr bemüht hat, die Central European University nach Wien zu holen und hier der Universität einfach einen neuen Standort zu geben.

Ein anderer Punkt ist, und da möchte ich sehr stark auch Richtung unserer Kollegen der FPÖ sprechen, die sich ja ganz gerne mit den Parteien rühmen, zum Beispiel die AfD in Deutschland. Die AfD hat in Deutschland eines gemacht, und das finde ich unglaublich, absolut

unglaublich: Sie hat nämlich ein Pranger-Portal online geschaltet.

Das ruft Studierende dazu auf, parteikritische Professoren zu melden. Das passiert 2018 in Europa! Ich hoffe, dass sich die FPÖ hier von diesen Dingen absolut distanziert, weil das ist die Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft und Lehre! Und wehret den Anfängen! Ich halte das für eine ganz gefährliche Entwicklung. Das ist nämlich eine Meldeplattform ... (GR Mag. Dietbert Kowarik: *Schauen Sie in unsere Universitäten! Da brauchen Sie nicht nach Deutschland zu schauen!*) Bitte? (GR Mag. Dietbert Kowarik: *Da brauchen Sie nicht nach Deutschland schauen! Bleiben Sie in Österreich!*) Ja, aber das sind die europäischen, das sind die europäischen Bewegungen, mit denen die FPÖ ja auf europäischer Ebene eine gemeinsame Plattform bilden möchte! Deswegen halte ich es für wichtig, diese Dinge auch aufzuzeigen, was hier in Europa passiert! Und Wien soll und ist hoffentlich ein Ort der Freiheit der Wissenschaft. Das ist etwas, wofür wir kämpfen werden! (*Beifall bei den NEOS.*)

Auf dieser Plattform, um das auszuführen, werden Studierende aufgefordert, Belege zum Beispiel in Form von Klausuren, Tonmitschnitten oder Bilddokumenten auf die Plattform hochzuladen, um die Namen der Professorinnen und Professoren öffentlich sichtbar zu machen. Also das halte ich für einen absoluten Wahnsinn, und ich finde es sehr, sehr gut, dass sich hier die Zivilgesellschaft auch sofort meldet. Prof. Johannes Varwick von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat hier einen offenen Brief an die AfD geschickt und dazu gesagt, ich zitiere: „Sie wollen eine Beschwerdeplattform zur Meldung AfD-kritischer LehrerInnen einrichten. Mein Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist auch an der Ausbildung von SozialkundefachlehrerInnen im Fach Politikwissenschaft beziehungsweise im Bereich internationaler Beziehungen und europäischer Politik beteiligt. In diesem Sinne nehme ich Ihnen diese Arbeit gerne ab und gestehe, dass sich mein Lehrstuhl in seinen akademischen Lehrveranstaltungen und sonstigen Formaten wie folgt positioniert: Wir gestehen, dass wir für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit geworben haben, dass wir aber sprachlich inhaltliche Tabubrüche von Seiten Ihrer Partei als solche thematisiert haben, weil rassistische und diskriminierende Aussagen als solches in unserem Land benannt werden müssen. Wir gestehen, dass wir die Beschneidung von staatlicher Souveränität durch internationale Zusammenarbeit sowie deutsche Verantwortung in der internationalen Politik umfassend diskutieren und das komplexe Thema der Migration nicht als Erklärung für alle Probleme in Deutschland gelten lassen.“ Das gilt für die AfD in Deutschland. Das ist richtig. Aber ich sage: Wehret den Anfängen! Und ich halte es für ganz wichtig, dass sich Wien hier als Ort der Wissenschaft, als Ort der Freiheit für die Wissenschaft positioniert und dass wir genau darauf schauen, dass wir diese Freiheit auch in Zukunft entsprechend sicherstellen und hochhalten! Danke schön. (*Beifall bei NEOS und GRÜNEN sowie von GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das war eine tatsächliche Redezeit von 10 Minuten, Restredezeit der NEOS 2 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Ulm, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Dr. Wolfgang **Ulm** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Diese zehn Minuten werde ich nicht in Anspruch nehmen müssen, geht es doch in erster Linie darum, dass ich neben einem Antrag, den wir schon hätten einbringen sollen, noch einen Antrag zum Kunst- und Kulturförderungsgesetz einbringen möchte. Ich bin da seit der letzten Fragestunde sehr zuversichtlich, was die Frau Stadträtin betrifft, weil sie mir und diesem Anliegen eine grundsätzliche Empathie entgegengebracht hat, ohne sich festzulegen. Frau Stadträtin, Sie haben gemeint, Sie schauen auch gerne nach Salzburg und gerne nach Linz, wo Kulturentwicklungsprogramme im Entstehen sind. Ich glaube, dass so etwas natürlich auch für Wien sinnvoll wäre, wobei das eine tun und das andere nicht lassen - ich glaube, dass das Kunst- und Kulturförderungsgesetz neben so einem Kulturentwicklungsprogramm schon sehr sinnvoll wäre, und glaube, dass es schon einen Grund hat, dass es in acht Ländern so ein Kunst- und Kulturförderungsgesetz gibt und leider Gottes bis jetzt eben noch nicht in Wien.

Als Jurist ist es mir ein besonderes Anliegen, auch in der Kulturdebatte auf die rechtsstaatlichen Grundlagen hinzuweisen und zu unterstreichen, wie wichtig es ist, dass sich Freiheit und Unabhängigkeit von Kunst und Kultur auf Basis von Kriterien, die gesetzlich festgelegt sind, entwickeln können. Da reichen die Kulturförderungsrichtlinien, die es im Augenblick gibt, sicherlich nicht aus, denn entscheidend ist natürlich, wer über ein Förderungsansuchen entscheidet und was die Kriterien dafür sind. Ich habe mir alle acht Kulturförderungsgesetze in den Bundesländern angesehen, das für mich beeindruckendste ist das in der Steiermark. Da gibt es sehr viel Transparenz, und man weiß auch, wer über die Förderungen entscheidet, etwas, was Ihnen, Frau Stadträtin, auch wichtig sein dürfte. Sie haben das immer wieder gesagt, die Transparenz ist Ihnen wichtig und es ist Ihnen schon auch wichtig, wer in den Jurys sitzt und wer in den Aufsichtsorganen sitzt. Es muss nicht unbedingt eine Entpolitisierung sein, aber es soll Expertise da sein und es sollen Fachleute sein, die zumindest eine Empfehlung an die Regierung oder an den Gemeinderat abgeben. In der Steiermark ist es ja so, dass die Landesregierung über Förderungen entscheidet. In Wien ist das ja anders. In Wien ist es der Ausschuss beziehungsweise der Gemeinderat. Aber ein entsprechendes Gremium, das diese Empfehlung abgibt, das sollte unseres Erachtens nach eingeführt werden. Im Land Steiermark ist es so, dass es dort ein Kulturkuratorium gibt, das aus 15 Personen besteht, und dieses Kulturkuratorium gibt eine Empfehlung hinsichtlich der Subventionswürdigkeit der Antragsteller ab, ab einem Betrag von 3.500 EUR im Übrigen. Also da hätte ein Wiener Kulturkuratorium schon einiges zu tun. Vielleicht wird das in Wien dann auch ein bisschen länger dauern und wird mit einer ent-

sprechenden Geschäftsstelle ausgestattet sein müssen. Aber es kann vielleicht trotzdem als Beispiel dienen. Wenn man bei Google „Steiermark Kulturkuratorium“ eingibt, kommen sofort die 15 Mitglieder zum Vorschein. Und wenn sich diese 15 Experten noch nicht ganz sicher sind, dann können sie noch 18 weitere Fachexperten betrauen, jeweils 3 für die Bereiche Bildende Kunst, darstellende Kunst, Film, Literatur, Musik und Museen. Und auch diese jeweils drei Fachexperten sind auf der Homepage ausgeworfen und man kann das sehr schön nachlesen. Die Frau Stadträtin kennt das natürlich. Ich kann sie mit so etwas nicht überraschen, aber vielleicht wäre es für den einen oder anderen in diesem Raum interessant.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit will ich es auch schon bewenden lassen. Vielleicht konnte ich einen kleinen An Schub geben, dass wir zu einem Kunst- und Kulturförderungsgesetz kommen. Ich würde mich sehr darüber freuen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren tatsächlich nur 5 Minuten, Restredezeit der ÖVP 8 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (GRÜNE): Danke sehr. Geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch ganz herzlich die interessierte Öffentlichkeit hier auf der Tribüne und auch all jene, die der Debatte via Livestream zuhören und zusehen!

Es geht um Kultur und Wissenschaft, und ich greife gern den Faden der Wissenschaft, den Kollege Gara von den NEOS bereits gelegt hat, wieder auf und möchte seiner Anmerkung, Wien sei noch keine Wissenschaftsstadt, doch vehement widersprechen. Wien ist Wissenschaftsstadt, ist die größte Wissenschaftsstadt im deutschsprachigen Raum. Ich finde, die Forscherinnen und Forscher, die in Wien arbeiten, die WissenschaftlerInnen, die Studierenden haben es verdient, als exzellent bezeichnet zu werden. Es sind nicht ausschließlich die, die weggehen, sondern sehr wohl auch jene Menschen, die hier in Wien ihr Bestes für die Wissenschaft geben. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Für eine Stadt wie Wien, überhaupt für eine Stadt, ist Bildung, ist Wissen, ist Know-how eine ganz, ganz wesentliche Ressource. Ich glaube, dessen müssen wir uns wirklich immer gewahr sein, wie wichtig in einer Wissensgesellschaft dieses Wissen, dieser Wissensdrang, der in Forscherinnen und Forschern steckt, ist. Und selbstverständlich braucht es dazu das Umfeld, ein Umfeld, das Menschen, natürlich weil sie nicht nur in ihren Labors, in ihren Bibliotheken oder in ihren Arbeitszimmern sitzen, auch brauchen. Das ist ganz klar. Für Studierende sind coole Lokale, für Erwerbstätige ist eine gute Kinderbetreuung wichtig, aber natürlich auch die öffentlichen Verkehrsmittel und eine generell gute Lebensqualität, eine sichere Umgebung, so wie wir das in Wien schaffen. In diesem Sinne versehen wir Wissen und Wissenschaft mit einer ganz, ganz zentralen integrativen Rolle in unserer Politik, und deshalb ist Wissenschaft auch in allen möglichen Ressorts verankert, weil

hier die Verwaltung, die Politik mit Wissenschaft, mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen kommuniziert.

Ich möchte, weil noch immer das Gedenkjahr ist, auch ein bisschen den historischen Faden aufgreifen, und zwar, um auch dieses Verhältnis von Politik und Wissenschaft, Kollege Gara hat das auch schon gemacht, zu beleuchten. Die Freiheit der Wissenschaft ist ein Grundrecht. 151 Jahre haben wir dieses Grundrecht in Österreich verankert, voriges Jahr war das Jubiläum. Am 22. Dezember 1867 wurde im Paragraph beziehungsweise im Art. 17 des Staatsgrundgesetzes dieses Grundrecht auf Freiheit der Wissenschaft verankert, gleichzeitig auch mit der Gleichstellung der Konfessionen. Das ist wichtig im weiteren Verlauf dieser Debatte, denn damit war es auch jüdischen Forscherinnen und Forschern, eigentlich Forschern, muss man sagen, möglich, hier in die akademische Welt einzutreten. Denn Frauen war zu diesem Zeitpunkt Studieren noch verwehrt. Die Philosophische Fakultät, um das hier nur einmal zu erwähnen, hat erst 1897 ihre Tore geöffnet und 1946 erst die Katholische Fakultät. Mittlerweile haben wir die erfreuliche Zahl, dass über 50 Prozent der Studierenden weiblich sind. Natürlich gibt es da ganz große Unterschiede in den Studienfächern, aber insgesamt haben hier Frauen erheblich aufgeholt. Aber nichts desto weniger halte ich es trotzdem auch für wichtig, in der Wissenschaftspolitik hier zu schauen, dass Frauen in der Forschung gute Rahmenbedingungen haben und ihnen hier nicht Geschlechtsstereotypen zum Fallstrick gemacht werden. In der Historie der Wissenschaftsgeschichte, interessant übrigens, die Sozialforschung hat kürzlich gerade 100 Jahre Sozialforschung für sich beleuchtet und sich selbst in den Rahmen der Geschichte gestellt und die Geschichte in ihren Forschungskontext. Also diese Wechselwirkung ist auch ganz relevant, wenn wir uns anschauen, was in der Zwischenkriegszeit mit der Freiheit der Wissenschaft passiert ist. Dort ist die Autonomie ganz massiv eingeschränkt worden. Linke und Juden wurden nicht mehr zu Habilitationen zugelassen. Im Nationalsozialismus war es dann so, dass ganz, ganz schnell die Universität Wien beispielsweise zu einer nationalsozialistischen Institution geworden ist und es dort zu einer Art Selbstgleichschaltung der Universitätsangehörigen gekommen ist. Antisemitismus, Deutscher Nationalismus, antidemokratisches Gedankengut waren dort ganz stark prägend.

Also was ich auch damit sagen will, ist, die Freiheit der Wissenschaft nimmt sie auch für sich selbst nicht immer in Anspruch. Wenn wir in die Gegenwart kommen, zeigt das Beispiel Ungarn ganz deutlich, wie Demokratie und die Freiheit der Wissenschaft zusammenhängen. Die ungarische Akademie der Wissenschaft ist derzeit bedroht. Die CEU wird vertrieben. Das ist gut für Wien, aber natürlich tragisch für die ganze osteuropäische oder ost- und mitteleuropäische politische Gesellschaft. Was mich wirklich bedenklich stimmt, ist, wie unser Wissenschaftsminister, Herr Faßmann von der ÖVP, mit dem Antisemitismus umgeht, der aufgeflackert ist und zwar in sehr, sehr heftiger Form gegen Herrn Soros. Er meint, man möge das doch ignorieren. Ich meine, ignorieren

können wir das nicht! Wir können Antisemitismus nicht ignorieren! Wir können Weltverschwörungstheorien nicht ignorieren! Hier braucht es klare Worte! Und ich wende mich hier auch an die Kollegen und Kolleginnen der ÖVP. Es ist auch die Verantwortung der ÖVP, auf Regierungsebene dafür zu sorgen, dass hier nicht in Koalitionsrason darübergewandert wird, wo längst gesellschaftspolitische, demokratiepolitische Grenzen überschritten wurden (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*), und das werden sie permanent von Ihren Regierungspartnern! (*Aufregung bei der FPÖ.*) Das ist eine rückwärts-gewandte Politik, und wir müssen aufpassen, dass die offene Gesellschaft, für die wir eintreten, eine offene weiterhin bleibt.

Bedenklich finde ich auch auf Bundesebene, dass die ÖH angegriffen wird. Die ÖH soll ihre Wahlen in einer Zeit machen, wo Prüfungen stattfinden. Das ist natürlich mit dem Wahlvorgang insgesamt sehr schwer zu verbinden. Ich denke, dahinter steht, dass die ÖH als kritischer Teil der Zivilgesellschaft geschwächt werden soll. Auch das ist aufs Heftigste zurückzuweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine gesellschaftspolitisch oder demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklung, wenn hier das Wahlrecht erschwert wird. (*GRin Veronika Matiasek: Sie wissen aber schon, wie hoch die Wahlbeteiligung bei der ÖH ist!*) Mit Wahlbeteiligung hat das nichts zu tun. Fakt ist, wenn die Wahlen in eine Zeit gelegt werden, wo die Studierenden Prüfungen abzulegen haben, dass sich die damit sicher nicht erhöhen wird. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Es geht sich aus, daneben zu wählen!*) Doch, das ist die Wahrheit.

Wien aus meiner Sicht geht hier wirklich den anderen Weg, und darauf sind wir stolz, dass hier eine rückwärts-gewandte gesellschaftspolitische Haltung in keinsten Weise Platz hat. Wir sind eine offene Gesellschaft, wir stehen für eine offene Gesellschaft. Wissenschaft braucht ihren freien Raum, ganz, ganz wichtig. Dafür sorgen wir, das stellen wir sicher. Was mir aber auch an dieser Stelle wichtig ist zu sagen: Wissenschaft im Elfenbeinturm kann es auch nicht geben. Wissenschaft braucht Kontroverse, damit sie sich selbst kontrollieren kann, damit sie aber auch in Diskurs mit der Gesellschaft gehen kann und hier auch Partizipation, Austausch, Wissenstransfer möglich sind und auch eine Reflexion.

Die schon von mir angesprochene Tagung der Sozialwissenschaften hatte ein sehr, sehr schönes Motto, nämlich „Reflexion“. Ich schaue gerade in meine Unterlagen, Entschuldigung, jetzt habe ich ... Nein, ich bin gleich weg zu Ihrer Freude. Aber ein paar Minuten seien mir noch gegönnt. Es geht um das Motto „Diagnose, Reflexion und Antizipation“. Ich finde, das ist ein sehr, sehr schönes Motto, und nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Politik, auch für die Wissenschaftspolitik. Das können wir uns mitnehmen. Das können Sie sich, sehr geehrte Damen und Herren auch von der Opposition, vielleicht einmal anschauen, wie es ausschaut mit Diagnose, Reflexion und Antizipation.

Wien als Wissenschaftsstandort ist gesichert. Wir werden hier alles tun, dass es weiterhin einen guten Austausch und Dialog gibt und Wien als weltoffene Stadt

weiter attraktiv für alle Forscherinnen und Forscher bleiben wird. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Das waren jetzt 11 Minuten, Restredezeit der GRÜNEN wäre noch 5 Minuten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Nittmann.

GRin Mag. Ulrike **Nittmann** (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne!

Vielleicht zu Beginn ein Wort zu meinen Vorrednern, zum Herrn Gara und zur Frau Huemer. Bitte machen Sie sich keine Sorgen um die Freiheit der Wissenschaft in Wien. Wir, die Freiheitlichen, stehen für die Freiheit der Wissenschaft. Wir stehen zum Staatsgrundgesetz aus 1867, das letztendlich Ausfluss der Freiheitsbewegung von 1848 war. Sie brauchen sich nicht zu sorgen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und, Frau Kollegin Huemer, der Antisemitismus geht nicht von uns aus. Der neue Antisemitismus geht vom politischen Islam aus. Das ist das Problem der heutigen Zeit. Nicht wir. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber so wie wir für die Freiheit der Wissenschaft stehen, stehen wir selbstverständlich auch für die Freiheit der Kunst. Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie sind seit Mai 2018 bei uns, was uns sehr freut, weil Sie eine langjährige Geschichte beendet haben, nämlich die des StR Mailath-Pokorny, der in der Kultur mehr verwaltet als gestaltet hat. Es war schon bei Ihrer Antrittsrede sehr erfrischend und sehr positiv, dass Sie gleich den Anspruch auf Transparenz in der Kulturförderung für sich vereinnahmt haben und Wien auch als Musikhauptstadt durchaus in den Mittelpunkt Ihres Interesses stellen wollen. Das liegt sehr auf unserer Linie, weil auch wir wollen Wien, die Musikhauptstadt Wien, wieder den Ruf zukommen lassen, der Wien auch die internationale Anerkennung gebracht hat. Sie haben uns aber nicht nur Ihre Neuausrichtung bei Ihrer Amtsantrittsrede wissen lassen, sondern was Sie auch gemacht haben und was ganz neu ist in dieser Stadt, und das ist eh schon mehrmals angesprochen worden, Sie haben gehandelt. Sie haben gehandelt und nicht nur geredet. Unmittelbar nach Ihrem Amtsantritt haben Sie bei den Wiener Festwochen die Reißleine gezogen. Das war einmal eine ganz eine tolle Sache, ich habe das auch schon in meiner letzten Rede positiv vermerkt. Auch wurde klar, dass beim Volkstheater der Vertrag mit der derzeitigen Intendantin nicht verlängert wird und Sie über eine Neuausrichtung des Volkstheaters nachdenken.

Ich glaube aber, dass es nicht allein reichen wird, sich über die Neuausrichtung des Volkstheaters Gedanken zu machen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Punkt, dass man sich grundsätzlich über die Theaterlandschaft in Wien, und damit meine ich Sprech- und Musiktheater, Gedanken macht und bitte, nehmen Sie bei dieser Gedankenreise das Publikum mit. Nehmen Sie das Publikum mit, nämlich deshalb, wir reden hier auch von Steuergeldern, die von allen Wienern und Wienerinnen bezahlt werden und somit auch von denen, die auch die Wiener Theater, Musik- und Sprechtheater, konsumieren wollen. Demokratisieren Sie in dem Sinne die

Kunst! Nehmen Sie es als zentralen Punkt, dass es hier um subventionierte Kunst geht und nicht um Kunst am freien Markt. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man Kunst auch für den Steuerzahler macht. Der Wiener ist ein gelernter Theaterbesucher. Theater hat in Wien eine lange Tradition. Ich glaube, es wäre wichtig, dass man das Publikum mit einbezieht und klärt, welche Vorlieben haben die Wiener und was erwarten sie sich von bestimmten Theatern. Ich glaube, es wäre gescheit, dass man sich unter dem Arbeitstitel „Schwerpunkt Theater“ überlegt, welches Theater soll welche Interpretationen, welche Aufführungen für welche Publikumsgruppe bilden. Ich glaube, dass es dem Publikum leicht gemacht werden sollte, dass es weiß, wenn es sich ein Ticket für das Volkstheater kauft, was es erwartet. Dass es weiß, wenn es sich ein Ticket für die Josefstadt kauft, was es erwartet. Ich glaube nicht, dass der gelernte Wiener Theaterbesucher permanent mit Überraschungen konfrontiert sein will, wobei das ja auch nicht ausgeschlossen ist. Es wird ja auch Bühnen geben, die für Überraschungen sorgen. Aber es soll auch Bühnen geben, wo es dem Publikum klar ist, was es erwartet. Ich glaube, dass sich der gelernte Wiener Theaterbesucher das wünscht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube auch, dass es bei subventionierter Kunst eben auch nicht darum geht, dass sich irgendwelche Intendanten selbst verwirklichen, sondern dass man eben Theater für das Publikum macht. Das heißt, im ersten Schritt muss ich natürlich einmal klären: Was ist die Erwartungshaltung des Publikums? Und dann kann man sich natürlich überlegen, welches Theater positioniert man wie, einfach um Erwartungshaltungen ganz klar zu erfüllen. Das ist natürlich von der traditionellen Inszenierung, die sich viele, vor allem, sage ich jetzt ganz ehrlich, ältere Theaterbesucher wünschen, bis hin zur freien Szene Wien. Ja natürlich soll dafür Platz und Raum sein, das ist überhaupt keine Frage. Aber dieses Mischmasch und dass kein Theater eigentlich für irgendwas steht, das halte ich für schwierig, und ich glaube, der gelernte Wiener Theaterbesucher kann damit sehr oft nichts anfangen. Wir kennen das von vielen Aufführungen, ich gehe gerne und oft ins Theater, dass manchmal, ich weiß nicht, 10 Prozent bis zu einem Drittel der Leute in der Pause gehen. Natürlich kann man sagen, Theater soll provozieren. Aber soll es so provozieren, dass die Leute aufstehen und gehen? Das glaube ich wohl auch nicht, und vor allem, wenn sie es nicht wollen, warum muss man sie damit konfrontieren? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sehen es ja auch, wir haben es ja auch bei den Festwochen gesehen, dieser radikale Absturz bei den Kartenverkäufen. Und auch Sie haben es gesehen, sonst hätten Sie natürlich auch nicht die Reißleine gezogen. Frau Stadträtin, überraschen Sie uns auch hier! Was die Musik- und Sprechtheater angeht, handeln Sie! Gestalten Sie und verwalten Sie nicht nur! Sie haben uns überrascht, meine Vorredner haben es schon gesagt. Ich habe es ganz toll gefunden, dass Sie uns letzten Mittwoch zu diesem Gespräch eingeladen haben, um im Vorfeld über das Budget zu sprechen. Und Sie sehen,

wie positiv das bei uns ankommt. Das sind Zugeständnisse, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Sie sehen, wie einfach Sie es eigentlich mit uns haben, wenn man uns nur die Hand reicht. Nur, bis dato gab es überhaupt nichts. Deshalb ganz ehrlich, wir sind frohen Mutes und froher Hoffnung, dass wir Sie haben und dass Sie die Opposition in Ihre Überlegungen mehr einbinden, als es bisher geschah. Frau Stadträtin, seien Sie weiterhin so seltsam und lassen Sie sich bitte nicht von den politischen Gegebenheiten und den politischen Gewohnheiten diese erfrischende und positive Eigenschaft abdrehen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was für uns aber noch ein ganz wichtiger Punkt ist, und mein Vorredner, der Kollege Ebinger, hat es angesprochen, das ist natürlich dieser Förderungsdschungel, die Förderungen, die in den Apparat, die in die Verwaltung fließen und nicht bei den Kulturschaffenden ankommen. Wir stimmen bei vielen Förderungen nicht mit, nicht, weil es uns darum geht, dass wir nicht für die Kultur sind und dass wir Kulturschaffende nicht unterstützen wollen. Nein. Aber was wir nicht wollen, ist, den Apparat unterstützen. Was wir nicht wollen, ist, Strukturen finanzieren. Was wir nicht wollen, ist, Personalkosten finanzieren. Das, was wir wollen, ist, dass das Geld bei der Kultur ankommt, dass das Geld beim Kulturschaffenden ankommt und nicht bei Freunden des Systems.

Deshalb stelle ich auch heute, wie schon oder fast jedes Mal bei den Budgetreden, weil ich glaube, dass das auch da am besten passt, weil es um grundlegende Dinge geht, um ein bisschen mehr Transparenz in die Kulturförderung zu bringen, zwei Anträge im Zusammenhang mit der Transparenz in der Kulturförderung. Das ist einerseits die Vorlage der abgewiesenen Subventionen, der Kollege Ebinger hat es auch angesprochen, wenn man zum Beispiel bei WiStA sieht, welche Überlegungen und Vorschläge im Internet veröffentlicht sind. Warum kann es denn nicht möglich sein, dass Subventionen, die von Kulturschaffenden kommen und die schon im Vorfeld von der MA 7 - ich verstehe das schon, dass man einen Filter braucht, dass Subventionen, die von der MA 7 im Vorfeld ausgeschieden werden, ja, warum kann man uns davon nicht in Kenntnis setzen? Das wäre für uns ja interessant. Wer stellt denn überhaupt Anträge für Kulturförderungen? Wir haben in den letzten Jahren, ich meine, so lange bin ich noch nicht dabei, aber es waren immer dieselben Anträge mit denselben Beträgen. Es ist einfach nur fortgeschrieben worden. Wir haben aus den Anträgen heraus überhaupt nicht gewusst, was sich denn tut, wer hat denn Interesse, weil wir einfach keine Information gekriegt haben. Und auf die Frage, warum denn das nicht geht, wurde das mit überhöhtem Verwaltungsaufwand abgedreht. Also, Frau Stadträtin, ich kann mir das nicht vorstellen und bin mir auch ganz sicher, dass das bei Ihnen anders laufen wird.

Das Zweite auch in dem Zusammenhang, um da ein bisschen mehr Licht ins Dunkel zu bringen, ist die Änderung der Subventionsrichtlinien. Ich glaube, dass es für uns auch wesentlich leichter wäre, über einen Subventionsantrag zu entscheiden, wenn wir gesamthaft sehen, welches Projekt oder welcher Förderungswerber hat

denn noch von anderen, vor allem öffentlichen, Stellen Gelder bekommen, weil es für uns einfach viel leichter ist, zu wissen, wer finanziert das Projekt noch? Für wie viele Jahre wurde dieses Projekt finanziert? Welcher Budgetrahmen steht dem Projekt oder dem Förderungswerber zur Verfügung?

Ich bring' dann bitte die Anträge ein. Ich glaube auch, vor allem ist es eine Bringschuld des Förderungswerbers. Und ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt, wenn der in einen Antrag, der in der Regel eh nur eineinhalb Seiten hat, reinschreibt, von wem er noch ein Geld kriegt. Also ich glaube, dass das weder einen enormen Verwaltungsaufwand bei der MA 7 noch beim Förderungswerber unzumutbare Komplikationen hervorruft, zu sagen, was er will und von wem er ein Geld kriegt. Für uns liegt da natürlich der Schluss nahe, da man sich die letzten Jahre so beharrlich geweigert hat, das in die Subventionsrichtlinien zu schreiben, dass das einen Grund haben muss, weil mir fällt ganz ehrlich keiner ein. Mir fällt nur ein einziger Grund ein, und das ist, weil man es uns eigentlich gar nicht wissen lassen will. Und warum will man es uns nicht wissen lassen? Weil man einfach intransparent agieren will. Weil die Gelder in unterschiedliche Kanäle fließen, in irgendwelchem Partei- und Freunderlfilz verschwinden. Genau deshalb schafft man auch solche Richtlinien. Das ist das, was wir nicht wollen. Ich werde dann auch die entsprechenden Beschlussanträge dazu stellen.

Und, Frau Stadträtin, ich bitte Sie wirklich, stellen Sie dieses Umverteilen in die Strukturen, in den Apparat ab! Schauen Sie, dass das Geld wirklich bei den Kulturschaffenden ankommt! Und bitte unterstützen Sie ein, ich glaube, für uns alle wesentliches Kulturgut der Stadt Wien, nämlich die Musik! Ich komme jedes Jahr darauf zu sprechen, weil tagtäglich setzt die Stadt Wien ihren noch wirklich guten Ruf als Musikhauptstadt der Welt aufs Spiel. Und das kann es ja wohl nicht sein. Wir wissen alle, dass sich Musikschulen ein Leben lang bezahlt machen. Wir kennen wahrscheinlich alle diese Studien, die sagen, wer als Kind ein Musikinstrument lernt, schult sein Gehirn für das ganze Leben. Es gibt Studien von Universitäten, die sagen, Kinder, die bis zu ihrem sechsten, siebenten Lebensjahr ein Instrument gelernt haben, haben im Seniorenalter noch bessere Gedächtnisleistungen. Ich verstehe nicht, warum man sich so sträubt, diese Musikschulen mehr zu unterstützen. Ich weiß schon, dass es nicht in dieses Ressort gehört, es gehört zum StR Czernohorszky. Nur, da stoßen wir auf taube Ohren. Für ihn ist das offenbar kein Bereich, der für ihn in der Bildung ein wesentliches Augenmerk bedeutet. Deshalb bitte ich Sie als Kulturstadträtin, dass man über den Umweg Kultur hier einen ganz wichtigen Bildungsschritt unterstützt und diese Musikschulen in Wien einfach mehr unterstützt. Es ist ganz wichtig, dass man Kinder fördert und unterstützt, im Einzelförderunterricht ein Musikinstrument zu lernen. Auf der anderen Seite sehen wir, jetzt wieder zum Thema Kultur, Wien als Weltkulturhauptstadt, die großen Orchester, die Wiener Sängerknaben, sie alle klagen über Nachwuchsmangel. Und warum? Na klar, weil wenn die Musik nicht von klein

auf entsprechend gefördert und geschult wird, dann werde ich nicht zu den Wiener Symphonikern kommen, dann werde ich nicht Mitglied der Wiener Sängerknaben sein und ich werde ich auch nicht bei den Wiener Philharmonikern spielen können. Das wissen wir alle, dass so eine Karriere nur durch entsprechende Schulung möglich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wissen, und ich glaube, jetzt erzähle ich da niemandem etwas Neues, dass Musik sowohl der geistigen wie der körperlichen Gesundheit dient, die Integration fördert und letztendlich Brückenbauer zwischen den Kulturen ist. Musik ist spartenübergreifend, ressortübergreifend ein ganz wichtiges Thema und ist sowohl bei der Integration, als auch in der Bildung und in der Kultur ein wichtiger Baustein. Nur, es kümmert sich niemand darum, und das finde ich sehr schade. Wir wissen, dass es bei den Musikschulen an allen Ecken fehlt. Es fehlt an Geld, es fehlt an Räumlichkeiten, es fehlt an Personal, und es fehlt an Instrumenten. Wir wissen, dass nicht jeder Bezirk in Wien eine Musikschule hat, und das finde ich eigentlich schwach. Das finde ich eigentlich ganz schwach, dass eine Stadt wie Wien, die sich als Kulturstadt begreift, nicht einmal in der Lage ist, in jedem Bezirk eine Musikschule zu haben. Frau Stadträtin, deshalb appelliere an Sie: Bleiben Sie seltsam, bleiben Sie erfrischend, bleiben Sie positiv, handeln Sie und fällen Sie eine politische Entscheidung! Stärken Sie die Musikschulen! Unterstützen Sie unsere Forderung nach Transparenz! Unterstützen Sie unsere Forderung für eine Aufstockung der Budgetmittel für die Unterstützung der Musikschulen mit dem Endziel, dass jeder Bezirk in Wien eine Musikschule haben soll! Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Reindl, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Mag. Thomas **Reindl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, dass ich heute zum Thema Kultur sprechen darf. Kultur, Kulturpolitik ist ja, wie Sie alle wissen, einer der weltweit treibenden Innovatoren, friedensstiftend, völkerverbindend und weit über die Grenzen einer Stadt oder auch eines Landes hinausgehend. Und Wien ist ja, das ist heute schon mehrfach gesagt worden, Kulturhauptstadt Europas, sage ich mit Stolz und Recht. Die Stadt Wien hat aber auch gerade heuer, weil wir ein Gedenkjahr haben, nämlich mit 100 Jahre Gründung der Ersten Republik, wobei ich schon bemerken möchte, dass ich es etwas sonderbar finde, dass sich die FPÖ auf ein 170 Jahre zurückliegendes Ereignis beruft wie übrigens auch der Herr Vizekanzler bei der Festveranstaltung in der Staatsoper zu 100 Jahre Republik. Also 1848 ist geistig schon sehr, sehr weit weg. Wir halten es eher mit den anderen Achtern *(Aufregung bei der FPÖ.)*: 1918, 1928, 1938 und 1968. Sie sind halt noch mehr den monarchistischen Strukturen von 1848 verbunden. *(GR Mag. Wolfgang Jung: 1848, das war beim Kaiser! Wo haben Sie Geschichte gelernt? Geschichte Nicht genügend! - Große Aufregung bei der*

FPÖ.) Ja, der Kaiser war bis 1918, Herr Mag. Jung. (GR Mag. Wolfgang Jung: Sie haben keine Ahnung von der Geschichte Ihrer Heimat! Sie haben wirklich keine Ahnung!) Ja, ja, ja, ja, natürlich, ich weiß das eh, ja, ich weiß das eh. Ich kenne Ihren geschichtlichen Hintergrund. Sonst finden Sie ja keinen, in irgendeiner anderen Jahreszahl eine Basis, wo Sie hineinpassen würden. Das verstehe ich eh, dass Sie sich auf 1848 berufen. (Weitere Aufregung bei der FPÖ.)

Aber wirklich wichtig ist natürlich auch das gemeinsame Erinnern und eben nicht auf 170 Jahre zurückliegende Ereignisse, sondern durchaus auf sehr, sehr wichtige Dinge wie etwa im Wiener Stadt- und Landesarchiv, wo im Moment eine sehr interessante Ausstellung zur Stadt stattfindet. Das würde ich auch den Kollegen der FPÖ dringend empfehlen, sie sich anzusehen: „Geplündert, verbrannt, geräumt, demoliert. Verschwundene Zentren jüdischen Lebens in Wien“, eine sehr dramatische, traurige Ausstellung, die die Folgen des Anschlusses 1938 zeigt, die Auswirkungen auf unsere jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, und welche Folgen das dann auch nach 1945 noch gehabt hat, was nämlich hier auch mit den leerstehenden Gebäuden und den Ruinen gemacht wurde oder auch nicht gemacht wurde oder auch nicht restituiert wurde, und wie hier die Nachnutzungen stattgefunden haben, Nachnutzungen unter Anführungszeichen natürlich. Und es ist sehr, sehr wichtig, dass wir hier dieses kollektive Gedächtnis haben, meine Damen und Herren, und damit auch die Archivarbeit. Und dass wir uns mit unserer jüngeren Vergangenheit beschäftigen, was sehr, sehr wichtig ist. Und dass wir wirklich hier als Stadt Wien ein Vorbild sind und sehr, sehr gut aufgestellt sind. Und überhaupt hat das Stadt- und Landesarchiv ja die letzten Jahre auch sehr, sehr genutzt, um zu modernisieren, zu digitalisieren. Das Stadt- und Landesarchiv ist eigentlich eine Speerspitze in der Digitalisierung in der Stadt Wien, ist sehr, sehr modern aufgestellt. Mit Wien Geschichte Wiki haben wir ein wirklich ganz, ganz zentrales, wichtiges Instrument geschaffen, wo wir nicht nur hunderttausende Aufrufe im Monat auf dieser Seite haben, also wir haben bis zu 600.000 Zugriffe auf diese Seite. Das müssen Sie sich mit so einem so historischen Instrument einmal vorstellen. Sondern wo auch laufend historische Bestände aus der Stadt digitalisiert werden, historische Bestände aus der Kultur, und die Wiener Geschichte laufend ausgebaut, erweitert wird.

Viele von Ihnen werden sich ja noch an das Historische Lexikon der Stadt Wien von Felix Czeike erinnern. Ich bin auch stolzer Besitzer eines solchen. Es hat damals, 2014, schon ungefähr 26.000 Seiten umfasst. Inzwischen sind wir schon bei 41.500 Artikeln, also ein unglaublicher Wissens-Pool, ein unglaubliches Know-how, das hier aufgebaut wird und das sehr, sehr wichtig ist, um sich zu erinnern, sehr, sehr wichtig ist für die Forschung und auch sehr, sehr wichtig ist, um ein reales und ein echtes Bild abzugeben für das, was sich in Wien in den guten Zeiten, aber leider auch in den dunklen Zeiten abgespielt hat. Im Zuge dieses Wiki-Schwerpunktes wird es auch für nächstes Jahr - und

einer meiner Vorredner hat ja gemeint, mit den Feierlichkeiten oder Gedenken heuer kann es ja nicht vorbei sein. Ja, das sehe ich genauso. Wir werden nächstes Jahr 100 Jahre Wahlen zum ersten Gemeinderat in der Republik haben, 2020 100 Jahre erstmals Landtagswahlen hier in Wien. Übrigens, vor 100 Jahren nächstes Jahr sind auch die ersten Wahlen, wo die Frauen das Wahlrecht gehabt haben. Und nächstes Jahr haben wir auch 100 Jahre Rotes Wien. Also es ist ein sehr, sehr schwerpunktlastiges Jahr. Ich habe auch vor, hier gemeinsam mit dem Wiener Stadt- und Landesarchiv entsprechende Veranstaltungen im Gemeinderat und dann auch gemeinsam mit dem Herrn Landtagspräsidenten abzuhalten, wo wir uns einerseits erinnern, andererseits eine Art Resümee ziehen. Aber natürlich werden wir uns auch den Herausforderungen der Zukunft und der Modernität stellen.

Im Zuge dieses Schwerpunktes Rotes Wien für 2019 bin ich auch sehr dankbar, dass man bereits an die 4.000 Fotografien, die die Stadt Wien gesammelt hat oder die auch von Privatpersonen gekommen sind, digitalisiert hat, katalogisiert hat und online zugriffsberechtigt gemacht hat. Das heißt, es ist wirklich sehr, sehr viel Material bereits da. Es wird aber nächstes Jahr auch ein besonderer Schwerpunkt, und da sage ich, mit dem werden wir uns sicher sehr auseinandersetzen müssen, weil natürlich auch das NS-Archiv und die Wochenschau-Berichte aus den Jahren 34 bis 44 gerade in Vorbereitung sind und nächstes Jahr auch online geschaltet werden. Das heißt, hier wird man dann durchaus auch sehen, wie damals Propaganda funktioniert hat, wie damals die gesellschaftlichen Kritiken, wie damals die Verhetzungen über die damaligen Medien stattgefunden haben, eben meistens über Kino oder auch über Propagandaveranstaltungen. Wir sollten da natürlich schon auch die Lehren ziehen, wie wir für die heutigen Medien diesen ganzen Hass im Internet, diese ganze Hetze im Internet bekämpfen können und auch abschalten können.

Meine Damen und Herren! Insgesamt gesehen sind wir in der Digitalisierung im Kunstbereich sehr, sehr weit fortgeschritten und ich bin sehr, sehr stolz, dass auch die Frau Stadträtin die Digitalisierung als sehr wichtig auf ihrer Agenda hat. Das ist die Basis für eine gute Zukunft und für eine gute Kulturpolitik. In dem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum Budget. Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Tatsächliche Redezeit war 8 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Berger, bitte schön.

GR Stefan **Berger** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Gemeinderat!

Ja, man sieht wie wichtig Rot und Grün offensichtlich die Kulturpolitik ist. Ich finde das gegenüber einer neuen Stadträtin eigentlich sehr beschämend, wenn die Reihen hier im Saal so schwach besetzt sind, wo man doch wirklich auch als Oppositionspolitiker anerkennen muss, dass die Stadträtin hier sehr bemüht in ihr Amt eingetreten ist. Aber ja, sei's drum. Das müssen Sie mit sich

selbst vereinbaren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um noch auf zwei Vorredner einzugehen, nämlich auf den Herrn Reindl, der da irgendwie unserem Vizerektor oder der FPÖ irgendwelche monarchistische Züge, Tendenzen, Vorlieben oder, tut mir leid, aber irgendwelchen Unfug unterstellt, weil der Vizerektor bei einer Festveranstaltung 1848 und dieses Revolutionsjahr thematisiert hat. Ja, im Jahre 1848 ist es darum gegangen, liberale und demokratische Prinzipien im Staate beziehungsweise damals im Kaisertum Österreich zu verwirklichen. Das waren Zeiten, in denen Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Obrigkeiten angekämpft haben, die dafür gekämpft haben, dass Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit im damaligen Kaisertum Österreich etabliert wird. Und ja, erst im Jahre 1918 war es im Endeffekt dann möglich, das Ganze schlussendlich durchzusetzen. Also ich kann mich erinnern, die SPÖ hatte vor einigen Jahrzehnten noch große Staatsmänner. Mittlerweile laufen sie ja bei jedem Lüfterl, Gegenwind schon davon. Da gab es einmal einen Bundeskanzler, der gesagt hat: „Lernen Sie Geschichte!“ Vielleicht nehmen Sie sich daran ein Beispiel! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und vielleicht kurz noch zur Frau Kollegin Huemer, die da in unserem Lager oder in einer gewissen politischen Richtung irgendwelche Verschwörungstheorien vermehrt sichtet. Also ich weiß nicht, ob Sie gestern bei der Rede Ihres Kollegen Margulies da waren, der ja jetzt eh ganz aufmerksam in der ersten Reihe zuhört. Er hat bei dieser selbstinitiierten Europadebatte da gemeint: Ja, und bei den Europawahlen und alles manipuliert. Ja, es hat ein ... *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Ich habe den ORF zitiert! Was der ORF zitiert hat!)* Also es ist ein bisschen so rübergekommen. Ich weiß, Sie sind wieder in Erwartung ... *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Lernen Sie Zuhören!)* Sie sind wieder in Erwartung einer schmerzlichen Wahlniederlage bei den GRÜNEN. Sie versuchen halt da jetzt, sich ein bisschen schon im Vorhinein zu rechtfertigen, so nach dem Motto: Es ist dann eh alles manipuliert und deswegen schneiden wir dort wieder katastrophal ab. Also die Verschwörungstheoretiker bitte nicht bei uns suchen, sondern in den eigenen Reihen, auch wenn mittlerweile eh schon kaum mehr Leute da sitzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun aber tatsächlich zur Kulturpolitik. Und ja, Frau Stadträtin, ich habe selbst persönlich sehr wohlwollend registriert, wie motiviert Sie im Mai dieses Jahres dieses Amt hier übernommen haben und auch Signale ausgesandt haben, dass Sie konstruktive Zusammenarbeit schätzen und dass Sie auch auf Dialog setzen möchten. Und ja, jetzt sind wir hier in der Politik, und ich habe mir von damals Ihr Wortprotokoll ausheben lassen. Sie haben damals beim Rechnungsabschluss im Juni gesagt: „Ich muss Ihnen sagen, dass ich wirklich mit großer Begeisterung auch meinen Vorrednern zugehört habe und eigentlich bei jedem Ansatz Punkte gefunden habe, zu denen ich mir ein weiterführendes Vier-Augen-Gespräch wünsche.“ Weiters haben Sie dann auch noch gesagt: „Es gab viele Anregungen, die ich sehr ernst nehme. Sie können davon ausgehen, dass ich vieles, was hier gesagt wurde,“ - und Sie haben gesagt, Sie

haben immerhin 20 Seiten mitgeschrieben - „prüfen werde.“ Und ja, jetzt ist es so, dass wir das Kulturbudget hier vorliegen haben. Viele Vorredner haben schon gesagt: Ja, es ist unter dem Strich de facto eine Fortschreibung der vergangenen Jahre. Es ist auch vom Prozentsatz her mit 2 Prozent des Gesamtbudgets in Prozent gemessen dieselbe Höhe. Die persönliche Handschrift, diese Nachsicht habe ich, sage ich ganz offen, auch als Oppositionspolitiker, die persönliche Handschrift ist bis dato nicht erkennbar. Es ist vielleicht auch nicht zwingend, das Kulturbudget gänzlich auf den Kopf zu stellen und gänzlich alles neu zu machen. Allerdings an der einen oder anderen Schraube bin ich doch der Meinung, angesichts auch dessen, was Sie das damals gesagt haben, hätte man durchaus drehen können.

Ich möchte jetzt angesichts der zahlreichen Kritikpunkte und der im Wesentlichen Fortschreibung jetzt auch nicht alle unsere Kritikpunkte aus der Vergangenheit hier noch einmal aufzählen, sondern lediglich zwei Punkte herausgreifen, wo man aber vielleicht demnächst schon einmal schauen kann, dass man da in diesen Bereichen was weiterbekommt. Zum einen möchte ich Sie nämlich eindringlich darum bitten, Sie haben ja bereits im Sommer zum Dialog aufgerufen, nämlich in den Dialog mit der SPÖ zu treten.

Der Kollege Weber hat vollkommen richtig gesagt, Sie sind ja von außerhalb des Systems in die Politik gekommen. Ich möchte Sie eindringlich darum bitten, in den Dialog mit der SPÖ zu treten, nämlich diese unsägliche Finanzierung von Parteiveranstaltungen wie auch das Donauinsselfest, das hier instrumentalisiert wird, abzustellen. Dass das Ganze aus dem Kulturbudget finanziert werden muss, das ist immerhin auch eine stattliche Summe in Millionenhöhe und das ist einfach nicht zu argumentieren, wieso hier das Kulturbudget dafür herhalten muss, dass sich die SPÖ und ihre Vorfeldorganisationen hier abfeiern lassen. Das, meine Damen und Herren, zahlen Sie aus Ihrem eigenen Säckel! Eine entsprechende Parteienförderung gibt es ja ohnehin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und zweitens möchte ich auf ein Thema eingehen, das meine Kollegin Ulli Nittmann schon angeschnitten hat und dem ich mich aber jetzt nun eingehender widmen möchte, und zwar ist das diese Querschnittsmaterie die Musikschulen in Wien, die ja an sich in das Ressort beziehungsweise in den Geschäftsbereich vom StR Czernohorszky fallen, aber natürlich der gesamte Musikschulbereich auch in das Kulturressort herüber austrahlt. Sie selbst haben hier auch in Ihrer Wortmeldung beziehungsweise in Ihrer Rede gesagt, Sie werden alle Vorschläge prüfen. Insbesondere bei den Musikschulen haben Sie gesagt, auch Ihre Mutter war 30 Jahre von Beruf Sängerin beziehungsweise hat an einer Musikschule unterrichtet. Deshalb werden Sie sich auch gerne diesem Thema widmen. So wie Sie angekündigt haben, dass Sie den Dialog suchen werden, und so wie ich Sie ersucht habe, den Dialog mit der SPÖ zu suchen, möchte ich Sie auch eindringlich darum bitten, den Dialog mit dem StR Czernohorszky zu suchen, um hier für eine ausreichende Dotierung der Musikschulen der Stadt

Wien hier in Wien in den Bezirken zu sorgen. Ich möchte Ihnen nämlich einen Fall schildern. Es ist ein sehr trauriger Fall von einer Mutter aus meinem Heimatbezirk Favoriten, ein Fall, der an mich herangetragen wurde. Ich habe der Mutter dann empfohlen, damit schlichtweg zu einer Zeitung zu gehen und damit vielleicht auch die notwendige Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu legen. Leider wollte die Mutter nicht in die Öffentlichkeit, weil sie vor dem Mutterschutz Bedienstete der Stadt Wien war und daher Nachteile bei einem beruflichen Wiedereinstieg gefürchtet hat. Aber ich möchte Ihnen das einmal kurz vorlesen: „Im Juni dieses Jahres besuchte ich mit meinen Kindern den Tag der offenen Türe in der Musikschule des Hansson-Zentrums. Da meine beiden Volksschulkinder den Wunsch geäußert hatten, Klavierspielen zu lernen, beobachteten wir Schüler und eine Klavierlehrerin. Die Lehrerin war sehr bemüht und die Schüler, die zirka 16 Jahre alt waren, konnten wirklich gut Klavierspielen. Auf meine Anfrage bei der Direktorin der Musikschule, wo man sich am besten einschreiben könnte und an welchen Tagen ab September noch etwas frei wäre, wurde mir gesagt, dass ich meine Kinder zwar anmelden könne, aber frühestens in zwei Jahren wieder ein Platz frei wäre. Viele Kinder beginnen im Volksschulalter und bleiben dann natürlich bis zur Volljährigkeit bei der gleichen Lehrerin, was auch verständlich ist. Mir wurde weiters auch gesagt, dass seit vielen Jahren Klavierunterricht dermaßen beliebt ist, sodass das Angebot bei Weitem an Stunden und Lehrern nicht ausreicht. Ich finde es so schade, dass man den Kindern keine musikalische Ausbildung im Bezirk ermöglicht. Da ich drei Kinder habe, reicht mein monatliches Budget leider nicht für einen Privatunterricht. Mit freundlichen Grüßen.“ Nachdem dies auch nicht der einzige Fall sein wird, wenn dort der Dame mitgeteilt wird, dass die Wartezeit zumindest zwei Jahre beträgt, glaube ich, fragen sich viele Eltern hier in Wien, die ihre Kinder in die Musikschule schicken möchten, durchaus zu Recht: Haben hier die Verantwortlichen im Rathaus in der Vergangenheit in der Pendeluhr geschlafen? Wie beschämend ist es eigentlich für eine Stadt wie Wien. Ich habe vorher von dem Herrn Gemeinderatsvorsitzenden gehört, die europäische oder überhaupt die Weltkulturhauptstadt. Das lasse ich jetzt so einmal dahin gestellt, was der Herr Reindl da gesagt. Aber wie beschämend ist es dann eigentlich für eine solche Kulturhauptstadt, in der auch weltbekannte Künstler und Komponisten wie ein Mozart, ein Beethoven, ein Schubert und wie sie alle heißen, gewirkt haben, wo es nicht einmal ausreichend Plätze, Stunden, Personal und Ressourcen gibt, damit hier Klavierunterricht stattfinden kann.

Und, Frau Stadträtin, Sie selbst haben es auch im Juni dieses Jahres gesagt, dass immerhin drei von vier Touristinnen und Touristen als Antwort geben, wenn sie gefragt werden, warum sie nach Wien kommen, Kunst und Kultur. Das ist ein Asset, das wir nicht nur schützen und erhalten, sondern auch zukunftsfähig machen müssen. Ja, bei den Worten bin ich ganz bei Ihnen. Die Vergangenheit zeigt uns leider anderes. Und ja, ich persönlich finde es auch blamabel, dass die Stadt Wien das

nicht hinbekommt. Wenn wir aber in die österreichischen Bundesländer hinausschauen, hat mittlerweile fast jede 1.000 Seelen Einwohner Dorfgemeinde eine Musikschule oder zumindest eine Filiale oder eine Niederlassung, wo Musikschulunterricht stattfinden kann? Wie traurig ist es eigentlich auch für die Wiener SPÖ, die nicht ausreichend Möglichkeiten schafft, damit Musikschulunterricht in den Institutionen der Stadt Wien stattfinden kann. Stattdessen müssen die Wienerinnen und Wiener auf teuren Privatunterricht ausweichen oder unter Umständen auf Grund der wirtschaftlichen Gegebenheiten im Elternhaus dann gar kein Musikschulunterricht möglich ist. Meine Kollegin Nittmann hat das auch vollkommen richtig angesprochen, dass das Erlernen eines Musikinstrumentes, wo es nicht nur um die Fähigkeit des Beherrschens eines Instruments an sich geht, ja auch sehr viele positive Nebeneffekte hat. Beispielsweise wenn ich jetzt wieder das Klavierspielen hernehme, da werden die gleichen Gehirnregionen bedient beziehungsweise beansprucht wie bei der Mathematik. Was bedeutet das, wenn man Klavier spielt? Dass sich das jetzt auch entsprechend auf mathematische Leistungen auswirkt, man diese damit verbessern kann und somit auch das Potenzial der Kinder an sich hier bessern oder das Potenzial steigern kann. Und ich sage es Ihnen ganz offen: Bald bei jeder Gemeinderatssitzung unterhalten wir uns hier herinnen über millionenschwere Fördermaßnahmen, wo man irgendwelche Personen empowern muss oder sonst irgendetwas. Aber wenn Volksschulkinder wissen, dass sie ein Musikschulinstrument lernen möchten, dass sie Leistung erbringen möchten, dass sie sich Fähigkeiten aneignen möchten, dann müssen wir sagen: Ja geht nicht, gibt's nicht, kommst in zwei Jahren wieder. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich sehr traurig für die Stadt Wien und für Österreich an sich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich nehme mich ja auch gerne selbst als Beispiel. Ich habe mit acht Jahren in der Volksschule mit Musikschulunterricht begonnen, nicht in Wien, weil ich in Wien wahrscheinlich keinen Platz bekommen hätte. Aber hätte mir mit acht Jahren jemand gesagt, geht nicht, gibt's nicht, dann hätte ich mir etwas anderes gesucht. Und ich sage auch ganz offen, das wäre wahrscheinlich nicht im Bereich der Musik gelegen, sondern das wäre dann etwas Sportliches gewesen. Da wäre ich zum Judotraining, zum Fußballtraining oder sonst irgendwas gegangen. Und das ist eigentlich sehr, sehr schade, dass wir uns hier als Stadt wirklich sehr viel Potenzial entgehen lassen, wo wir gewissermaßen doch, wie ich meine, einen Ruf zu verlieren haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich mit einem Appell an die Stadträtin schließen: Bitte treten Sie an den Herrn StR Czernohorszky heran! Führen Sie ein eingehendes Gespräch mit ihm! Suchen Sie bitte den Dialog mit ihm! Ich ersuche dringend darum, dass die Musikschulen in Zukunft die Dotation erfahren, die sie verdienen. Aber wie man am konkreten Fallbeispiel auch sehen kann, dass die Musikschulen auf jeden Fall auch die Dotation erfahren, die sie brauchen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr GR Margulies gemeldet.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Berger!

Ich mache das jetzt nur ... Also das, was Sie gesagt haben, war gar nicht so schlimm. Mein Gott, Sie unterstellen immer wieder allen möglichen anderen Menschen Fake News, et cetera, Verschwörungstheorien.

Wir wissen alle, wo die zu suchen sind. Aber um das genau darzustellen (GR Mag. Wolfgang Jung: *Wieso wissen Sie es?*), ich bin gestern zu Wort gekommen und habe genau davor gewarnt, dass in dieser Mischung von Fake News und Wahrheiten es das Ziel der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen ist, Menschen so zu verunsichern (*Aufregung bei der FPÖ.*), dass sie nicht mehr unterscheiden können, was ist wahr und was ist richtig, und habe in Folge - Sie können das alles im Protokoll nachlesen - gesagt: „Dazu können Sie die aktuelle Berichterstattung im ORF über die EU-Wahl sehen, wo gerade jetzt als Titel steht: Mehr als die Hälfte der EU-Bürger befürchten Wahlmanipulationen. Eine Mehrheit der EU-BürgerInnen ist laut (*Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.*) einer aktuellen Umfrage im Auftrag der EU-Kommission besorgt über mögliche Manipulationsversuche bei der Europawahl im nächsten Jahr. Sie befürchten Desinformationskampagnen, Datenschutzverletzungen und Cyberangriffe.“ Das habe ich (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) im Gegensatz zu Ihren unterstellten Verschwörungen zitiert. Wir wissen, das ist das Mittel der Rechtsextremen und der Rechtspopulisten, und das weise ich zurück! Das lasse ich mir von Ihnen nicht unterstellen, dass Sie mit falschen Darstellungen irgendwie versuchen zu punkten! Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Anton Mahdalik: Wehret den Anfängen, hast du vergessen! - Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: GR Dr. Koderhold ist ab 17 Uhr entschuldigt.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Gerhard Schmid, selbstgewählte Redezeit 10 Minuten.

GR Dr. Gerhard **Schmid** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geschätzte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist sehr interessant, wenn wir heute die Debatte zum Budget hier auch zum Anlass nehmen, uns mit historischen Themen zu beschäftigen wie eine Deutung des Jahres 1848. Ich bin gerne bereit, dass wir diese Diskussion auch sehr gerne fortsetzen. Aber Tatsache ist, dass es im Jahr 1848 zu einer Auflehnung des Bürgertums, der Bauern und der Studenten gekommen ist - (*GR Mag. Wolfgang Jung: Der Arbeiter! Nicht vergessen!*) ich bin ja noch nicht fertig, Herr Kollege, der Satz ist irgendwo beim Beistrich angelangt, also ein bisschen Geduld, wir werden das schaffen -, dass wir diese Gruppen in der Auflehnung gehabt haben und sich die Arbeiterschaft als neue politische Bewegung hier beteiligt und angeschlossen hat. Damals waren die obersten Prinzipien die, dass man für Demokratie, für Verfassung, für

Freiheit eingetreten ist. Und das Jahr 1848 war, und das möchte ich ausdrücklich betonen und ausdrücklich darauf hinweisen, das Jahr, wo die österreichische Arbeiterschaft in das politische Leben eingetreten ist! Das ist zu Recht auch als ein Datum zu bezeichnen, das für die spätere Konstituierung der Arbeiterbewegung von ganz großer und entscheidender Bedeutung war. Das wollen wir deutlich hervorheben, Herr Kollege! (*GR Mag. Wolfgang Jung: Ja, dann sagen Sie es dem Kollegen, dass er besser aufklärt!*) Das wissen die Kollegen, absolut! Wir diskutieren sehr intensiv. Ich darf Sie daran erinnern oder Sie vielleicht darauf aufmerksam machen, dass jetzt gerade im 15. Bezirk in der alten Schiebekammer am Meiselmarkt eine Ausstellung zum Jahr 1848 ist und es sicherlich nicht schaden würde, sich das einmal anzuschauen!

Ich möchte heute hier einiges zum Thema Wissenschaft sagen. Die Qualität einer Stadt, die für sich beansprucht, eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, ist im hohen Ausmaß auch von der Qualität ihrer Wissenschaftslandschaft abhängig. Wissenschaft und Forschung, und das haben einige Redner heute schon zu Recht betont, sind der Schlüssel für die Zukunft, sind auch der Schlüssel für Arbeitsplätze, die geschaffen werden können. Wie vor einiger Zeit eine Studie des Instituts für Höhere Studien gezeigt hat, ist es gerade dieser Bereich, der sehr intensiv zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit Beschäftigung beiträgt und hier auch entsprechende Erfolge zu verbuchen sind, eine ganz zentrale Entwicklungsbedingung für unsere Stadt. Daher ist es auch die Aufgabe der Stadt, überall dort mitzuarbeiten, auch wenn vielleicht die formale Zuständigkeit woanders liegt, dass ein möglichst positives, ein gutes Klima für die Entwicklung der Wissenschaft in der Stadt gelegt wird. Das ist ja eine sehr vernetzte Materie. Da muss man den Bereich der Wirtschaft mitdenken. Da muss man den Bereich des Wohnens mitdenken. Da muss man den Bereich des Bildungssystems von Beginn an mitdenken. Da muss man den Bereich des Gesundheitssystems mitdenken, wenn ich nur an die medizinischen Ausbildungen, et cetera denke. Also es geht darum, ein gutes Klima zu schaffen. Wir haben neben allen wichtigen tertiären Bildungseinrichtungen in dieser Stadt neun Universitäten, wir haben vier Privatuniversitäten, wir haben eine Reihe von Fachhochschulen, wir haben zwei Pädagogische Hochschulen, die hier tagtäglich Wesentliches leisten. Mehr als die Hälfte aller österreichischen Studierenden studiert in Wien. Es sind über 50 Prozent. Es sind ungefähr 142.000 von 278.000 und 2.300 an privaten Universitäten. Das bedeutet ja, und das darf man nicht geringerschätzen, 11.300 Planstellen im Bereich der Lehre. 11.300 Planstellen im Bereich der Lehre! Also das ist eine ganz, ganz, ganz große Verantwortung auch für die Stadt, hier mitzuarbeiten, hier mitzuwirken, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das heißt, es muss ein Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung geben. Es muss aber auch das Bekenntnis zur Vernetzung über diesen Bereich hinaus mit vielen anderen Disziplinen des gesellschaftlichen und politischen Lebens geben. Das ist ganz, ganz entschei-

dend auch für den Forschungsstandort, für den Innovationsstandort. Und da spielen auch die Kultur und das kulturelle Angebot in der Stadt eine ganz wesentliche Rolle. Wenn etwa Spitzenunternehmungen entscheiden, wo sie denn ihren Standort in Europa anlegen und wo sie den Standort begründen. dann weiß ich aus einzelnen Gesprächen auch mit führenden Wissenschaftlern und Top-Forschern, dass die Kulturlandschaft in Wien da ein nicht zu unterschätzendes Motiv ist, nach Wien zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich den Voranschlag im Kapitel Wissenschaft anschauen, wird Ihnen wahrscheinlich aufgefallen sein - ein Wunder, dass das von der Opposition noch nicht gesagt wurde oder zumindest habe ich es nicht wahrgenommen -, dass es dort ein Minus von 532.000 EUR gibt. Aber ich kann Sie gleich beruhigen, das ist nur eine buchhalterische Größe. Das gibt es nicht wirklich. Das Minus ist zwar kein Druckfehler, aber es sind einige Budgetposten, zum Beispiel die Aufwendungen für das Architekturzentrum, in andere Geschäftsgruppen überstellt worden. Würde man das in Abzug bringen, dann ist es sogar ein sehr, sehr deutlicher Zuwachs des Budgets.

Das Jahr 2019 wird, wie sich das auch im Budget schon ausdrückt, ein Jahr sein, wo die Wissenschaftskommunikation, das heißt, die Vermittlung dessen, was man in der Wissenschaftspolitik tun möchte, fokussiert wird. Das heißt, wo man sich hier wirklich bemüht, das in den Vordergrund zu rücken. Sie haben die Diskussion heute ja schon angesprochen. Natürlich ist der oberste Grundsatz die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Wir sehen schon, dass es Plätze in Europa gibt, wo dieser Gedanke nicht in der Deutlichkeit formuliert und gelebt wird wie in Wien. Das war auch die Ursache nach all den Entwicklungen, die es in unserem Nachbarland Ungarn und vor allem seitens der ungarischen Regierung gegeben hat, die Central European University einzuladen, ihren Sitz von Budapest nach Wien zu verlegen beziehungsweise das Angebot entwickelt hat, in Wien ihren Sitz zu errichten. Wir sprechen hier von einer Bildungseinrichtung, die über höchste internationale Exzellenz verfügt. Wir sprechen hier von einer Bildungseinrichtung, in der höchste internationale Standards gepflogen werden, Spitzenwissenschaftler aus der ganzen Welt tätig sind. Die Entscheidung, nach Wien zu kommen und das Angebot, Wien hier als Standort dieser Universität zu sehen, ist natürlich ein ganz, ganz, ganz wichtiges. Und das ist auch eine Auszeichnung für Wien und wird den Innovationsschub im Wissenschaftsbereich in Wien auch ganz stark nach vorne bringen. Es ist auch, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger und wesentlicher Beitrag Österreichs und vor allem der Stadt Wien zur europäischen Integration. Das müssen wir gerade angesichts der aktuellen Diskussionen im Bereich der Europäischen Union als solches jetzt auch sehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ein ganz bedeutendes Signal, weit über Wien hinaus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, reden wir nicht nur von der universitären Bildung, reden wir auch von den vielen Projekten und Initiativen, die im wissen-

schaftlichen Bereich außerhalb der Universitäten geleistet werden. Es seien hier ganz besonders die Volksbildung und die Leistungen der Wiener Volkshochschulen zu betonen, um es dem Herrn Präsidenten vielleicht auch auf diese Art und Weise zum Ausdruck zu bringen. Ich denke nur an das grandiose Projekt University Meets Public, wo es gelungen ist, die Universitäten mit den Einrichtungen der Volksbildung in Verbindung zu bringen. Denken wir an das Science Center in Wien. Denken wir, nur um einige Beispiele zu nennen, an das Demokratiezentrum in Wien. Denken wir an die Verleihung der Wissenschaftspreise. Das hat alles eine Entwicklung. Das hat alles auch ein inhaltliches Vorspiel, wo es darum geht, sozusagen die besten Wissenschaftler hier auszuzeichnen. Und denken wir vor allem an eine der großartigsten Einrichtungen, die es in dieser Stadt gibt, nämlich die Wiener Vorlesungen, wo wir mit einer großen Begeisterung und Genugtuung in den letzten Jahren auch feststellen können, dass immer mehr junge Wienerinnen und Wiener und junge Gäste über Wien hinaus an den ganz großartigen Veranstaltungen der Wiener Vorlesungen teilnehmen. Die Nachfrage zeigt ein großes Interesse. Die Wiener Vorlesungen haben in der Öffentlichkeit eine ganz ausgezeichnete Rezeption. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe nur einige Punkte angesprochen. Dass Wissenschaft ein Top-Thema in Wien ist, ist für uns wichtig, eine ganz entscheidende Zukunftsbedingung, ein ganz entscheidender Politikbereich.

Erlauben Sie mir nun, dass ich mich beim Team der Frau Stadträtin und bei der Frau Stadträtin natürlich persönlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanke und diesen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der entsprechenden Magistratsabteilungen übermittle. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Straubinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Sybille **Straubinger**, MBA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist jetzt das erste Budget einer neuen Kultur- und Wissenschaftsstadträtin. Budget bedeutet immer etwas. Das ist in Zahlen gegossene Politik. Es bedeutet hier vor allem einmal mehr Geld, deutlich mehr Geld für Kunst, Kultur und Wissenschaft in Wien. Das bedeutet aber auch eine Informationsoffensive und das Setzen auf Transparenz der Frau Stadträtin, wie es heute schon mehrmals erwähnt worden ist. Ein Beispiel dafür ist die Besprechung eben vor dieser Budgetdebatte mit einzelnen Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen. Es bedeutet aber vor allem auch einen neuen Zugang, einen neuen Blick, einen neuen Fokus auf Kunst, Kultur und Wissenschaft in Wien, verbunden mit einem klaren Plan und auch mit der Absicht, und da haben wir sozusagen schon viele Gelegenheiten gehabt, Neues auszuprobieren, Dinge sozusagen neu zu gestalten und auch anders zu gestalten.

2019 wird das Jahr sein, wo sich auch einige dieser Vorhaben konkretisieren werden, indem wir gemeinsam

hoffentlich neue Wege gehen werden. Wir haben sozusagen schon ein erstes Stück mit der Werkstattreise zurückgelegt, die heute schon erwähnt worden ist, wo wir in Belgien waren und uns angeschaut haben, wie Theater noch funktionieren kann, welche Fördersysteme es gibt, wie Kulturstätten anderswo in Europa ausschauen, anders als bei uns. Was wir davon, glaube ich, alle mitgenommen haben, war, denke ich zumindest, zum einen Inspiration. Was ich hoffe, dass wir alle mitgenommen haben, war der Wille, auch gemeinsam Kultur in Wien weiterzuentwickeln. Was wir, glaube ich und hoffe ich auch, alle gesehen haben, ist aber auch, dass trotz dieser spannenden Stätten und Aufführungen, die wir gesehen haben, Wien den Vergleich natürlich nicht zu scheuen braucht, dass es auch hier eine innovative, eine lebendige und eine spannende Kulturszene gibt, auch eine Kulturpolitik, die schon bisher viel Neues möglich gemacht hat.

Aber Neues baut natürlich auch sehr oft auf Vorhandenem auf, auf einer Geschichte auf, auf einem kulturellen Erbe. Wo das im wahrsten Sinne des Wortes passiert, ist, wenn es Orte und wenn es Gebäude betrifft. Ein Schwerpunkt dieses Kulturbudgets 2019 wird jedenfalls auch ein Fokus auf Sanierungen, auf Investitionen in die Infrastruktur, in eine moderne Infrastruktur, sein, wo es zum Teil schon Projekte gibt, die im Laufen sind und fortgesetzt werden, wie beispielsweise die Erneuerung der Klimatisierung im Österreichischen Filmmuseum oder im Wiener Metropol eine neue Ton- und Lichtanlage, wo das Josefstadt-Theater natürlich ein ganz großer Brocken ist, von dem wir heute auch schon gehört haben, oder auch die Generalsanierung des Gartenbaukinos, die 2019 startet.

Ein ganz wesentliches Projekt unter all diesen wichtigen Projekten ist das Wien Museum Neu, das wir in einem langen Prozess, der jetzt schon ein paar Jahre dauert, gut aufgesetzt haben, gut vorbereitet haben, von der Diskussion über das Winterthur-Gebäude und die Trennung bis zum Architekturwettbewerb, über die Finanzierung bis auch zur Widmung. Im Februar 2019 wird es ernst. Jetzt wird das Wien Museum schließen. Aber schließen heißt nicht, dass das Wien Museum für die nächsten Jahre von der Bildfläche verschwindet, sondern dass es in den vielen Kultureinrichtungen, die zum Wien Museum gehören, unter anderem und vor allem auch im MUSA, weiter präsent sein wird, Ausstellungen präsentieren wird und vor allem aber auch, dass es in die Bezirke und in die Schulen hinausgeht. Angefangen hat es schon in diesem Jahr mit einem Vermittlungsprogramm in den Schulen, das sehr erfolgreich angenommen wurde, wo bisher schon 17 Schulen für das Schuljahr 2018/19 mitgemacht haben, mit einer mobilen Ausstellung, natürlich mit interaktiven partizipativen Elementen - es geht da um Kinder in der Volksschule - und mit einer Ausstellung, die dann am Ende von den Schülerinnen und Schülern konzipiert wird, wo dann auch die Familie und die Eltern dazu eingeladen werden. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz, diese Zeit so zu nützen, und ein sehr erfolgreicher Ansatz auch, wie man sieht.

Zum Thema Sanierungen möchte ich jetzt noch zwei Bereiche ganz kurz erwähnen, weil diese eigentlich ganz selten erwähnt werden.

Das eine ist der Altstadterhaltungsfonds, wo wir jetzt wieder eine Sitzung des Beirates im Dezember haben. Ich habe mir jetzt angeschaut, wie lange es diesen eigentlich schon gibt. Es gibt ihn seit 45 Jahren. Er hat mittlerweile über 4.500 Bauten in der Sanierung mitfinanziert. Über 243 Millionen EUR sind ausgegeben worden, um quasi dieses kulturelle Erbe der Stadt auch zu erhalten.

Ein zweiter Punkt sind Denkmäler, Kunstwerke, Ehrengräber im öffentlichen Raum, die in die Zuständigkeit des Ressorts fallen, wo es auch um Erhaltung und um Sanierung geht. Ich habe einmal kurz die Auflistung der verschiedenen Objekte, die es da gibt, zusammengestellt. Da kommen wir auf Zahlen jenseits der 7.000 Objekte, um die es hier geht. Da kommen immer wieder auch neue dazu, wie zum Beispiel die „Steine der Erinnerung“, ein ganz wesentliches Gedenkprojekt. Das zum Thema Sanierungen.

Aber ein weiterer Schwerpunkt in diesem Budget 2019 ist Stadtteilkulturarbeit und Kultur in der ganzen Stadt. Man könnte es auch Kultur hoch 23 nennen. Es wird der Weg, der schon begonnen wurde, in die Bezirke hinauszugehen, vor allem auch in die Bezirke jenseits des Gürtels, fortgesetzt. Es wird mehr Geld für Stadtteilkulturprojekte geben. Es wird ein höheres Budget geben, das sich zum einen in höheren Rahmenbeträgen niederschlägt, wo wir das bei der Musik sehen, bei der Stadtteilkultur sehen, also eigentlich eh in jedem Bereich. Es wird vor allem auch so sein, dass große Kulturtanker in die Bezirke gehen, nicht nur, um ihre Arbeit vor Ort zu zeigen, sondern um auch gemeinsam mit Institutionen, mit Vereinen, mit Initiativen vor Ort kulturelle Projekte zu erarbeiten, die Menschen mit einzubeziehen und sie teilhaben zu lassen. Es gibt sehr viele Initiativen. Es gibt die Bezirksmuseen. Es gibt die Volkshochschulen. Ich glaube, da gibt es sehr viele Andockpunkte. Da wird es auch noch neue Ideen geben. Da wird man auch noch schauen, welche Struktur es braucht, sozusagen „work in progress“. Jedenfalls braucht es Orte, Möglichkeiten, Angebote, um Menschen teilhaben zu lassen, um sie nicht nur Kultur konsumieren zu lassen, sondern eben auch aktiv zu werden.

Vielleicht lassen Sie mich noch einen Satz zum Kulturfördergesetz und zum Antrag der ÖVP sagen, zu dem grundsätzlich die Frau Stadträtin schon gesagt hat, dass sie bereit ist, darüber nachzudenken, aber sich quasi auch anschauen möchte, wie es denn in anderen Bundesländern ausschaut oder ob es vielleicht eher einen Kulturentwicklungsplan braucht. Ich glaube, das ist etwas, wo man sozusagen noch ein bisschen Zeit braucht, vor allem auch, wenn man diesen partizipativen Ansatz, von dem sie in der Fragestunde gesprochen hat, verwirklichen möchte und sozusagen nichts auf den Tisch legen möchte und dem Gemeinderat vorlegen möchte, sondern etwas miteinander, mit der Bevölkerung, mit den Kulturschaffenden gemeinsam gestalten möchte.

Das heißt, es wird sehr vieles im nächsten Jahr neu sein, auch sozusagen, was die Wissenschaft betrifft. Mein Kollege Gerhard Schmid hat das auch schon sehr gut ausgeführt. Vielleicht auch da nur einen Satz dazu, weil Wien ist Wissenschaftsstadt. Der Kollege Gara hat das irgendwie ein bisschen verneint. Es ist nicht nur im Kulturressort die Wissenschaft angesiedelt. Es gibt natürlich auch Spitzenforschung. Aber darüber können wir uns auch gerne einmal unterhalten. Diese wird natürlich in der Stadt auch gefördert, weil es gibt auch eine Forschungstechnologie und Innovationsstrategie, die 2015 hier im Gemeinderat beschlossen worden ist. Aber an sich macht die Stadt für Forschungsförderung sehr viel, und zwar in verschiedensten Ressorts, vom KAV angefangen über das Finanz- und Wirtschaftsressort bis zum Kulturressort. Dazwischen sind auch noch einige. Aber natürlich ist Spitzenforschung auch etwas, was den Bund angeht und wo auch der Bund seine Schwerpunkte setzen muss. Denn wir haben unser Ziel des Prozentsatzes von 3 Prozent in Wien schon erreicht. Der Bund hat das leider bei Weitem noch nicht.

Das heißt, es wird viel Neues im Jahr 2019 geben. Es wird nicht alles neu sein, aber vieles auch besser werden. Es wird zusätzliche Mittel, neue Wege und einen frischen Blick geben. Wir werden Wien gemeinsam besser machen. Dafür möchte ich mich auch bedanken, nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büros sehr herzlich und bei den Mitarbeitern der MA 7, der MA 8, der MA 9, also alldem, was zum Ressort dazugehört, inklusive der ausgelagerten Institutionen, sondern auch bei den Kulturschaffenden dieser Stadt, denn ohne sie wäre die Kulturpolitik und wäre diese Kulturstadt Wien, wie sie jetzt dasteht und wie wunderbar sie auch dasteht, nicht möglich. Herzlichen Dank! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf. StRin Mag. Kaup-Hasler. Die Redezeit beträgt maximal 15 Minuten. Frau Stadträtin, die schalte ich auch ein. Du bleibst bitte hier stehen und sprichst von hier. Das erste Mal. Bitte.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler**: Also nicht dort vorne?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Nein, bleib hier.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler**: Nein, hier.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Geht schon. Du bist schon scharf geschaltet.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler**: Okay. Und wer drückt auf die Uhr?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Ich.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler**: Na gut. Also einen schönen Nachmittag! Ich freue mich, dass ich es jedes Mal schaffe, hier einen kleinen Stolperstein einzuwerfen und die Wachsamkeit noch einmal zu erhöhen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke den Vorrednern und ich danke Ihnen auch, nicht nur, dass Sie mich an meine Worte bei meiner ersten Rede erinnern, sondern auch, weil wie immer

vieles da war, was ich als anregend empfinde, vieles, auf das ich jetzt gar nicht eingehen kann. Das ist sehr schade. Ich nehme es aber in der Tat als Fortführung eines Dialogs, den auch ich persönlich als interessant und spannend, auch auf Augenhöhe empfinde. - Jetzt sei doch einmal ein bisschen still da vorne.

Ich wollte einen Einstieg über ein schönes Zitat machen, über das ich gestolpert bin, und zwar ein Zitat eines Pamphletes von Georg Seeßlen und Markus Metz mit dem bezeichnenden Titel „Geld frisst Kunst - Kunst frisst Geld“. Da geht es darum, ein Witz auf der Rückseite des Buches ist: „Treffen sich zwei Künstler, reden sie über Geld. Treffen sich zwei Banker, reden sie über Kunst.“ Ich habe heute die große Ehre, mit Ihnen über beides zu sprechen, über Geld, die Kulturmetropole und den Wissenschaftsstandort Wien. Also es ist mir eine große Freude, hier zu stehen und einfach nach einigen Monaten Arbeiten in meiner Funktion als Amtsführende Stadträtin für Kunst, Kultur und Wissenschaft zu sprechen und Ihnen auch ein bisschen einen Ausblick zu geben, was uns ab 2019 erwartet.

Es ist uns etwas gelungen, finde ich, ein Meilenstein, die erste signifikante Erhöhung des Kulturbudgets seit vielen Jahren. In diesem Budget spiegeln sich das Commitment der jetzigen Stadtregierung und auch die Wertschätzung des Bürgermeisters für Kunst, Kultur und Wissenschaft einer Stadt wider, in der die Teilhabe an Kunst und Kultur nicht von der sozialen Herkunft und Größe der Geldtasche abhängen soll, sondern die ein reiches kulturelles Leben einer möglichst breiten interessierten Öffentlichkeit anbietet. Kultur für alle ist nicht bloß ein Lippenbekenntnis, sondern eine gesellschaftspolitische Entscheidung, an der auch in der Zukunft festgehalten wird. Wir freuen uns also über diese Budgeterhöhung. De facto mit 7 Millionen EUR gibt es eben neues Geld für neue Ideen. Ich bin sicher, dass man schon in ein paar Monaten und über das ganze Jahr hinweg diese Impulse spüren wird.

Frisches Geld heißt aber auch, dass man zuerst einmal das Gute absichert, also nicht sofort wie ein Hund ein Terrain absteckt und versucht, nur ein Revier zu markieren, sondern auch erst einmal zu analysieren, wo es am dringendsten fehlt, wo eine strukturelle Bereinigung notwendig ist. Das ist das, was mitunter oft als Fortschreibung wahrgenommen wird. Das ist aber teilweise wirklich notwendig, um Institutionen ihre Arbeit auch abzusichern.

Kultur und Wissenschaft, und da bin ich natürlich für diese Unterstreichung von allen Rednern vor mir sehr dankbar, müssen beständig zeitgemäß auf höchstem Niveau weiterentwickelt werden und auch mit der Dynamik der Stadt mithalten.

Es ist also jetzt ein Punkt gekommen, wo ich eben diese Projekte vorstellen kann, ein bisschen einen Geruch von dem geben kann, was uns erwartet. Es ist auch nur ein Bruchteil von dem, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und unserer Institutionen tagtäglich für die Menschen, für die Kunstschaffenden, für diese Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner leisten. Daher möchte ich, bevor ich auf Einzelheiten eingehe,

diesen Menschen, diesen Mitstreitern in der Verwaltung der mir unterstellten Magistratsabteilungen 7, 8 und 9 für ihren Einsatz, ihre außerordentliche Arbeit und Leistung danken. Insbesondere gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die auch wirklich in einer sehr schönen und schnellen professionellen Zusammenarbeit mit uns diesen Voranschlag entwickelt haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Thomas Weber.)*

Meine Damen und Herren, ich verstehe das Ziel meiner Arbeit darin, Rahmenbedingungen für die kreative Vielfalt in unserer Stadt zu schaffen. Lassen Sie mich dazu nur kurz ausführen, was ich mit Rahmenbedingungen meine. Denn eines muss unbestritten verteidigt werden, Kunst und Wissenschaft sind essenziell für die Zivilgesellschaft. Sie sind Antriebsmotoren und Voraussetzung für Innovation. Kultur und Wissenschaft öffnen den Blick für Neues und schaffen Räume, Räume der Erfahrung, Möglichkeitsräume. Daher müssen sie sich auch in der Grundlagenforschung frei entfalten können. Sie dürfen weder ideologisch vereinnahmt noch politisch missbraucht werden. Wir brauchen alle das kritische, das unterscheidende Potenzial der Kunst, die differenzierte Sprache und den differenzierenden Blick auf gesellschaftliche Entwicklung als Korrektiv, als Ansporn, als Vis-à-vis. Es braucht daher eine Kulturpolitik, die diese Autonomie und freie Entfaltung fördert. Kunst kann nicht instrumentalisiert werden, um Probleme zu lösen, die eigentlich politisch geklärt werden müssen. Wissenschaft muss auch nicht einem vorab definierten Zweck zuarbeiten, den sie sich nicht selbst gibt. Von daher stehe ich zu einem Konzept von Kultur- und Wissenschaftspolitik, die sich vor allem die Ermöglichung und das Schaffen von gesellschaftlichen, sozialen Räumen zum Ziel setzt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Mag. Gerald Ebinger und GR Thomas Weber.)*

Diese Aufgabe sehe ich heute vor allem anlässlich des von mir erstmals mitentwickelten Budgetvoranschlags darin, dafür zu sorgen, dass in der Kulturstadt Wien, in der ganzen Stadt, Kultur für alle zugänglich ist. Es geht mir in allererster Linie um die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener. Diese ist laut Studien so hoch, dass sie über 97 Prozent liegt. Dieser kulturelle Reichtum, der Wien so einzigartig macht, strahlt weiter in den internationalen Raum. Aus dem internationalen Vergleich können wir auch wirklich unser Selbstbewusstsein stärken. 80 Prozent aller Touristen geben an, dass sie wegen dieses einzigartigen kulturellen Angebots nach Wien kommen. Es geht hier aber eindeutig nicht nur um einen nach außen vermarktbareren Wirtschaftsfaktor, sondern um Kultur als unverzichtbaren Bestandteil der DNA dieser Stadt.

Jenseits dieser Freude ist aber auch Selbstkritik nötig. Denn wir wissen, dass sich die kulturelle Karte Wiens sehr stark im innerstädtischen Raum konzentriert und die Zufriedenheit mit dem kulturellen Angebot in den unterschiedlichen Bezirken dann doch sehr unterschiedlich hoch ist. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich unterschiedliche Stadtteile enorm verändert haben und daher anderen Entwicklungsrhythmen als viele in-

nerstädtische Zonen unterworfen sind, die über Jahrhunderte langsam gewachsen sind. Was mir in diesem Zusammenhang deshalb ein zentrales Anliegen ist, Wien ist kein Freilichtmuseum. Auch die Museen spiegeln heute eine andere Dynamik wider. Wir leben in einer wachsenden Stadt. Die Stadt bleibt jung. So muss es auch die Politik, die wir machen, bleiben. In diesem Sinne brauchen wir frisches Geld und einen frischen Blick auf den Budgetvoranschlag der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft.

Worin also liegen die Hauptaufgaben der nächsten Jahre? Es gibt für mich drei Säulen, drei programmatische Linien im Budget.

Das Erste ist, Bestehendes abzusichern, die Analyse des Bestehenden und das Lösen des dringendsten Handlungsbedarfs. Wir starten mit der Analyse und sichern ab. Das bedeutet, dass Institutionen in ihrem Fortbestand und damit in ihrer Qualität gesichert werden.

Zum einen investieren wir, wie schon vorhin erzählt, mit der Sanierung und Erweiterung des Wien Museums in die Zukunft der Geschichte der Stadt, einem Ort für die Wienerinnen und Wiener, der gleichzeitig weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus strahlen wird. Dieser Umbau kommt budgetär naturgemäß noch on top zu den bereits erwähnten 7 Millionen. Die Sanierung und Erweiterung des Wien Museums wird realisiert. Wir dürfen uns wirklich freuen.

Dann geht es auch um die Sanierung des Volkstheaters, eine Notwendigkeit, und auch ein weiteres zentrales Anliegen. Aber ebenso erforderlich ist die Anpassung der beiden wichtigen Spielstätten und Arbeitgeber Josefstadt und Volkstheater an den Kollektivvertrag.

Neben den baulichen Vorhaben brauchen Institutionen, aber auch die Innovation durch personelle Besetzungen. Insofern waren und sind immer wieder schnelle und klare Entscheidungen notwendig, damit Zukunft ermöglicht werden kann. Dass ich entscheidungsfreudig bin, durfte ich nolens volens schon mehrfach unter Beweis stellen.

Die Ausschreibung der neuen Intendanz für das Volkstheater wird gerade vorbereitet. Im Laufe des Frühjahrs werden die Weichen für die künstlerische Zukunft gestellt sein. Der Weg dorthin ist einer, der wahrlich einer kleinen kulturpolitischen Revolution gleichkommt, weil er völlig anderen Parametern unterworfen ist. Hier gibt es einfach zunächst einmal Gespräche mit dem Volk, mit den Menschen, die sich interessieren, die irgendetwas zum Volkstheater zu sagen haben, in der Tat nicht ein Mal in der Woche, lieber Fritz Aichinger, leider nicht, sondern täglich. Außer ich bin hier, bin ich täglich im Café Eiles, höre mir wirklich viele interessante, eigenartige, seltsame, spannende Entwürfe, Ideen, Gedanken an und hole die Menschen dort ab. Es ist genau das, was Sie auch gesagt haben, hineinzuhören. Was wollen die Menschen? Was will das Publikum, unterschiedliche Akteure in der Stadt? Ich kann nur sagen, es ist wirklich auch ein berührendes Erlebnis für mich, mit welchem heißen Herzen, mit welchen heißen Ideen sozusagen und Gestaltungswillen die Menschen dort hinkommen, um mir einmal Ideen zu liefern. Daraus entwickeln sich

aber dann eine Ausschreibung und eine Jury. Also das ist nicht das einzige Instrumentarium für die Entscheidungsfindung. Ich lade wirklich alle gern ein, sich dann zu gegebenem Zeitpunkt mit mir zu unterhalten.

Wiener Festwochen haben wir entschieden. Christophe Slagmuylder wird nicht nur interimistisch, sondern auch langfristig die Festwochen übernehmen und hat jetzt schon ein sehr gutes Standing in der Stadt, weil er in kürzester Zeit auch mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Stadt gesprochen hat.

Kunsthalle Wien, ein Weiteres, wird auch sehr vieles dynamisieren und sehr viele neue Weichenstellungen in der Stadt legen. Auch hier ginge es um die Schärfung des kulturpolitischen Auftrags und eine neue Leitung, die ab Februar 2019 entschieden sein wird.

Die zweite große Säule ist, die Teilhabe zu erhöhen. Wien als Kulturstadt braucht auch in der ganzen Stadt Kultur. Hier gibt es ein Nahziel und ein Fernziel. Das eine ist sozusagen, wirklich stark in die Bezirke zu gehen, die sich jetzt stark entwickeln, die sich stark erweitern, neue Stadtteile, neue Zusammenhänge von Wohnungssituationen für viele Menschen und Familien, hier bewusst Projekte zu setzen, also Bezirks- und Stadteilkultur durch Stadtlabore, die wir ins Leben rufen wollen, teilweise mit Akteuren aus den Institutionen, wie dem Konzerthaus zum Beispiel, die dann draußen Projekte machen, oder anderen Akteuren, die hier im innerstädtischen Bereich angesiedelt sind, aber auch dann bewusste Setzungen, Beauftragungen.

Das Fernziel ist natürlich, dafür war die Zeit bei Weitem zu kurz, und das wird auch eine Frage sein, die man jetzt über die Jahre hinaus sukzessive entwickelt, auch die Verlagerung von Institutionen, die so attraktiv sein sollen, dass sie wiederum nicht nur die Gegend aufwerten, sondern auch eine Art von Fluktuation aus dem innerstädtischen Bereich in andere Zonen möglich machen. Dazu müssen sie natürlich verkehrstechnisch sehr gut gelegen sein. Man muss da eben mit den befreundeten anderen Geschäftsgruppen zusammenarbeiten, mit Verkehr, mit Umwelt, mit Kathrin Gaál. Das heißt, es ist ein vernetztes Arbeiten, um überhaupt diese Plätze und Möglichkeiten zu sondieren.

Dadurch haben wir eben auch in diesem Bereich, um diesen Anfang überhaupt einmal zu starten, mit diesen Projekten der Stadtlabore auch die Bearbeitung von einzelnen Bezirksmuseen, die wir uns im nächsten Jahr vornehmen, die auch spürbar werden sollen und die sich auch sehr partizipativ mit den jeweilig dort lebenden Menschen auseinandersetzen. Dadurch haben wir diesen Teil enorm erhöht und überhaupt sozusagen Grundlagen geschaffen, dass auch viele Kulturschaffende aus der freien Szene dort Anteil haben. Mir geht es also darum, Brücken in beide Richtungen zu bauen, also eine Stadt wie ein osmotisches Gewebe, eine Atmung von innen nach außen, von außen nach innen. Das ist auch eine Frage der Wertschätzung der Menschen, die in unterschiedlichen Stadtteilen wohnen.

Ein wichtiger Punkt oder weiterer Schwerpunkt ist für uns, Impulse im Bereich der Musik zu setzen, also Musikförderung, Kompositionsförderung, Klubkultur, auch

Filmförderung. Auch hier wurde der Betrag, den wir haben, wesentlich erhöht, bei der Kompositionsförderung um 1.000 Prozent, weil das vorher mit 15.000 für die ganze Stadt wirklich beschämend war. Also das sind jetzt 150.000 EUR, auch noch nicht wahnsinnig rasend viel, aber immerhin wird der richtige Weg gegangen.

Ein wichtiger Punkt ist mir eigentlich die Wissenschaftsförderung.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf nur erinnern, die Zeit ist abgelaufen. Schön langsam zum Schlusssatz, bitte.

Amtsf. StRin Mag. Veronica **Kaup-Hasler** (*fortsetzend*): Ich komme zum Schluss. Die Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsvermittlung ist mir sehr wichtig. Hier geht es auch um eine Sichtbarmachung dessen, was es schon gibt. Auch hier müssen wir mit anderen Tools das vermitteln, was da ist, verstärken und Anreize setzen, dass junge Leute sozusagen auch wahrnehmen, was hier möglich ist, aber auch Wissenschaftler zu halten, sie nicht nur in dieser Stadt auszubilden, nicht nur dafür zu sorgen, dass Wien die größte mitteleuropäische Wissenschaftsstadt ist, sondern eben auch Spitzenforschung weiter zu ermöglichen.

Dann, als letzter Punkt, den ich einfach nur ansprechen möchte, ein großes Thema, soziale Absicherung und soziale Innovation, das Herausholen einer Szene aus dem Prekariat, andere Synergien zu schaffen und auch in diesem Sinne, und da möchte ich mir Zeit nehmen, zu überlegen, was richtig ist, ein Landes-Kulturförderungsgesetz oder dieser andere Prozess einer Entwicklung eines sozusagen Entwicklungsplanes, der aber partizipativ gestaltet ist.

Wir werden auch ein Symposium zum Thema Fairplay mit der IG Kultur im nächsten Frühjahr machen. - Ich danke Ihnen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GRin Mag. Ulrike Nittmann und GR Thomas Weber.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor. Vielen Dank, Frau Stadträtin!

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke.

Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Post 5, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2019, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt und den Wirtschaftsplan Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf daher die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke. Ich begrüße Frau Umweltstadträtin Sima recht herzlich.

Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Ich erteile es ihr. Bitte schön.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (*NEOS*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuseherinnen und Zuseher!

Die letzte Geschäftsgruppe, die wir heute verhandeln. Wir haben viel über Transparenz gesprochen. Das Thema Transparenz beziehungsweise Intransparenz verfolgt uns immer ganz stark, wenn wir über das Ressort Umwelt und Wiener Stadtwerke sprechen. Das finde ich eigentlich schade, weil es in vielen Bereichen ganz ausgezeichnete Arbeit gibt, die in den unterschiedlichsten Dienststellen geleistet wird, und darüber oft viel zu wenig gesprochen wird. Ich bin aber sicher, dass meine KollegInnen aus der Regierungsfraktion dann näher darauf eingehen werden.

Das Thema Transparenz begleitet mich durch diese zwei Budgettage, natürlich auch in der Geschäftsgruppe. Da möchte ich einige Beispiele nennen, wo ich meine, dass wir hier absoluten Aufholbedarf in diesem Ressort hätten. Ich spreche ganz konkret Anfragebeantwortungen durch Sie, Frau Stadträtin, an.

Ich möchte hier ein Beispiel herausgreifen, wo man ganz klar sieht, dass hier nicht gut mit unserem demokratischen Recht der Anfrage umgegangen wird. Ich habe Sie schon vor einiger Zeit gefragt, und ich finde das als sehr wichtiges Thema, bei wie vielen und bei welchen Stadtentwicklungsprojekten zur Zeit ein Feststellungsverfahren nach UVP-Gesetz anhängig ist. Sie haben mir ganz knapp geantwortet, es sind fünf Verfahren anhängig. Ich meine, eine Antwort ist zwar gegeben, aber ich glaube, Sie können sich denken, dass das nicht in der Ausführlichkeit war, wie ich es mir erwartet hätte. *(Beifall bei den NEOS sowie von StR Dr. Markus Wölbitsch-Milan, MIM und GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olschar, BSc.)*

Das ist eigentlich ein ganz sensibles Thema, das Thema der Umweltverträglichkeitsprüfung. Nicht nur, dass Sie mir eigentlich Auskunft geben müssten, Sie sind es auch den Wienerinnen und Wienern schuldig, hier Transparenz walten zu lassen. Sie verschließen sich prinzipiell dem Thema, weil die UVP ist nicht da, um Ihnen eine Fleißaufgabe zu machen, nein, sie ist dafür da, damit man Umweltauswirkungen bei einem großen Bauprojekt schon im Vorfeld bewertet, Maßnahmen ergreift, um diese gering zu halten. Eine UVP ist auch dazu da, damit man den Anrainerinnen und Anrainern Parteistellung gibt. Denn schließlich sind diese es, die in den meisten Fällen in unmittelbarer Umgebung von den Vorhaben betroffen sind und mit Veränderungen leben müssen. Da haben Sie sich nicht gerade ausgezeichnet, möchte ich sagen. Nicht nur, dass Sie hier die Anfragebeantwortung nicht ausreichend beantworten, es gab auch keine Kommentare von Ihnen zu den aktuellen Fällen. Da spreche ich natürlich auch den neuerlichen Fall an, der beim Verwaltungsgerichtshof angezeigt wurde, und den Bescheid der Landesregierung, der aktuell im Fall der Siemenssäcker aufgehoben wurde. Da vermisste ich als Umweltstadträtin einfach Ihren Einsatz, weil es wäre eigentlich Ihr Job, sich hier im Interesse der Umwelt einzusetzen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vor allem aber vermisst habe ich auch den Einsatz der Umweltanwältin, die hier eigentlich als weisungsfreie Stelle nur die Interessen der Umwelt im Blick haben sollte.

Aber auch, wenn ich an den Ausschuss denke, beim Thema Transparenz bleibe, wir wissen immer noch nicht, welche Förderanträge das Ressort erreichen, welche warum abgelehnt werden. Seit Neuestem gibt es auch keine, oder hatten wir den einen Fall, dass es keine schlüssigen Informationen oder ein Nichtwissen darüber gibt, wie die Mittelverwendungen bei Projekten im eigenen Ressort ausschauen.

Aber, ich habe es anfangs erwähnt, es gibt viele gute Projekte. Im Ressort läuft insgesamt natürlich vieles sehr gut, weil auch eben immer genug Geld da ist. Da bin ich schon beim Thema Gebühren. Sie haben natürlich genug Geld, weil Sie auch genügend Gebühren in dieser Stadt einheben, die Gebühren Wasser, Müllabfuhr, Kanal. Wenn wir dem Gebührenspiegel Glauben schenken, ich meine, das ist immerhin eine Beilage des Budgetvoranschlages, dann gehen hier die Kostendeckungsgrade wieder in die Höhe. Beim Wasser aktuell im Jahr 2019 dann auf 114 Prozent. Aber, und das ist uns heuer erstmals aufgefallen, er sinkt bei der Müllgebühr, nämlich von 129 Prozent im Jahr 2018 auf nur 98,36 Prozent im Jahr 2019. Die Müllgebühren sind also von einem auf das andere Jahr nicht mehr kostendeckend. Noch dazu bewegt sich das in einem riesigen Prozentbereich, also über 30 Prozent Unterschied. Ich frage mich: Wie kommt das? Ich kenne mich, ehrlich gesagt, nicht aus. Deswegen frage ich Sie hier auch. Ich meine, es wäre schlüssig, man sagt, die Gebühren wurden gesenkt, man hat nicht mehr diesen Kostendeckungsgrad. Das stimmt aber nicht. Im Jahr 2019 werden die Gebühren wieder erhöht.

Aber die sogenannten korrespondierenden Kosten, die der Gebührenspiegel ausweist, werden erhöht. Die Müllentsorgung hat uns 2018 213 Millionen gekostet. 2019 sind es 290 Millionen. Sie sind also von einem auf das nächste Jahr um 77 Millionen, um 36 Prozent, gestiegen. Ich habe mir gedacht, da muss eigentlich irgendwie ein Fehler drinnen sein, oder was ist da passiert? Ich kenne mich jedenfalls nicht aus. Ich glaube, die Zahlen sind falsch. Ich bitte hier tatsächlich um Aufklärung.

Die Ausgaben der Müllbeseitigung der MA 48 sollen nächstes Jahr dann nämlich auch von 281 Millionen auf 269 Millionen sinken. Also die Ausgaben sinken um 4 Prozent. Die Einnahmen sollen wieder deutlich steigen, von 344 auf 358 Millionen. Ich kann es mir nicht erklären, wie sich diese Zahlen ergeben. Es kann sein, dass es irgendwie eine Voodoo-Ökonomie der Stadträtin und der MA 48 ist. *(Beifall bei den NEOS.)*

Diese Diskussion verfolgt uns schon lange. Vielleicht könnten wir uns das ersparen, wenn wir hier einfach einmal Transparenz beim Gebührenspiegel hätten, bei dem für niemanden recht nachvollziehbar ist, wie er berechnet wird. Wir wissen nicht, welche Overhead-Kosten der Magistratsabteilungen genau hineingerechnet werden, aber auch nicht die Pensionen, die zugerechnet werden. Wir gehen in Wahrheit davon aus, dass dieser Kostendeckungsgrad noch wesentlich höher ist.

Auf jeden Fall möchte ich eines zum Abschluss sagen, gerade, wo wir auch viel über soziale Gerechtigkeit

sprechen, holen Sie sich diese übersteuerten Gebühren von allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, seien sie arm oder reich. Sie steigen auch laufend durch das Valorisierungsgesetz. Das finden wir sehr ideenlos und unsozial, weil es jede Innovation bremst und die kleinen Leute vor allem überproportional belastet. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich wollte noch einen Antrag einbringen, den mir hoffentlich mein Kollege gleich bringt. Tut mir leid. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Sie müssen jetzt aber die Zeit noch mit Reden hinüberbringen!)* Er ist aber schon da. Danke schön.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar. Ich erteile es ihr.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin jetzt fast dazu geneigt, über Bettina Emmerling zu sagen, genau, und somit meine Rede auch abzukürzen. *(Beifall von GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc, GR Prof. Harry Kopietz und GR Mag. Josef Taucher.)*

Viele Sympathien. Vielen herzlichen Dank! Aber ich muss schon wieder ein bisschen enttäuschen. Ein paar Dinge möchte ich natürlich schon auch unterstreichen, was auch meine Vorrednerin gesagt hat.

Es ist tatsächlich so, in der Vorbereitung habe ich mir tatsächlich überlegt, ich könnte meine Rede vom letzten Jahr eins zu eins wieder übernehmen, denn das Thema Transparenz, wie wir es auch in den anderen Geschäftsgruppen als Schwerpunkt genommen haben, ist auch hier ein Thema, das ich besprechen möchte. Wie es auch schon angesprochen wurde, das Umweltressort ist auch aus meiner Sicht ein Ressort, das Transparenz ganz dringend notwendig hätte. Wenn ich Transparenz sage, dann kann es schon passieren, dass man in diesem Ressort nicht an allererster Stelle an Offenlegung denkt, sondern vielleicht bei Transparenz an ein Großplakat. Denn so oft, wie die Stadträtin auch von Plakaten oder aus Broschüren entgegenlächelt, ist dieser Gedanke nicht ganz abwegig.

Aber, um wieder ernst zu werden, es gibt viele Themen, die aus unserer Sicht zu kritisieren sind. Es sind oft nicht die Themen allein, sondern ist auch die Herangehensweise an dieselben. Ohne Miteinbeziehung, ohne Transparenz, ohne Information peitschen Sie das Programm dieses Ressorts durch. Hilfreiche Antworten auf Anfragen gibt es nicht. Details zu Akten gibt es nicht. Transparente Gesetzwerdungsprozesse gibt es nicht. So stellen wir uns die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition nicht vor, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Sommer erst hat uns beispielsweise die Marktordnung intensiver beschäftigt, mit dem Ziel, die Märkte in Wien zu attraktiveren und zu stärken. Ich brauche Ihnen jetzt die ganzen Details nicht noch einmal zu erläutern. Das haben wir auch schon oft genug diskutiert. Seit 1.10. ist die neue Marktordnung jedenfalls in Kraft. Jetzt zeigen schon die ersten Maßnahmen, wie diese Marktordnung wirkt. Wenn Sie Ihr Ohr an den Betroffenen

hätten, in dem Fall den Marktstandlern und den Unternehmern, die in erster Linie vor Ort für Attraktivität der Märkte sorgen, dann wüssten Sie, dass gerade die Maßnahme der Kernöffnungszeiten nicht glücklich umgesetzt ist. Ganz im Gegenteil, die Maßnahme droht, die Märkte ziemlich negativ zu beeinflussen. Die Grundidee an den Kernöffnungszeiten, und das haben wir auch schon in einigen Debatten hier vorne klargestellt, ist eine gute, aus Sicht der Konsumenten für Orientierung zu sorgen. Aber die Ausgestaltung ist aus unserer Sicht mangelhaft. Sie ist nämlich nicht differenziert. Sie geht nicht auf die Gegebenheiten vor Ort ein, auch nicht auf die unterschiedlichen Branchen, mit dem Effekt, dass jetzt beispielsweise ein Sushi-Lokal am Samstag um 8 Uhr in der Früh geöffnet haben muss oder auch Standler, die nebenbei bei den Ständen ihre Produkte verkaufen, also beispielsweise auch Landwirte sind und produzieren, nicht 2 Sachen zu 100 Prozent machen können. Diese können nicht produzieren und zur selben Zeit am Stand verkaufen. Diese werden sie schlussendlich auch vergraulen. Das wird nicht zur Attraktivität der Märkte beitragen, wenn regionale Waren nicht mehr angeboten werden. Hier herrscht aus unserer Sicht Nachschärfungsbedarf. Es braucht hier eine neue Ordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nachschärfungsbedarf ist ein weiteres Stichwort für die Zusammenarbeit im Ressort. Denn wenn man als Abgeordnete damit betraut ist, sich den Agenden des Umweltressorts zu widmen, dann fühlt man sich bei manchen Dingen ein bisschen im Blindflug. Informationen sind sehr spärlich. Die Akten sind sehr dünn. Wir haben es auch schon erwähnt und vorher gehört, Anfragebeantwortungen lassen mehr Fragen offen, als sie beantworten. Man hat das Gefühl, die Opposition ist dem Ressort lästig. Viele Dinge bleiben im Verborgenen, werden dann weggeschoben, keine Zuständigkeit, oder hier kann keine Auskunft gegeben werden. Das geht nicht! Ob es um finanzielle Dinge oder auch um Liegenschaften geht, die im Besitz des Ressorts sind, wir fordern hier Transparenz. Deswegen bringe ich diesbezüglich auch zwei entsprechende Anträge ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mein Appell, legen Sie beim Stichwort Transparenz nicht länger den Fokus auf Transparenzplakate, die in ganz Wien herumschwirren, mit Deos, bunten Schleifen oder wo Döner verboten werden, sondern nehmen Sie Transparenz ernst als Transparenz, nicht zuletzt im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, denn denen sind Sie einen transparenten Umgang mit ihrem Steuergeld schuldig! - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Mag. Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Jetzt habe ich mir bei der Rede der Frau Kollegin Olischar kurz überlegt, eins zu eins wie im Vorjahr, Transparenz, viele Dinge, die wir schon gehört haben, und dann sagt sie, sie könnte Kritik auch an Themen üben.

Dann habe ich mir gedacht, okay, jetzt werden wir uns einmal anhören, was das für Themen waren. Dann denke ich mir, in gespannter Erwartung, irgendetwas wird jetzt kommen.

Dann ist die Marktordnung gekommen. Da steht, sie findet Kernöffnungszeiten gut. Denke ich mir, okay. Gute Kernöffnungszeiten, aber nicht differenziert. Das war mir ein bisschen zu wenig. Also ich denke mir, das ist ein bisschen wie, wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Ich finde die Kernöffnungszeiten gut, weil die Bürger das wollen, weil da vielleicht neue Kunden kommen, aber eigentlich schwierig. (*GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc: Aber in der Umsetzung sind schon Sie auch beteiligt, Herr Kollege, oder?*) - Natürlich! Ich habe ganz viele Gespräche geführt. Da gibt es ganz viel Kritik. Und dann gibt es so etwas wie die Wirtschaftskammer, die auch einbezogen war. Die Wirtschaftskammer ist irgendwie schon ein Klub von Menschen, wo die ÖVP, glaube ich, schon ein bisschen dabei ist. Die Wirtschaftskammer hat schon mitverhandelt. Aber vielleicht waren das nur Menschen, die gesagt haben, sie sind bei der Wirtschaftskammer und vielleicht gar nicht dabei waren. Aber es war schon so. Also da würde ich einmal sagen, da hätte ich es gern ein bisschen genauer als das, was da gesagt wurde.

Jetzt hat man natürlich als Opposition, so lange ist das nicht her, immer das Problem, man erfährt zu wenig. Das stimmt. Das ist niemals genug. Es gibt nicht genug für die Opposition. Das verstehe ich total. Überhaupt nicht. Aber sonst habe ich mir eigentlich erwartet, dass es da schon ein bisschen mehr dazu gibt. Welche Themen stören Sie? Was ist nicht wirklich behandelt worden? Gibt es irgendetwas, das wir nicht gemacht haben, beim Müll, bei der MA 22, wo auch immer? Nein, da ist einfach nichts gekommen, außer mit der Geschichte eins zu eins wie im Vorjahr. Jetzt lese ich das nicht mehr, was im Vorjahr war, sondern das von hier und jetzt. (*GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Solltest du dir merken!*) Da denke ich mir, die Frau Kollegin Emmerling sagt wiederum, es gibt viele gute Projekte. Jetzt wäre ich natürlich schon gespannt, was gut war, was weniger gut war. Ich kann meinen Lehrer nicht leugnen. Was gibt es? Eins, Zwei, Drei, Vier oder gar einen Fünfer? Nein, nichts ist gekommen.

Dann kommen wie das Amen im Gebet immer die Gebühren. Diese sind einfach weitaus mehr, Kostendeckung wird lang überschritten, da rafft die Stadt Geld an sich heran. Wir haben zum Beispiel gehört, wenn man alle Gebühren zusammenzählt, dann haben wir eigentlich in Wirklichkeit viel zu wenig Geld aus den Gebühren. Das haben wir gestern irgendwie bei der Finanz gehört. Da ist kein Widerspruch gekommen. Heute höre ich wieder, das Wasser ist zu teuer, die Kanalgebühr, was auch immer, alles nicht kostendeckend, gleichzeitig will man mehr. Das ist ein bisschen schwierig. Man weiß, eine lokale Stadt hat in ganz Österreich, wurscht, ob das in Rankweil oder in Neusiedl am See ist, zu wenig Geld in den städtischen Haushalten. Warum? Weil man natürlich diese ganzen Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr bewältigen kann. Das gilt auch in dem Ressort. Da

hat es vor Jahren Gebührenerhöhungen gegeben, aber das passt nicht. Jetzt will ich Ihnen nichts unterstellen, aber am besten wäre es in Wirklichkeit, irgendwann sind wir soweit, dass man Sachen verkaufen muss. Das passiert oder ist schon passiert. (*GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Semmelweis-Klinik zum Beispiel!*) In der Stadt Graz hat man sich schon eine Zeit lang Gemeindewohnungen kaufen können. Was herausgekommen ist, weiß man.

Jetzt möchte ich aber da nicht einfach in Wirklichkeit in die Unkenrufe oder in die Kritik, von der ich nicht wirklich weiß, was jetzt kritisiert worden ist, einsteigen, sondern möchte einfach einmal ein paar Sachen herausheben, weil ich sie einfach gut finde. Und zwar habe ich mir diesmal ein großes Lob an das Büro, ein großes Lob an die MitarbeiterInnen vorgenommen. Jetzt zähle ich nicht die ganzen magistratischen Dienststellen auf, sondern ich nehme einfach in dem Fall zwei heraus.

Und zwar ist das eine die MA 31, die einfach wirklich darauf schaut, dass wir in Wien einen Rekord haben. In Großbritannien weiß man, dass ungefähr ein Viertel, das heißt, 25 Prozent, des Trinkwassers von der Quelle bis zur Wasserleitung irgendwo in der Erde verloren gehen. Wunderbar, damit werden wahrscheinlich irrtümlich Allee-bäume bewässert, was auch immer. Wir haben einen Prozentsatz, der europaweit sensationell ist und der immer besser wird. Hundertprozentig wird es nie sein. Aber da ist die Stadt massiv dahinter mit einer Offensive zur Erneuerung des Rohrnetzes. Ich habe nachgeschaut, 2019 sind es 30 bis 35 km. Das ist nicht nichts.

Wir haben 16 Trinkwasserkraftwerke. Ich war sehr überrascht. Als wir mit Rot-Grün begonnen haben, waren es viel weniger. Das ist eine ganz einfache Geschichte. Die beiden Hochquellenleitungen überwinden eine hohe Höhendifferenz. Da kann man natürlich Ökostromkraftwerke einbauen. Das hat man gemacht. 16 Kraftwerke sind wirklich sensationell.

Aber was mir besonders gefällt, sind drei andere Geschichten, und zwar aus der MA 22.

Das eine ist in Wirklichkeit ein Projekt, das „Invasive Alien Species“ heißt. Da geht es darum, dass man versucht, sagen wir es einmal so, ehemalige schöne Pflanzen in irgendwelchen Gärten, die sich längst selbstständig gemacht haben, zurückzudrängen. Das eine ist in Wirklichkeit die Robinie. Ich komme aus dem Burgenland. Dort hat man früher die Robinien für die Weingartenstecken verwendet. Mittlerweile drängt die Robinie in allen Wäldern die heimische Pflanzung, Eichenwälder, aber auch Hainbuchen, zurück. Das muss man im Griff behalten. Das Zweite ist das Drüsische Springkraut. Das kennt man an Flüssen oder an irgendwelchen Feuchtgebieten. Das überwuchert dort. Schwierig. Ich meine, als Imker sage ich, wunderbar. Da gibt es nämlich in Wirklichkeit eine schöne neue Futterpflanze. Tatsache ist, dass das bei Bewässerungen ein großes Problem wird. Aber eine dritte Pflanze beschäftigt uns alle. Und zwar ist das das Beifußblättrige Traubenkraut. Das klingt jetzt irgendwie so. Das ist die Ambrosie, die uns im Herbst, im Sommer und im Frühjahr einfach mit Allergien beschäftigt, und zwar 25 Prozent der Bevölkerung. Das ist nicht

nichts. Es kommt aus den USA, ist irgendwann einmal bei uns in irgendwelchen Gärten gepflanzt worden und beschäftigt jetzt die Allergieambulanz. Da gibt es ein Projekt der MA 22, das versucht, das nicht nur zu kartieren, sondern letztendlich auch in den Griff zu kriegen.

Ein zweites schönes Projekt nennt sich „City Nature“ und beschäftigt sich in der Zusammenarbeit mit der Slowakei, und zwar mit Bratislava und den Kleinen Karpaten. Da geht es um viele Dienststellen, sowohl in der Slowakei als auch in Wien, und zwar die MA 22 und die von der VBgm.in Vassilakou, MA 18, MA 21, aber auch die MA 42, die MA 49 und den Biosphärenpark. Da hat den „lead“ die MA 22. Da geht es darum, dass man viele Dinge, wie Wiesenpflege, Tiere an Gebäuden, gleichzeitig aber Information an die Bevölkerung, irgendwie gemeinsam über die Landesgrenzen vorantreibt.

Die allerletzte Geschichte ist mir ganz wichtig, weil da war ich ein bisschen beteiligt. Das ist die Mauerseglerkartierung. Die Mauersegler - Turmschwalben haben sie am Land geheißt - waren, als ich ein Kind war, weit verbreitet. Mittlerweile durch das, wie man die Dornen an den Dächern anbringt oder sonst etwas, hat die Mauerseglerpopulation massiv abgenommen. Das hängt einerseits mit dem Rückgang der Insekten zusammen. Auf der anderen Seite sind die Mauersegler dafür da gewesen, dass wir weniger Gelsen rund um die Alte Donau gehabt haben. Das ist mittlerweile ein bisschen kartiert worden. Man ist draufgekommen, dass man Vorrichtungen an die Häuser anbringt, dass sie wieder brüten können.

Diese vielleicht kleinen, aber nicht unwichtigen Dinge für den Artenschutz möchte ich vor den Vorhang bitten. Damit möchte ich es für heute gut sein lassen. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Ing. Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Kurz replizierend auf Rüdiger Maresch, bei einem kann ich ihm recht geben, den Mitarbeitern des Ressorts ist für ihre Tätigkeit, die sie in den letzten Jahren geleistet haben, zu danken. Wir wissen ganz genau, dass es in dem Ressort auf Grund des Führungsstils nicht besonders einfach ist. Das macht es noch ein bisschen schwieriger. Man sieht auch die Ergebnisse. Ein großes Dankeschön von unserer Seite. Das ist das, was ich beim Rüdiger Maresch ein bisschen unterstützen kann, was er gesagt hat.

Er hat vorher angesprochen, weil er die ÖVP angesprochen hat, dass man Sachen verkaufen muss. Es wurden Sachen in Wien verkauft. Ich erinnere an das Semmelweis-Areal, eine Grünfläche im Herzen von Wien, wo die SPÖ an ihre Genossen von der Gewerkschaft um unter 600 EUR ein Grundstück verkauft hat. Das waren, glaube ich, 4,8 Millionen. 2 Jahre später haben sie um über 30 Millionen die einzelnen Wohnungen weiterverkauft. Das ist, wie Rot-Grün mit den Filetstücken umgeht. *(GR Mag. Josef Taucher: Wir haben aber auch die Schulden übernommen!)*

Das Zweite ist, wissen wir, von der Schule am Semmelweis-Areal. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Da bin ich nicht zuständig!)* - Frau Stadträtin, Sie sind immer für nichts zuständig! Sie haben letztes Jahr auch schon gesagt, Sie sind für die Marktordnung nicht zuständig, und auf einmal erlassen Sie eine neue. Ich kann mich erinnern, als ich das angesprochen habe, wo es um die Anlassmärkte gegangen ist und wir darüber gesprochen haben, wie es mit dem Christkindlmarkt ist. Sie haben im Ausschuss gesagt, Sie sind nicht zuständig. Ich verstehe aber nicht, wie Sie dann eine Marktordnung erlassen können, wenn Sie nicht zuständig sind!

Das ist schon ein freiheitlicher Erfolg, den wir im letzten Jahr erleben haben dürfen. Wir haben Sie darauf angesprochen, und heuer ist auf einmal etwas möglich, was bis jetzt in der Stadt Wien undenkbar war. Wir hatten eine Jury, die unabhängig entschieden hat, wer die Stände am Christkindlmarkt kriegt. Beinhart sagt Herr Keskin, die Jury ist geheim, weil man in Wien für die Sicherheit der unabhängigen Jury sorgen muss. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Unabhängig geheim!)* Deswegen darf man die Namen der unabhängigen Jury nicht sagen. Wir wissen ganz genau, dass die Marktstände dort zwischen 15.000 und 30.000 EUR kosten. Für den ganzen Christkindlmarkt, haben wir letztes Jahr erfahren dürfen, zahlt er 36.000 EUR für diese Zeit. Der Erfolg in der Marktordnung ist, dass heuer auf einmal die Jury nicht mehr geheim ist. Das finde ich toll, Frau Stadträtin! Ich finde das toll! Deswegen brauchen Sie auch eine sehr aufmerksame und strenge Opposition, die Ihnen da auf die Finger schaut. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich kann Ihnen versprechen, ich werde das auch in Zukunft tun.

Die zweite Geschichte, wo wir gemerkt haben, dass Sie eine aufmerksame und strenge Opposition brauchen, diskutieren wir seit ein paar Wochen. Das ist das Hundetötungsgesetz, das Sie ursprünglich versucht haben durchzupeitschen, eine halbe Stunde vor der Landtags-sitzung einen Ausschuss zu machen. Dann haben wir Gott sei Dank als Opposition lange hinterfragt, was wirklich die Auswirkungen dieses Gesetzes sind. Sie haben es nicht geschafft, dieses Gesetz auf die Tagesordnung zu bringen. Ich weiß, das gefällt Ihnen persönlich nicht besonders. Aber es war einfach nicht möglich. Wir haben Ihnen erst die Möglichkeit gegeben, Ihren eigenen Antrag von Rot und Grün abzuändern, dass die Tötungsparagraphen entschärft worden sind. Wenn wir das nicht getan hätten, hätten wir seit 25. Oktober, glaube ich, das Hundetötungsgesetz, wie es ursprünglich geplant war. Es ist gut, dass Sie in sich gegangen sind.

Sie haben die Beißkorbpflicht durchgesetzt, wo Rüdiger Maresch umgefallen ist, Frau Stadträtin. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Nein!)* - Na klar! Zuerst hast du gesagt, du willst keine. Die Frau Stadträtin hat gesagt, sie will eine. Dann habt ihr gesagt, es ist eh kein Tötungsparagraph drinnen. Ich weiß aber nicht, warum ihr ihn dann abgeändert habt. Auf einmal seid ihr doch draufgekommen, dass es einen gibt. Mich wundert es, dass die Frau Stadträtin nicht gesagt hat, sie ist nicht zuständig. Das wundert mich wirklich! Das ist einer von den wenigen Punkten, wo sie sich selbst für zuständig erklärt hat, und

das hat in einem Desaster geendet. Das sage ich Ihnen ganz offen. Wenn Sie glauben, dass das jetzt vorbei ist, wenn Sie glauben, dass Sie das in der zweiten Lesung jetzt durchziehen können, dann haben Sie sich getäuscht, weil die Hundebesitzer, die Tierschützer und auch die Ausbildungskräfte im Hundebereich haben sich hier zusammengeschlossen und werden weiterhin auf Sie schauen. Sie werden sich anschauen, wie die Auswirkungen dieses Gesetzes sind. Ich befürchte, dass sich auch hier alle unsere Warnungen bewahrheiten werden und dass wir am Ende des Tages wahrscheinlich die 17. Novelle bis 2020 brauchen, weil Sie schon wieder ein Gesetz verpfuscht haben! Tut mir leid, das muss man Ihnen einfach so offen sagen, weil Sie haben die Stadt gespalten!

Wir haben Situationen, wo Hundehalter kommen und sagen, das haben sie noch nie erlebt, seitdem Sie diese Diskussion vom Zaun gerissen haben. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon gesagt, es gibt keine Kampfhunde. Es gibt keine Kampfhunde. Es gibt laut Gesetz Listenhunde. Aber Sie verwenden aus Prinzip das Wort Kampfhund. Das letzte Mal habe ich Sie gebeten, hier beschwichtigend zu wirken. In Ihrer Replik darauf haben Sie in Ihrer Rede wieder fünf Mal das Wort Kampfhunde verwendet. Frau Stadträtin, ich weiß nicht, aus welchem Wörterbuch Sie das haben. Ich kenne die Rasse der Kampfhunde nicht. Vielleicht sollten Sie mich da aufklären.

Damit komme ich dann auch schon zur Tierschutzombudsfrau. Ich habe sie einmal medial gebeten - sie ist eh da - und habe mir im Gesetz angeschaut, was eigentlich ihre Aufgaben wären. Die Aufgaben der Tierschutzombudsfrau - jetzt habe ich das Gesetz liegen gelassen. Macht nichts! Sie müssten unabhängig dafür sorgen, in Tierschutzagenden und auch, wenn Ihnen irgendetwas auffällt, sich zu Wort melden. Sie haben wirklich Fragen von Hundehaltern, von Tierschützern bekommen, wenige Antworten gegeben. Sie haben sich verschwiegen zu einem Ex lege-Tötungsparagrafen. Da muss ich schon sagen, wirklich ein Stück Enttäuschung von mir. Sie haben eine Funktion, die im Bundestierschutzgesetz definiert ist. Da wünsche ich mir schon, dass Sie in Zukunft hier anders agieren. Ein großer Wunsch von mir. Ich will jetzt gar nicht persönlich schimpfen. Das macht nämlich auch keinen Sinn. Aber ich habe mir auch angeschaut, was in den letzten Jahren passiert ist. Der Zieselbereich fehlt mir auch. Dazu habe ich ganz wenige Meldungen von Ihnen gehört. Jetzt, beim Hundetötungsgesetz, habe ich ganz wenige Meldungen von Ihnen gehört. Ich bitte Sie wirklich hier, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden, unabhängig zu agieren und im Tierschutzbereich zukünftig sehr offensiv, auch gegenüber der Stadtregierung und der Stadträtin, aufzutreten, wenn von dieser Seite der Tierschutz gefährdet ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben noch etwas vergessen: Rüdiger Maresch hat gesagt, dass die ÖVP so viel verkaufen will. - Ihr habt auch den zweiten Teil des Semmelweis-Areals an eine Musikschule verkauft! Der Antrag wurde im Jahr 2010 von Rot und Grün beschlossen, und zwar für unter 600

EUR. Mittlerweile steht jetzt die Versteigerung an, ich glaube, sie ist für den 19. Jänner angesetzt. - Das zum Thema Verscherbeln von Grünflächen! Und ich kann mich auch nicht erinnern, dass sich die GRÜNEN am Steinhof darum gekümmert haben, dass die Grünflächen dort erhalten werden! *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)*

Sie wissen ganz genau, Herr Maresch, dass Sie damals gesagt haben, dass mit dem Bezirk gemeinsam ausgemacht wurde, dass der Zugang zur Grünfläche auf dem Semmelweis-Areal erhalten bleiben soll. Und was haben wir? Eine Durchgängigkeit, von der wir nicht wissen, ob sie eingehalten wird! Das ist grüne Politik?! Geht es da um das Öffnen von öffentlichen Räumen, wovon Sie die ganze Zeit sprechen? - Sie verscherbeln das an einen Investor, an eine Schule, mit einer Bindung von 15 Jahren, keiner weiß, was danach passiert, und jetzt steht nach einigen Jahren schon die Versteigerung ins Haus. So gehen Sie mit dem Eigentum der Stadt Wien um, Herr Maresch! Das muss ich Ihnen schon sagen, und daher sollten Sie nicht anderen vorwerfen, dass sie etwas verkaufen wollen!

Zum Thema Gebühren muss man der Frau Stadträtin immer etwas sagen. Ich habe mir einmal angeschaut, was Rot-Grün in den letzten Jahren erhöht hat. Wir haben uns einmal die Werte seit 2010 angesehen. In dieser Zeit haben Sie die Müllgebühren um 18 Prozent erhöht. Stolz, wirklich stolz!. Beim Kanal gab es ebenso eine Erhöhung um 18 Prozent. Dann haben wir über die Wassergebühren geredet. Da habt ihr erst auf einmal eine Erhöhung um 33 Prozent gemacht, und mittlerweile sind wir bei 48 Prozent Erhöhung der Wassergebühren.

Aber Rüdiger Maresch stellt sich hier heraus und sagt, was an Wien so toll ist, und nennt wieder die Hochquellwasserleitung. Die hat aber nicht Rot-Grün gebaut! Sie ruhen sich da auf Lorbeeren von vor über 100 Jahren aus! Die Leitungen für das Wiener Wasser hat nicht Rot-Grün gebaut! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Magistrat ist verantwortlich dafür und erbringt eine tolle Leistung, dass es uns erhalten bleibt. Das ist eine tolle Leistung, und dafür gehören Sie auch gelobt. Aber das ist nicht die Errungenschaft einer rot-grünen Stadtregierung, dass wir gutes Wasser in Wien haben! *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Herr Maresch! *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Sie haben mir nicht zugehört!)* Herr Maresch! Sie haben im Umweltschutz versagt. Sie haben im Tierschutz versagt. Sie haben jetzt einem Hundetötungsgesetz zugestimmt beziehungsweise dieses sogar beantragt: Tötung von Hunden ex lege, wenn sie jemanden verletzen. Auf diesem Antrag ist Rüdiger Maresch als Antragsteller gestanden. Das sind die GRÜNEN von heute! Ich hoffe, dass die neue grüne Landesparteioberfrau das anders sieht und in Zukunft all das nicht mehr zulässt, was Ihnen da in den letzten Wochen passiert ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wurde schon angesprochen: Dafür, dass Sie das Leben für Menschen und Tiere in Wien schwer machen, haben Sie aber immerhin die Hundegebühr um 65 Prozent erhöht. - Dazu sage ich Ihnen: In Graz wurde die Hundegebühr unter einer freiheitlichen Regierungsbetei-

ligung abgeschafft. Es gibt in Graz keine Hundesteuer mehr! - Das ist freiheitliche Politik, wie man mit Menschen und Tieren umgeht, weil man einfach jene schützen muss, die wenig Geld und einen einzigen Freund haben, der sich noch um sie kümmert. Sie aber sackeln sogar diese Menschen aus, und das ist leider Gottes auch die Politik unserer Frau Stadträtin.

Ich darf jetzt noch zwei Anträge einbringen. Diesbezüglich habe ich nämlich auch sehr viele E-Mails bekommen. (*Zwischenruf von Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima.*) Ich habe den einen Antrag eh schon einmal eingebracht. Sie machen es sich ja leicht mit den Gebührenerhöhungen: Sie haben unter roter Alleinregierung das Valorisierungsgesetz beschlossen. Sie wissen allerdings ganz genau, dass die Kaufkraft nicht mit der Inflation steigt, und das heißt, dass Sie jedes Jahr ein Stück mehr in die Taschen der Wiener Bürger greifen. Deshalb stelle ich hiermit den Antrag, das Valorisierungsgesetz auszusetzen, und bitte um die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweitens hatten wir einen Bericht von der Volksanwaltschaft, in dem es um die Gebühren der Grabbenützung ging. Sie haben es nämlich immerhin geschafft, in 10 Jahren die Gebühren um 110 Prozent zu erhöhen. Frau Stadträtin! Auch diesbezüglich sollten Sie in sich gehen! Damit treffen Sie nicht die Superreichen. Das ist keine Umverteilung von oben nach unten, sondern diesfalls treffen Sie die Bürger, die jedes Jahr um ein Stück mehr durch Ihre Gebühren belastet werden. Daher bitte ich Sie, auch hier eine marktübliche Situation herzustellen. Ich danke für das gehabte Wort und bitte um Besserung, Frau Stadträtin. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Ich darf den Antragsteller zu mir bitten. Die beiden Anträge beziehen sich nämlich nicht auf einen Tagesordnungspunkt, sondern nur auf eine Debatte, und ich ersuche, das zu korrigieren, bevor ich die Anträge annehme.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Holzmann. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Frau Kollegin Dipl.-Ing. Olischar hat mich ein bisschen zu einem kleinen Wortspiel inspiriert. Sie hat gemeint: Nehmen Sie Transparenz ernst? - Ich heiße Ernst und möchte daher mit Transparenz beim Wiener Wasser beginnen.

Im Budgetansatz 8500 - Wiener Wasser werden im Voranschlag 2019 Einnahmen in der Höhe von knapp 288 Millionen EUR veranschlagt. Demgegenüber sind Ausgaben in der Höhe von knapp 180 Millionen EUR budgetiert.

Die Gesamtinvestitionen in das Rohrnetz betragen rund 50 Millionen EUR. - An dieser Stelle möchte ich in Erinnerung rufen, dass das Wasserleitungsnetz der Stadt Wien zirka 3.000 km lang ist. Dazu kommen noch zirka 800 km Anschlussleitungen für knapp 103.000 Anschlüsse.

Wenn möglich, wird bei der Erneuerung des Rohrnetzes die grabungsarme Bauweise gewählt, das heißt,

dass das neue Rohr in das alte Rohr eingezogen wird. Die Vorteile dabei sind weniger Baulärm, weniger LKW-Transporte, geringere Kosten und eine kürzere Bauzeit.

Die Früherkennung von Schäden im Untergrund durch elektronische Geräuschlogger neuester Technik ermöglicht die Verringerung von Wasserverlusten und eine zeitnahe Reparatur. Auf diese Weise werden jährlich rund 600 bis 700 km Leitungsnetz überprüft.

Ein weiterer Punkt ist die Generalsanierung des Pumpwerkes Krapfenwald, die mit Projektkosten von 1,3 Millionen EUR fortgesetzt wird. Im Hebewerk Laaerberg wird die Erneuerung der Elektrotechnik mit Projektkosten von etwa 3,8 Millionen EUR fortgesetzt.

Nun noch ein paar beeindruckende Zahlen aus dem Bereich der MA 31: Es gibt bis Wien 330 km Hochquellenleitungen. Es gibt 130 Aquädukte, die - wie heute schon gesagt wurde - nicht wir gebaut haben, die wir aber erhalten. Das ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Budgets. Wir haben 32 Wasserbehälter mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Millionen Kubikmetern, wir haben 26 Pumpwerke und 12.400 Hydranten.

Ich darf nun vom Wasser zum Abwasser kommen: Wien Kanal hat im Wirtschaftsplan für 2019 für Investitionen in unbewegliche Wirtschaftsgüter - darunter sind die Investitionen in den Vollausbau des Wiener Kanalnetzes, in den Kanalbau sowie in die Neuerrichtung von Gebäuden zu verstehen - einen Betrag für das Budget 2019 von 23,8 Millionen EUR angesetzt. Für den Ausbau des Sammelkanalnetzes sowie der Stadterweiterungsgebiete und diverse Restaufschlüsse über das Zentralbudget sind im Wirtschaftsplan 2019 von Wien Kanal 13,4 Millionen EUR vorgesehen.

Innerhalb dieses Betrages wird unter anderem das Projekt Wien 20., Brigittenauer Sporn umgesetzt. Durch dieses Projekt wird der Brigittenauer Sporn an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen, und im Zuge dessen werden die dort befindlichen Senkgruben aufgelassen. Dieser neue Kanal hat eine Länge von gut 600 m, beginnt beim Sporn und verläuft entlang der Straße bis zum Ende der Grünfläche bei der Nußdorfer Schleuse. Die Errichtungskosten betragen etwa 1,1 Millionen EUR, und die Fertigstellung ist für Herbst 2019 geplant.

Für die Instandhaltung der Kanalanlagen, Gebäude, Fahrzeuge, Pumpwerke et cetera ist ein Betrag von 7,3 Millionen EUR im Wirtschaftsplan 2019 von Wien Kanal vorgesehen.

Ich darf nun zur MA 49 - Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb kommen: Die Einnahmen auf dem Ansatz 8660 - Stadforste wurden im Voranschlag mit 6,16 Millionen EUR veranschlagt. Darunter fallen unter anderem Holz- und Wildbretverkäufe, Abschussvergaben, Jagd- und Fischereipachten.

Weitere Einnahmen auf dem Ansatz 8620 - Landwirtschaftsbetrieb werden aus Veräußerungen landwirtschaftlicher Produkte, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Ausgleichszahlungen mit 4,261 Millionen EUR veranschlagt. Dazu kommt noch ein Betrag von 700.000 EUR für den Verkauf von Grundstücken. - Das entspricht Gesamteinnahmen von 11,121 Millionen EUR.

Den Einnahmen stehen die veranschlagten Ausgaben gegenüber, und zwar auf dem Ansatz 8660 - Stadforste ein Betrag von 32,768 Millionen EUR und auf dem Ansatz 8620 - Landwirtschaftsbetrieb von 5,452 Millionen EUR, insgesamt also 38,220 Millionen EUR.

Die Personalkosten wurden gegenüber dem Voranschlag 2018 in Summe um 45.000 EUR auf 22,611 Millionen EUR erhöht.

Auf den Instandhaltungsposten stehen in Summe 2,791 Millionen EUR zur Verfügung.

Zu den relevanten Aufgaben der MA 49 zählen unter anderem: Pflege und Betreuung der Wiener Erholungswälder sowie der Quellenschutzwälder, Steigerung adaptiver Waldbewirtschaftung im Zuge klimatischer Veränderungen zur Aufrechterhaltung der Ökosysteme, ökologisch orientiertes Wiesenmanagement zur Förderung und zum Erhalt der Artenvielfalt, Errichtung und Pflege neuer Erholungsgebiete und Grünoasen in den Stadterweiterungsgebieten, Borkenkäferbekämpfung im Bereich der Quellenschutzwälder, vielfältige Angebote im Bereich der Umweltbildung, Ausweitung beziehungsweise Weiterentwicklung des Biolandbaus, Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, Erhaltung der Kulturlandschaft.

Selbstverständlich werden im Jahr 2019, wie auch in den Vorjahren, die Landwirtschaftsbetriebe in Absprache mit der Wiener Landwirtschaftskammer in gewohnter Weise gefördert. Hier wird es im Sinne der Ökologisierung im Jahr 2019 einen Schwerpunkt zum Thema Pestizide geben. So viel zu den Bereichen Wasser, Abwasser und Landwirtschaft. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, teile ich mit, dass GR Gara bis 20 Uhr entschuldigt ist und Frau VBgm.in Vassilakou ab jetzt entschuldigt ist.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Hungerländer. Selbstgewählte Redezeit 5 Minuten. - Bitte schön.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Kollegen!

Kollege Maresch! Es hat mich ein wenig irritiert, dass Sie gesagt haben, dass Sie die Kritikpunkte der Oppositionsparteien vermisst haben! - Ich habe nämlich gehört, dass alle Oppositionsparteien exakt denselben Kritikpunkt genannt haben, nämlich dass es an Transparenz mangelt. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Ich habe gesagt: An den Themen!)*

In diesem Zusammenhang haben alle Oppositionsparteien exakt dieselben Beispiele gebracht, nämlich Anfragebeantwortungen oder die Art und Weise, wie die Akten aussehen, die wir bekommen: Diese bestehen nämlich in der Regel aus zwei Seiten, und es ist für uns völlig unnachvollziehbar, wie wir einen Förderakt behandeln sollen, wenn wir nicht wissen, ob dieser Verein auch von anderen Seiten Förderungen bekommt. Was sollen wir damit tun? - Nichts! *(Beifall bei der ÖVP. -GR Mag. Rüdiger Maresch: Es geht um die Themen!)*

Ich darf es Ihnen also noch einmal eindrücklich wiederholen: Das Thema der Kritikpunkte ist Transparenz. Es mangelt an Transparenz! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wundert mich, dass Sie in Wahrheit die Frau Stadträtin in Anbetracht dessen dermaßen verteidigen, wie sie beim Hundegesetz beziehungsweise Tierhaltungsgesetz mit Ihnen verfahren ist! Das war ja wirklich alles andere als kollegial! Jetzt aber stellen Sie sich hier heraus und verteidigen die Politik der Stadträtin. - Na gut!

Ich habe zwei Anträge mitgebracht. Der erste betrifft das Alkoholverbot auf dem Floridsdorfer Bahnhof. - Wir hatten ja auf dem Praterstern ein ähnliches Problem wie jetzt auf dem Floridsdorfer Bahnhof, nämlich ein Problem mit alkohol- und suchtkranken Menschen. Dieses Problem konnte auf dem Praterstern relativ gut gelöst werden, indem ein Alkoholverbot ausgesprochen wurde. Jetzt bestehen ähnliche Problemlagen auf dem Floridsdorfer Bahnhof, und wir sind der Ansicht, dass das ebenfalls gut gelöst werden kann, wenn auch dort ein Alkoholverbot ausgesprochen wird. In diesem Sinne stellen wir hiermit einen dementsprechenden Antrag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Antrag, den ich mitgebracht habe, betrifft Doppelhaltestellen, und zwar Herausforderungen, die durch Doppelhaltestellen an blinde und sehbehinderte Menschen gestellt werden. Wenn nämlich ein blinder oder sehbehinderter Mensch an einer Doppelhaltestelle steht, dann steht er in seinem Bereich und wartet auf seine Linie. Dann kommen aber Fahrzeuge von zwei Linien, und er weiß natürlich nicht, welches jetzt seiner Linie angehört, jenes, das vorne steht, oder jenes, das hinten steht. Und das ist ein absolut unlösbares Problem für ihn, denn wenn seine Garnitur hinten steht, dann weiß er das ja nicht. Das sagt ihm ja niemand.

Für dieses Problem hat die Stadt Linz eine Lösung gefunden, die sich LiSA nennt. Diese Lösung wurde gemeinsam mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband Oberösterreich entwickelt. Das funktioniert folgendermaßen: Die blinde oder sehbehinderte Person hat einen Handsender oder eine Handy-App bei sich, und wenn eine Straßenbahngarnitur oder eine Busgarnitur in einer Doppelhaltestelle einfährt, dann drückt sie auf den Sender, womit eine Außenansage mit der Information aktiviert wird, in welche Richtung die Straßenbahn oder Buslinie fährt. Dann weiß die Person, ob das die Linie ist, die sie braucht, oder nicht. Das hat sich in Linz sehr bewährt. Dafür sind keine kostenintensiven Umbauarbeiten nötig, und wir denken, dass das eine gute Sache ist, um blinden und sehbehinderten Menschen auch in Wien den Alltag ein bisschen zu erleichtern. Daher stellen wir einen dementsprechenden Antrag. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Danke schön. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Eischer.

GR Michael **Eischer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau Landesrätin! *(GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Heute Stadträtin!)* Liebe Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der letzte Tagesordnungspunkt wird jetzt relativ rasch durchgezogen, und ich bin auch froh darüber. Ich durfte mir jetzt zwei Tage lang all das zum ersten Mal anhören und muss dazu sagen: Ich habe viel gehört und viel gelernt. Wir haben dabei von den Stadträten und Landesräten und Stadträtinnen und Landesrätinnen auch von den Rechten gehört, die alle Gruppen habe. Wir haben gehört, welche Rechte die Jugend hat, welche Rechte die Migranten haben, et cetera.

Ich habe jedoch kein einziges Wort von den Pflichten gehört. Wir haben die Pflicht, den Ärmsten und den Armen zu helfen, und das tun wir, gar keine Frage! Trotzdem haben wir, um hier in diesem Rechtsstaat leben zu können, auch Rechte zu bewahren, auf diese Rechte zu schauen und auch die Pflichten einzufordern. Das ist für uns das Allerwichtigste. Ohne das wird es überhaupt nicht gehen.

Diese Stadtregierung nimmt den Schwachen den Heizkostenzuschuss. Haben sie jetzt kein Recht mehr, dass sie heizen? Wir haben die Pflicht, ihnen zu helfen, wir tun es, aber nicht, obwohl wir es tun müssten! Sie alle und auch wir sind aber dazu verpflichtet, den Ärmsten zu helfen.

Wir reden hier über das Budget und darüber, dass Schuldenmachen wunderbar und super ist. Und wenn wir Schulden machen, dann zahlt es halt irgendeine Generation nachher zurück. Welche Generation wird das aber sein? - Unsere Kinder und unsere Kindeskinde werden die Schulden zurückzahlen müssen, die wir heute machen und von denen niemand etwas hat! Und das ist ja das Traurige an dieser Geschichte: Wir machen Schulden, von denen wir nichts haben, und trotzdem freuen wir uns darüber beziehungsweise sollen wir uns darüber freuen!

Wichtig ist auch, dass wir trotz allem - und das geht mir fast ein bisschen ab - ein respektvolles Miteinander pflegen und einander immer noch in die Augen sehen können. Das driftet jedoch oft ab, und das regt mich ein bisschen auf und ärgert mich ein bisschen, denn ich bin hier herinnen, um zu diskutieren und um etwas in dieser Stadt zu verändern.

Ich habe jetzt von allen Landesräten und Landesrätinnen, allen Stadträten und Stadträtinnen gehört: Wir möchten es mit diesem Budget besser machen! Wir möchten mit diesem Budget hier etwas verändern! - Dazu erheben sich für mich einige Fragen: Wenn wir es besser machen wollen: Haben wir es bis jetzt schlecht gemacht? Bekommen wir damit eine Selbsterkenntnis zu hören? War es bisher gar nicht so gut, wie uns immer suggeriert wurde? Ist das vielleicht gar nicht so sehr das Gelbe vom Ei, wie wir es uns alle vorstellen sollten? - Nein, das ist es nicht!

Jetzt hat Frau Kollegin Emmerling mit der Diskussion um die Müllgebühren begonnen. Die Müllgebühren sind ein Mysterium, das unerklärlich ist, gar keine Frage, das hat sie uns genau erläutert! Ich kenne mich auch nicht aus, das ist undurchdringlich, das kann uns niemand erklären. Die Müllgebühren werden erhöht. In Wirklichkeit sind das Gebühren, von denen der Rechnungshof

sagt, dass die Gemeinde damit versteckte Steuern einhebt.

Wo ist da die Transparenz? - In dem Ausschuss, in dem ich auch sitze, wird bei jedem Thema nur gemauert. Ich höre keine Antworten. Es wird nichts schlüssig erklärt, sondern es wird gemauert, wo es nur geht. Auskünfte sind lapidar und leider meist sehr oberflächlich.

Dann hat uns Herr Kollege Maresch Geschichten erzählt, die sehr lustig waren. Das hat aber eigentlich nicht zum Thema gepasst. Es ging um irgendetwas, was Frau Olischar früher einmal erzählt hat, was sie jetzt aber nicht mehr erzählt. Ganz egal! Zum Schluss hat uns der Kollege aber von Projekten der MA 22 erzählt, dass versucht wurde, einzelne Pflanzengattungen einzudämmen, die jetzt Kulturfolger sind. - Solche Vorgänge gibt es aber in der Natur seit Jahrtausenden, das ist ja nichts Neues! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kein Mensch von der MA 22 hat sich aber um die Spanische Wegschnecke, die Reblaus, die Miniermotte, den Borkenkäfer gekümmert. Das sind jedoch lauter Probleme, die wir haben und mit denen wir fertig werden müssen! Wir müssen diese Lebewesen nicht ausrotten, sondern wir müssen damit leben beziehungsweise lernen, damit zu leben. Das ist das Wichtige.

Im Lainzer Tiergarten werden die Mufflons ermordet und ausgerottet, sie leben dort aber schon seit 200 Jahren. *(Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.)* Natürlich! Wer hat sie gebracht? - Napoleon hat sie gebracht! Und wann hat Napoleon gelebt? *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Nein! Das ist nicht so! Sie sind seit 200 Jahren dort und werden jetzt ausgerottet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Den Ausführungen des Herrn Kollegen Guggenbichler ist nichts hinzuzufügen. Er hat wieder schonungslos aufgedeckt, was hier alles falsch läuft und was im Sinne der Stadt Wien richtig laufen sollte, damit hier etwas weitergeht. Innovation ist nämlich der Schlüssel zu dem Ganzen: Bildung und Innovation. Beides bleibt uns aber verschlossen, weil wir das Geld für andere Zwecke ausgeben müssen!

Herr Kollege Holzmann hat dann die Verfahren der Wasserrohreneruerung erläutert. Das hat mir sehr gut gefallen, überhaupt das Rohr-in-Rohr-System. Bezüglich dessen habe ich schon zwei Mal angefragt, aber wir verwenden es nie. Es gibt dieses System, aber es heißt dann immer: Man kann es nicht verwenden beziehungsweise wird es nur in Sonderfällen verwendet, denn wenn es Hausanschlüsse gibt, dann kann man das wiederum nicht machen.

Das ist ein tolles Verfahren, und es bringt auch viel. Ich weiß das. Es hat sogar in meiner Gegend im 19. Bezirk, wo ich wohne, zwei Mal eine solche Rohrauswechslung gegeben, und diese ist durchaus positiv zu sehen. Nur kann man dann die Straße nicht aufreißen und dort eventuell Begegnungszonen oder Rückbauten machen, damit die Parkplätze weg sind, weil man ja die Straße nicht aufzureißen braucht, wenn man das Rohr ins Rohr schiebt!

Dann haben wir noch gehört, dass wir bei der MA 49 - Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb Einnahmen

von insgesamt 11,1 Millionen mit den Veräußerungen von landwirtschaftlichen Flächen, Vermietung und Verpachtung und Ausgaben von 38,2 Millionen EUR haben. - Da sage ich: Na habe d'Ehre! Auch ich bin Landwirt, und auch ich möchte 11 Millionen EUR einnehmen und 38 Millionen EUR ausgeben. Ist das ein Steckenpferd, das wir uns halten, nach außen ein schönes Bild zu hängen, damit wir sehen, wie toll die Stadt ist? Sie kann aber nicht wirtschaften! Sie unterstreicht ja damit, dass sie nicht wirtschaften kann!

Auch die MA 49 hat durchaus begabte und brave - wie ich es jetzt ausdrücken möchte - Mitarbeiter, die sich sehr bemühen. Aber das Verhältnis von 38 Millionen Ausgaben zu 1 Million Einnahmen sagt mir schon einiges! Da liegt schon vieles im Schrägen, das wirklich wieder in geregelte Bahnen geworfen oder gestützt werden sollte!

Dann haben wir noch von der Tierschutzombudsfrau gehört. Es gibt auch die Umwelthanwaltschaft. Und all diese Anwaltschaften und die Ombudsfrau dienen zur Gewissensberuhigung! In Wirklichkeit geschieht dort nichts. Dort wird dann über die Vogelarten oder über die Robinien geredet, die als Weingartenstecken nicht mehr genommen werden, weil man jetzt PVC verwendet, also genau das Falsche, aber es wird propagiert.

Ich meine, es ist gar nicht im Sinn der Sache, dass wir uns so etwas leisten, was dann vielleicht gar nichts bringt! Gerade auf diese Wunde sollte man den Finger drücken, da sollten wir ein bisschen Gas geben und weiter tun! Da sollten sich die Angesprochenen ein bisschen an der Nase nehmen und ein bisschen etwas vorlegen!

Zum Thema Stadtwerke und öffentlicher Verkehr tun die Ausführungen wirklich weh! Wir haben von den Regierungsparteien gehört, wie toll es in dieser Stadt ist. - Mir kommt das schon ein bisschen wie Arbeitsverweigerung vor! Sie gehen offenbar in der Früh nicht aus dem Haus hinaus! Sie sehen gar nicht, was in dieser Stadt vorgeht! Sie sehen gar nicht, wie es da zugeht und was sich da abspielt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir tun das hingegen nicht nur jeden Tag, sondern wir konfrontieren uns selber mit den Versäumnissen, die es in dieser Stadt gibt. Wir prangern diese an und müssen sie leider hier anprangern, denn eine konstruktive Zusammenarbeit wird gar nicht gewünscht. - Das ist traurig und bringt die Stadt nicht vorwärts, was aber der Fall sein sollte!

Gerade im Hinblick auf dieses Budget und auf die Zukunft hoffen wir dennoch, dass es uns ein bisschen gelingt, dass Sie uns mehr ernst nehmen. Wenn man sich nämlich die letzte Regierungsperiode bis jetzt ansieht, dann muss man sagen: Die einzig wirklich erfolgreiche Aktion war das Rauschfreimachen des Pratersterns. Das ist eine FPÖ-Idee, die wirklich etwas gebracht hat! Danke sehr!

Wir werden weiter machen, und wir werden Ihnen auch weiter auf die Zehen steigen, denn anders geht es leider nicht. Aber wir sind da! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Abrahamczik. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Nina **Abrahamczik** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Mein Vorredner hat jetzt gesagt, dass er sich freut, dass die letzte Geschäftsgruppe rasch durchgezogen wird. - Ich finde das ein bisschen schade, weil ich jetzt bei seiner Rede - er hat es hier mehrmals irgendwie angesprochen - das Gefühl hatte, dass vielleicht auch Infos fehlen und man eventuell ein bisschen mehr auf Details eingehen muss.

Wir haben bisher recht wenig gehört, was wirklich ganz konkret in dieser doch sehr breiten Geschäftsgruppe geschieht. Es werden hier ja tatsächlich sehr viele Bereiche bearbeitet, und ich weiß auch, dass da oft auch viele Aufgaben dabei sind, die den Leuten auf den ersten Blick gar nicht bewusst sind.

Wenn sich mein Vorredner darüber wundert, wie das bei der MA 49 mit dem Geld ist, dann sage ich: Wir reden in diesem Zusammenhang nicht nur über Landwirtschaftsbetriebe in der Stadt, sondern auch über Forstbetriebe, et cetera, und da fällt noch einmal viel hinein.

Es gibt aber auch bei der wahrscheinlich bekanntesten Magistratsabteilung in unserer Stadt, nämlich bei den 48ern, die wahrscheinlich wirklich alle kennen, Bereiche, an die man nicht immer denkt. Deren Bekanntheitsgrad liegt natürlich an den großartigen Kampagnen, aber auch daran, dass wir ständig damit konfrontiert sind, wie gut diese Arbeit hier in dieser Stadt funktioniert. Dass wir beispielsweise heute in der Früh bei dem Wetter gut und sicher hergekommen sind, liegt auch an der Arbeit der MA 48, die auch für den Winterdienst zuständig ist. Ich möchte daher ein großes Danke sagen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Natürlich holt die MA 48 den Müll ab. Aber sie informiert beispielsweise auch darüber, wie man mit dem Müll umgehen soll, wie man Müll vermeiden beziehungsweise reduzieren kann.

Wir haben beim Fuhrpark ganz wesentliche Schritte gesetzt, die Diesel-PKW immer weiter auf PKW mit Elektroantrieb umzustellen. Dazu habe ich auch kritische Worte aus den Reihen der FPÖ gehört. Vielleicht müssen wir darüber aber noch miteinander reden, denn mir war nicht ganz klar, wie da gerechnet wurde!

Die MA 48 wird einen neuen Stützpunkt in der Gudrunstraße weiter ausbauen. Dort wird nämlich nicht nur ein Mistplatz errichtet, sondern auch ein Standort für Winterdienst. Ebenso ist eine Unterkunft für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 48 geplant.

Beim heurigen Rechnungsabschluss haben wir auch über das Mistfest geredet. Ich weiß nicht, wer es von Ihnen geschafft hat, dort hinzukommen. Ich habe Sie jedenfalls herzlich eingeladen und Sie auf den Termin verwiesen. Und ich kann nur sagen: Es war einfach wieder spektakulär! Dabei sehen wir jedes Mal, wie sehr die Wienerinnen und Wiener das Angebot annehmen, dort hinzugehen und sich damit auseinandersetzen. Dort sind ganz viele Magistratsabteilungen der Stadt vertre-

ten, von der Tierschutzombudsstelle bis zu Wiener Wasser. Man kann sich dort viel anschauen und ausprobieren. Das ist auch im Hinblick darauf ganz wesentlich, dass Kollege Eischer gesagt hat, dass man eigentlich nicht weiß, wozu gewisse Abteilungen oder auch Ombudsstellen überhaupt da sind. Das finde ich eigentlich ein bisschen schade! - Ich werde dem Kollegen dann ein Magazin der Stadt mitgeben. Darin steht auch ganz viel darüber, was wir im Tierschutz machen. Das ist ein wesentliches Produkt der MA 60 gemeinsam mit der Tierschutzombudsstelle, auf die ich dann auch noch kurz eingehen möchte. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

An noch etwas denkt man vielleicht auch nicht immer: Jetzt mit dem heutigen Schnee ist schon fast Winter, aber wir haben immer im Herbst das Problem, dass bei uns relativ viel Laub anfällt. Daher bietet die MA 48 als Ergänzung zur Biotonne auch den Laubsack an. Das ist wirklich großartig, denn diese Säcke sind recycelbar und abbaubar. Sie werden in die Lobau ins Kompostwerk gebracht, und man kann sich dann bei den Mistplätzen auch wieder Gratskompost abholen. Das ist ein super Angebot unserer Stadt!

Schauen Sie also vielleicht einmal die Homepage an, und erkundigen Sie sich, was da alles geschieht! Es wäre nämlich schön, wenn man auch diese Projekte hier ein bisschen vor Augen hätte, wenn wir über diese Geschäftsgruppe reden! Das ist bisher in der Diskussion leider ein bisschen untergegangen.

Ich erwähne einen weiteren Vorteil, weil Kollege Stumpf, der heuer leider nicht zum Sprechen kommt, das sonst jedes Jahr bei dieser Geschäftsgruppe erwähnt: Es wird natürlich ein gewisser Teil des Laubs in den Parks auch immer liegen gelassen, damit nämlich die Igel dort gut überwintern können. Das ist auch ein ganz wesentlicher Bestandteil: Wir denken gerade in dieser Geschäftsgruppe vernetzt. Vieles ist möglich, weil verschiedene Abteilungen gut miteinander zusammenarbeiten und gemeinsam ganz neue, innovative Ideen haben, die diese Stadt für uns alle noch schöner machen.

Kurz zum Stadtservice: Sobald man unten ins Rathaus kommt, landet man bei der Stadt-Info. Diese ist die Kommunikationsdrehscheibe. Das Stadtservice ist zwischen der Wiener Bevölkerung und den einzelnen Magistratsabteilungen positioniert und arbeitet auch ganz intensiv mit der Gruppe Sofortmaßnahmen zusammen, von der Mitarbeiter auch in die Grätzle und Stadtteile gehen und die Leute vor Ort genau fragen, was denn gebraucht wird und wo es Probleme gibt. Dann wird dort auch vermittelt, und man kümmert sich darum, dass Probleme beseitigt werden.

Alle, die in unser Rathaus kommen und sich hier umschauen wollen, haben die Möglichkeit zu Rathausführungen, und es freut mich sehr, dass im nächsten Jahr auch ein Schwerpunkt darauf gelegt wird, hier speziell Kinder und Jugendliche stärker anzusprechen. Dafür soll es einen eigenen Guide geben, und es wird auch darum gehen, in die Info-Materialien, die unten aufliegen, kindergerechte Informationen zu verpacken, damit wir jungen Wienerinnen und Wienern von klein auf beibringen, wie Demokratie in unserer Stadt funktioniert, was hier in

diesem Haus geschieht, welche Möglichkeiten sie in der Stadt haben und wohin sie sich wenden können.

Der Wiener Umweltschutz möchte ich ganz herzlich gratulieren. Wir feiern nämlich jetzt 25 Jahre Wiener Umweltschutzgesetz. Der wirkliche Geburtstag wird nächstes Jahr sein. 1994 wurde die Arbeit ganz intensiv aufgenommen, und es gibt viele Bereiche, in denen informiert und mit NGOs, mit der interessierten Öffentlichkeit und mit der Wissenschaft zusammengearbeitet wird, ob es nun um Antiatomarbeit, um erneuerbare Energien, um den Naturschutz oder um Maßnahmen gegen den Klimawandel geht.

Ganz spannend ist beispielsweise auch der Bereich Chemiepolitik: Die Wiener Umweltschutzbehörde leitet hier eine Arbeitsgruppe zur Desinfektion im Rahmen von ÖkoKauf Wien: Dabei schaut man sich gemeinsam mit Expertinnen und Experten genauer an, welche Desinfektionsmittel es gibt. Es wird gezeigt, dass es eine eigene Datenbank gibt, womit auch sichergestellt wird, dass man arbeitsmedizinisch und ökologisch sichere Desinfektionsmittel benutzt, und zwar nicht nur dort, wo man eh daran denkt, wie etwa in Spitälern, sondern beispielsweise auch in Kindergärten und Schulen.

Die Tierschutzombudsstelle habe ich vorher auch schon angesprochen. Ich darf Kollegen Guggenbichler ... *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Hier bin ich!)* Ah, da bist du! Ich bringe eine kleine Richtigestellung, weil die Ziesel vorher angesprochen wurden und gesagt wurde, dass sich unsere Tierschutzombudsfrau darüber nicht geäußert hätte: Bei den Zieseln geht es nicht um Tierschutz, sondern um Artenschutz!

Ich darf in diesem Zusammenhang aber auch eine Einladung aussprechen. Die Tierschutzombudsstelle Wien macht nämlich auch ganz viele Info-Veranstaltungen und tut viel zur Bewusstseinsbildung. Und wie es inzwischen schon jedes Jahr Tradition ist, gibt es auch heuer im Dezember wieder einen Tier & Recht-Tag in der Wiener Urania, und heuer ist das Thema Tier- und Artenschutz. Es geht darum, welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede es gibt, aber auch darum, welche Potenziale es gibt. - Vielleicht sehen wir einander ja dort! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ganz wichtig gerade jetzt mit Blick auf die kommende Weihnachtszeit ist die laufende Kampagne gegen illegalen Welpenhandel. Dabei geht es darum, dass man sich gut anschaut, woher man ein Tier nimmt und welche Bedürfnisse es hat, um Tierleid schon im Vorfeld zu verhindern.

Daher bringe ich jetzt auch meinen jährlichen Appell. Es kommt Weihnachten, und natürlich überlegt man sich, welche Geschenke man anderen Menschen machen will. Tiere sind eine totale Bereicherung im Leben. Man sollte sie aber nicht unbedingt als Geschenk heranziehen, denn wenn man irgendwann draufkommt, was dieses Tier alles braucht, dann werden sie leider oft wieder ausgesetzt. Wir erleben das regelmäßig. Daher bitte ich: Augen auf! Genau überlegen, und sich vielleicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es gut passt, Katze, Hund, Kaninchen oder was auch immer wirklich ins Leben zu holen, im vollen Bewusstsein der Verantwortung!

Die MA 60 ist natürlich auch für die Tiere in unserer Stadt zuständig. Ich möchte jetzt kurz darauf verweisen: Ende letzten Jahres hat der Wiener Tierschutzverein den Vertrag mit der Stadt Wien aufgekündigt. Dieser hat bisher 100.000 EUR im Jahr für die Betreuung jener Tiere erhalten, die nicht im TierQuarTier betreut wurden. Es hat sich aber eine sehr gute Lösung gefunden, wie wir weiter vorgehen werden. Im TierQuarTier wird man sich in bewährter Weise um Katzen, Hunde und Kleintiere kümmern, und im Reptilienzoo Forchtenstein, der bisher schon die Reptilien übernommen hatte, die abgenommen wurden, wird man sich in Zukunft auch um Vögel und andere Aquarientiere kümmern.

Es geht auch um die Suche nach einem neuen Standort für die MA 60. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon vor Ort war! Das Gebäude ist doch schon etwas veraltet, daher wird man schauen, dass man ein gutes neues Gebäude findet, wo die Leute auch eine Anlaufstelle mit barrierefreiem Zugang haben, um sich wegen ihrer Tiere zu erkundigen und hier auch alle Amtswege, die notwendig sind, zu erledigen oder aber sich einfach auch Informationen zu holen.

Genau die Bewusstseinsbildung ist uns sehr wichtig, aber auch das Übergreifende. Ich habe es schon erwähnt, und da möchte ich wirklich ein ganz, ganz großes Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Geschäftsgruppe sagen, die jeden Tag dazu beitragen, dass Wien die lebenswerteste Stadt der Welt ist. - Ein herzliches Dankschön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Der Nächste in der Rednerliste ist Kollege Amhof. Zuvor erteile ich jedoch Kollege Guggenbichler für eine tatsächliche Berichtigung das Wort. - Bitte.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Meine Vorrednerin hat gesagt, dass es sehr viele tolle Projekte gibt, und wollte offenbar mehr oder weniger den Anschein vermitteln, dass wir uns damit nicht beschäftigen.

Ich berichtige tatsächlich: Jeder, der im Ausschuss ist, weiß, dass wir uns mit den Aktenstücken sehr ausführlich beschäftigen, dass wir bei einem großen Teil auch zustimmen und diese tollen Projekte auch unterstützen. Ich glaube, wir haben eine sehr hohe Zustimmungsquote. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Danke schön. Nun gelangt aber tatsächlich Herr GR Amhof zu Wort. - Bitte.

GR Nikolaus **Amhof** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin!! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Geschäftsgruppe Umwelt ist eine wichtige Geschäftsgruppe, und wenn wir uns die Entwicklungen im Bereich CO₂-Ausstoß, Elektromobilität oder Klimawandel vor Augen halten, können wir sagen, dass die Bedeutung dieser Geschäftsgruppe weiterhin zunehmen wird.

Leider wirft der negative Ausblick des Budgets und auch der Budgets der vorvergangenen Jahre bereits einen dunklen Schatten auch auf die Umweltpolitik. Es ist ja nicht so, dass hier ein Fehler aufgetreten wäre, dass die Einnahmen, die Steuerlast und auch das Defizit stei-

gen, sondern diese fehlerhafte Budgetpolitik zieht sich bereits durch die Budgets der letzten Jahre wie ein roter Faden! - Wenn man einen Fehler nicht nur ein Mal, sondern dauerhaft macht, könnte man hier vielleicht ein Zitat des bayrischen Politikers Franz Josef Strauß verwenden: „Irren ist menschlich, aber immer irren ist sozialdemokratisch.“ *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GRin Mag. Barbara Huemer.)*

Er hat auch andere Zitate getätigt. - Aber beschäftigen wir uns nun mit den Fehlern der rot-grünen Umweltpolitik in Wien: Der erste Fehler ist, dass Sie zu wenig Aufmerksamkeit auf die Umwelt-, Naturschutz- und Tierschutzpolitik legen. Ich habe aus den Ausschussdebatten einige Zahlen herausgeschrieben: Das Zentrum für Eulen- und Greifvogelbetreuung, in das verletzte Tiere gebracht werden, bekommt 5.000 EUR. Ein Pflegeheim für Tiere mit tierärztlicher Betreuung bekommt 9.000 EUR. Außerdem gibt es die Naturschutzjugend, die 2.500 EUR bekommt. Weiters gibt es die Umwelthanwaltschaft, die auch irgendwie mit Centbeträgen und Bruchteilen von Centbeträgen pro Wiener Einwohner auskommen muss. Die Umwelthanwaltschaft beschäftigt sich zum Beispiel mit dem Atomschutz. - Dazu sage ich: All das ist nicht nichts, aber das, was Sie aufwenden, ist weniger als nichts! Das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein!

Setzen wir nun diese Geldbeträge den Mitteln entgegen, die wir hier bei jeder Sitzung beschließen, wenn es um links-linke Gesellschaftspolitik geht, wenn es um Genderpolitik geht, wenn es um Randgruppenpolitik geht. Oder setzen wir diese Geldmittel denjenigen Mitteln entgegen, die für Ihre Lieblingspolitik, die Betreuung von Flüchtlingen, von Asylanten und für die multikulturelle Gesellschaft aufgewendet werden, also für jene Menschen, die zum Beispiel in Wirklichkeit Atomwissenschaftler sind, die hier aber vorgeben, als Analphabeten anzukommen, und hier - merkwürdigerweise! - Unterstützung brauchen. *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: Geh bitte, wer hat denn diese Rede geschrieben?)*

Frau Kollegin Wehsely! Weil ich Sie gerade hier sehe, sage ich: Sie lernen ja nicht dazu! Die SPÖ-Frauen haben gerade beschlossen, dass sie verlangen, dass in Österreich geborene Kinder automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen sollen. Und Sie sind zum Beispiel völlig uneinsichtig gegenüber den Problemen, die gerade diese Gesetzeslage in den Ländern auslöst. Eine solche Gesetzeslage gibt es zum Beispiel in Frankreich, wo es einen Geburtstourismus gibt. Derzeit versucht man dort, diese Gesetzeslage zu ändern. Sie aber wollen das einführen, und damit sind Sie ja auf dem richtigen Weg, wenn Sie weiterhin derartige Wahlerfolge einheimen wollen wie zuletzt! Ich sage jetzt: Den Bundeskanzler hat Sie diese Politik ja schon gekostet! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weitere Fehler der rot-grünen Umweltpolitik hat Kollege Guggenbichler bereits angesprochen: Sie emotionalisieren, und Sie spalten. Sie tun also genau das, was Sie uns Freiheitlichen vorwerfen! So gibt es etwa bei Ihnen einerseits die Guten, das sind die Menschen, die sich vor Hunden und vor Hundebissen fürchten. Ande-

rerseits gibt es die Bösen, das sind diejenigen, die Ihrer Meinung nach nicht einsichtig sind. Auf diese Weise emotionalisieren Sie und verhindern dadurch eine ruhige und vernünftige Diskussion, wie wir von der Freiheitlichen Partei sie gerne geführt hätten! (*Ironische Heiterkeit bei Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Ja, genau!*)

Frau Kollegin Stadträtin! Ich bin selber schon zwei Mal Opfer von Hundeattacken geworden, und zwar ein Mal als Volksschüler. Ich weiß also, wovon ich rede! - Es gibt natürlich Situationen, für welche gesetzliche Maßnahmen notwendig sind, aber nicht so, wie Sie das betreiben, dass Sie die Emotionen hochkochen lassen, um dann politisches Kleingeld zu wechseln! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie emotionalisieren auch bei anderen umweltpolitischen Themen, zum Beispiel beim Klimawandel. Mir hat einmal ein grüner Politiker wütend gesagt: Sie glauben nicht an den Klimawandel! - Das stimmt zwar nicht, aber das ist quasi in einem Ton gekommen, wie man vor einigen Jahrhunderten gesagt hat: Sie glauben nicht an Hexen!

Ich glaube, man sollte alles diskutieren dürfen. Es gibt ja einige Indizien, dass hier eine breite wissenschaftliche Diskussion notwendig wäre.

Ich will hier als Beispiel die Untersuchung des Club of Rome und die Entwicklung in dieser Diskussion bringen. Vom Club of Rome gab es einmal ein Buch mit dem Namen „Die Grenzen des Wachstums“. Wir haben dieses als Schüler gelesen, und die Älteren hier im Raum werden das vielleicht auch getan haben. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) Herr Kollege, in diesem Werk ist auf scheinbar wissenschaftlicher Basis nachgewiesen worden, dass im Jahr 2000 die Rohstoffvorräte ausgegangen und die Lebensmittelvorräte beendet sein werden und auf Grund der Bevölkerungsexplosion die Zivilisation zusammenbrechen wird. - Das ist völliger Unsinn! Das ist völliger Blödsinn! Das ist nicht eingetreten, das war nicht Wissenschaft, das war Pseudowissenschaft!

Es hat in den 80er Jahren die Diskussion um das Waldsterben gegeben. Damals ist auch behauptet worden, dass es im Jahr 2000 in Österreich keinen Wald mehr geben wird! (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wenn man nichts dagegen unternimmt!*) Richtig! (*Zwischenruf von GRin Mag. Faika El-Nagashi.*) Richtig ist, dass es in Österreich mehr Wald und mehr Holz als jemals zuvor gibt, dass wir Zuwachsraten von Millionen Kubikmetern Raum jährlich haben und dass all diese Prognosen nicht eingetreten sind. (*Beifall bei der FPÖ. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Ich fasse folgendermaßen zusammen: Wenn es mit der neuen Obfrau bei den GRÜNEN nicht klappen sollte, dann können Sie ja vielleicht einen neuen Beruf als Zukunftsforscher ergreifen! Dann können Sie Horrorszenarien entwerfen, denn das prüft nachher eh niemand nach! - Jedenfalls sind aber die beiden genannten Theorien nicht eingetreten.

Selbstverständlich nehmen wir Freiheitliche diese Diskussion um den Klimawandel ernst. Wir nehmen das ernst, und wir wissen, dass es hier Probleme gibt. Wir

wollen aber diese Diskussion um die Ursachen auf wissenschaftlicher Basis führen, ohne dass dabei emotionalisiert wird. (*Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.*)

Herr Kollege Maresch! Immer nur dazwischenrufen und glauben, dass man allein recht hat: Wo gibt es das in Demokratien? - Das gibt es vielleicht auf dem roten Planeten mit den grünen Flecken, die jetzt zunehmend abnehmen und sich dunkelrot verfärben! (*Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.*) In einer Demokratie sollten wir so nicht diskutieren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diskutieren Sie sachlich, wenn Sie die Grundlagen dafür besitzen! (*Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ein weiterer Fehler, den Sie immer wieder begehen, ist, dass Sie vom Konzept der wachsenden Stadt nicht heruntersteigen. Wenn Kollege Chorherr hier auftritt und sagt, dass wir in Wien zusätzlich Infrastruktur mit einer Fläche von Linz geschaffen haben, dann mag das Größenordnungsmäßig stimmen. (*GRin Dr. Jennifer Kickert: Das ist kein Konzept, das ist ein Faktum!*) Was ist das aber für eine Umweltpartei, die sagt: Wir haben zusätzlich betoniert! Wir haben zusätzlich Straßen gebaut! Wir haben zusätzlich Hochhäuser gebaut!?

Ich sage Ihnen: Wien ist voll. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir brauchen keine weitere Zuwanderung! Wir brauchen keine weitere Zuwanderung, die hier den Lebensraum von Menschen und Tieren weiter einengt. Sie sind keine Umweltpartei, sie sind eine Pseudoumweltpartei! (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Der vierte und meiner Meinung nach entscheidende Fehler in der Umweltpolitik wird von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei, durch diese Koalition mit einer pseudogrünen Partei begangen, die jede ernsthafte Diskussion im Umweltbereich verhindert! Sie behaupten, dass wir Freiheitliche keine Ziele in der Umweltpolitik haben. Ich kann Ihnen diese hier sofort aufzählen: Wir Freiheitliche sind für mehr Finanzmittel für Umwelt-, Tier- und Naturschutz auch für die Organisationen, die das betreiben. Wir Freiheitliche sind vor allem für eine Abkehr vom Irrsinnprinzip der wachsenden Stadt. Wir Freiheitliche sind für die Schaffung eines Grünbewusstseins in der Schule und bereits bei der Jugend. Vor allem aber sind wir dafür, dass die Diskussion im Umweltbereich endlich auf eine sachliche Ebene gestellt wird.

Deswegen fordere ich die Sozialdemokraten auf: Erkennen Sie die Realität, und beenden Sie endlich diese Regierungskoalition. Beenden Sie diesen Teufelspakt! (*Ironische Heiterkeit und lebhaftes Zwischenrufe bei den GRÜNEN. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Teufel! Teufel!*) Beende Sie diesen besser früher als später, am besten noch gestern!

Wenn sich jetzt einiges bei den GRÜNEN ändern sollte, dann ist das zu akzeptieren. Es ist ja auch ein Akt der Klarstellung, wenn Sie jetzt hier bekennen, wo Sie stehen. Wenn Sie den grünen Mantel abwerfen, um zu zeigen, dass die Flecken auf dem roten Planeten nicht

grün, sondern dunkelrot sind, dann ist das ein Akt der Ehrlichkeit!

Ich möchte aber durchaus auch die Gelegenheit ergreifen und der neuen Obfrau hier gratulieren. Wenn jemand etwas geschafft hat, dann soll man gratulieren und Glückwünsche aussprechen. Es war sicher nicht einfach, sich in dieser Auseinandersetzung gegen die Platzhirsche durchzusetzen!

Zu diesem Glückwunsch möchte ich der Frau Obfrau aber noch einen ehrlichen Wunsch nachreichen: Ich wünsche ihr - zu ihrem eigenen Vorteil -, dass ihre Visionen von der multikulturellen Gesellschaft nicht in Erfüllung gehen! Sonst kann sie nämlich ihre Frauenrechte in 30 Jahren mit dem Muezzin diskutieren, und da wird sie auf wenig Gegenliebe stoßen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zum Schluss: Wir stehen vor einer Umwälzung beziehungsweise vor einem Umbruch der Politik in Wien. Es liegt nicht nur in der Umweltpolitik viel im Argen, sondern Wien hat - zusammenfassend gesagt - die meisten Armen und Arbeitslosen. Wien hat große finanzielle Probleme. Wien hat eine große Anzahl von Problemen mit der Infrastruktur. Ich weise zum Beispiel darauf hin, dass die Spitäler, aber auch die Schulen nur noch stotternd funktionieren. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Sie werden doch hoffentlich nicht krank werden!)*

Wien hat vor allem ein Problem mit der Gesellschaft, die in verschiedene Gruppierungen auseinanderfällt, die nicht einmal mehr miteinander kommunizieren. Machen Sie also den Weg frei!

Herr Kollege Valentin! Wenn Sie gestern gesagt haben, dass der Wähler das letzte Wort hat, dann sage ich: Es hindert Sie niemand daran, das zu ermöglichen! Die Freiheitlichen stellen dauernd Neuwahlanträge. Und dabei haben dann nicht wir Freiheitlichen gekniffen, sondern Sie!

In diesem Sinne sage ich: Ein Ende dieser Koalition und den Weg frei zu machen, wäre gut für Menschen, es wäre gut für die Tiere, für die Hunde, aber auch für die Tiere im Lainzer Tiergarten, die Sie abschießen lassen, was für eine Umweltpartei auch eine eigenartige Vorgangsweise ist!

Ziehen Sie also die Konsequenzen! Ein Ende der rot-grünen Koalition ist ein guter Tag für Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Valentin. Ich erteile es ihm.

GR Erich **Valentin** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich glaube, die letzte Geschäftsgruppe ist doch ein bisschen gefährlich von der gesamt-klimatischen Situation her! Ich habe die ganze Zeit geglaubt, jetzt kommt gleich irgendwann einmal das Kamerateam aus der Luke heraus *(GR Anton Mahdalik: Das kommt erst jetzt!)* und es wird die befreiende Frage gestellt: Verstehen Sie Spaß?! - Das war aber nicht der Fall! Wobei ich eigentlich nicht ganz sicher war, wer mehr darunter gelitten hat: Wir oder gerade vorhin die Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zumindest haben Sie kein Problem mehr bei Mitternachtseinlagen, bei Bällen und Ähnlichem! Dieses ist behoben. Okay! Gut.

Sie werden verstehen, dass mir zum Kollegen Amhof nicht sehr viel einfällt, außer dass ich ihm wünsche, dass die Welt eine bessere wird, dass die Menschen wieder glücklich sind, dass die Hunde sich nicht fürchten und auch die Mufflons außerhalb des ... und so weiter.

Hören wir jetzt aber mit diesem Kapitel auf, und reden wir über das, was sonst noch geschehen ist! - Vorweg: In einer Stadt, die zum neunten Mal Mercer-Meister als die Stadt mit der höchsten Lebensqualität geworden ist und die Smart-Preise abräumt wie nur etwas, kann man zumindest sagen, dass die Umweltstadträtin und die Landesregierung offensichtlich nichts falsch gemacht haben, sondern im Großen und Ganzen sehr gute Gesetze und Reglements beschlossen wurden. Und vor allem wäre das Ganze nicht möglich gewesen, gäbe es in der Gruppe nicht dermaßen viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Viele der Abteilungsleiter und Verantwortlichen sind heute hier da, und ich bitte Sie: Richten Sie beziehungsweise richtet den Kolleginnen und Kollegen unseren Dank aus! Es wird Tag und Nacht vorbildliche Arbeit für Wien und für die Menschen in dieser Stadt geleistet, damit alles funktioniert, und darauf können wir stolz sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe die Worte unseres Finanz- und Wirtschaftstadtrats am Beginn der Budgetdebatte in den Ohren. Er hat gesagt, dass es bei uns um die Effizienzsteigerung geht. Und ich kann dir sagen, lieber Herr Stadtrat: Diese Geschäftsgruppe ist vorbildlich! In dieser Stadt gibt es nämlich, obwohl diese in den letzten zehn Jahren so stark gewachsen ist, als ob man ganz Graz hineingepackt hätte, trotzdem nicht mehr Mitarbeiter! Durch Effizienzsteigerung, durch noch mehr Fleiß und durch noch mehr Arbeitsenergie haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Kunststück zuwege gebracht, dass in dieser schnell wachsenden Stadt die Dienstleistungen, die Sauberkeit, die Verlässlichkeit, die Sicherheit - denken wir etwa an die Schneeräumung am heutigen Tag! - um nichts schlechter geworden sind, sondern der hohe Standard gehalten werden konnte. Ich denke mir, das ist eine gute Botschaft für dich, lieber Herr Finanzstadtrat!

Wir erhoffen uns gleichzeitig natürlich auch - das sehe ich, wenn ich dich so anschau! -, dass wir ähnlich wie die Kultur irgendwann auch wieder einmal ein bisschen etwas draufbekommen! Das sei auch dazugesagt.

Wie gesagt: Ich danke noch einmal den Kolleginnen und Kollegen. Sie haben in den letzten zehn Jahren sozusagen Graz mitversorgt, und dieser Vergleich ist doch wirklich sehr anschaulich und demonstrativ!

Noch etwas ist mir in der Debatte aufgefallen, und jetzt möchte ich vor allem zu Frau Kollegin Emmerling und zu Frau Kollegin Olischar kommen. Transparenz ist nicht ein Synonym für das, was sich die Opposition wünscht. Die Opposition hat Wünsche. Transparenz ist aber, dass man die Entscheidungsgrundlagen für Beschlüsse auf den Tisch legt. *(GRin Mag. Caroline Hungerländer: Nein! - GRin Mag. Bettina Emmerling, MSc: Dann legen Sie doch etwas vor!)*

Ich sage das, weil ich mich da am Bund orientiere, und ich nehme doch an, dass zumindest Kollegin Olischar der Meinung ist, dass der Bund vieles richtig macht. Legt der Bund bei Entscheidungen, die er dem Hohen Haus vorlegt, auch die Grundlagen vor? - Wenn Sie wünschen, dass die Magistratsabteilungen Ihnen erzählen, was sie tagtäglich machen, was beispielsweise nicht zu konkreten Anträgen geführt hat, dann sage ich: Das machen wir auch sehr gerne, wenn das der Bund und alle anderen Körperschaften auch tun! Das tut aber aus verständlichen Gründen keiner, weil dann die Effizienz nicht zustande käme, die der Herr Stadtrat für Finanz und Wirtschaft zu Recht einfordert. Aber wenn die anderen das tun, dann machen wir das gerne auch!

Jetzt mache ich ein zweites Versprechen an die Kollegin Olischar: Ich setze mich mit Ihnen und der Frau Stadträtin zusammen, und ich würde mich dafür einsetzen, dass die Marktordnung sofort wieder aufgeschnürt wird, um alles zu klären, was noch offen ist, wenn Sie es im Vorfeld schaffen, dass derselbe Sushi-Händler, der sagt, dass ihm die Öffnungszeiten auf dem Markt nicht passen, seine persönlichen Öffnungszeiten beispielsweise auch in einem Einkaufszentrum durchbringt! (*GRin Dipl.-Ing Elisabeth Olischar, BSc: Um 8 Uhr am Vormittag?*) Zeigen Sie mir das Einkaufszentrum, wo jeder aufsperrt, wann er will! Dort ist das Gegenteil der Fall: Die müssen alle so lange offen halten, so lange das Einkaufszentrum offen hat. (*GR Markus Ornig, MBA: Zeigen Sie mir einen Fischstand, der am Samstag um 9 Uhr aufsperrt!*) Die müssen zu jeder Zeit offen haben, weil man in einem Einkaufszentrum weiß, dass die Attraktivität eines Einkaufszentrums davon abhängig ist, dass alles offen hat!

Das Problem unserer Diskussion mit den Märkten ist, dass all das, was ein Kaufmann oder eine Kauffrau in einem Einkaufszentrum als angenehm registrieren, nämlich möglichst lange offen zu haben und dass alle gleichzeitig offen haben, et cetera, plötzlich außer Kraft gesetzt wird, wenn es sich um einen Markt handelt. Das ist das Problem, das ich da sehe: Es sind die gleichen Konsumenten. Und wenn wir uns wünschen, wie auch die Wirtschaftskammer in Wien, was wir ja sehr unterstützen, dass wir die Märkte attraktiveren, dann gehen wir davon aus, dass es der gleiche Konsument ist, der sich entscheidet, ob er auf einen Markt oder in ein Einkaufszentrum geht. Und das, was der Konsument an Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit an einem Einkaufszentrum schätzt, das schätzt er natürlich auch bei den Märkten. Und deshalb gab es dieses Minimumerfordernis - da geht es um drei lächerliche Stunden, und zwar nicht am Sonntag, nicht am Montag -, damit man den Stand herrichten und einkaufen gehen kann, was auch immer. Das ist ein Minimumerfordernis, damit etwas geregelt funktionieren kann.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, denn das war für mich in der Brigittenau so augenöffnend. Ich argumentiere immer damit, was man an einem Marktstand verdienen kann: Der Level, bei dem man einsteigt, ist sehr niedrig, man ist mit 325 oder 350 EUR im Monat schon dabei und hat ein Geschäft. Bei Ihnen kommt dann das

Abwachen immer in dem Moment, meine Damen und Herren, wenn wir einen Markt umbauen und plötzlich ein Stand einen Monat oder zwei Monate nicht so besucht werden kann, wie sich der Betreiber das vorstellt.

In dem Moment, meine Damen und Herren, wo wir den Markt umbauen und da ein Stand plötzlich einen oder zwei Monate nicht so besucht wird, wie er es sich vorstellt, da gibt es die Argumente, da sagt der Fleischauger zu dir: Ja, aber da verliere ich ja einen Umsatz von 120.000 EUR im Monat. Da sind plötzlich Zahlen auf dem Tisch, wo ich sage: Ja, davon rede ich auch die ganze Zeit!

Und jetzt sage ich noch einmal, weil Sie sagen und weil es ein Dauerbrenner ist, es meiner Ansicht aber dadurch nicht richtiger wird: Wir geben der Wirtschaft auf unseren Märkten in Wien unter einer sehr niedrigen Preissituation die Möglichkeit, Wirtschaft zu treiben. Das werden Sie nirgendwo anders finden. Und wir verlangen dafür eine minimale Gegenleistung, nicht nur finanziell, sondern auch von den Reglements her. Kein Standler, kein Gewerbetreibender könnte sich all diese Freiheiten erlauben, in einem Einkaufszentrum keine Freiheiten erlauben, in einem Fashion Park oder wo auch immer, da herrschen klare Prinzipien mit einer Werbeabgabe und vieles andere mehr. Ich denke mir einfach, wir sollten bei diesen Diskussionen die Kirche im Dorf lassen und auch den Menschen sagen, dass man nur Gleiches mit Gleichem vergleichen kann.

Sie haben ein Mal mehr die Gebühren angesprochen und haben gesagt, Sie kennen sich bei den Gebühren nicht aus. Ein Bürger in Niederösterreich, der von einer privaten Firma - da das Land dort das dieser Firma zugeteilt hat - betreut wird, der weiß nur sicher, dass sich ein paar Mal im Jahr die Müllabfuhr um ein paar Tage verspäten wird, weil sich die immer verspäten, der weiß aber auch ganz sicher im Speckgürtel von Wien, dass er wesentlich mehr zahlt als jeder Wiener Bürger. Er weiß auch, dass er sich nicht so darauf verlassen kann, wie auf die 48er, die mindestens ein Mal in der Woche kommt, zur geregelten Zeit. Der weiß ganz sicher, dass er seinen Müll nicht nur sieht, sondern im Sommer auch riecht, weil die Müllabfuhr nicht so gut funktioniert, und das unter wesentlich höheren Kosten als in Wien. Meine Damen und Herren, da zu sagen, Sie würden sich wünschen, das wäre so viel anders, das ist eine gefährliche Drohung, ein Mal mehr eine gefährliche Drohung für die Wienerinnen und Wiener, für die wir nicht zur Verfügung stehen.

Wir haben heute unter anderem über Transparenz diskutiert. Ich habe keine Dankesäußerung gehört, obwohl immer kritisiert wird, dass wir in der Übergabe und Unterlagenübermittlung in Wirklichkeit wesentliche Schritte vorwärts gemacht haben. Alle Fraktionen bekommen die Akten, ja, und es ist aber auch so, das ist der Akt im Wesentlichen. Aber wenn Sie dann derartige Bögen von Ausschreibungsunterlagen im Akt auch noch vorfinden, dann werden Sie - auch aus gegebenem Anlass gesagt - sich das wirklich anschauen müssen, denn das ist nicht mehr einscannbar. Das heißt, wir gehen in der Geschäftsgruppe einen sehr weitgehenden Weg bei

der Übermittlung von Unterlagen, alles, was technisch möglich ist, wird auch getan.

Ja, lieber Guggenbichler, ich möchte doch ein paar Worte zur FPÖ sagen, obwohl dir deine beiden Kollegen, die nach dir gekommen sind, die Show bei Weitem gestohlen haben. Da du gesagt hast, es hätte sich was beim Christkindlmarkt geändert und das der Frau Stadträtin vorgeworfen hast, habe ich jetzt in der Marktordnung nachgeschaut, da steht nix über eine Jury drinnen. (GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: *Das war ein Ergebnis unseres Disharmonieprozesses!*) - Das heißt, die Welt braucht Guggenbichler. Gott sei Dank siehst du das so. Ich wünsche dir wirklich, dass du von dieser manischen Phase des Gebrauchtwerdens nicht einmal runterfällst und enttäuscht wirst. Zu meinen, dass die Diskussion über eine Marktordnung die Frage einer privaten Veranstaltung beeinflusst, halte ich doch für etwas weitreichend, sagen wir es einmal ganz vorsichtig so. Aber ich würde nie in den Mund nehmen, dass ich glaube, dass du da deine Diskussionsfähigkeit ein klein wenig, aber nur ein klein wenig überschätzt.

Wenn der Kollege von der FPÖ zu wenig Informationen wünscht und gleichzeitig die Frau Emmerling sagt, wir würden Transparenz mit Transparent verwechseln, dann weiß ich nicht, welchen Wunsch der Opposition wir erfüllen sollen. Denn offensichtlich ist der Wunsch der FPÖ der, dass die Frau Stadträtin mehr informiert. Das nehmen wir gerne zur Kenntnis, und ich glaube, die Frau Stadträtin wird dem auch sehr gerne nachkommen, dass sie noch gründlicher informiert, wenn das gewünscht wird. Aber dann bitte machen Sie sich das untereinander aus, wenn die einen mehr wollen und die anderen weniger wollen, was wir eigentlich dann tun sollen.

Meine Damen und Herren, es liegt ein Budgetentwurf vor, der gewährleistet, dass die erfolgreiche Arbeit im Umweltressort und Stadtwerke dank der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortgesetzt werden kann, der gewährleistet, dass weiterhin viele Innovationen von diesem Ressort ausgehen werden, dass sich die Wienerinnen und Wiener - und das ist, glaube ich, die Hauptsache - gerade jetzt, wo der Winter beginnt, darauf verlassen können, dass, wenn es dem Wettergott gefällt, Winter zu spielen, die 48er bereits vor Ort ist und dafür sorgt, dass es auch eine Sicherheit im Straßenverkehr, auf den Gehwegen gibt. All das macht diese Stadt aus, von der Sauberkeit, von der Hospitality, die hier herrschen. Diese Vorgaben und diese Ziele werden dank des Budgets, das heute vorliegt, erfüllt werden können, und ich ersuche Sie, diesem Budgetvoranschlag zuzustimmen. - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Kollege Amhof gemeldet. - Bitte schön.

GR Nikolaus **Amhof** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Valentin, ich lasse Ihnen ja vieles durchgehen in Ihrer Art, die man ja kennen gelernt hat, aber eines wollte ich Ihnen schon sagen und das wollte ich berichtigen: Wenn Sie hier die Tiertötung im Lainzer Tiergarten, das meiner Meinung nach völlig sinnlose

Abschießen von Hirschen, von Mufflons, von Tieren, die seit 200 Jahren hier leben und eine Freude für die Wienerinnen und Wiener waren - ich habe Ihnen das im Ausschuss schon erklärt -, hier als Scherz darstellen, dann sage ich Ihnen: Das ist unrichtig und das gehört sich eigentlich nicht. Diese Tötungen sind sinnlos, die gehören unterbunden. Die Gründe dafür sind auch nicht vorhanden, man könnte diese Verbisschäden auch anders lösen, zum Beispiel durch Gatter, das ist auch 200 Jahre so durchgeführt worden. Ich lehne diese Tiertötungen ab, und wir alle sollten das tun. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ornig. Die Restredezeit von NEOS beträgt 16 Minuten, und diese stelle ich auch ein.

GR Markus **Ornig**, MBA (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich hatte eigentlich nicht vor, mich heute zu Wort zu melden, vor allem nicht zum Thema Märkte. Jetzt ist der Herr Valentin herausgegangen, hat uns wieder einmal die Welt erklärt, und ich muss auf das tatsächlich eingehen. Ihr Kernargument bezüglich verpflichtender Zwangsöffnungszeiten auf Wiener Märkten ist, das ist doch wie in einem Supermarkt. Ist das richtig? Oder wie in einem Einkaufszentrum. Entschuldige, in einem Einkaufszentrum hat man sich auch an Regeln zu halten, die man miteinander vereinbart.

Das Zweite, was Sie behaupten, ist, Sie sagen, diese Gebühren, die man auf den Märkten bezahlt, sind doch so wahnsinnig günstig, deswegen sollen sich die alle nicht beschweren und die paar Stunden sind drinnen. Ist das auch korrekt? Sind wir uns da einig? (GR Erich Valentin: *Ja, wenn Sie zustimmen!* - GR Karl Baron: *Das weiß er nicht mehr!*) - Gut, weiß er nicht mehr, kann passieren bei Herrn Valentin, ist auch schon vorgekommen. - So, wenn ich Ihnen jetzt genau vorrechne, dass beispielsweise am Meidlinger Markt der Quadratmeter Schanigarten 14,77 EUR kostet, ist das jetzt eine Summe, mit der kann wahrscheinlich niemand viel anfangen. Ich kann Ihnen aber sagen, direkt gegenüber auf einem Gehsteig kostet der Quadratmeter 2 EUR. Auf der Meidlinger Hauptstraße, in einer absoluten Top-Lage kostet der Quadratmeter 10 EUR. Das heißt, was ist da billiger? Das müssen Sie mir noch erklären, was da genau billiger ist, und Sie müssen mir noch genau erklären, warum die Marktstandler dafür noch andere Hürden in Kauf nehmen müssen, wenn sie eigentlich mehr Gebühren zahlen als auf einer Meidlinger Hauptstraße, und das ist eine Top-Position. Das versteht niemand. (Beifall bei NEOS und ÖVP.)

Zweite Geschichte zum Vergleich für Ihr Shoppingcenter: In einem Shoppingcenter unterschreibt man einen Mietvertrag, und da ist auch der Vermieter daran gebunden, dass, wenn am Objekt, das heißt, an dem Geschäft in irgendeiner Art und Weise Schäden entstehen, natürlich der Shoppingcenterbetreiber diese Schäden sofort behebt. Fahren Sie einmal zum Vorgartenmarkt, da habe ich vor Kurzem einen sehr freundlichen Gastronomen aus dem Waldviertel kennen gelernt, der mir erzählt hat, dass seit genau zweieinhalb Jahren das

Marktamt nicht darauf reagiert, dass ihm die Bude eigentlich unter dem Arsch wegfällt, die er hier bei Ihnen mietet, weil sie einfach keine Ressourcen haben, weil sie das einfach nicht machen.

Und jetzt zeigen Sie mir einen Mieter in einem Shoppingcenter, der sagt, kein Problem, da bleibe ich gerne. Auf einem Markt ist das sozusagen völlig in Ordnung, da kommen Sie nämlich Ihren Verpflichtungen nicht nach, weil Sie nämlich als Vermieter Ihren Verpflichtungen der Instandhaltung des gemieteten Stands nicht nachkommen. Und da muss man aber brav als Marktbetreiber die Klappe halten, damit das so in Ordnung ist. Das ist nicht okay, deswegen, bitte, hören Sie auf mit diesem leidigen Vergleich - ich muss aufpassen in der Formulierung, damit ich keinen Ordnungsruf bekomme. *(Beifall bei den NEOS.)*

Zu guter Letzt, ich habe es vorher auch schon zwischengerufen, ich möchte es Ihnen doch trotzdem noch einmal sagen: Es gibt ein sensationelles Fischrestaurant im 10. Bezirk am Viktor-Adler-Markt. Der Gastronom dort ist wirklich engagiert, hat früher ein auch sehr bekanntes Fischrestaurant am Naschmarkt mit einem Partner gehabt, das Sie auch gerne in Ihrer Werbung auflisten - da schreiben Sie ja groß „Essen Wien-Rom“, alles möglich, auf den Wiener Märkten. Und der hat mich angerufen und sagt: Ich habe ein Fischrestaurant, ich mache nur Fisch, ich habe ein Geschäft, das nur auf Fisch basiert, jetzt bin ich gezwungen, am Samstag in der Früh aufzustehen, habe dann dem Marktamt gesagt, meine ganze Infrastruktur, mein ganzes Personal ist geschult auf Fisch, und das Marktamt erklärt mir, am Samstag musst du aufsperrn, du musst jetzt Frühstück machen! - Das ist Ihre Belebung der Märkte? Das ist diese sinnvolle Belebung? Er kann natürlich auch Fisch ab 9 Uhr in der Früh zubereiten, ich glaube nur, dass er keinen einzigen Kunden finden wird.

Da sehen Sie, dass Ihr System leider sehr große Lücken hat. Die neue Marktordnung ist tatsächlich ein Rohrkrepiere, und ich wünsche Ihnen viel Spaß in den Rechtsprozessen, die anstehen, und mit den vielen enttäuschten Marktstandlern und auch Konsumenten, denn die sammeln auch schon fleißig Unterschriften. Ich wünsche Ihnen viel Spaß. - Danke sehr. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf. StRin Mag. Sima. 15 Minuten ist die Redezeit. - Bitte.

Amtsf. StRin Mag. Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe nicht vor, die 15 Minuten jetzt noch auszuschöpfen, ich darf das vielleicht gleich eingangs meiner Wortmeldung sagen. Ich kann Ihnen aber ein paar Bemerkungen und Kommentare zu den abgegebenen Redebeiträgen nicht ersparen.

Kollege Amhof, wenn man Ihnen zuhört, ehrlich gesagt, habe ich das Gefühl, Sie wohnen in einer anderen Stadt. Das kann nicht Wien sein, über das Sie reden. Die Bemerkung - was haben Sie da gesagt: Wir haben massive Probleme mit der Infrastruktur, welche Probleme hätten wir da? Es kommen ausländische Delegationen,

und zwar großer Zahl, jeden Tag nach Wien, um sich unsere tolle und vorbildliche Infrastruktur in der Stadt anzuschauen. Wir werden darum beneidet. Und wenn Sie meinen, es gibt Probleme mit der Infrastruktur, fahren Sie egal, in welche andere europäische Hauptstadt und schauen Sie sich dort das U-Bahn-Netz an, den öffentlichen Verkehr, andere infrastrukturelle Themen. Wir sind in Wien top aufgestellt, wirklich top aufgestellt, und ich verstehe nicht, warum Sie immer darauf bestehen, diese Stadt schlechtzureden. Die Menschen leben gerne in dieser Stadt, es ist eine gute Stadt, es ist eine schöne Stadt, mit einer tollen Infrastruktur, und ich glaube, das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht in den Kram passt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und das bringt mich gleich zum nächsten Punkt, denn offensichtlich haben Sie den Zusammenhang zwischen Gebühren und der Infrastruktur noch nicht ganz verstanden. Anders kann ich mir das nicht erklären. Sie sagen, bah, die Infrastruktur, ein Wahnsinn, und andererseits sagen Sie, aber die Gebühren sind auch ein Wahnsinn. - Aber von nichts kommt nichts, wenn wir keine Gebühren einnehmen und in die Infrastruktur dieser Stadt investieren, und das tun wir seit vielen Jahren, trotz ihrer massiven Proteste, weil wir nämlich die Fraktion sind, die hierfür auch Verantwortung übernimmt. Wir stehen dazu, dass gute Infrastruktur eben Geld kostet, dass man dafür Gebühren einheben muss, weil wir sie dann investieren, damit wir eine gute Infrastruktur haben. Aber Sie wollen keine Gebühren und gute Infrastruktur, wollen Sie offensichtlich auch keine, oder wie Sie das dann machen, das weiß ich nicht. Aber wir stehen auf jeden Fall dazu und werden das auch in Zukunft so halten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und irgendwer - ich glaube, der Kollege Guggenbichler - hat gesagt, dass das Wasser nach Wien fließt, ist ja kein Verdienst der rot-grünen Stadtregierung. Da kann ich sagen, da täuschen Sie sich. Wir investieren jedes Jahr 60 Millionen EUR in eben diese Infrastruktur, und das ist gerade bei der Wasserinfrastruktur ein besonders schwieriges Unterfangen, weil das eine alte Infrastruktur ist, die ja bekanntlich zu Kaisers Zeiten errichtet wurde, mit einer sehr langen Transportleitung von über 100 km, mit einem riesigen Wasserleitungsnetz, wo wir seit vielen Jahren die Gebühren - die Sie ja nicht wollen, aber wir sehr wohl trotzdem eben einheben - genau eben in diese Infrastruktur investieren. Und insofern ist es nicht gottgegeben und auch nicht vom Kaiser irgendwie vom Himmel gefallen, sondern ohne unsere Bemühungen und denen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts, die das wirklich ganz großartig machen, würde es diese tolle Wasserversorgung nicht geben und es wäre wie in London, wo über 25 Prozent des Wassers halt irgendwo versickern. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Als zuständige Stadträtin kann ich nur sagen: Ich stehe dazu, ja, wir müssen Gebühren einheben, und ja, die werden zweckgebunden in unsere Infrastruktur investiert.

Und wenn wir schon beim Thema sind, dann möchte ich auch noch einen Punkt ansprechen, der mich in den letzten Wochen wirklich ganz massiv gestört hat. Sie

haben im Zuge dieser Hundedebatte öffentlich und jetzt auch heute wieder hier die Tierschutzombudsfrau ganz massiv politisch attackiert. Und ich muss Ihnen sagen, ich finde das ungeheuerlich. Das ist eine weisungsfreie Mitarbeiterin dieser Stadt, die sich nichts zu Schulden kommen lassen hat. Die hat sich nichts zu Schulden kommen lassen. Und die kann sich auf politische Angriffe nicht wehren, weil sie eben eine Beamtin ist. Die kann keine Aussendung machen, wo sie Sie zurechtweist. Die kann sich auch nicht hier herausstellen und sich verteidigen. Also, wenn Sie politische Diskussionen führen, dann führen Sie sie mit uns, führen Sie sie mit meinen Kollegen, aber lassen Sie unsere Beamtinnen und Beamten in Ruhe, die sich hier nicht wehren können gegen Ihre absolut wirklich letztklassigen Untergriffe. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich sage Ihnen, ich erwarte mir, dass Sie sich nachher bei ihr entschuldigen, denn diese APA-Aussendung und diese OTS, die Sie gemacht haben, das ist wirklich nicht akzeptabel, nur, weil sie nicht das gesagt hat, was Sie gerne hätten, dass sie sagt. Sie haben sich erwartet, dass sie Stellung nimmt in einer bestimmten Art und Weise. Ja, aber es ist eine weisungsfreie Beamtin, die halt so handelt, wie sie das möchte, und ich finde diese Angriffe inakzeptabel. Ich finde es wirklich inakzeptabel, Sie sollten sich schämen und sich dann bei der Kollegin entschuldigen, das ist meine Meinung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und jetzt noch abschließend ein Wort zu den Märkten. Was mich trotzdem in der ganzen Debatte ehrlich gesagt immer wieder erstaunt ist, dass wir es hier mit einer Branche zu tun haben, die nicht aufsperrn möchte. Die sagen - Gott sei Dank, nicht alle, aber auf einigen Märkten, zum Beispiel im 21. Bezirk ist es so -, okay, wir wollen nicht aufsperrn. Ich kann Sie gerne einmal einladen, über diesen Markt zu gehen, der Markt ist am Nachmittag ein Trauerspiel, ganz wenige Geschäfte haben dort noch offen. Rundherum ist ein Gemeindebau, es gäbe einen Auftrag zur Nahversorgung, die Standler wollen das nicht machen.

Aus diesem Grund, auf Wunsch des Bezirkes, auf Wunsch vieler Bezirke haben wir uns dazu entschlossen, sogenannte Kernöffnungszeiten einzuführen. Das sind drei Stunden am Tag, außer am Samstag - weil da an sich alle normalerweise offen haben - sind es fünf Stunden. Und ehrlich gesagt, ich kann nicht verstehen, wo das Problem ist, drei Stunden am Tag offen zu haben, in einem Markt in dieser Stadt. Und die von dieser Regelung Betroffenen sind nicht die Standler, sondern die Betroffenen sind die Konsumentinnen und Konsumenten, die möchten nämlich einkaufen, auf einem Markt, der seinen Nahversorgungsauftrag erfüllen soll.

Bei dem, was Sie vorhin mit dem Schanigarten zitiert haben, haben Sie etwas weggelassen, und zwar, wie viel der Quadratmeter indoor kostet. Und Sie wissen, dass der wesentlich günstiger ist, als wenn Sie sich irgendwo in der Umgebung ein Geschäft mieten. Deswegen sind unsere Marktstände so attraktiv, deswegen ist es eigentlich sehr schnell möglich, auch hier Nachfolger zu finden. Aber ich glaube, es ist jetzt nicht illegitim, von uns als Eigentümer zu sagen: Wir geben das zu sehr günstigen

Quadratmeterpreisen her, du brauchst keine Betriebsanlageneignung, das heißt, du sparst dir auch viel Mühsal im Vergleich dazu, wenn du irgendwo anders ein Geschäft aufmachst, aber dafür hätten wir gerne von dir, lieber Pächter, dass du drei Stunden am Tag offen hältst. So, ich finde ehrlich gesagt, das ist jetzt nicht zu viel verlangt. Und wenn das für manche zu viel ist, dann tut mir das wirklich sehr leid, aber das ist ein Mindestmaß, das man fordern kann, wenn man möchte, dass der Nahversorgungsauftrag erfüllt wird, dass die Leute am Nachmittag, wenn sie von der Arbeit heimgehen, die Möglichkeit haben, auf einem Markt einzukaufen. Das kommt mir jetzt wirklich nicht übertrieben vor. Wenn Sie das übertrieben finden, ehrlich gesagt, dann tut es mir sehr leid. Aber das Konzept, das wir bisher hatten, jeder sperrt auf, wann es ihm halt gerade passt, und wenn die Leute kommen und etwas kaufen wollen, dann werden sie schon irgendwann ein offenes Geschäft finden, das ist für mich kein Zukunftskonzept. Und wenn Sie sich die Märkte anschauen - ich spreche jetzt nicht vom Naschmarkt, der Naschmarkt ist ein Markt, der relativ gut funktioniert, oder der im 20. Bezirk oder der Brunnenmarkt, aber da gibt es halt andere Märkte -, die sind auf keinem guten Pfad. Und wenn die Geschäftstreibenden dort nicht aufsperrn wollen, finde ich es fast absurd, dass sie mich brauchen, dass ich ihnen sage: Leute, es wäre nett, wenn ihr einmal aufsperrt zu regelmäßigen Zeiten.

Ich würde mir eigentlich von den Geschäftstreibenden erwarten, dass es selbst eine Initiative gibt, dass man sich zusammenschließt und sagt, wir wollen diesen Markt retten, wir wollen, dass dieser Markt wieder in Schwung kommt, wir sperren das Geschäft auf mit attraktiven Angeboten, damit die Kunden auch wieder zu uns kommen. Und dass Sie das verteidigen wollen, wenn man sagt, man will eigentlich die Märkte nicht aufsperrn, das kann ich wirklich nur ganz schwer nachvollziehen, denn ich glaube, dass das, was wir verlangen, sehr, sehr moderat und nachvollziehbar ist. *(Beifall bei der SPÖ und von GR David Ellensohn.)*

Natürlich möchte ich die Debatte auch noch nutzen, um mich wie immer bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts wirklich sehr, sehr herzlich zu bedanken, die tags und wirklich auch oft nachts unterwegs sind, um diese Stadt noch ein Stückchen lebenswerter zu machen, und ich darf auch alle Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen bitten, das auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort auszurichten. Und natürlich auch ein herzlicher Dank an die Mitarbeiter in meinem Büro und in der Geschäftsgruppe Umwelt dafür, dass wir Wien jeden Tag und jede Stunde um ein Stückchen lebenswerter machen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Außerhalb der Norm, aber nach Geschäftsordnung zulässig, gibt es noch eine Wortmeldung von Ing. Guggenbichler. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Welche Norm?)* - Die Norm, die in der Präsidiale vereinbart wurde, Herr Mag. Jung. Es wurde vereinbart, dass nach Schluss der Spezialdebatte der Stadtrat und die Stadträtin das Schlusswort haben. Das ist jetzt erfolgt, und jetzt kommt noch eine zusätzli-

che Wortmeldung. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das Schlusswort hat der Berichterstatter!) - Ich brauche Ihre Belehrungen nicht, danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Bitte, Herr Kollege.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc (FPÖ): Die Vereinbarungen der Präsidiäle waren mir nicht bekannt, sonst hätte ich wahrscheinlich auch anders agiert. Ganz kurz zur Tierschutzombudsperson. Nach § 41 Wiener Tierschutzgesetz - nicht Wiener Tierschutzgesetz, Bundesrecht - wollte ich nur festhalten: Es ist nicht eine kleine Beamtin, sondern das ist eine, die vom Gesetz mit sehr vielen Rechten ausgestattet ist. Frau Stadträtin, ich weiß es nicht, ich habe eingefordert, dass Sie sich zu Wort meldet. Wenn wir Initiativanträge da haben, wo eine Hundetötung ex lege vorgesehen ist, habe ich eine Wortmeldung von ihr eingefordert, und nicht mehr. Wenn es bei Ihnen üblich ist, dass es ihr dann vorgeschrieben wird, was sie sagt, ist das Ihr Kaffee, Frau Stadträtin. Wir haben nur um eine Wortmeldung gebeten. Und ich will das einfach ganz kurz klar machen. In § 41 steht, dass die Tierschutzombudsperson die Aufgabe hat, die Interessen des Tierschutzes zu vertreten. - Das wäre in diesem Fall aus meiner Sicht notwendig gewesen. - Dann hat sie weiterhin das Recht im Verwaltungsverfahren, einschließlich Verwaltungsstrafverfahren, nach diesem Bundesgesetz hat sie Parteienstellung. Auch hier hätte sie sich einbringen können in diesem Bereich. Weiterhin ist sie in ihrer Ausübung, ihrer Tätigkeit weisungsungebunden. - Ich hoffe, dass das auch wirklich so gehandhabt wird. - Und sie hat der Landesregierung über ihre Tätigkeit zu berichten. Und das würde mich schon interessieren, wann sie das nächst Mal genau über diesen Gesetzwerdungsakt der Landesregierung berichtet. Frau Stadträtin, nein, wenn es eine unabhängige Person gibt, die eingesetzt ist vom Bundesgesetzgeber, da haben wir auch das Recht, darum zu bitten, dass sie ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommt. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu unserer Geschäftsgruppe für Umwelt und Wiener Standwerke und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal liegt nun keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erkläre die Debatte zum Voranschlagsentwurf für das Jahr 2019 und zum Gebührenprüfungsantrag, das sind die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung, für geschlossen. Der Herr Berichterstatter, Herr Amtsf. StR KommR Peter Hanke hat das Schlussort. - Bitte schön.

Berichterstatter Amtsf. StR KommR Peter **Hanke**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen!

Ich möchte im Sinne der Stadtverfassung zunächst darauf hinweisen, dass gemäß § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Voranschlagsentwurf 2019 seit 7. November 2018 im Internet veröffentlicht ist. Zu diesem Voranschlagsentwurf konnten vom 7. bis 21. November 2018 Stellungnahmen abgegeben werden. Es langten jedoch keine Stellungnahmen ein.

Ich danke Ihnen jetzt persönlich für diese zwei sehr intensiven Tage der Diskussion. Ich hoffe, trotz aller kontroversieller Diskussion, dass wir im nächsten Jahr

nach innen und nach außen hier alle alles geben werden, um diese Stadt bestmöglich zu entwickeln, und ich freue mich auf die Arbeit mit Ihnen allen und stelle hiermit den formellen Antrag auf Zustimmung zu den Anträgen auf den Seiten XL bis XLIII im Voranschlagsentwurf 2019. - Ich danke Ihnen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Vielen Dank für das Schlusswort.

Ich unterbreche nun für Beratungen der Klubs bis 19.40 Uhr plus/minus 1, 2 Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 19.25 bis 19.41 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich darf alle bitten, Platz zu nehmen.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zuerst über die Postnummer 1 der Tagesordnung, das ist der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2019. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem auf Seite XL bis XLIII des Voranschlagsentwurfes abgedruckten Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Zustimmung geben SPÖ und GRÜNE gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS. Daher ist die Postnummer 1 mehrstimmig angenommen.

Es kommt nun eine Reihe von Anträgen zur Abstimmung. Insgesamt haben wir zu allen Postnummern 78. Ich werde wieder über die Originalanträge abstimmen, so wie sie eingebracht wurden, das heißt, kurz die Partei nennen, sagen, worum es geht und was beantragt wurde. Ich möchte auch anmerken, dass ich mir diesmal die Anträge besonders genau angesehen habe und wir dann gerne in einer der nächsten Sitzungen der Präsidiäle über den einen oder anderen Antrag, auch über die Zuständigkeit Gemeinderat, Landtag, oder so weiter sprechen werden, aber für heute lassen wir einmal alle zu und werden über alle auch entsprechend abstimmen.

Antrag 1, eingebracht von NEOS, betreffend Einfrieren der Parteienförderung für das Jahr 2019. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch die Antragsteller, durch die NEOS, gegen ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 2, eingebracht von NEOS, betreffend Halbierung der Wahlkampfkostenobergrenzen bei Wahlen zum Wiener Gemeinderat. Hier wurde auch die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Antragsteller, die NEOS, unterstützen gegen ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 3, von NEOS, betreffend Umsetzung von Reformen, es sind verschiedene aufgelistet. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen. - Das sind die Antragsteller selbst, nämlich NEOS, gegen ÖVP, FPÖ, GRÜNE und SPÖ. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 4, von NEOS, betreffend Einführung eines Klimabudgets. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung ÖVP, NEOS gegen FPÖ, SPÖ, GRÜNE, ist mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 5, eingebracht von der ÖVP, betreffend Aufhebung Wiener Valorisierungsgesetz. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 6, eingebracht von der ÖVP, betreffend Schuldenbremse für Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch die ÖVP, die Antragsteller alleine, gegen NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 7, eingebracht von der ÖVP, betreffend Beseitigung des systemischen Webfehlers in der Stadtverfassung. Hier wurde die Zuweisung an den Herrn Bürgermeister verlangt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung der Zuweisung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 8, eingebracht von der ÖVP, betreffend Transparenzdatenbank. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung von ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ, GRÜNE. Das hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 9, eingebracht von der ÖVP, betreffend Veröffentlichung aller mit Steuergeld finanzierten Studien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 10, eingebracht von NEOS, betreffend ausgeglichener Haushalt durch Einführung einer Schuldenbremse. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Ich bitte um ein Zeichen, wer dem zustimmt. - Es stimmen NEOS, ÖVP und FPÖ zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 11, eingebracht von NEOS, betreffend Halbierung der Ausgaben für Eigenwerbung der Stadt Wien und ihrer Unternehmen. Sofortige Abstimmung ist verlangt. Wer zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von NEOS und FPÖ gegen ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Hat nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 12, eingebracht von der ÖVP, betreffend informative Besprechungen des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wird auch verlangt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 13, eingebracht von der ÖVP, betreffend Einrichtung eines Budgetdienstes. Es wird hier die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss der Geschäfts-

gruppe Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales verlangt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 14, einbracht von NEOS, betreffend Politprojekt Wiener Gesundheitsfinanzierung aus einer Hand. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 15, eingebracht von der ÖVP, betreffend Wiener Heizkostenzuschuss muss wieder eingeführt werden. Hier wurde die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport verlangt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen. - Die Zuweisung wird unterstützt von ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 19, eingebracht von der ÖVP, betreffend Grazer Sportgutschein. Hier wird die Zuweisung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 20, eingebracht von der ÖVP, betreffend Broschüre Team, Sport und Mut. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Ist nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 21, eingebracht von der ÖVP, betreffend Sportstadt Wien, Zukunft des Spitzschwimmports in Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Antrag 22, eingebracht von der FPÖ, betreffend Heizkostenzuschuss für die Periode 2018/19. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei den Antragstellern, der FPÖ, gegen ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNE. Ist nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 24, eingebracht von der FPÖ, betreffend Alkoholverbot am Franz-Josefs-Platz im 21. Bezirk. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 25, eingebracht von der FPÖ, betreffend Erhöhung des Sportbudgets. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 26, eingebracht von der FPÖ, zum Thema Vergabe von städtischen Turnsälen. Die sofortige Ab-

stimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 27, eingebracht von NEOS, betreffend Sicherung der Wohnbauförderung. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer zustimmt. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 28, eingebracht von der ÖVP, betreffend Mobilisierung von baureifen Grundstücken. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 29, eingebracht von der ÖVP, betreffend Nahverdichtung im Gemeindebau. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und NEOS, gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 30, eingebracht von der ÖVP, betreffend Wohnbauförderung für Eigentumswohnungen. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 31, eingebracht von der FPÖ, betreffend Zweckbindung der Darlehensrückflüsse aus der Wohnbauförderung. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 32, eingebracht von NEOS, betreffend Förderung von Frauenvereinen, Einrichtung eines Landestopfes. Hier wurde die Zuweisung an den Ausschuss für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen verlangt. Wer der Zuweisung beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP und NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 33, eingebracht von der ÖVP, betreffend Maßnahmenpaket für von Zwangsheirat betroffenen Jugendlichen. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 34, eingebracht von der ÖVP, betreffend Maßnahmenpaket gegen Kinderehen. Hier wird die Zuweisung an den Ausschuss für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer die Zuweisungen unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisungen unterstützen ÖVP; NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Daher ist der Antrag abgelehnt, da er nicht die notwendige Mehrheit hat.

Antrag 35, eingebracht von der ÖVP, betreffend Integrationsmaßnahmen für junge Menschen, insbesondere Mädchen in den Bildungseinrichtungen. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 36, eingebracht von der FPÖ, betreffend Überprüfung der Brandschutzanlage im Asylwerberheim Erdbergstraße 192-196. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 37, eingebracht von NEOS, betreffend Transparenz im Bildungsbudget. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller alleine, NEOS stimmt zu, gegen ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 38, eingebracht von NEOS, betreffend Bildungsgipfel. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und NEOS, gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit, ist abgelehnt.

Antrag 39, eingebracht von der ÖVP, betreffend Transparenz für Wien bei der Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Es wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützen gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 40, eingebracht von der ÖVP, betreffend Transparenz für Wien, Kostentransparenz bei Wiens Kinderbetreuungseinrichtungen. Hier wurde die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 41, eingebracht von ÖVP, betreffend Sprachkompetenz in Deutsch. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Bitte um ein Zeichen, wer zustimmt. - NEOS, ÖVP und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 42, eingebracht von der ÖVP, betreffend Chancenindex. Die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal wurde beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 43, eingebracht von der ÖVP, betreffend Evaluierung des Kindergartengesetzes. Auch hier wurde die

Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer die Zuweisung unterstützt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN unterstützt. Das hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 44, eingebracht von der ÖVP, betreffend Frühwarnsystem bei Einstellungen der Förderung sowie Schließung der jeweiligen Kinderbetreuungseinrichtung. Auch hier wurde die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Bitte um Zustimmung, wer für die Zuweisung ist. - Die Zuweisung erfolgt einstimmig. Das ist die notwendige Mehrheit, und daher erfolgt die Zuweisung so.

Antrag 45, eingebracht von der ÖVP, betreffend Schaffung von Anreizsystemen für Lehrer. Die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal wird beantragt. Wer für die Zuweisung ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen die ÖVP und die FPÖ gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 46, eingebracht von ÖVP, betreffend Krisenpflegeeltern. Hier wird auch die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer für die Zuweisung ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP und FPÖ unterstützen die Zuweisung, SPÖ und GRÜNE sind dagegen. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 47, eingebracht von der ÖVP, betreffend Evaluierung von „Start Wien“. Hier wurde auch die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen. - Unterstützung der Zuweisung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 48, betreffend Bekämpfung von geschlossenen Wiener Parallelgesellschaften. Auch hier wurde die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ unterstützen die Zuweisung gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 49, eingebracht von der ÖVP, betreffend Integrationsmaßnahmen für die zweite Generation. Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Antrag 50, eingebracht von der ÖVP, betreffend verpflichtende Rechtsschulungen für asylberechtigte Frauen. Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ unterstützen die Zuweisung gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 51, eingebracht von der FPÖ, betreffend Kopftuchverbot für pädagogisches Personal in elementaren Bildungseinrichtungen. Die sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ unterstützen den Antrag gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 52, eingebracht von der FPÖ, betreffend Kopftuchverbot für Mädchen in Pflichtschulen. Hier wurde auch die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 53, eingebracht von der FPÖ, betreffend Maßnahmen zur Durchsetzung des Kopftuchverbotes in elementaren Bildungseinrichtungen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ unterstützen den Antrag gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 54, eingebracht von der ÖVP, betreffend Überarbeitung des derzeit gültigen Fachkonzepts Hochhäuser. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 55, eingebracht von der ÖVP, betreffend nachvollziehbare Berechnungsmethode bei städtebaulichen Verträgen. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützen den Antrag gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 56, eingebracht von der ÖVP, betreffend Unvereinbarkeitsbestimmungen für den Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 57, eingebracht von Abgeordneten der ÖVP, FPÖ und NEOS, betreffend Abänderung Flächenwidmungs- und Bebauungsplan Entwurf Plandokument Nr. 8197. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Antrag 58, eingebracht von FPÖ-Gemeinderäten, betreffend Stärkung der Anrainerrechte im Baurecht. Hier wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen für den Antrag gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 59, eingebracht von NEOS, betreffend reformiertes und digitales Gesamtkonzept für die Parkraum-

bewirtschaftung in Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung durch die Antragsteller, durch NEOS gegen ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 60, eingebracht von NEOS, betreffend Einführung eines Schulwegsicherheitspaketes 2019. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Bitte um Zustimmung. - Zustimmung durch die Antragsteller alleine, NEOS, gegen ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 61, eingebracht von der ÖVP, betreffend rasche Umsetzung des Ausbauprogrammes für Park-and-ride-Anlagen. Sofortige Abstimmung wird beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ stimmen zu gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 62, eingebracht von der ÖVP, betreffend U4-Verlängerung nach Auhof und in das Umland. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an die Ausschüsse Stadtentwicklung, Umwelt und Finanzen beantragt. Wer diesen drei Zuweisungen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Die Zuweisungen haben nicht die notwendige Unterstützung und sind daher abgelehnt.

Antrag 63, eingebracht von der FPÖ, betreffend Fahrradsicherheit. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von den Antragstellern, der FPÖ alleine, gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN. Das hat nicht die erforderliche Mehrheit und wird daher abgelehnt.

Antrag 64, eingebracht von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPÖ, betreffend Regelung für E-Scooter in der Straßenverkehrsordnung. Es wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird einstimmig unterstützt und ist daher angenommen.

Antrag 65, eingebracht von der FPÖ, betreffend integrierte Planung des hochrangigen öffentlichen Verkehrsnetzes von Wien. Sofortige Abstimmung wird beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP und FPÖ unterstützen den Antrag gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 66, eingebracht von NEOS, betreffend Gesamtevaluierung der Vereinigten Bühnen in Wien. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 67, eingebracht von der ÖVP, betreffend Kunst- und Kulturförderungsgesetz. Es wird die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft verlangt. Wer die Zuweisung unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der

Hand. - Die Zuweisung unterstützen ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, die Zuweisung ist abgelehnt.

Antrag 68, eingebracht von der ÖVP, betreffend jährlicher Bericht über Liegenschaftstransaktionen. Es wird hier die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist daher abgelehnt.

Antrag 69, eingebracht von der FPÖ, betreffend abgelehnte Förderansuchen. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem Antrag 69 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 70, eingebracht von der FPÖ, betreffend Änderung der Subventionsrichtlinien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 71, eingebracht von der FPÖ, betreffend Musikschulen in Wien. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützen den Antrag gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 72, eingebracht von NEOS, betreffend Kostenwahrheit bei Gebühren der Stadt Wien. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 73, eingebracht von der ÖVP, betreffend Liegenschaftsbericht für jene Abteilungen des Umweltresorts, die nennenswerte Beteiligungen und Immobilienbesitz haben. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 75, eingebracht von der FPÖ, betreffend Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS, und FPÖ unterstützen den Antrag gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 76, eingebracht von der FPÖ, betreffend Reduktion der Grabbenützungsgebühren. Sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS und FPÖ stimmen zu gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 77, eingebracht von der ÖVP, betreffend Alkoholverbot am Floridsdorfer Bahnhof. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei ÖVP

und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 78, eingebracht von der ÖVP, betreffend Fahrzeugaußenansagen in ÖV-Fahrzeugen für blinde Fahrgäste. Es wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Wiener Stadtwerke sowie an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport verlangt. Wer die Zuweisungen unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisungen werden einstimmig von allen Parteien unterstützt und können daher so erfolgen.

Damit haben wir den ersten Teil zum Tagesordnungspunkt 1 inklusive Anträge abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat. Wer der Postnummer 2 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei SPÖ und GRÜNEN gegen FPÖ, ÖVP und NEOS, daher mehrstimmig angenommen.

Bei Postnummer 3 der Tagesordnung kommen wir nun zur Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 2019. Die Debatte hatte schon stattgefunden. Wer der Postnummer 3 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch SPÖ und GRÜNE gegen FPÖ, ÖVP und NEOS, daher mehrstimmig angenommen.

Zu Postnummer 3 liegt ein Antrag vor. - Es liegt zu Postnummer 3 kein Antrag vor, er gehört zur Postnummer 5, sagt Herr Korn. Das ist das, was ich am Anfang gemeint habe mit: Wir müssen unsere Anträge besser anschauen. Ich mache jetzt eh keinen Fehler. Also Antrag Nummer 74 wird bei Postnummer 5 abgestimmt.

Postnummer 4 kommt nun zur Abstimmung. Es ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund, die Mehrjahresplanung 2019 bis 2023 vom KAV sowie die strategischen Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2019 bis 2023. Die Debatte hatte schon stattgefunden bei der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport. Wer daher der Postnummer 4 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung bei SPÖ und GRÜNEN gegen FPÖ, ÖVP und NEOS, mehrstimmig angenommen.

Antrag 16, eingebracht von der ÖVP, zum Thema Krankenhaus Nord. Hier wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem beitrifft, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Antrag 17, eingebracht von der ÖVP, betreffend Offenlegung aller relevanten Gutachten, Befunde, und so weiter, Kontaminierungen in der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. -

ÖVP, NEOS und Freiheitliche unterstützen diesen Antrag, SPÖ und GRÜNE nicht. Daher hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Antrag 18, eingebracht von der ÖVP, betreffend Schaffung einer zentralen Geburtsanmeldestelle. Hier wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport verlangt. Wer der Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird von allen Parteien unterstützt und ist daher einstimmig so erfolgt.

Antrag 23, eingebracht von der FPÖ, betreffend Veröffentlichung der KAV-Asbestgutachten. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, daher ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Postnummer 5 der Tagesordnung. Sie betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal. Die Debatte hat schon stattgefunden bei der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke. Wer der Postnummer 5 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - SPÖ und GRÜNE stimmen zu gegen FPÖ, ÖVP und NEOS, daher mehrstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zum Antrag 74, von der ÖVP eingebracht, betreffend explizite Ausweisung der Einnahmen aus Abwassergebühren in den Jahresabschlüssen der Unternehmung Wien Kanal. Hier wurde die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke verlangt. Wer die Zuweisung unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Unterstützung durch ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Es ist nicht die erforderliche Mehrheit, und die Zuweisung ist daher abgelehnt.

Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2019. Die Behandlung hatte schon in der Geschäftsgruppe bei der Diskussion stattgefunden. Wer der Postnummer 6 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - SPÖ und GRÜNE stimmen gegen FPÖ und ÖVP und NEOS mehrstimmig zu, daher ist die Postnummer 6 abgestimmt.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die disziplinierten zwei Tage und für die Disziplin bei der Abstimmung. Bis morgen um 9 Uhr zur nächsten Gemeinderatssitzung!

Recht herzlichen Dank, die Gemeinderatssitzung ist geschlossen.

(Schluss um 20.18 Uhr.)